Donnerstag, 12. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 88 - 15.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Unternehmen sollen nach dem Willen der Bundesregierung bei Entscheidungen über Maßnahmen zum Umweltschutz größeren Spielraum erhalten. Finanzschwächeren Unternehmen soll es möglich sein, die geforderten Grenzwerte bei der Luftverschmutzung zu überschreiten, wenn diese von einem anderen Unternehmen zugleich deutlich unterschritten werden. (S. 10)

Hessen: Ministerpräsident Börner gibt den Forderungen der Grünen weiter nach. Unter anderem bot er ihnen eine „Neuorientierung" bei der Ausländerpolitik an. (S. 4)

US-Vorwahlen: Walter Mondale ist der Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten einen großen Schritt nähergerückt. In Pennsylvania übertrumpfte er Gary Hart mit 45 zu 34 Prozent der Stimmen. (S. 10)

Berlin: Das US-Engagement in Berlin sei nicht nur für die Sicherung der Freiheit der Stadt, sondern auch für das Selbstbewußtsein Amerikas notwendig, sagte Präsident Reagan dem Regierenden Bürgermeister Diepgen in Washington. (S. 2 und 4)

Baudissin-Nachfolge: Egon Bahr, Abrüstungsexperte der SPD, will Direktor des Friedensforschungs-Instituts in Hamburg werden. Die Landesregierung sei unterrichtet und halte Bahr einmütig für einen „hervorragenden Nachfolger" Baudissins, sagte ein Senatssprecher.

Papst-Besuch: Der Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek hat in Prag bestätigt, daß er den Papst für nächstes Jahr in die Tschechoslowakei eingeladen hat.

Cruise Missiles: Italiens Verteidigungsminister Spadolini hat dem Senat zugesichert, daß die amerikanischen Marschflugkörper in Sizilien nicht ohne Zustimmung der Regierung in Rom abgefeuert werden können.

Golfkrieg: Iran denke nicht daran, die für den internationalen Ölhandel lebenswichtige Straße von Hormuz zu sperren, sagte Außenminister Velayati.

Heute: Eröffnung der Startbahn West. – Libanesisch-syrischer Gipfel in Damaskus. – Bundestag debattiert über Frauen-Fragen. – Genscher in Österreich.

Vier Sonderseiten WELT des Buches

Schwerpunkt ist die Kinder- und Jugendliteratur. Außerdem werden Neuerscheinungen aus den Bereichen Belletristik und Sachbuch vorgestellt. So das große „Partnerbuch" des Psychologen Hans J. Eysenck, „Jesus der Jude" von Laurenz Volken und der 100. Band des „Neuen Universum".

WIRTSCHAFT

Japan: Der Handelsüberschuß erreichte im Fiskaljahr 1983/84 die Rekordhöhe von 23,3 Milliarden Dollar. Im Vorjahr hatte der Überschuß 9,33 Milliarden Dollar betragen.

Die Größten: Umsatzstärkster US-Konzern bleibt der Ölgigant Exxon mit 88,56 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr, ergab eine Aufstellung des Wirtschaftsmagazins „Fortune". An Platz zwei und drei lagen General Motors (74,58 Milliarden) und Mobil Oil (54,61 Milliarden).

Konjunktur: Ein reales Wirtschaftswachstum der westlichen Industriestaaten von durchschnittlich 3,6 Prozent sagt der Internationale Währungsfonds für das laufende Jahr voraus. Bei den Entwicklungsländern ohne Ölvorkommen könnte das Wachstum 3,5 Prozent, bei den Ölexportländern 4,7 Prozent erreichen. (S. 11)

Börse: Die gestrigen Aktienmärkte brachten etwas höhere Umsätze; Standardwerte notierten bis zu fünf Mark höher. WELT-Aktienindex 149,8 (148,1). Der Rentenmarkt tendierte weiter freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,6190 (2,6313) Mark. Goldpreis je Feinunze 384,50 (381,35) Dollar.

Messe der Superlative

In Hannover ging die größte Investitions- und Gebrauchsgüterschau der Welt zu Ende – mit einem Besucherrekord. Der Messeverlauf signalisiert verbessertes Investitionsklima und steigende Wachstumsraten im Welthandel. Die Elektroindustrie erwartet zweistellige Wachstumsraten. (S.11,13)

KULTUR

Schriftsteller: Maßgebliche Mitglieder des hessischen Schriftstellerverbands fordern den Rücktritt der Vorsitzenden Scherf. Sie habe bei der Wahl des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller bei der Bundesdelegiertenkonferenz den Wunsch des Landesverbandes mißachtet. (S. 17)

Strauß: Unbekannte oder verschollene Werke des Komponisten Johann Strauß (1804–1849), dem Vater des „Walzerkönigs", sind in Wiener Archiven entdeckt worden. Darunter sind eine „Lust-Lager-Galoppe", ein „Charmant-Marsch" sowie bedeutende Handschriften.

SPORT

Eishockey: EV Landshut hat sich mit einem 3:0-Sieg über Kaufbeuren für das Finale um die Deutsche Meisterschaft gegen den Kölner EC qualifiziert.

Fußball: Bundestrainer Jupp Derwall gab zu, daß er über einen Rücktritt nachgedacht hat. Grund war die Kritik nach dem letzten Länderspiel. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Querschnittsgelähmte: Einen „Schrittmacher" für Querschnittsgelähmte hat eine Wiener Forschungsgruppe entwickelt. Zwei Patienten haben bereits erste erfolgreiche Gehversuche hinter sich: Sie können selbständig aus dem Rollstuhl aufstehen und für eine Weile herumspazieren. (S. 3)

Mittelmeer: Nur drei bis vier Prozent aller Hummer, Langusten oder Muscheln aus dem Mittelmeer können unbedenklich gegessen werden, geht aus einem Bericht hervor, der der in Athen tagenden UNO-Konferenz gegen Meeresverseuchung vorliegt. (S. 18)

Wetter: Auflockernde Bewölkung, Regen. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Minen vor Nicaragua bringen Reagan in schwere Bedrängnis

Kritik auch von Verbündeten / Scharfe Erklärung Senator Goldwaters

DW. Washington/London

Die Verminung dreier Häfen in Nicaragua, an denen der amerikanische Geheimdienst CIA beteiligt war, hat in den USA zu scharfen Angriffen auf die Reagan-Administration geführt. Die Kritik aus dem eigenen Lager ist von westlichen Verbündeten der USA aufgenommen worden: Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, auch Kanada und die Niederlande, verurteilten das Unternehmen. Unterdessen hat die Sowjetunion signalisiert, sie werde jede Bitte um Räumung der Minen wohlwollend prüfen.

TH. KIELINGER, Washington

Der amerikanischen Administration droht ein innenpolitisches Desaster im Gefolge der Enthüllungen über die vom CIA gesteuerte Verminung dreier Häfen in Nicaragua. In einem ersten Aufstand verabschiedete der von Präsident Reagans Partei mehrheitlich beherrschte Senat eine Resolution, wonach die USA nicht weiter in Unternehmungen dieser Art verwickelt sein sollen. Das Abstimmungsergebnis war mit 84 zu zwölf Stimmen eindeutig für die Entschließung. Noch vor einer Woche hatte die gleiche Kammer mit großer Mehrheit für Fortsetzung der Hilfe für die in Nicaragua operierenden „Contras" gestimmt. Diese Vorlage dürfte jetzt im Repräsentantenhaus zu Fall gebracht werden.

Im Senat hatte die Regierung schon Stunden vor der Abstimmung die Bemühungen aufgegeben, eine Absetzung des heiklen Themas von der Tagesordnung durchzusetzen. Die Wogen der Kritik am Verhalten des Geheimdienstes, der das Minenlegen ganz offensichtlich dirigiert hatte, schlugen so hoch, daß alle Plädoyers der Regierungsvertreter das Tadelsvotum nicht mehr abzuwenden vermochten. Kenneth Dam, dem stellvertretenden Außenminister, gelang es nur noch, den Schaden einigermaßen in Grenzen zu halten. In Verhandlungen mit Senator Kennedy, dem Autor der Entschließung, erreichte er, daß wenigstens die Forderung fallengelassen wurde, die am Wochenende von der Regierung ausgesprochene Absage an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag rückgängig zu machen.

SEITE 3
Sündenbock

Der Streitfall hat außerdem einen der bekanntesten Konservativen, Senator Barry Goldwater aus Arizona, auf den Plan gerufen. Goldwater beschwert sich in einem publik gemachten Brief an CIA-Chef Casey, daß er als Vorsitzender des Senatsausschusses für die Nachrichtendienste nicht von dem Vorgehen gegen die nicaraguanischen Häfen informiert gewesen sei, obwohl die Order für die Verminung bereits im Februar ergangen war, und das eigens von Präsident Reagan unterschrieben.

Dieser Mangel an Information, so schreibt der Senator, sei für ihn umso peinlicher gewesen, als er mehrere Kollegen im Senat angegriffen habe, die von angeblichen CIA-Beteiligungen an den Unternehmen gegen die Häfen wissen wollten. Überhaupt sei nur so – durch mangelhafte Informationspolitik des Weißen Hauses – die positive Abstimmung über die Hilfe für die „Contras" zustande gekommen.

Goldwaters Brief reißt eine schwere Wunde in die Zentralamerika-Politik des Präsidenten. „Ich habe die Schnauze voll", schreibt der Senator aus Arizona und ehemalige Präsidentschaftskandidat seiner Partei. „Der Präsident hat uns aufgefordert, seine Außenpolitik zu unterstützen.

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Gegenwind

THOMAS KIELINGER

Ronald Reagan hat momentan seinen berühmten „touch" verloren, daran kann kein Zweifel sein. Wenn ein Präsident im Wahljahr plötzlich Konfliktstoff um sich anhäuft, obwohl er doch aufgrund seiner großen Popularität den sicheren Hafen der Wiederwahl ansteuern sollte, dann muß etwas falsch gelaufen sein unter seinen Beratern.

Mit der Verminung der drei Häfen an Nicaraguas pazifischer und karibischer Küste ist offensichtlich eine Grenze überschritten worden, für die das Weiße Haus mit dem Verlust an Vertrauen in die Klugheit seiner Zentralamerika-Politik selber am meisten zu büßen hat.

Vielleicht hätte sich das Ganze durch rechtzeitige Beendigung des Unternehmens innenpolitisch ins Reine bringen lassen, hätte sich die Administration nicht in der vergangenen Woche in die schlimmste Form des Verdachts begeben – den des opportunistischen Umgangs mit internationalen Rechtsnormen –, als sie verkünden ließ, man werde für zwei Jahre die Jurisdiktion des Haager Gerichtshofs für die westliche Hemisphäre einfach nicht anerkennen.

Vor vier Jahren noch waren die Richter in Den Haag gut genug, dem amerikanischen Kläger in der Teheraner Geiselfrage Satisfaktion zu verschaffen – jetzt leugnet Washington den gleichen Regreßweg für einen anderen Staat, für Nicaragua.

Man muß für die Sandinisten keine Krokodilstränen vergießen, um das amerikanische Vorgehen, gelinde gesagt, für erstaunlich zu halten. Doch brauchen die Europäer hier gar nicht die ersten Beleidigten zu spielen – der US-Kongreß ist es, und mit ihm der überwiegende Teil der amerikanischen Bevölkerung.

Der Protest-Brief Senator Goldwaters beschreibt, wo immer wieder die Sünden einer Administration beginnen: bei der mangelnden Information, der ungenügenden Kommunikation. Das ist geradezu ein systemimmanenter Webfehler, der schon der Carter-Regierung zu schaffen machte.

Er stellt dem Weißen Haus jetzt auch ein Bein bei der Konsens-Findung zu seinen Weltraum-Rüstungsvorhaben: Niemand ist ausreichend eingeweiht in die Hintergründe solch wichtiger politischer Schritte wie der strategischen Verteidigungsinitiative oder der Anti-Satelliten-Forschung. Eine Politik, die daherkommt, als spiele sie mit lauter verdeckten Karten, sät die Ursachen für eigene Probleme. Dem Präsidenten kann man mit Alexander Haig nur zurufen: Caveat – Vorsicht.

Tschernenko jetzt auch Staatschef

Gorbatschow erhält außenpolitische Funktion / Tichonow bleibt Regierungschef

fhn./DW. Moskau

Seit gestern ist KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko, wie seine beiden Vorgänger, auch Staatsoberhaupt der Sowjetunion. Die rund 1500 Mitglieder beider Kammern des Obersten Sowjet bestimmten den 72jährigen „einstimmig" zum „Vorsitzenden des Präsidiums" dieses höchsten Staatsorgans.

Dem gesundheitlich wenig stabilen Parteichef gelang diese Ämterhäufung anscheinend mühelos. Er schaffte es in acht Wochen. Sein Vorgänger Jurij Andropow hatte sieben Monate warten müssen. Leonid Breschnew war es erst nach 13 Jahren gelungen, das Amt des Generalsekretärs und des nominellen Staatsoberhauptes auf sich zu vereinigen.

Der Oberste Sowjet folgte wie üblich einer Empfehlung des Zentralkomitees der KPdSU, die von Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Michail Gorbatschow vorgetragen und begründet wurde.

Gorbatschow nannte Tschernenko einen konsequenten Verfechter der Sache des Friedens und des Kommunismus, der in vielen Jahren Dienst an der Sowjetunion bemerkenswerte Führungseigenschaften gezeigt und all sein Wissen der Entwicklung der Wirtschaft und des Verteidigungspotentials des Landes gewidmet habe.

Das mit 53 Jahren jüngste Politbüro-Mitglied Gorbatschow wurde am selben Tag zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Unionssowjet gewählt. Nach Ansicht von Diplomaten läßt seine Berufung den Schluß zu, daß er nach dem 62 Jahre alten Tschernenko seine Stellung als Nummer zwei in der Kreml-Hierarchie endgültig gefestigt hat.

Gorbatschow tritt im übrigen an die Stelle Tschernenkos, der diesen Posten bis zu seiner Wahl an die Spitze der KPdSU Mitte Februar, vier Tage nach dem Tod Andropows, innehatte. Die Beobachter vermuteten, daß Gorbatschow mit der zusätzlichen Funktion mehr internationales Format verliehen werden soll.

Neuer Vorsitzender des Unionssowjet wurde der Chefredakteur der Regierungszeitung „Iswestija", Lew Tolkunow (65). Er löst den 72jährigen Alexej Schitikow ab. Den Vorsitz des Nationalitätensowjet übernahm der lettische Parteichef Lew Woss (68). An der Spitze der Regierung der UdSSR steht weiterhin Nikolai Tichonow (79).

Die Regierung war auf der konstituierenden Sitzung des Obersten Sowjet formal zurückgetreten. Der Vorschlag, Tichonow in seinem Amt zu bestätigen, kam von Tschernenko. Tichonow wiederum hatte im Februar nach dem Tod Andropows auf einer außerordentlichen Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU Tschernenko zur Wahl als Parteichef vorgeschlagen.

Nach seiner Bestätigung als Regierungschef wurde Tichonow vom Obersten Sowjet beauftragt, eine neue Regierung zu bilden.

ÖTV: Trend geht zur 35-Stunden-Woche

DW. Wiesbaden

Die rund 1,2 Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wird sich in die Front der bislang sieben Gewerkschaften im DGB einreihen, die die 35-Stunden-Woche fordern. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies erklärte gestern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum „vorrangigen tarifpolitischen Ziel" ihrer Organisation. Zum Abschluß einer „Arbeitszeitkonferenz" in Wiesbaden sagte Frau Wulf-Mathies weiter, nach den bisherigen Diskussionen innerhalb der ÖTV lasse sich ein „eindeutiger Trend hin zur 35-Stunden-Woche erkennen".

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um fünf Stunden, argumentierte die ÖTV-Vorsitzende, schaffe mehr Arbeitsplätze als jede andere Form der Arbeitszeitverringerung. Bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit würden „bestenfalls vorhandene Arbeitsplätze wieder besetzt". Wulf-Mathies: „Trotz aller Skepsis im Hinblick auf tatsächlich erreichbare Beschäftigungswirkungen, trotz aller Sorgen, daß noch mehr rationalisiert, noch mehr umorganisiert wird und noch mehr Arbeitsverdichtung stattfindet, und trotz der Gefahr, daß im öffentlichen Dienst Aufgaben weiter abgebaut werden, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist notwendig."

Im einzelnen bemerkte die ÖTV-Chefin, ihre Gewerkschaft werde nicht in jedem Tarifbereich zum gleichen Zeitpunkt die gleiche Forderung stellen können.

EG-Streit: Bonn warnt die Briten

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat die britische Regierung gestern davor gewarnt, durch die weitere Verweigerung eines Kompromisses in der Frage der britischen EG-Beiträge sich selbst und Europa zu schaden. Bundesaußenminister Genscher betonte im Bundeskabinett, Bonn werde sich „überzogenen britischen Forderungen nicht beugen".

Ausgangspunkt war der ergebnislose Verlauf der EG-Ministerratssitzung in Luxemburg am Montag und Dienstag. Dabei hat es offensichtlich überhaupt keine Verhandlungen über den Haushaltsausgleich gegeben, weil der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe keinen Fußbreit von der Haltung seiner Premierministerin Margaret Thatcher auf dem jüngsten Brüsseler Europa-Gipfel abwich.

Staatssekretär Boenisch äußerte nach der Kabinettsitzung die Erwartung, daß Großbritannien in der Beitragsfrage nicht länger beiseite stehe. Die Bundesregierung sei besorgt, daß die europäischen Institutionen Schaden nehmen könnten, wenn durch die britische Weigerung immer neue Vertagungen von EG-Ministerratssitzungen und Gipfelkonferenzen notwendig würden.

Boenisch betonte, Bonn habe sich immer bemüht, auch für die britische Haltung Verständnis zu zeigen. Die jetzt für Europa entstehenden Gefahren seien jedoch unübersehbar. Ob eine Einigung vor dem nächsten Gipfel Ende Juni möglich sein werde, wagte er nicht vorauszusagen.

CSU kritisiert Öffentlichkeitsarbeit

Dreiertreffen Kohl, Strauß, Genscher / „Leistungen der Union dringen nicht nach außen"

BERNT CONRAD, Bonn

„Es war ein ganz normales Gespräch", hieß es gestern abend im Bundeskanzleramt nach einem dreistündigen Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und dem FDP-Chef, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Die erste Zusammenkunft der Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien seit mehr als neun Monaten verlief in einer sehr guten Atmosphäre, wie Teilnehmer versicherten.

Offensichtlich haben Kohl, Genscher und Strauß vereinbart, Einzelheiten ihrer Unterredung nicht zu veröffentlichen. Deshalb war im Kanzleramt nur zu hören, man habe aktuelle Fragen und langfristige Themen erörtert und wolle in unregelmäßigen Abständen wieder tagen. In Koalitionskreisen wurde diese Zurückhaltung im Interesse der Sache als konstruktiv bezeichnet.

Trotz grundsätzlichen Einverständnisses überr die Zweckmäßigkeit derartiger Dreiertreffen war es vor dem gestrigen Gespräch nur zu einer einzigen Begegnung am 1. Juni 1983 gekommen. Die CSU hält jedoch häufigere Zusammenkünfte für notwendig, um ihren fern von Bonn wirkenden Chef und bayerischen Ministerpräsidenten stärker in die Koalitions- und Regierungsarbeit einschalten zu können.

Vor dem gestrigen Termin war bekannt geworden, daß Strauß vor allem Fragen der Steuer- und Familienpolitik und die von ihm für unzureichend gehaltene Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung mit Kohl und Genscher erörtern wollte. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hatte dazu im NDR erklärt: „Die Öffentlichkeitsarbeit wird nicht nur von der CSU kritisiert, sondern sie wird genauso von CDU-Kreisen und auch von FDP-Kreisen mitunter kritisiert."

Als ein Beispiel nannte Waigel das Vorruhestandsgesetz. „Wenn ich heute mit Handwerkern das Thema Vorruhestandsgesetz diskutiere, dann sind sie nur von den negativen Auswirkungen informiert, aber kaum davon, unter welcher Situation das Gesetz zustandegekommen ist, welchen Zweck es hat und all die Dinge, die wir für den Mittelstand und für das Handwerk eingebracht haben."

Es sei vorstellbar, daß beispielsweise der zuständige Minister, vielleicht in Verbindung mit dem Presseamt, oder sogar der Bundeskanzler die Redakteure von Mittelstandsblättern in einem Gespräch umfassend über die Zusammenhänge informiere, meinte der CSU-Politiker. Das gelte auch für die Agrarpolitik, „wo Ignaz Kiechle jetzt etwas wegräumen muß, was viele Jahre schief gelaufen ist". Hier könnte man einmal alle Blätter aus dem Bereich der Landwirtschaft einladen und mit ihnen diese schwierige Materie „rational und nicht nur emotional" diskutieren.

Die Frage der möglichen Berufung eines dritten Regierungssprechers wollte Waigel in diesem Zusammenhang „in der Öffentlichkeit nicht debattieren". Der Chef des Bundespresseamtes, Peter Boenisch, versicherte gestern, er habe vor einigen Tagen mit Strauß gesprochen und dabei nicht den Eindruck gewonnen, „daß sich ein Gewitter über mir zusammenbraut".

Ein Kind, das aus der Kälte kommt

DW. Melbourne

In Australien hat zum erstenmal ein Mensch das Licht der Welt erblickt, der nicht nur in einer Retorte gezeugt, sondern in seiner ersten Entwicklungsphase auch noch in tiefgefrorenem Zustand aufbewahrt worden war. Die Geburt des Kindes, eines gesunden Mädchens namens Zoe, wurde von den an dem Projekt beteiligten Wissenschaftlern bekanntgegeben. Die Mutter war zwei Wochen zuvor in der Klinik der Universität Monash durch Kaiserschnitt entbunden worden. Ergänzend wurde mitgeteilt, daß weitere 190 Embryos in der Tiefkühltruhe auf eine Implantation warteten.

„Mutter und Kind sind wohlauf, und das Kind wird von der Mutter gestillt", sagte Professor Carl Wood am Mittwoch. Nach Darstellung der Wissenschaftler waren der Mutter mehrere Eizellen entnommen worden, die in einer Retorte mit dem Samen des Ehemannes künstlich befruchtet und danach in flüssigem Stickstoff eingefroren wurden, bis der Augenblick für eine Implantation in die Gebärmutter günstig war.

Nach den Worten von Professor Wood sind auf ähnliche Weise bisher insgesamt 230 Embryos tiefgefroren worden. Davon seien 40 aufgetaut und wiederum 23 überlebende seien implantiert worden. Daraus seien vier Schwangerschaften entstanden.

Die Mutter Zoes hatte sieben Jahre lang vergeblich auf eine Schwangerschaft gehofft. Zwei chirurgische Eingriffe mit dem Ziel, einen blockierten Eileiter durchgängig zu machen, schlugen fehl. Daraufhin beteiligte sich die Frau an dem Programm, bei dem Eizellen außerhalb des Körpers befruchtet werden.

Die Ärzte entnahmen der Frau mehrere Eizellen, befruchteten diese im Reagenzglas mit dem Samen des Ehemannes und implantierten zwei Tage später drei Embryos in die Gebärmutter. Wie Professor Wood mitteilte, blieb die erhoffte Schwangerschaft jedoch aus. Sechs der anderen künstlich gezeugten Menschenkeime entwickelten sich normal und wurden drei Tage nach der Befruchtung der Eizellen in flüssigem Stickstoff tiefgefroren. Sie blieben zwei Monate lang in der Tiefkühltruhe. Drei Embryos, die den Auftauprozeß überlebten, wurden in den Uterus eingepflanzt, und einer der Keime entwickelte sich in der Folge zu dem Mädchen Zoe, das bei der Geburt zweieinhalb Kilogramm wog.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Umwelt-Markt

Von Heinz Heck

Ist unser Innenminister über seinen Schatten gesprungen? Gestern hat er dem Kabinett doch tatsächlich den Einsatz marktwirtschaftlich orientierter Instrumente in der Luftreinhaltepolitik, also in einer zentralen Umweltschutzaufgabe, empfohlen und dafür Zustimmung erhalten. Um genau zu sein: In der monatelangen Prüfung hat ein Instrument, die Kompensationslösung, vor dem kritischen Urteil des Ministers bestehen können. Ein Fortschritt immerhin.

Diesem Modell liegt die bestechende Idee zugrunde, daß es nicht darauf ankommt, wie die Luft entlastet, sondern daß sie entlastet wird. Nicht jeder Anlagenbetreiber muß bestimmte Grenzwerte erreichen. Bei günstiger Kostenstruktur darf man des Guten zu viel tun; dafür darf ein anderer hinter der Erfüllung der Grenzwerte zurückbleiben. Ihre unterschiedlichen Anstrengungen müssen sie „kompensieren".

Dieser Lösungsansatz führt nicht nur zu weniger Bürokratie und mehr Wirtschaftlichkeit, sondern auch zu mehr Umweltschutz. Genau darauf zielt auch ein weiteres Instrument, das Zertifikatsmodell. Doch davon will das Innenministerium nichts wissen. Allerdings scheint sich der Widerstand zu lokkern. Hierfür spricht, daß die Formulierung für den Regierungssprecher abgeschwächt wurde. So wird zum Beispiel aus einem „nicht empfohlen" ein „derzeit nicht empfohlen".

Die Argumentation des Ministeriums gegen den Handel mit „Verschmutzungsrechten" überzeugt nicht. Dort scheint man sich schon an dem Wort zu stoßen. Zu dem Einwand, daß es keinen großen Markt hierfür gebe, ist zu sagen, daß wir bis heute im Umweltschutz überhaupt keine Marktwirtschaft haben. Dem Ministerium ist zuzustimmen, daß es Anpassungsprobleme bei der Umstellung geben mag. Aber ist damit auch schon die Frage nach dem langfristig besseren System beantwortet? Man wird den Eindruck nicht los, daß hier „unvoreingenommen" mit dem Ziel der Ablehnung geprüft wurde.

Sieht man allerdings, wie sich der Umweltschützer der SPD, Hauff, immer noch bei seinen Abgaben und höheren Energiesteuern aufhält, beurteilt man Zimmermanns Entscheidung günstiger. Es ist eben alles relativ.

Pazifische Nervosität

Von Herbert Kremp

Genschers Rede vor der Carl-Schurz-Gesellschaft enthält eine Reihe sicherer Beobachtungen und kluger Gedanken, verrät im ganzen aber jene Nervosität, die manche Europäer beim Blick auf die Vereinigten Staaten überfällt. Wie in der angelsächsischen Welt üblich, wird in Washington laut und kontrovers über die Akzente der künftigen Außenpolitik diskutiert, wobei die „pazifische Option" eine phantasieanregende Rolle spielt. Die meisten Spekulationen darüber nehmen ihren Ausgang von der Verärgerung über die Europäer.

Genscher verweist auf diesen Zusammenhang, wenn er Europa auffordert, „aus der Rolle des Kostgängers amerikanischer Stärke" herauszutreten. Da liegt der Hase im Pfeffer. Kissinger war nicht der erste, der die Europäer zu einem kräftigeren Beitrag für ihre Sicherheit aufforderte. Er malte nur einmal breit aus, was alle seit langem wissen, voran die Europäer. Die Äußerungen Kissingers, Eagleburgers und Frau Kirkpatricks und die europäischen Repliken verraten im Ton und in der Drohgebärde jedoch eine eigenartige Erregung. Man debattiert wie alte Freunde, die einander überdrüssig geworden sind. Vollzieht sich da eine geistige Abkopplung?

Die Europäer müssen vorsichtig sein. Sie verfügen bei wochentäglicher Betrachtung nicht über das moralische Potential, das zur politischen Einigung nötig ist. Von der Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) zu sprechen, ist natürlich verdienstvoll, gleicht aber der Ansprache an eine Mumie. Da wird sich nichts rühren, weil es in Europa keinen schärferen Streit gibt als den über den Sinn einer gemeinsamen Verteidigung.

Es fehlt eine wichtige Voraussetzung: Die übereinstimmende Einschätzung der Machtnatur und Zielpolitik des sowjetischen Systems. In den nagenden Appellen an die USA, mit der Sowjetunion doch lebhafter über Abrüstung und Rüstungskontrolle zu sprechen, kommt die Verwirrung am deutlichsten zum Ausdruck. Was muß Tschernenko denn noch sagen, bevor hier begriffen wird, daß Moskau auf keinen Fall vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen an die Fortsetzung der Raketen-Verhandlungen denkt?

Beck- und andere Messer

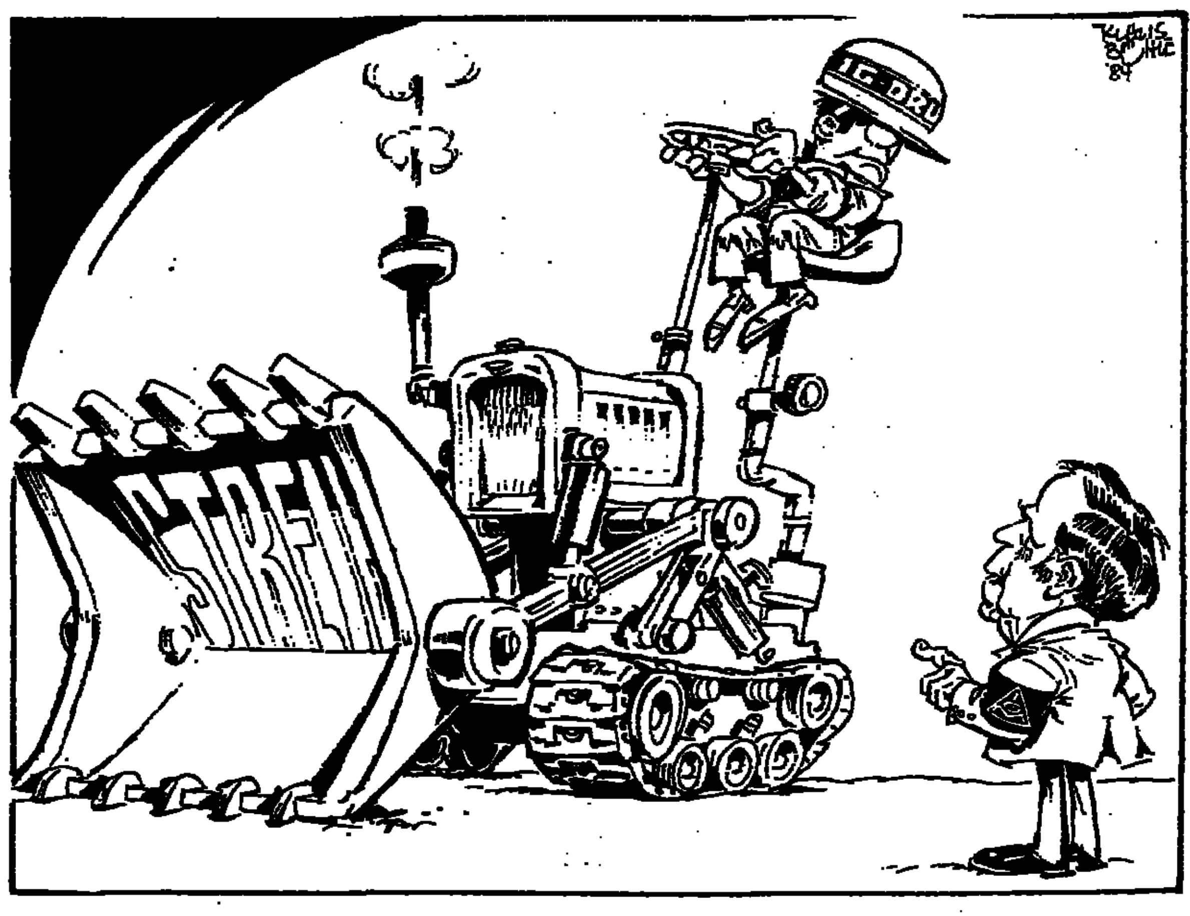
Von Enno v. Loewenstern

Berlins Regierender Bürgermeister hat in Washington einige wichtige Klarstellungen gegeben, beispielsweise über die Bedeutung der alliierten Präsenz in Berlin. Das sind Selbstverständlichkeiten, die leider zu leicht vergessen werden und – wenn man will, leider – nicht oft und nachdrücklich genug gesagt werden können. Ebenso war es notwendig, dem von interessierter Seite, man denke nur an den absurden „Spiegel"-Artikel, über Berlin verbreiteten Unsinn entgegenzutreten. Das sollen die Amerikaner durchaus auch von Person zu Person erfahren, um es richtig nachfühlen zu können: daß Berlin eine aufstrebende Stadt ist, keine absterbende.

Daneben allerdings hat er ein wohl mehr für den Wahlkampf gedachtes Thema angeschnitten, das seine nützlichen Bemühungen unnötig überdecken könnte. Er bat die Amerikaner um eine „Bereinigung" auf dem Gebiet des Besatzungsrechts.

Schließlich seien die Westalliierten ja nicht mehr Besatzungsmächte, sagte Diepgen, sondern Schutzmächte. Dazu paßt es seiner Ansicht nach nicht, daß beispielsweise heute noch auf den Besitz eines langen Küchenmessers die Todesstrafe steht und daß „kritische Auseinandersetzungen mit den Schutzmächten" mit Strafe bedroht sind.

Nun leiten die Alliierten ihre Funktion in Berlin von der Tatsache her, daß sie, wie immer wir sie dankbar betiteln mögen, juristisch nach wie vor Besatzungsmächte sind. Strenge Rechtsvorschriften gehören zum Wesen von Besatzungsmächten; daran zu rühren, kann durchaus problematisch sein. Zumal da der Bedarf nicht groß ist. Es hat in letzter Zeit nicht viele Todesurteile wegen des Besitzes von Küchenmessern gegeben. Die Alliierten stellen auch keine Strafanträge wegen „kritischer Auseinandersetzungen", sondern allenfalls wegen grober Beleidigungen – und da nur selten. Hier wendet Diepgen sich an die falsche Adresse (die Amerikaner sind nicht allein zuständig; das Besatzungsrecht ist Sache der Alliierten) im Namen falscher Adressen. Die Masse der Berliner, die Masse seiner Wähler hat da keine Sorgen.



„Ohne Rückwärtsgang und Bremse kommen Sie nicht durch den TÜV!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Kanonade von Langson

Von Oskar Weggel

Im Jubiläumsjahr wird wieder geschossen. Am 7. Januar 1984 jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem vietnamesische Truppen in Pnom Penh einmarschierten. Damals schien es nur eine Frage der Zeit, wann der Widerstand zusammenbrechen würde. Tatsächlich hat das „Demokratische Kampuchea" nicht nur überlebt, sondern sich konsolidiert. Seine Streitkräfte sind auf annähernd 80 000 Mann angewachsen und bekommen nicht nur genug Waffen; sie dürfen in Bedrängnis sogar auf thailändisches Gebiet ausweichen.

Die Kriegsführung in Südostasien ist durch den Rhythmus der Monsunzeiten bestimmt. In der Trockenzeit (Oktober bis März) stößt der Stärkere, hier also Vietnam, vor. In der Regenzeit (April bis September), wenn die Panzer im Morast stecken und die Flugzeuge auf den Landebahnen bleiben, holt sich der Schwächere verlorenes Terrain wieder zurück.

So war es zumindest bisher. 1983/84 hat sich in diesem Schema erstmals eine Veränderung ergeben. Während Vietnam sich auch in der Trockenzeit zurückhielt, griffen die Verbände des Demokratischen Kampuchea an allen Enden mit nicht gekannter Intensität an. Sie drangen erstmals auch in die Städte ein – neben Phnom Penh in die Provinzhauptstädte Pursat, Siem Reap, Battambang und Kompong Thom, jagten dort Vorratslager (vor allem Treibstoff) in die Luft und unterbrachen an vielen Stellen die Eisenbahn nach Westen sowie die beiden Ostwest-Hauptverkehrsstraßen, die Nummer 5 und die Nummer 6. Vietnams Generalstab hat inzwischen offensichtlich erkannt, daß ein strategischer Sieg in Kambodscha vorerst unmöglich geworden ist. Man hat deshalb von der Verfolgung des Gegners auf Absicherung der Städte und Hauptverkehrsadern, von der Offensive auf die Defensive umgestellt.

Dies muß nicht heißen, daß Vietnam auf Vernichtungsschläge verzichten will. Am Ende der Trockenzeit 1983/84 geht es nochmals ums „Gesicht" – also um eine in Asien gar nicht hoch genug einzuschätzende Stilfrage. Nachdem der Löwe Vietnam von der flinken Maus Kambodscha so viele schmerzhafte und blamable Bisse hat hinnehmen müssen, müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wollte Hanoi nicht kurz vor Anbruch der neuen Regenzeit nochmals beweisen, wer Herr im Hause ist. Dies weiß vor allem China, der eigentliche Protektor des Demokratischen Kampuchea. Mit seiner Kanonade an der vietnamesischen Nordfront im Gebiet von Langson gibt es eine Art Warnschuß ab.

Allerdings ist die Heftigkeit dieser Maßnahmen von den meisten westlichen Beobachtern weit überschätzt worden. Schießereien gehören an der vietnamesisch-chinesischen Grenze zum Alltag: In den vergangenen fünf Jahren kam es auf beiden Seiten zu rund dreitausend Luftraumverletzungen und etwa zehntausend Gefechtsberührungen, denen etwa fünfzehnhundert Menschen zum Opfer fielen.

Militärisch ist es in Kambodscha heute also zu einer Art Patt gekommen. Wie läßt sich eine Lösung des Indochina-Konflikts langfristig herbeiführen? Zwei Denkschulen stehen einander gegenüber: Einerseits die Befürworter einer Bestrafung und Ausblutung Vietnams, vor allem China, die sechs Aseanländer und die USA. Auf der anderen Seite gibt es die französisch-australisch-indische Linie: Vietnam hat zwar einen Nachbarstaat vereinnahmt; doch wenn man es bedingungslos zur Ader läßt, wird es vollends in die Arme der Sowjetunion getrieben, die jetzt schon unschätzbar wertvolle Marinebasen in Camranh und Danang (Vietnam) sowie in Kompong Som, Koh Kong und Ream (Kambodscha) erlangt hat.



Als die Vietnamesen noch vorstießen: Kambodschanische Gefangene werden vorgeführt
FOTO: LABBE/GAMMA

Es lohnt, auch die Möglichkeiten dieser „zweiten Linie" auszuloten. Die Vermutung ist nicht unbegründet, daß Vietnam, das dreißig Jahre für seine Unabhängigkeit gekämpft und doch damit wenig mehr als eine fast vollständige Abhängigkeit von sowjetischer Wirtschaftshilfe erreicht hat, es in der sowjetischen Umarmung nicht länger aushalten wird als seinerzeit die Volksrepublik China – nämlich fünf Jahre. Eine Kooperation, vergleichbar der Intimität Chinas mit der Sowjetunion zwischen 1953 und 1957, hat Ende 1983 eingesetzt. Der voraussichtliche Bruch ist also etwa auf die Jahre 1987/88 anzusetzen, falls Vietnam ein Sprungtuch hingehalten wird, das als Alternative zur Sowjethilfe gelten könnte. Man könnte an die, durch weitere westliche Beträge aufstockbare, Summe von 3,5 Milliarden Dollar denken, die die Nixon-Administration 1973 informell in Aussicht gestellt hatte.

In Vietnams Innenpolitik haben bereits Absetzbewegungen von der harten Linie des Jahres 1977 begonnen – durch die Reformbeschlüsse von 1978. Außenpolitisch dagegen wirkt 1977 noch immer nach. Diese Inkongruenz drängt nach Ausgleich. Dabei müßte das vietnamesische China-Trauma berücksichtigt werden. Vietnam stand tausend Jahre lang unter direkter und weitere tausend Jahre unter indirekter chinesischer Herrschaft. Nur wenn Vietnam wirklich sicher sein könnte, daß sich an seiner empfindlichen Westfront niemals eine „chinesische Gefahr" (und sei es auch nur in Form eines trojanischen Pferdes) aufbaute, wird es seine Truppen aus Kambodscha zurückziehen.

Insofern könnte der Westen versuchen, auf China einzuwirken, das ja am Ende ebenfalls vom Rückzug der Sowjets aus Camranh profitieren würde. Eines allerdings versteht sich von selber: Westliche Vorleistungen auf Grund bloßer Vorspiegelungen eines Kurswechsels kann es nicht geben. Sie würden, im Gegenteil, die Befürworter eines prosowjetischen und expansiven Kurses erst recht ermutigen.

IM GESPRÄCH Paul Hoffacker

Lohn für Mütter

Von Eberhard Nitschke

„Wissen Sie, ich habe fünf liebe Kinderlein und bin sehr froh, daß ich die Erziehung machen kann und nicht einer von Ihnen geprägten Gesellschaft übertragen muß." Dies sagte an die Adresse der SPD der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Hoffacker in der Debatte um den Haushalt des Bundes-Familienministeriums im Bundestag. Jetzt kann er seine Vorstellungen von Familienpolitik noch wirksamer vorstellen: Seit Mittwoch ist Hoffacker Vorsitzender des mit 25 Mitgliedern aller in Bonn vertretenen Parteien besetzten Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Parlaments. Er löste hier seinen Parteifreund Stefan Höpfinger ab, der als Nachfolger des neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, nun dessen bisherigen Posten als Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium ausfüllt.

Seit Hoffacker, der schon einmal von 1976 bis 1980 über die Landesliste ins Parlament kam und dann wieder 1982 dort einzog, den Wahlkreis 90 (Essen III) direkt eroberte, ist sein Ansehen in der Partei, der er seit 1958 angehört, noch gestiegen. Diesen Wahlkreis hat er Schmidts Familienministerin Antje Huber (SPD) abgeknöpft. Der 53jährige Rechtsanwalt und promovierte Jurist ist außerdem seit 1972 ehrenamtlicher Vorsitzender des Zentralverbandes des Deutschen Kolpingwerkes und seit einigen Jahren Akademiedirektor der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg" in Essen.

Seine ehemalige Tätigkeit als Geschäftsführer der Bischöflichen Aktion „Adveniat", die Entwicklungsarbeit für Südamerika leistet, wird daneben auch noch fortgesetzt: Ende 1983 hat Hoffacker Mexiko, Kolumbien, Argentinien und Bolivien bereist und hier unter anderem Handwerksförderung organisiert. Einmal in der Region, besuchte er auch die Goethe-Institute, die gerade durch die Vortragsreise des Friedenskämpfers und Umweltschützers Josef Leinen ins Gerede gekommen waren.



Familie als Beruf und Hobby: Hoffacker
FOTO: DIE WELT

„Die Familie ist mein Steckenpferd", wehrt Paul Hoffacker die Vermutung ab, diese zeitraubenden Aktivitäten ließen keinen Raum mehr für das Privatleben. Dessen Sorgen bringt er sogar in seine temperamentvollen Bundestagsreden ein. Es sollten die Leistungsbereiten gefördert werden und auch diejenigen, die es mit der Schule schwer hätten, meinte er dort. Und, zur Erklärung an die Opposition gewandt: „Sie haben offenbar keine Kinder, die die Schule nur mit 'ausreichend' abschließen. Sie wissen nicht, wie schwer die es haben. Ich habe so welche."

Nicht mit sich reden läßt er über eine Forderung, die durchgesetzt werden müsse: „Im Haushalt tätige Mütter, die sich der Pflege und Erziehung von Kindern widmen, müssen von staatlicher Seite entlohnt werden, genauso wie berufstätige Frauen im Erwerbsleben entlohnt werden" – bei aller sonstigen staatlichen Sparsamkeit. Und: zugunsten erziehender Hausfrauen solle ein Bundeszuschuß an die Rentenversicherung gezahlt werden, damit die Altersversicherung gesichert werden könne. Sonst gern zum Lachen bereit: hier wird er ernst.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung beschreibt die Wirtschaftslage im Zusammenhang mit den Streikdrohungen zweier Gewerkschaften:

Vor diesem Hintergrund wirkt es anachronistisch, wenn in der Metallindustrie und in der Druckindustrie Streiks bevorstehen. Es gibt allerdings Unterschiede. Im Metallbereich bemühen sich beide Seiten noch um einen Ausweg. In der Druckindustrie ist überhaupt keine Lösung mehr in Sicht. So wirkt es bedrückend, wenn angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen die Tarifpolitik so bedeutender Gewerkschaften in eine völlig verfahrene Lage kommen konnte. Alle produktiven Kräfte werden jetzt dringend gebraucht, damit die Wirtschaft wieder voll in Fahrt kommt und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen kann. Ein Arbeitskampf in so kritischer Zeit wird großen Schaden stiften.

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung äußert sich zu der Kritik von Strauß am Schießbefehl:

Den Wandlungen des Franz Josef Strauß sind offensichtlich keine Grenzen gesetzt. Eben noch meditierte er über geregelte Zustände im geteilten Deutschland. Nun fordert er, mit Bravour und vollem Recht, die Aufhebung des unmenschlichen Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze. Man kann nur hoffen, daß der CSU-Chef bei der klaren Sprache bleibt, die ihn früher vor allen anderen deutschen Politikern auszeichnete. Strauß hatte ja im letzten Jahr den Eindruck erweckt, als sei er nicht an den Werbellinsee, sondern in ein deutsches Damaskus gefahren. Er hatte das SED-Regime in ein mildes Licht gerückt; jetzt wünschte man sich, daß Strauß auch zu anderen innerdeutschen Irrwegen Position bezöge. Da tritt der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick ohne Zwang und Not für offizielle Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer ein, als handele es sich bei letzterer um ein freigewähltes Parlament. Da macht sich der FDP-Politiker Ronneburger für die Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft stark, obwohl es nach dem Grundgesetz nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt. Und da behauptet der SPD-Fraktionschef Vogel, die westlichen Alliierten würden keine Einwände gegen eine Elbgrenze in der Strommitte erheben, die von Honecker so sehnlichst erwünscht wird.

Kölnische Rundschau

Zum Tarifkonflikt heißt es hier:

Interessant ist, daß der Vorstand der IG Metall gestern beschloß, sich doch noch einmal auf ein weiteres Spitzengespräch mit den Arbeitgebern einzulassen, um die Chancen einer Lösung des zugespitzten Tarifkonflikts ohne Urabstimmung und Streik neu auszuloten. Das war eine sehr vernünftige Entscheidung, mögen auch einige allzu forsche Metaller ungehalten darüber sein und den Bossen jetzt Unentschlossenheit vorwerfen. Insgesamt zeichnet sich ab, daß die Scharfmacher in dieser sehr schwierigen Phase der Tarifverhandlungen von den Besonneren wieder in den Hintergrund gedrängt werden.

Bananen und Caudillismo am Beispiel des Äquatorlandes

Eine komplizierte Wahl und ihre vorerst betrübliche Bilanz / Von Günter Friedländer

Zwei Monate nach den allgemeinen Wahlen in Ekuador hat das Wahlgericht nun die offiziellen Ergebnisse der Auszählung bekanntgegeben. Dreieinhalb Millionen Wähler mußten an einem Wahltag den Landespräsidenten, seinen Vizepräsidenten, die Mitglieder des Parlaments, Präfekten, Bürgermeister und die Provinz- und Stadträte, alles in allem mehr als tausend Volksvertreter wählen. Das wurde nicht gerade dadurch erleichtert, daß die Wähler sieben verschiedenfarbige, mit den Namen und Fotografien der Kandidaten versehene Stimmzettel ausfüllen mußten. So blieben 33 Prozent der Wähler den Urnen fern, obwohl das in Ekuador bestraft wird, und fünfzehn Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig.

Der Rest der Stimmen ergab, daß das Volk der Regierung Hurtado absagte, die 1979 nach der Militärdiktatur den Durchbruch zur Demokratie ermöglichte: Hurtados Christdemokraten verloren die Wahlen. Sein Nachfolger steht jedoch noch nicht fest. Rodrigo Borja gewann für die „Linke Demokratische Partei" mit nur 24 Prozent der 2,648 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen. Leon Febres Cordero erzielte knapp 23 Prozent für eine konservative Koalition. Das Volk soll am 6. Mai in einer zweiten Runde zwischen beiden entscheiden.

Ekuador ist nicht nur der größte Bananenexporteur (2,2 Millionen Tonnen) der Erde, es ist beklagenswerterweise auch ein klassisches Beispiel für das, was man im Westen abschätzig Bananenrepublik nennt: die Vorliebe für den sogenannten „Caudillismo". 9,25 Millionen Einwohner leben in einem Land, das etwas größer als die Bundesrepublik ist. Die Südgrenze wurde nach dem peruanischen Einmarsch in Ekuadors Amazonasgebiet (1941) nicht klar genug definiert, was gelegentlich zu Grenzkämpfen führt. Ekuador gehören die Galapagosinseln, wo die Evolution stehenblieb. Darwin fand hier Material für seine Entwicklungslehre.

Stehen blieb auch Ekuadors politisches Leben, als es die Stufe des „Caudillismo" erreichte. In diesem System werden angesichts der leuchtenden Figur eines „Caudillo" genannten politischen Führers dessen politische Ziele bedeutungslos. Die an Anbetung grenzende Bewunderung für die Caudillos – das letzte Beispiel war Argentiniens Peron – war der Nährboden für die Diktaturen Südamerikas, die sich eben deshalb, wegen dieser Unfähigkeit zu demokratischer Selbstbestimmung, oft als einzige Alternative zum politischen und sozialen Chaos anboten. Ekuadors letzter Caudillo, Jose Maria Velazco Ibarra, stellte einen selbst für Südamerika ungewöhnlichen Rekord auf: Zwischen 1934 und 1972 wurde er fünfmal zum Präsidenten gewählt, aber nur ein einziges Mal konnte er seine Amtszeit beenden. Die chaotischen Zustände, für die seine Egozentrik und Programmlosigkeit nicht zuletzt verantwortlich waren, führten abermals bis 1979 zur Militärdiktatur.

Oswaldo Hurtado, der 1980 seinem in einem Flugzeug verunglückten Bruder als Landespräsident folgte, konnte seine christdemokratische Partei nicht zum Sieg führen, war aber stark genug, dem Favoriten Febres Cordero, angeblich durch Wahlschwindel, den Weg zu versperren. Das sagen jedenfalls Febres Cordero und sein Wahlmanager Oscar Lombana. Sie berufen sich darauf, daß alle Meinungsumfragen vor den Wahlen Febres Cordero den Sieg mit einer relativ hohen Mehrheit (bis zu 32 Prozent) gaben. Während sie die Stimmenzahl Borjas ziemlich genau voraussagten, sollen sie sich bei Febres Cordero um bis zu 20 Prozent verschätzt haben, was schwer zu glauben ist.

Febres Cordero will als Konservativer gewählt werden und aus der Position der Macht die Sympathie der großen links orientierten Sektoren des Landes gewinnen. Ekuador könnte eine Rückkehr zum Caudillismo erwarten, wenn Charisma statt eines Programmes für den Ausgang einer Wahl entscheidend ist. Das ist eine große Gefahr: Die neuen Caudillos verlassen sich weniger auf ihren politischen Instinkt als auf Meinungsforscher, die ihren Kurs bestimmen, nachem sie die Popularität der politischen Alternativen ermittelt haben. Der Caudillo wird vom Führer zum Gefangenen der Massen. So ist der Ausgang der Mai-Wahlen schwer voraussagbar. Borja kann zwar eine politisch stärkere Koalition als Febres Cordero bilden, der dafür aber andere Vorteile hat: Viele, denen die letzten Wahlen zu kompliziert waren, werden bei einer Stichwahl an die Urnen gehen. Und Febres Cordero kommt aus Guayaquil. Er ist also ein „Costeno", ein Mann der Küste, während Borja ein „Serrano", ein Mann aus dem Gebirge ist. Das ist bei Ecuadors Wählern ein gewichtiges Argument, und die „Costenos" sind viel zahlreicher als die „Serranos". Wichtiger aber sollte sein, daß Ekuador sich endlich zu einer demokratischen Stabilität durchringt, wie sie die Südhälfte des Kontinents im Gegensatz zur nördlichen nur selten und niemals flächendekend erreichte.

Momente, aus denen ein Drama spricht

Von HERBERT KREMP

Das französische Verteidigungsministerium bedauerte in einem Kommuniqué den Zwischenfall „mit einem im Schmerz aus der Selbstbeherrschung geratenen Bruder der neun Opfer". Das Attentat auf Minister Charles Hernu, die instinktive Akkuratesse des Fotografen und die gelassene, die Verwundung eines Herzens bedenkende Erklärung des Ministeriums bilden zusammen eine Dokumentation, die man als singulär bezeichnen darf.

Der 26jährige Attentäter Lionel Rehal versuchte den Minister bei einer Trauerfeier zu töten, die neun in der Nähe der Oase Oum Chaluba am 16. Breitengrad, in Tschad, gefallenen Fallschirmjägern galt. Als Waffe hatte er ein Auto gewählt, mit dem er auf Charles Hernu zielte. Der Attentäter ist einer von acht Söhnen eines sogenannten Harki und einer Französin. Harki nennt man jene Algerier, die in der französischen Armee gedient hatten und nach der Aufgbe des Landes durch Charles de Gaulle ins europäische Frankreich kommen durften. Alle Söhne der Familie Rehal sind Fallschirmjäger, auch der Attentäter, der am Ende seiner Fahrt in die Särge raste. In einem der Särge lag einer seiner Brüder.

So dicht, so geballt wie dieser Zusammenhang ist auch die Sequenz der Bilder. Das erste Foto zeigt die Ankunft der neun Gefallenen auf dem Flughafen von Toulouse. Die Ehrengarde ist angetreten. Über den Tod der Fallschirmjäger kursieren zahlreiche Gerüchte. Daß die „Professionals" des 17. Fallschirmjäger-Pionierregiments in ein Minenfeld geraten seien, wird nicht für glaubhaft gehalten. Das Verteidigungsministerium verbreitet über den Tod der Soldaten keine Sicherheit, sondern nur Annahmen. Es ist nicht ausgeschlossen,daß die Fallschirmjäger in eine Sprengstoffalle geraten sind. Es gibt das Gerücht, daß bei der Durchsuchung eines abgschossenen Sowjet-Panzers eine Sprengladung explodiert sei.

Die Trauerfeier fand am Dienstag auf dem Militärflugplatz Toulouse-Francazal statt. Dort sind die Toten aufgebahrt, hinter den Särgen ist die Regimentsfahne aufgepflanzt. In einer Reihe sind die Familien, die Armeeoffiziere und die Presse aufgestellt. Ihnen gegenüber ebenfalls eine Reihe von Soldaten des Fallschirmjäger-Pionierregiments mit den roten Berets. Beim Eintreffen des Ministers auf dem Flughafen um 11.00 Uhr ertönt aus der Gruppe der Familien der Ruf „Wir kriegen Dich!" und „Jetzt ist es zu spät". Die Rufe kommen alle von der Familie Rehal. Minister Hernu legt auf jeden einzelnen der Särge die „Medaille Militaire". Dann schreitet er die Front der Truppe ab. Währenddessen läuft Lionel Rehal zu dem in einiger Entfernung gelegenen Parkplatz.

Das zweite Bild hält die Szene fest, als der Attentäter mit einem gelben Sport-Coupé in die Menge hineinfährt. Ein Leibwächter Hernus zielt auf den Attentäter und trifft ihn in die Hüfte. Zwei Schüsse treffen die Motorhaube, der dritte die Vordertür des Wagens und den Täter und der vierte den Kofferraum. Der Minister, der sich durch einen Sprung zur Seite hatte retten können, taucht erst im dritten Bild (ganz rechts) auf. Der Attentäter verliert die Herrschaft über das Fahrzeug. Das Auto schleudert in die Särge und kommt dreißig Meter weiter zum Stehen. Der verletzte Attentäter fällt aus dem Wagen.

Die vierte Aufnahme zeigt das Auto Sekunden vor dem Aufprall und Stillstand. Der Minister (in der Bildmitte neben einem Offizier) blickt dem Fahrzeug nach. Man sieht, daß der Fahrer über dem Steuer zusammengesunken ist. Der Leibwächter hält die Pistole noch im Anschlag. Minister Hernu wartet, bis der Krankenwagen kommt, in den Rehal geschoben wird. Er erkundigt sich nach dem Befinden des Verletzten. Dann besteigt er seine Dienstlimousine und fährt davon.

Nach dem Zwischenfall mußten einige der Rehal-Brüder von Polizisten und Soldaten mit Gewalt beruhigt werden. Einer von ihnen wollte auf den Beamten zustürzen, der geschossen hatte und schrie ihm zu: „Warum hast Du geschossen? Ich habe einen Bruder in Tschad verloren und will hier nicht noch einen verlieren."









Die Sandinisten haben den Sündenbock gefunden

Die Verminung nicaraguanischer Häfen durch Gegner der Sandinisten hat für die Regierung in Managua eine positive Kehrseite: Sie dient – zu Unrecht – als Begründung für die wachsende Versorgungsmisere.

Von WERNER THOMAS

Die Minen, die vor den Häfen des Landes treiben, beherrschen die Schlagzeilen des sandinistischen Sprachrohrs „Barricada". Auf Seite eins veröffentlichte das Blatt einen vertraulichen Brief des Pariser Außenministers Cheysson an den kolumbianischen Präsidenten Betancur, in dem der Franzose gemeinsame Aktionen zur Räumung der Minen vorschlug. Kaum vergeht ein Tag, ohne daß diese „Eskalation des imperialistischen Terrors" verurteilt wird. Regelmäßig werden Regierungsvertreter zitiert, die einen neuen Grund für die wirtschaftliche Misere nennen – „Las Minas".

Ein diplomatischer Beobchter in Managua meint: „Dieses Thema hätte zu keinem besseren Zeitpunkt aufkommen können. Der Sündenbock für die Engpässe wurde gefunden." Ein prominenter Vertreter des Verbands der Privatunternehmer glaubt jedoch nicht, daß die Nicaraguaner solche Argumente akzeptieren. „Die Minen sind im Februar gelegt worden", erinnert er. „Die meisten Menschen wissen jedoch, daß ihre Probleme weiter zurückdatieren."

Wirtschaftliche Probleme beherrschen die Gespräche der Bevölkerung. Je ärmer die Leute, desto mehr unterhalten sie sich über die akuten Warenknappheiten und die astronomischen Preise. Ein Managua-Besuch in diesen Tagen vermittelt den Eindruck, daß die desolate Wirtschaft das gefährlichste Minenfeld der Comandantes ist. Weit gefährlicher als die Aktionen der konterrevolutionären Brigaden.

Seit vier Monaten schon gibt es kein Toilettenpapier in Managua. Der Schwarzmarkt handelt die raren Rollen für umgerechnet acht bis zehn Dollar. Die Frau eines westlichen Diplomaten zeigt stolz eine Plastiktüte mit „Papel Higdnico"-Fetzen, die wahrscheinlich aus Hotel-Vorräten stammen. „Nach stundenlangem Suchen", sie zahlte acht Dollar.

Schokolade vermissen die Kinder, alle vermissen Zahnpasta. Das Victoria-Bier wird nur mit 80 Prozent der erforderlichen Zutaten abgefüllt und schmeckt danach. Die Rationierungskarte umfaßt Reis, Bohnen, Zucker, Speiseöl – also die Grundnahrungsmittel – und Seife. Die Supermärkte füllen ihre leeren Regale mit Geschirr.

Die Volkswagen-Vertretung hat seit acht Monaten keine Devisen mehr erhalten, um Ersatzteile zu importieren. Die Außenspiegel der Autos und die Tankverschlüsse werden serienweise gestohlen. Stoffstücke dienen als Tankerverschlüsse. Der Schwarzmarktwert des Dollar stieg auf das Dreizehnfache seines offiziellen Wertes.

Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung sind so selten aufzutreiben wie Speiseöl. Die Vertreter des Privatsektors schätzen die Inflationsrate jedoch auf 100 Prozent. Eine Männerhose kostet 2000 Cordobas (200 Dollar), ein Paar Herrenschuhe 1000 Cordobas (100 Dollar). Arbeiterlöhne bewegen sich zwichen 3000 und 4000 Cordobas im Monat.

Die sandinistische Regierung hat seit ihrer Machtübernahme im Juli 1979 etwa 2,2 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe erhalten, pro Kopf mehr als jedes andere Land der Welt. In Nicaragua leben nur 2,6 Millionen Menschen. Viele ausländische Beobachter führen die desolate Situation deshalb auf Fehlplanungen, Mißwirtschaft, sozialistische Experimente, Schlendrian und hohe Rüstungskosten zurück. Die Comandantes besitzen den stärksten Militärapparat Mittelamerikas, über 100 000 Soldaten und Milizionäre.

Die Misere trübt die Stimmung. Noch nie in den fast fünf Jahren Revolution waren die Leute so mißmutig wie heute. Die wachsende Kluft zwischen Rhetorik und Realität fördert eine apathische und zynische Einstellung zu den Entwicklungen. Ein Diplomat, der den Sandinisten bisher mit einer gewissen Sympathie gegenüberstand, spricht von einer „bedenklichen Atmosphäre" und fragt: „Wie soll das weitergehen?"

Es kann lange so weitergehen. Die Unzufriedenheit mündet nicht in Unruhe. Der Überwachungs- und Sicherheitsapparat funktioniert weit besser als das Wirtschaftssystem. In dem dichten Blockwartnetz verfängt sich jeder Kritiker. Die Furcht grassiert vor den „antisomozistischen Volkstribunalen", die selbst das Delikt „ideologische Abweichung" mit jahrelangen Gefängnisstrafen ahnden.

„Der Marsch führt in Richtung Marxismus", sagt der Priester Bismarck Carballo, der Sprecher des Erzbischofs Miguel Obando Bravo. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer José Espinoza urteilt ähnlich: „Hinter der Maske des Sandinismus verbirgt sich der Marxismus." Die Supermarkte offerieren marxistische Literatur aus Moskau. Die „Prensa", einziges Sprachrohr der Opposition und unter strikter Zensur, durfte die Meldung nicht verbreiten, daß die Psychologische Fakultät der staatlichen Universität nun Russisch statt Englisch als Fremdsprache lehrt.

Die meisten Vertreter der Opposition blicken den Wahlen am 4. November nervös entgegen, weil sie nach einem Sieg der Sandinisten ein Ende ihrer letzten Bewegungsfreiheit befürchten. Obgleich der sandinistische Sieg bereits als sicher gilt, wollen die oppositionellen Parteien noch das neue Mediengesetz abwarten, bevor sie die Entscheidung treffen, ob sie sich an diesem Urnengang beteiligen sollen. In Managua kursieren Gerüchte, daß die Presse in Zukunft nicht mehr über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten berichten darf.

Tomas Borge, der Innenminister, hat dieser Tage die schlimmsten Befürchtungen der Opposition bestätigt. Wer diese Wahlen boykottiere, warnte der Comandante, sei ein Selbstmörder. (SAD)

Ein Schrittmacher für die Muskeln

Hoffnung für Querschnittsgelähmte: Wiener Wissenschaftler haben ein Gerät entwickelt, das bereits erste Gehversuche ermöglichte.

Von JOCHEN AUMILLER

Eine schon alltägliche Katastrophe: Bei einem schweren Verkehrsunfall wird einer der Beteiligten aus dem Fahrzeug geschleudert und bleibt bewegungslos liegen – Querschnittslähmung. Sie zählt zu den leider nicht gerade seltenen Unfallfolgen. Ein Leben im Rollstuhl ist bisher die unausweichliche Konsequenz – trotz aller Fortschritte, über die die Unfallmediziner auf ihren Kongressen berichten können.

Der Abriß oder die Totalquetschung des Rückenmarks kann nicht geheilt werden. Dennoch besteht Hoffnung. Vielleicht können diese Patienten schon in wenigen Jahren wenigstens vorübergehend den Rollstuhl verlassen und sogar Treppen steigen – mit Krücken.

Eine Wiener Forschergruppe hat mit einem neuen Verfahren zwei Querschnittsgelähmten bereits die ersten erfolgreichen Gehversuche ermöglicht. Beide Patientinnen – sie sind 25 und 41 Jahre alt – können selbständig aus dem Rollstuhl aufstehen und eine Viertelstunde lang mit Hilfe von Krücken gehen.

Die österreichische Expertengruppe um Professor Dr. J. Holle fand die Lösung des Problems in der sogenannten funktionellen Elektro-Stimulation, eine Art Muskelschrittmacher. Bereits 1971 trat das Team mit einer neuen Form der künstlichen Beatmung an die Öffentlichkeit. Das Prinzip: Der Nerv, der das Zwerchfell arbeiten läßt und damit die Lunge wie einen Blasebalg dehnt oder zusammenpreßt, wird künstlich mit elektrischen Impulsen aktiviert. Das funktionierte im Tierversuch, beim Menschen jedoch nur für kurze Zeit. Erst eine grundlegende Verbesserung der Methodik eröffnet jetzt klinische Einsatzmöglichkeiten.

Heute werden dem Nerv vier Elektroden angelegt, die abwechselnd Impulse aussenden. Dadurch, so Holle, verringert sich die elektrische Gesamtbelastung der Nervenfasern wesentlich, und die Erholungsphase verlängert sich. Die Experten sprechen von der „Karussell-Stimulation". Nicht minder wichtig ist eine weitere Verbesserung: Der Impulsgeber kann in den Körper eingepflanzt und drahtlos durch die Haut geregelt werden. Erst diese Konstruktionsverbesserungen erlauben eine Langzeitanwendung.

Im Oktober 1982 fühlten sich die Mediziner so sicher, daß sie den ersten Querschnittsgelähmten dieses System operativ einsetzten. Die Elektroden-Manschetten wurden um zwei Nervenstränge gelegt, die entsprechende Muskelgruppen am Gesäß und am Oberschenkel bewegen. Dem geglückten Eingriff schloß sich ein intensives Training an. Nach einigen Monaten zeichnete sich der Erfolg ab. Die Kraft in den stimulierten Muskeln nahm deutlich zu. Ein Jahr nach der Operation konnten die Patientinnen mit Unterstützung von Krücken den Rollstuhl verlassen. Anläßlich einer internationalen Fachtagung in Wien führten sie ihre Gehversuche vor, begleitet von demonstrativem Applaus der Spezialisten. Inzwischen haben zwei weitere Querschnittsgelähmte solche Muskelschrittmacher erhalten.

„Berlin ist eine Klammer zwischen Europa und den USA"

Amerikaner brachten dem Regierenden Bürgermeister große Aufmerksamkeit entgegen

TH. KIELINGER, **Washington**

Ein umfangreiches Besuchsprogramm konnte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, bei seinen drei Gesprächstagen in Washington abwickeln. Aus der Zahl und dem Rang der Gastgeber, die den deutschen Besucher zu sehen wünschten, ließ sich unschwer die Bedeutung ablesen, die die USA weiterhin allen Berlin betreffenden Fragen zumessen. Diepgen selber bekräftigte, daß Berlin „eine wichtige Klammerfunktion für das Verhältnis Europa–USA" ausübe. Ein Abkoppeln von den Schutzmächten – ein Abzug gar – wäre für die Stadt „lebensgefährlich".

Der Regierende Bürgermeister hatte unter anderem Begegnungen mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz und Botschafter Matlock, dem Experten für sowjetische Beziehungen im Nationalen Sicherheitsrat. Im Pentagon traf er mit Richard Perle zusammen, während Europa-Direktor Burt im State Department ein Essen mit Teilnehmern aus Wirtschaft und akademischen Kreisen gab. Gespräche im Kongreß rundeten das Programm ab.

Neue Patenschaften

Von Washington flogen der Bürgermeister und seine Delegation nach Boston, wo kommunale Probleme im Vordergrund standen, bezogen vor allem auf die Frage neuer Patenschaften zwischen Berlin und amerikanischen Städten, die am Technologie-Austausch interessiert sind.

Auf den Wirtschaftsaspekt legte Diepgen während seiner USA-Reise großen Wert. Er verbreitete gegenüber allen seinen Gesprächspartnern ein überzeugt optimistisches Berlin-Bild, – die Umrisse einer Stadt „nicht im Niedergang, sondern im Zentrum wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung im Herzen Europas", wie er vor einem großen amerikanischen Publikum während einer Pressekonferenz sagte. Diese Botschaft machte der Regierende Bürgermeister auch zum Kern einer Veranstaltung des „American Council on Germany" in New York und während eines kurzen Besuches auf dem Campus der Universität Harvard.

Deutlich distanzierte sich der Politiker von Darstellungen über „Europas Niedergang", wie sie – stellvertretend für viele amerikanische Kritiker – das Magazin „Newsweek" unlängst als Titelgeschichte ihren Lesern angeboten hatte. Während des Essens im State Department forderte Europa-Direktor Burt den deutschen Gast zu der Vorstellung heraus, wie weit Europa in zehn Jahren hinter den USA und Japan zurückliegen werde, worauf Diepgen entgegnete, in zehn Jahren werde es keine Kluft, sondern verstärkte Konkurrenz geben, wobei neue Technologie-Zentren wie Berlin eine Rolle mitspielen würden.

An dem Essen im State Department nahmen u. a. Vertreter von PanAm, der amerikanischen Fluglinie, teil, die dem deutschen Gast von Überlegungen über Direktflüge USA–Berlin berichteten. Berlin sei für PanAm „auch ein Markt", hieß es dazu.

Diepgen berührte in seinen Gesprächen mit den amerikanischen Berlin-Experten auch solche Detailfragen wie das Thema der „Rechtsbereinigung". Damit verbindet seine Administration den Wunsch, Rechtsrelikte aus den Tagen der direkten Besatzungsbefugnisse der Siegermächte verschwinden zu sehen. Es gebe, so führte Diepgen aus, noch immer eine Fülle alter Bestimmungen, die nichts mehr mit dem gewandelten Selbstbild der für Berlin verantwortlichen Schutzmächte zu tun hätten und daher ausgeforstet werden könnten. Darunter solche kuriose wie die Androhung von Todesstrafe für den Besitz eines Küchenmessers oder die Strafandrohung für „kritische Auseinandersetzung mit den Schutzmächten".

Nach der letzten Verordnung – sie stammt aus dem Jahre 1950 – wurde noch unlängst ein Verfahren eingeleitet, wie eine kürzliche Anfrage des Abgeordneten Kunzelmann im Berliner Abgeordnetenhaus an den Tag brachte. Diepgen trennte diesen Fragenkomplex streng von den Statusrechten der Schutzmächte, die nicht von der gewünschten „Rechtsbereinigung" tangiert würden. Ihm gehe es vielmehr, so ergänzte er, darum, daß aus alten geltenden Bestimmungen „keine Polemik gegen die Schutzmächte" – vor allem die USA – entwickelt werden könne.

Kein deutscher Sonderweg

Die amerikanischen Gastgeber wollten vor allem wissen – diese Frage stellt man heute regelmäßig allen Besuchern aus Deutschland –, wie der Bürgermeister die Ausreise-Politik der „DDR" interpretiere, und was die für Washington überraschend dynamischen deutsch-deutschen Beziehungen für eine Zukunft hätten. Diepgen meinte in seiner Antwort auf die erste Frage, er sehe vor allem Gründe der internationalen Reputation der „DDR", sodann den Druck von innen, der zu einem gewissen „Dampfablassen" führe. Schließlich spiele die Arbeitslosigkeit in der „DDR" eine Rolle, so dann auch die Hoffnung auf wirtschaftliche Gegenhilfe auf der Bundesrepublik.

Die deutsch-deutschen Beziehungen sieht der Bürgermeister vor dem Hintergrund der Diskussion um die deutsche Nation. Immer wieder betonte Diepgen, aus dieser Diskussion dürfe man nicht „den falschen Schluß ziehen", hier werde ein „deutscher Sonderweg" gesucht. Nicht auf die Fragen, – auf die Antworten komme es an. Und da gebe es einen breiten Konsens, daß die „Freiheit vor Einheit" geht.

Pekinger Propagandachef Deng Liqun entmachtet?

DW. **Peking**

Der Pekinger Propagandachef Deng Liqun soll ein Opfer seiner eigenen Kampagne gegen die „geistige Verseuchung" geworden sein. Nach Angaben westlicher Diplomaten in Peking sei Deng entmachtet worden und übe gegenwärtig nicht mehr seine Funktionen als Leiter der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der chinesischen Partei aus. Es wird allerdings nicht damit gerechnet, daß Deng vor dem nächsten Parteiplenum in der zweiten Hälfte dieses Jahres offiziell von seinem Posten abgelöst wird.

Berichte über Auseinandersetzungen innerhalb der chinesischen Führung über den innenpolitischen Kurs waren bereits seit einigen Wochen bekannt geworden. Nach Angaben der Hongkonger Monatszeitschrift „Zhengming" soll der Pekinger Propagandachef die treibende Kraft hinter der im letzten Herbst begonnenen Kampagne gegen westliche bürgerliche Einflüsse gewesen sein. Die innenpolitische Verschärfung hatte zur Verunsicherung im Ausland geführt.

Seit Anfang des Jahres hätten sich zuerst Parteichef Hu Yaobang und schließlich auch Chinas entscheidender Politiker Deng Xiaoping gegen eine Übertreibung dieser Bewegung gewandt. Vor allem wurde die Kritik an den Wirtschaftsreformen eingestellt und die Auseina

ndersetzung um die Frage der Liberalisierung auf das literarische Feld eingeengt.

Handhabe gegen „Auschwitz-Lüge"

dpa. **Bonn**

Das Bundeskabinett hat gestern die Weichen für eine Verabschiedung des 21. Strafrechtsänderungsgesetz gestellt, das die Verbreitung von neonazistischen Schriften schneller und wirkungsvoller als bisher unter Strafe stellen soll. Nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch akzeptierte die Regierung dabei wesentliche Einwände, die der Bundesrat bisher gegen die Gesetzesänderung erhoben hatte.

Mit dem Änderungsgesetz sei nicht die Absicht verbunden, Gespräche am Biertisch automatisch zu verfolgen, versicherte Boenisch. Vielmehr solle damit vor allem die Verbreitung von Schriften geahndet werden, die unter Gewalt- und Willkürherrschaft begangene Handlungen billigen oder leugnen. Ebenso biete das Gesetz den Gerichten nun leichter Zugriff auf Schriften, die nazistische Gewaltmethoden und Verbrechen verherrlichen und verharmlosen, wie es immer wieder in der Vergangenheit bei dem Thema der „Auschwitz-Lüge" vorgekommen sei.

Unterschriften für Papst-Besuch

dpa, **Wien**

In der Slowakei werden in der Bevölkerung Unterschriften für einen Besuch des Papstes in der CSSR gesammelt. Wie gestern aus Exilkreisen in Wien bekannt wurde, sollen im Zug dieser von den Behörden als illegal betrachteten Aktionen eine Reihe von Festnahmen erfolgt sein.

Die Unterschriften-Listen, auf denen sich 10 000 Menschen bereits eingetragen hätten, seien spontan entstanden, nachdem in der Bevölkerung Gerüchte über eine geplante Einladung von Papst Johannes Paul II durch den Prager Erzbischof, Kardinal Frantisek Tomasek, entstanden waren. Der Text der Petition lautet „Heiliger Vater – mögen Sie die Tschechoslowakei besuchen".

Arbeitsminister Blüm sagt der Pharmaindustrie den Kampf an

Bei einem Scheitern der Verhandlungen mit den Kassen Konsequenzen angedroht

PETER JENTSCH, **Bonn**

„Die Situation des Haustieres", so stellte Ernst Jünger mit Blick auf den Sozialstaat fest, „hat zwangsläufig die des Schlachttieres zur Folge." In diese Rolle gedrängt fühlt sich zur Zeit – und das ganz offensichtlich – die deutsche Pharmaindustrie.

Das wurde zuletzt deutlich während der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ließ keinen Zweifel daran, daß die Arzneimittelhersteller hauptverantwortlich die Beitragsstabilität der gesetzlichen Krankenversicherung gefährdeten. Das gelte erst in zweiter Linie für die Krankenhäuser, die man durch eine Reform des Krankenhausfinanzierungsgesetzes an die Kandare nehmen wolle.

Eine Gefährdung der Beitragsstabilität, auch das sagte Blüm, werde die Bundesregierung aber nicht hinnehmen, da damit ein Hauptziel der Regierung untergraben werde, der Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die Front abgesteckt

Blüm: „Die pharmazeutische Industrie hat durch eine übermäßige und nicht am Gesamtwohl orientierte Preispolitik die Bemühungen um Kostendämpfung konterkariert. Die Entlastung der Beitragszahler von vermeidbaren Sozialabgaben dient aber auch dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Und darin liegt das Ziel unserer Anstrengungen."

Damit ist die gesundheitspolitische Front abgesteckt. Die Kritik spitzt sich auf das (preispolitische) Verhalten der Pharmaindustrie zu.

Wie auch anders. Wird – um in Jüngers Bild zu bleiben – die Idylle des aus dem Vollen schöpfenden Sozialstaates durch immer knapper werdende Ressourcen getrübt, zeigt er sein wahres Gesicht. Wer Leistung qua Gesetz verordnet, bestimmt auch, wie was verteilt wird – in diesem Fall die Finanzmasse der gesetzlichen Krankenversicherung.

Da die Pharmaindustrie nach dem Urteil des Bundesarbeitsministers keine Preisdisziplin gezeigt hat, soll sie jetzt die Folgen tragen. Zunächst beschloß die Konzertierte Aktion, keinen Höchstbetrag für die Arzneimittelausgaben zu empfehlen.

Begründung: Trotz der Entlastung durch die Einführung der Negativliste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kassenkosten ausschließt, und der Verordnungsblattgebühr seien die Arzneimittelausgaben 1983 um 4,8 Prozent (und damit stärker als die Grundlohnsumme) auf 14,4 Milliarden Mark gestiegen.

Gleichzeitig blickt der Bundesarbeitsminister wohlwollend auf die Bestrebungen der Krankenkassen, gemeinsam mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) Lösungen zu finden zur „Verbesserung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen" im Arzneimittelbereich. Kassen und Pharmaindustrie sollen die Preise für diesen Sektor des Medizinbetriebs gemeinsam aushandeln.

Aus dem Bundesarbeitsministerium verlautet inzwischen, daß ein Scheitern der Verhandlungen zwischen Kassen und BPI Konsequenzen haben werde, etwa in Form einer Erweiterung der Negativliste um acht Indikationsgebiete. Darüberhinaus werden weitere Maßnahmen sondiert.

Auch die Krankenkassen denken weiter. Eine ihrer Überlegungen: die Ärzte sollen nur noch Wirkstoffe verordnen. Der Apotheker hätte dann das preiswerteste Präparat, das den verschriebenen Wirkstoff enthält, auf Kassenkosten abzugeben. Dazu wird er durch eine höhere „Handelsspanne" von seiten der Kassen animiert.

Einen weiteren interessanten Weg zur positiven Beeinflussung des Verordnungsverhaltens der Ärzte haben jetzt der Schweizer Verleger Nikolaus M. Fisch, Aesopus-Verlag, und die Ärztin und frühere Bundestagsabgeordnete Hedda Heuser-Schreiber beschritten. Sie geben eine praxisgerechte Information über die Arzneimitteltherapie heraus, die dem Arzt die tägliche Verordnungspraxis erleichtern und alle zwei Jahre aktualisiert werden soll.

Unter dem Titel „Arzneimitteltherapie heute – 1984" bieten die erstmals nach Indikationsgebieten geordneten Monographien neben den Grundlagen arzneitherapeutischen Handelns unter anderem Hinweise auf die Wirkungsmechanismen, auf bekannte Nebenwirkungen und Interaktionen.

Verunsicherung abbauen

Zugleich bietet das insgesamt 43bändige Werk einen Überblick über die wichtigsten der gebräuchlichen Medikamente aus der jeweiligen Gruppe mit Dosierungsanleitungen. Damit wird nach dem Urteil von Fachleuten der Arzt in die Lage versetzt, auch für schwierige Einzelfälle ein optimales, wissenschaftlich fundiertes Therapiekonzept abzuleiten. Die einzelnen Bände der Monographie werden von namhaften Wissenschaftlern (Medizinern, Pharmakologen) verfaßt.

Insgesamt sollen 20 000 Bände jeder Ausgabe durch den Verband der Hausärzte (BPA) und den Berufsverband Deutscher Internisten an niedergelassene Ärzte verteilt werden. Das Werk soll nach Darstellung des Präsidenten des Berufsverbandes Deutscher Internisten, H. J. Frank-Schmidt, auch dazu beitragen, die Verunsicherung vieler Ärzte durch pseudowissenschaftliche Veröffentlichungen wie „Bittere Pillen" abzubauen.

Die Zeit der „Selbstzerfleischung" bei den Jungsozialisten ist vorbei

Bundeskongreß der Jusos / Neuer Vorsitzender wird Ulf Skirke / Kein Gegenkandidat

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Nachwuchsorganisation der SPD, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, ist zahm geworden. Zwar ist der Hang zu verbalem Aktionismus ungebrochen, doch die Öffentlichkeitswirksamkeit ist gering geworden, und die „Selbstzerfleischung" der 70er Jahre, die „unsinnige Fraktioniererei", an die der scheidende Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung jetzt noch einmal erinnerte, gehören der Vergangenheit an. Der Bundeskongreß von Freitag bis Sonntag wird aller Voraussicht nach ein Bild trauter Einträchtigkeit abgeben, für das Amt des Vorsitzenden der 240 000 Jusos gibt es nicht einmal Gegenkandidaten.

Ulf Skirke, persönlicher Referent des Hamburger Energiesenators Kuhbier und bisher schon Stellvertreter Hartungs, wird der neue Vorsitzende der Partei-Arbeitsgemeinschaft heißen. Der 33jährige Ökologie-Spezialist gehört keiner der drei Hauptströmungen der Jusos – Reformsozialisten, Antirevisionisten und Kommunismus-nahe Stamokap-Anhänger – an, deren Ringen um die Mehrheit so lange das Gesicht der Organisation betimmte und mit dem Parteiausschluß des gewählten Juso-Vorsitzenden Benneter vor knapp sieben Jahren seinen Höhepunkt fand. Rudolf Hartung, der nach Gerhard Schröder, Wolfgang Roth und Heidemarie Wieczorek-Zeul den Kurs der Integration in die Partei fortgesetzt hatte und jetzt wegen Überschreitung der Altersgrenze (35 Jahre) nicht wieder kandidiert, gab in einem „Vorwärts"-Interview seinen Genossen mit auf den weiteren Weg, daß sie der „Motor der Partei" sein müßten. So ganz nebenbei trat er auch noch ein paar Mal kräftig gegen die Schienenbeine der ehemaligen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, insbesondere Helmut Schmidts, die die SPD „in den letzten Jahren der Koalition mit Genscher zu einer Werbeagentur mit 940 000 zahlenden Mitgliedern (hätten) verkommen" lassen.

Dieser Kurs spezieller Vergangenheitsbewältigung zeichnet sich auch in den bisher vorliegenden Anträgen für den Kongreß Ende der Woche ab, der in derselben Godesberger Stadthalle stattfinden wird, in der sich die Sozialdemokraten vor 25 Jahren ihr Parteiprogramm gaben, das jetzt „fortgeschrieben" werden soll. Vor allem werden dabei weiterhin die Gefechte des vergangenen Herbstes um die Nachrüstung weitergeführt, als die Jusos federführend in der „Friedensbewegung" aktiv geworden waren. Und während sich die SPD-Führung bemüht, in ihren Überlegungen und Vorschlägen zur Sicherheitspolitik jeden Anschein der Äquidistanz oder des Antiamerikanismus' zu vermeiden, haben starke Juso-Gruppierungen überhaupt keine Scheu, gänzlich andere Töne anzuschlagen.

So kommt aus dem mitgliederstärksten Partei-Bezirk Westliches Westfalen, der einst eine Hochburg der Schmidt-Anhänger war und nach dem Regierungswechsel in Bonn zu den ersten im Nachrüstungs-Schwenk gehörten, ein Antrag auf den Bundeskongreß, in dem es heißt, daß „zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder eine Situation entstanden (sei), in der von bundesdeutschem Boden mit US-amerikanischen Angriffswaffen ein Krieg gegen die Sowjetunion ausgehen kann". Deshalb müsse die „Friedensbewegung" weiterkämpfen, denn der „aggressive Charakter der US-Globalstrategie" verfolge das Ziel, „die Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten und den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen mittels militärischer Überlegenheit zu seinen Gunsten zu entscheiden und somit das Rad der Geschichte zurückzudrehen". Es sei „politisch falsch und irreführend", wenn man sich darauf einließe, die Aufrüstung durch die Sowjetunion mit atomaren SS 21-23-Raketen „gar als Beleg für eine Supermachttheorie heranzuziehen". Darum: „Die Friedensbewegung sollte sich vom Kampf gegen die eigentliche Ursache der Kriegsgefahr, wie sie in der US-Militärstrategie zum Ausdruck kommt, nicht ablenken lassen."

Es wird interessant werden zu beobachten, wie die Diskussion am Freitag zu diesem Thema verlaufen wird. An diesem Tag wird auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel als Hauptredner in der Stadthalle auftreten.

Börner macht den Grünen weitere Zugeständnisse

Neuorientierung der Abfallbeseitigung angeboten

D. GURATZSCH, **Wiesbaden**

Der Landesvorsitzende der hessischen SPD und geschäftsführende Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner, hat nach einer Sitzung von Fraktion und Landesvorstand seiner Partei den Grünen in Hessen weitere Zugeständnisse angeboten, um das noch immer nicht perfekte rotgrüne Bündnis zustandezubringen. Börner antwortete damit auf sechs Forderungen der Grünen vom 14. März, von denen nach Meinung der grünen Landtagsgruppe die Zustimmung der grünen Mitgliederversammlung am 19. Mai in Lollar bei Gießen zur Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Umweltpartei abhängen würde.

In seinem Brief bietet der SPD-Chef eine „Neuorientierung der Abfallbeseitigung" in Hessen mit dem Ziel der Reduzierung der Abfallmengen und der weitgehenden Wiederverwertung an. In der Fossiliengrube Messel sollen lediglich noch Ölschieferrückstände gelagert werden, und zwar nur auf einem Drittel der vorgesehenen Fläche.

Außerdem könne eine „Option für den Ausstieg" aus diesem Projekt vereinbart werden. Die ebenfalls geplante Deponie Mainhausen soll von Giftstoffen gänzlich freigehalten werden.

In der Ausländerpolitik erklärt sich Börner zu einer „großzügigen Ermöglichung des Nachzuges von Ehegatten und von Kindern bis zu 18 Jahren" bereit. Die „unbefristete Aufenthaltserlaubnis" soll unter üblichen Voraussetzungen bereits nach fünf Jahren gewährt werden.

Zur Sicherung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe in Hessen sollen 20 Millionen DM für 1984 und jeweils 40 Millionen DM für die beiden folgenden Jahre bereitgestellt werden.

Beim Straßenbau will die Landesregierung statt bisher schon 20 Millionen DM nun 30 Millionen DM für Lärmschutz- und Radwegebau umschichten.

Für den Flughafen Frankfurt sollen nach dem Einspruch des Bundesverkehrsminsters gegen ein Nachtflugverbot „lärmentlastende Maßnahmen" mit allen Gremien angestrebt werden, „die für die Durchführung und Änderung des Flugbetriebes Verantwortung tragen". Beim Gefängnisbau will Börner zwar an den beiden Neubauten in Schlüchtern und Weiterstadt festhalten, ist jedoch zu einer „Verständigung über die Größe der Neubauten und die Stillegung von Altgebäuden" bereit.

In seinem Schreiben bekräftigt der Ministerpräsident, daß die hessische SPD „gerade angesichts der sozial ungerechten, arbeitnehmerfeindlichen Politik der derzeitigen Bundesregierung in einer Zusammenarbeit mit den Grünen mehr im Interesse ihrer Wähler verwirklichen kann als mit anderen Parteien". Aber auch die Grünen würden „überhaupt nur in einer Kooperation mit der SPD eine Chance haben, wichtige Anliegen in praktische Politik umzusetzen".

Elbgrenze: „DDR" beruft sich auf die SPD

hrk. **Berlin**

Zum erstenmal erfuhren „DDR"-Leser gestern aus ihrer Presse, daß die westlichen Alliierten in der Frage der Elb-Grenze ein wichtiges Wort zu sagen haben. Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN berichtete unter Berufung auf dpa über die Äußerungen des SPD-Fraktionschefs Hans-Jochen Vogel, wonach keine Einsprüche der drei westlichen Alliierten zu erwarten seien, falls sich Bonn und Ost-Berlin über die Grenzziehung an der Elbe selbst einigten.

Das Grenzproblem auf der Elbe – die „DDR" fordert dafür die Strommitte, Bonn beruft sich bei der Grenze am Ostufer auf alliierte Unterlagen – war bisher auf „DDR"-Seite stets so dargestellt worden, als stünde ihre Festlegung im Belieben der beiden deutschen Staaten.

Nach dem üblichen Ostberliner Muster, derartige politisch komplizierte Sachverhalte durch die Wiedergabe westlicher Äußerungen den eigenen Bürgern nahezubringen, zitierte das SED-Organ „Neues Deutschland" gestern sogar SED-Generalsekretär Honecker über Aussagen von Vogel. Er, Honecker, habe bei seinem Treffen mit Vogel Mitte März in Ost-Berlin „günstige Auswirkungen auf die Fangrechte für Fischer aus der Bundesrepublik vor der mecklenburgischen Küste" in Aussicht gestellt. Diese Vorschläge waren vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel als nicht akzeptabel zurückgewiesen worden.

Schwere Zeiten für die SPD aus dem Südwesten

Wahlen zum Fraktionsvorstand: Denkzettel verpaßt

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Für Sozialdemokraten aus Baden-Württemberg sind offenbar schwere Zeiten angebrochen: Fast alle Bundestagsabgeordneten aus dem Südwesten schnitten bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand der SPD in Bonn am späten Dienstagabend miserabel ab. Einzige Ausnahme war Dieter Spöri, der offenbar im Zusammenhang mit seiner Rolle im Flick-Untersuchungsausschuß gegen das Votum des alten Vorstands gleich im ersten Wahlgang zum Beisitzer in die Fraktionsführung gewählt wurde.

Während Fraktionschef Hans-Jochen Vogel den meisten Unmut in einer Vorrunde bereits hatte hinnehmen müssen und mit sieben Gegenstimmen und fünf Enthaltungen nur wenig schlechter als vor einem Jahr abschnitt, gab es bei den Voten für seine acht Stellvertreter deutliche Denkzettel wie auch in Stimmen ausgedrücktes Lob, vor allem für das Eingehen auf die Wünsche von Hinterbänklern. Schmude (150 Stimmen), Apel (144) und Fuchs (134) kamen auf wahre Traumergebnisse, während die Baden-Württemberger Hauff (95), Roth (98) und Däubler-Gmelin (87) regelrecht abgeschmettert wurden. Ein Sonderfall war Ehmke, dem seit langem Versuche zur Erlangung der Würde eines „1. Stellvertreters" hinter Vogel und gleichzeitig auch eine gewisse Konkurrenz zu dem Oppositionsführer nachgesagt wird: Mit 104 Stimmen lag er deutlich zurück.

Richtig spannend war aber erst die Wahl der Beisitzer, für deren 26 Sitze 33 Kandidaten angetreten waren. Im ersten Wahldurchgang war die absolute Mehrheit erforderlich, die aber nur von 15 Parlamentariern erreicht wurde. Der vom Vorstand nach altem Rechts-Links-Schema „ausgekungelte" Proporz blieb auf der Strecke genauso wie die Baden-Württemberger Heinz Rapp und Liesel Hartenstein. Stattdessen sitzen nun der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klose und Gobrecht am Vorstandstisch. Die Neu-Sozialdemokraten Matthäus-Maier und Verheugen wurden hinterher aufs Fraktions-Ticket für den Bundesparteitag gewählt.

Schmidt beriet schon im Jahr 1976 mit Flick

Aussagen korrigiert / „Nichts von Geldsammlungen gewußt"

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat die Spendenliste des ehemaligen Chefbuchhalters des Flick-Konzerns, Rudolf Diehl, für „abenteuerlichen Unfug" gehalten. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erklärte Schmidt gestern, er hätte damals den Eindruck gehabt, „daß da jemand einen Haufen Namen zusammenphantasiert hat". Er habe allerdings „Wert darauf gelegt", nach der Einleitung der Ermittlungsverfahren im Februar 1982 von den angeschuldigten Ministern und deren Vorgängern eine Erklärung zu bekommen.

Schmidt räumte indirekt ein, daß es entgegen seiner ersten Aussage nicht nur im Oktober 1979, sondern bereits im April 1976 eine Unterredung mit Konzern-Chef Friedrich Karl Flick gegeben habe. Der ehemalige Kanzler, der sich immer wieder auf Erinnerungslücken berief, betonte, daß er aufgrund eines von seiner damaligen Sekretärin angelegten Terminzettels davon ausgehen müsse. Ausdrücklich dementierte er aber, daß bei den Begegnungen über die steuerbegünstigte Revinvestition des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch den Flick-Konzern gesprochen worden sei. Bei seinem Gespräch Ende 1974 mit dem damaligen Chef der Deutschen Bank, Ulrich, bei dem es um die Übernahme der Aktien durch die Bank ging, sei möglicherweise auf sein Betreiben hin die geplante Hinzuziehung von Flick unterblieben.

Er räumte weiter ein, daß im Mai 1979 auf einem „Berliner Wirtschaftsgipfel" mit 25 Vertretern deutscher Großunternehmen über die Frage von Investitionen in der Stadt gesprochen worden war. Dabei sei es aber allenfalls am Rande um mögliche Steuerbegünstigungen nach dem Paragraphen 6 b gegangen. Schmidt betonte, daß er auch als stellvertretender SPD-Vorsitzender von Sondersammelaktionen zur Finanzierung seines Wahlkampfs durch den ehemaligen Schatzmeister Alfred Nau nichts gewußt habe. Er hätte keine Kenntnis davon gehabt, wer die Spender im einzelnen gewesen seien.

Arbeitgeber: Vorwürfe an die IG Druck

dpa/DW. **Wiesbaden**

Die IG Druck und Papier plant nach Darstellung des Bundesverbandes Druck noch in dieser Woche ohne Urabstimmung einen über längere Zeit andauernden Streik in Druckereien, die Objekte des Springer-Verlages herstellen. Der Bundesverband Druck verwies dazu gestern in Wiesbaden auf Informationen aus Gewerkschaftskreisen.

Der Bundesverband Druck erklärte: „Ein solcher Streik, dem wiederum keine Befragung der Gewerkschaftsmitglieder vorausgehen soll, und der sich erneut gegen Zeitungen und Zeitschriften eines bestimmten Verlagshauses richtet, mißachtet ganz offensichtlich die Meinung der Mitarbeiter dieser Betriebe. Die Gewerkschaft scheut nach wie vor die Urabstimmung unter allen Mitgliedern, da sie sich der Mehrheit nicht sicher ist." Die IG Druck und Papier lehnte jede Stellungnahme zu der Darstellung ab. Schon bei den Streikmaßnahmen der letzten Zeit hatten sich die Aktionen der IG Druck und Papier schwerpunktmäßig gegen regionale Ausgaben der „Bild"-Zeitung gerichtet.

Kohl wehrt sich gegen Unternehmer-Kritik

Vorruhestand „schafft Erleichterungen"

GISELA REINERS, **Bonn**

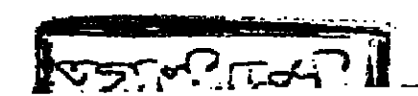
Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Bonn vor der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) die Einführung einer Vorruhestandsregelung verteidigt, die es Arbeitnehmern erlaubt, schon mit 58 Jahren ihren Arbeitsplatz zu räumen. An die Unternehmer gewandt, die diese Form der Arbeitszeitverkürzung kritisiert hatten, sagte der Kanzler: „Wo wären Sie denn in dieser Woche bei den Tarifverhandlungen, wenn wir nicht eine Vorruhestandsregelung geschaffen hätten?"

Kohl spielte damit auf die mit einer Vorruhestandsregelung erzielten Tarifvereinbarungen in mehreren Branchen an. Der Kanzler verteidigte die Regelung aber nicht nur, weil sie einen Ausweg aus dem Tarifkonflikt weisen könne, sondern auch deshalb, weil sie Erleichterung schaffe „für die letzten vom Krieg direkt betroffenen Jahrgänge."

Der ASU-Vorsitzende Martin Leicht hatte der Bundesregierung vorgeworfen, mit dem Vorruhestand verschlechterten sich die Einstellungschancen schon für 50jährige Arbeitslose.

Der Kanzler wiederholte seine Kritik an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, vermied aber schärfere Töne. Angesichts des „zarten Pflänzchens Konjunktur" rate er „dringend zur Vernunft auf beiden Seiten". Dies sei keine Zeit für „Heißsporne, aber des entschiedenen Einstehens" für eine Entscheidung. Kohl rechtfertigte seine frühe und eindeutige Ablehnung der 35-Stunden-Woche damit, daß die „Bürger einen Kanzler und keinen Schiedsrichter" gewollt hätten. Aus Verantwortung habe er „Farbe bekennen" müssen, nachdem er erkannt habe, daß sich die Wochenarbeitszeitverkürzung nicht rechne. Zudem sei der Staat auch Arbeitgeber und müsse rechnen.

Allzu große Erwartungen hätten sich mit der Wende verknüpft, meinte Kohl. Nun brauche es einfach etwas Zeit, um die auch von Leicht geäußerten Wünsche nach Steuerentlastung, Entbürokratisierung und Privatisierung zu erfüllen.



Audi 100. Wenn Sie ihn nicht testen, werden Sie vieles nie erfahren. Holen Sie sich Ihren Testwagen, auch mit ABS.

Der Audi 100 hat aerodynamisch Maßstäbe gesetzt. Und es gibt kaum eine Limousine dieser Klasse, die Ihnen so viel Platz einräumt, so sparsam mit dem Benzin umgeht – nämlich über 1000 km bei wirtschaftlicher Fahrweise ohne Tankstop – im Innenraum so angenehm leise ist, einen so umfassenden Langzeitschutz gegen Korrosion bietet und vieles mehr.
Aber mehr als jedes Argument wird Sie eine Probefahrt überzeugen. Lassen Sie vor allem die sichere, richtungsstabile und komfortable Fahrweise des Frontantrieb-Fahrwerks auf sich einwirken. Und erleben Sie mit dem Audi 100 wieder mehr Freude am Fahren. Testen Sie die vielen Vorteile. Jetzt auch mit Anti-Blockier-System.
Audi. Vorsprung durch Technik.

Informieren Sie sich über das vorteilhafte V.A.G Leasingangebot.



Im Jemen-Krieg kam das Giftgas der Ägypter aus der Sowjetunion

Chemische Kampfstoffe im Vorderen Orient / Rückblick und Vergleich

Von HARALD VOCKE

Noch in der heutigen „Arabischen Republik Jemen" (dem Nordjemen) ist das Hochland von Arhab ein wenig erschlossenes Gebiet. Nur sechzig Kilometer nördlich von Sana, der Landeshauptstadt, liegt dort das fruchtbare Gebirgstal Wadi Hirran. In den Debatten über den Einsatz von Giftgas als Kampfstoff im Orient hat das weltabgeschiedene Tal eine traurige Bedeutung erlangt. Denn dort hat in der modernen Orientgeschichte zum ersten Mal eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes Giftgas als Kampfstoff nachweisen können.

Am 10. Mai 1967 warfen Flugzeuge der ägyptischen Luftwaffe auf das Wadi Hirran Gasbomben ab. Fünfundsiebzig Menschen starben nach dem Luftangriff an Atemnot, unter heftigem Husten, oft mit hellrotem Schaum vor dem Mund. Die Ägypter kämpften damals im Jemen auf seiten einer prosowjetischen Revolutionsregierung, der sie in Sana zur Macht verholfen hatten. Ihre Gegner, die von Saudi-Arabien bewaffneten Stammeskrieger des nordjemenitischen Hochlandes wollten an der Monarchie ihres Imams festhalten. Wadi Hirran war ein wichtiger Stützpunkt der Stammesarmee. Nur mit ungewöhnlichem Wagemut gelangten zwei Schweizer Ärzte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Raymond Janin und Willy Brutschin, am 15. Mai 1967 von Saudi-Arabien aus in das bombardierte Gebiet.

Nach der Öffnung eines Massengrabes, dem ein penetranter knoblauchartiger Geruch entströmte, untersuchten die Ärzte die Leiche eines der Opfer des Gasangriffs. Außerdem konnten sie die Symptome einer Vergiftung durch Kampfstoff an vier überlebenden Jemeniten beobachten. Am 18. Mai 1967 verfaßten sie in der saudiarabischen Grenzstadt Nadschran einen Bericht über ihre Feststellungen im Wadi Hirran. Der Leiter des Gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Bern, Professor Lauppi, stellte zu diesem Bericht fest: „Die Schlußfolgerung, nach der die durch Bombeneinwirkungen ums Leben gekommenen Personen an den unmittelbaren Folgen eines toxischen Gases verstorben seien, erscheint uns absolut gerechtfertigt."

Der Bericht der beiden Schweizer Ärzte und die Stellungnahme des Berner Universitätsinstituts entschieden ein monatelanges zähes Ringen zwischen dem Propaganda-Apparat des ägyptischen Diktators Nasser, der die Bombenangriffe mit Giftgas zu leugnen versuchte, und einer kleinen Schar von Freunden des jemenitischen Bergvolks.

Vergleicht man die Informationen westlicher Beobachter über den Einsatz von Giftgas im jemenitischen Krieg mit den jetzt vom persisch-irakischen Golfkrieg vorliegenden Meldungen, so sind gewisse Übereinstimmungen nicht zu verkennen. Wie jetzt von den Irakern im Golfkrieg, so wurden von der ägyptischen Luftwaffe 1966 und 1967 im Jemen verschiedenartige Stoffe verwandt, sowohl Chemikalien des Typs Senfgas wie ein Nervengift mit ähnlichen Wirkungen wie der Kampfstoff Tabun.

In Jemen wurden jedoch jeweils nur einzelne schwer zugängliche Ortschaften bombardiert. In den nordostjemenitischen Marktflecken Kutaf, auf den die ägyptische Luftwaffe am 5. Januar 1967 Giftgasbomben geworfen hatte, gelangte Ende Januar 1967 eine Delegation westlicher Journalisten aus Beirut sowie ein Amerikaner, der offensichtlich für den Geheimdienst der Vereinigten Staaten tätig war. Dieser Amerikaner ließ vergiftete Tierkadaver nach Saudi-Arabien schaffen. In Kutaf war nicht Senfgas, sondern ein Kampfstoff aus der Gruppe der Nervengase verwandt worden. Eine Untersuchung des Gasangriffs durch eine internationale Untersuchungskommission scheiterte jedoch am Veto Ägyptens.

Als politischen Generalbevollmächtigten für den jemenitischen Krieg hatte Nasser den späteren ägyptischen Staatspräsidenten Sadat ernannt. Sadat muß in die Methoden der Kampfführung Ägyptens mit Giftgas eingeweiht gewesen sein. Wie beim Abschuß ägyptischer Flugzeuge durch die Jemeniten festgestellt werden konnte, wurden damals im Jemen mehrfach Maschinen der ägyptischen Luftwaffe von sowjetischen Piloten gesteuert. Der heutige ägyptische Staatspräsident Mubarak hatte in der ersten Phase des jemenitischen Kriegs die ägyptische Luftwaffe in Jemen befehligt, unterbrach jedoch dort seine Laufbahn im Jahr 1965, um die sowjetische Kriegsakademie zu besuchen.

In Jemen haben die Ägypter Giftgas als Kampfstoff zwar mindestens während der Dauer eines Jahres mehrfach an verschiedenen Orten verwandt, aber doch nur in begrenztem Umfang, als dies nach den vorliegenden Meldungen vom Golfkrieg die irakischen Streitkräfte taten. Westliche Beobachter vermuteten während des jemenitischen Krieges, daß die Sowjetunion dort vor allem Beobachtungen über die militärische Schlagkraft ihrer chemischen Kampfstoffe zu sammeln versucht habe. Die Möglichkeit, daß Ägypten die Kampfstoffe in eigener Produktion erzeugt haben könnte, schlossen Fachleute damals grundsätzlich aus. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß Ägypten der Republik Irak chemische Kampfstoffe geliefert hat. Denn ein näheres politisches Vertrauensverhältnis hat zwischen den beiden arabischen Staaten schon in der Amtszeit des Diktators Nasser niemals bestanden.

Die im jemenitischen Krieg gesammelten Beobachtungen über chemische Kampfstoffe ergeben keine zwingende Schlußfolgerungen über die Herkunft der Gasbomben, die von den Irakern im Golfkrieg verwand wurden. Zur Beurteilung der jemenitischen Krieg gesammelten Beobachtungen über chemische Kampfstoffe ergeben keine zwingenden Schlußfolgerungen über die Herkunft der Gasbomben, die von den Irakern im Golfkrieg verwandt wurden. Zur Beurteilung der jemenitischen Vorfälle ist jedoch zu beachten, daß in jener Zeit Ägypten von Waffenlieferungen der Sowjetunion abhängig war. Die Vermutung liegt nahe, daß heute auch die irakische Luftwaffe nicht nur Flugzeuge und herkömmliche Waffen, sondern sogar chemische Kampfstoffe aus dem Arsenal der sowjetischen Streitkräfte bezieht.

Gründung eines Kirchenbundes in der „DDR" gescheitert

hrk./epd, Potsdam

Die seit Jahren beabsichtigte Gründung einer einheitlichen „Vereinigten Kirche in der DDR" (VEK) ist gescheitert. Zum zweitenmal versagten jetzt die Synodalen der Ost-Region der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg auf ihrer Zusammenkunft in Potsdam einer Vereinigung die notwendige Zweidrittelmehrheit. Mit 74 Ja- und 40 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen wurde sie – wie im Herbst 1981 – abermals in geheimer Abstimmung verfehlt.

Seit 1979 war versucht worden, das 1969 durch den „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR" geschaffene Dach für die rund sieben Millionen Protestanten in Mitteldeutschland durch eine „Vereinigte Kirche" zu stabilisieren. In ihr sollten die acht Landeskirchen aufgehen, die zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche und zum Ostteil der „Evangelischen Kirche der Union" (EKU) gehören. Der Widerstand gegen die VEK rührte sich vor allem im EKU-Bereich.

Kritiker einer neuen Kirchen-Organisation befürchteten vor allem, die bisher geübte enge geistliche und praktische Gemeinschaft mit den Gemeinden im westlichen EKU-Teil werde durch die VEK gelockert. Zur EKU (West) zählen beispielsweise die Kirchen von Rheinland und Westfalen sowie die seit dem Mauerbau faktisch auf West-Berlin beschränkte West-Region der Kirche Berlin-Brandenburg.

Unter den mitteldeutschen Protestanten gab es zur Frage einer „Vereinigten Kirche" stets zwei Denkschulen: Die eine besagte, die staatliche Seite wünsche sich aus politischen Gründen einen Partner auf kirchlicher Seite, der für die gesamten evangelischen Christen spreche und „leichter" als die acht individualistisch gefärbten Landeskirchen zu behandeln sei. Andere führende Protestanten befürworteten eine VEK gerade deshalb, um gegenüber dem Staat mit einer starken Stimme sprechen zu können. VEK-Gegner hatten in der Vergangenheit auch deshalb Bedenken geäußert, weil sie ein allmähliches Abrücken der neuen Organisationsstruktur von Artikel 4, Absatz 4 der alten Bundesordnung von 1969 befürchteten. Dieser Passus besagt, daß sich die mitteldeutschen Kirchen „zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland" bekennen und die „partnerschaftliche Freiheit" in gemeinsamen Fragen betonen.

Ungarn pocht auf „unabhängige Initiativen" seiner Außenpolitik

Kritik Prags zurückgewiesen / Bekenntnis zu gesamteuropäischer Verantwortung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Führung der Ungarischen Volksrepublik hat in diesen Tagen auf breiter Front vor allem von tschechoslowakischen KP-Funktionären (so etwa im Prager Parteiorgan „Rude Pravo") vorgebrachte Kritik am angeblichen „Partikularismus" und „Separatismus" in der Budapester Außenpolitik zurückgewiesen. Zugleich hat Budapest sich mehrerer seiner maßgeblichen außenpolitischen Spitzenfunktionäre, Diplomaten und Kommentatoren, seinen eigenen differenzierten Standpunkt in der gegenwärtigen Weltpolitik sowie innerhalb des Sowjetblocks erläutert.

Der ungarische ZK-Sekretär Matyas Szürös reagierte auf die tschechoslowakischen Angriffe, indem er die Notwendigkeit und Berechtigung „unabhängiger Initiativen" Ungarns in der Außenpolitik unterstrich. Am gleichen Tag stellte der stellvertretende Budapester Außenminister Ferenc Esztergalyos in einem Interview der „Budapester Neuesten Nachrichten" fest, sein Land betrachte es als Pflicht, zur Förderung des politischen Dialogs zwischen Ost und West und nicht zur Konfrontation beizutragen. Ungarn habe ein „breites System internationaler Beziehungen" aufgebaut und wolle diese Politik fortsetzen.

In der Budapester Zeitung „Magyar Nemzet" legte der außenpolitische Kommentator Imre Tatar ein deutliches Bekenntnis zur Reformpolitik seines Landes ab und stellte diese in Zusammenhang zur internationalen Lage. Ungarns Reformen, so Tatar, die „niemals aufgegeben würden", erforderten eine Atmosphäre des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, mehr Kontakte zur Außenwelt sowie offene Handelsbeziehungen. Ungarn verdanke sein gegenwärtiges Ansehen dieser Außenpolitik, „nicht, indem es hinter Träumen herjagte, sondern durch die Anerkennung der Realitäten".

Ungarns Außenpolitik sei „berechenbar", heißt es ferner in „Magyar Nemzet". Ungarn sei ein treuer Partner seiner Verbündeten im Warschauer Pakt, aber seine Außenpolitik diene in gleichem Maße „nationalen und internationalen Interessen". Indem Ungarn aber dem Warschauer Pakt treu ergeben sei und dessen gemeinsame Ziele repräsentiere, berücksichtige es auch die Interessen der „anderen Seite" (also des Westens), anstatt diese nur zu verdammen.

Wiederum als Antwort auf die tschechoslowakischen Kritiker stellt „Magyar Nemzet" fest, daß Unabhängigkeit und nationale Interessen Ungarns keinesfalls in Konflikt mit den Interessen des Warschauer Paktes kommen könnten. Auch der Besuch Margaret Thatchers in Budapest – der von Prag öffentlich verurteilt worden war – habe als „unabhängiger ungarischer Schritt" dazu geführt, die britische Premierministerin „aufzutauen". Damit habe ihr Besuch auch dem ganzen Warschauer Pakt und nicht nur Ungarn gedient.

Bemerkenswert ist, daß der ungarische Kommentator in „Magyar Nemzet" ein Bekenntnis zu einer Art gesamt-europäischen Verantwortung ablegt. Obwohl der Kontinent heute ideologisch geteilt sei, – nach Meinung von Tatar – sowohl Ost- als auch Westeuropa in „kontinentalen Maßstäben" denken, sowie ein gemeinsames Interesse an wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit entwikkelt. „In solch schwierigen Zeiten", heißt es wörtlich in „Magyar Nemzet", „ist der Dialog notwendiger denn je, da beide Seiten nicht in einen neuen Kalten Krieg zurückfallen wollen." Ungarn sei einer der Nutznießer der Entspannung. Das Land habe heute, besonders unter seinen kommunistischen und „kapitalistischen" Nachbarn mehr Freunde als Feinde.

Entschädigung, weil diskriminiert

Sanktionen gegen Verstöße der Gleichberechtigung / Urteil der europäischen Richter

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zum Beruf muß durch effektive Sanktionen durchgesetzt werden. Dies hat der Europäische Gerichtshof (EGH) auf Ersuchen von zwei deutschen Arbeitsgerichten festgestellt.

Nach Meinung der Luxemburger Richter läßt das Gemeinschaftsrecht den Mitgliedsstaaten zwar die Wahl, welche Maßnahmen sie im Falle von Verstößen gegen den Gleichheitsgrundsatz des Römischen Vertrages treffen wollen. Entscheide sich ein Staat jedoch zur Gewährung einer Entschädigung, so müsse diese in einem angemessenen Verhältnis des erlittenen Schadens stehen und über einen rein symbolischen Schadensersatz die bloße Erstattung von Bewerbungskosten hinausgehen.

Der Anlaß: Zwei Klägerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland hatten sich um freie Stellen beworben. Sie waren jedoch mit der Begründung abgewiesen worden, weibliche Arbeitnehmer seien für die fraglichen Stellen nicht geeignet. Im ersten Fall handelte es sich um zwei diplomierte Sozialarbeiterinnen, die sich in der Männerstrafanstalt Werl/Westfalen um eine Anstellung bemüht hatten.

Im anderen Fall ging es um eine Nachwuchsposition im Management einer Hamburger Firma. Die Bewerberin, eine Diplom-Kauffrau, wurde mit der Begründung nicht eingestellt, der Posten verlange regelmäßige Besuche in arabischen Ländern, in denen Frauen keinen Zugang zur Arbeitswelt hätten.

Das Arbeitsgericht in Hamm/Westfalen hatte den beiden Sozialarbeiterinnen entsprechend den deutschen Vorschriften lediglich die Rückerstattung der Fahrtkosten für die Vorstellung in Werl (7,50 DM) zugesprochen. Die Hamburger Bewerberin erhielt als „Schadensersatz" nur eine Kostenerstattung für Porto, Briefumschlag und Briefbögen in Höhe von 2,31 DM. Die beiden Gerichte baten jedoch den Gerichtshof gleichzeitig um Vorabentscheidungen über die Vereinbarkeit dieser Beschlüsse mit der einschlägigen EG-Richtlinie über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen.

Der Europäische Gerichtshof stellte fest, daß die Richtlinie den betroffenen Arbeitgeber nicht zum Abschluß eines Arbeitsvertrages mit den diskriminierten Bewerbern verpflichte. Auch begründe sie „hinsichtlich der Sanktionen für eine etwaige Diskriminierung keine unbedingte und hinreichend bestimmte Verpflichtung", auf die sich ein Einzelner mangels rechtzeitig erlassener Durchführungsmaßnahmen berufen könne.

Die Sanktionen, so unterstrich der Gerichtshof, müssen einen tatsächlichen und wirksamen Rechtsschutz gewährleisten. Sie müssen außerdem eine wirkliche Abschreckung gegenüber dem Arbeitgeber haben.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, die hinreichend wirksam sind, um das Ziel der Richtlinie (Gleichberechtigung) zu erreichen.

„Sie verteidigen hier ihre Heimat"

Ein Besuch bei der „Freien Armee Südlibanons" / Starke nationale Motivation

EPHRAIM LAHAV, El Khiam

Die von dem verstorbenen libanesischen Major Saad Haddad gegründete Armee Südlibanons hat seit einigen Tagen einen neuen Kommandanten, Oberst Antoine Lachad. Er bemüht sich, die Truppe zu einem einsatzfähigen Instrument zu entwikkeln. Einer der fünf Standorte dieser Armee heißt El Khiam. Nur auf Karten größeren Maßstabs ist das Dorf verzeichnet. Es liegt etwa fünf Kilometer nördlich von der israelischen Grenze im Ostsektor des von den Israelis besetzten Gebietes.

1976 wurde El Khiam zum Ausgangspunkt unaufhörlicher Angriffe der PLO auf das kleine christliche Siedlungsgebiet um den Marktflekken Mardshayun, Heimatort des verstorbenen Milizenführers Haddad.

Heute bietet El Khiam den Anschein tiefsten Friedens. Über die holprigen Straßen fahren Eselkarren neben BMW-Limousinen, Männer sitzen auf Hockern um niedrige Tische und schlürfen Kaffee. Im Südosten, zum Greifen nahe, liegt der schneebedeckte Kamm des syrischen Hermongebirges und davor grünes Weideland mit Schafherden – eine bukolische Postkartenszene. Der Krieg scheint weit entfernt. Der israelische Informationsoffizier, der mit uns durch das Dorf fährt, sagt: „Wissen Sie, wieso wir mit diesen Schiiten auskommen können? Weil sie die PLO-Leute noch mehr hassen als uns." Am südlichen Ende des Dorfes ist das Militärlager: einer der fünf Bataillonsstandorte der neuen „südlibanesischen Armee". Ein israelischer Major und ein libanesischer Offizier führen das Kommando gemeinsam, aber keiner zweifelt, wer hier das letzte Wort hat.

In der südlibanesischen Armee gibt es noch keine Ränge oder Rangabzeichen, so war es auch in der Miliz. Doch unter israelischer Anleitung sollen Ränge allmählich eingeführt werden. Sobald wie möglich sollen die libanesischen Offiziere den Befehl allein übernehmen.

Die Israelis nennen die neue Truppe „Zadal", eine Abkürzung aus den hebräischen Anfangsbuchstaben der Worte „Armee Südlibanons". Die Truppe selbst nennt sich jedoch auf arabisch „Deshejsch Lubnan Al-Churr" (die freie Armee Libanons). Die grammatische Form macht klar, daß sich das Adjektiv auf die Armee, nicht auf den Staat bezieht, die Soldaten betrachten sich als Libanesen.

In krassem Gegensatz zu den Überresten der zerfallenden Armee, die unter dem Befehl des Präsidenten Gemayel steht, scheint hier die ethnische und religiöse Zerklüftung viel geringer und die nationale Motivierung höher zu sein. Die Mehrheit des „Zadal" bilden zwar Christen, aber etwa 20 Prozent sind Schiiten, sieben bis zehn Prozent Drusen und auch einige Sunniten sind dabei.

Wir fragen einen 17jährigen schiitischen Rekruten, Hussein Garib: Warum hast du dich zu dieser Truppe gemeldet? Seine Antwort: „Ich liebe das Militär und ich liebe Libanon." Dann kommt die Gretchenfrage: „Wenn du im Kampf schiitischen Soldaten gegenüberstehst, wirst du auf sie schießen?" Der blutjunge Schiite ist verwirrt. Er weiß nicht, was er sagen soll. Er stottert und will es sich überlegen. Nach einer halben Minute sagt er: „Wer auf mich schießt, auf den schieße ich."

Eine gängige Antwort gibt ein Christ, der 32 Jahre alte George Bishara, aus dem Dorf Kleyah, ein verheirateter Mann mit fünf Kindern: „Ich bin ein Christ", sagt er, „kein Araber". Vielleicht ein arabischer Christ, verfolgten wir das Thema, oder ein christlicher Araber? „Nein", versteift er sich, „ich bin ein Christ."

Die Soldaten des „Zadal" werden jetzt mindestens ein Jahr lang ausgebildet, sagt der israelische Sprecher. „Ohne unsere operative Hilfe könnte sie sich in einem regelrechten Krieg mit der PLO oder den Syrern noch nicht behaupten. Aber auch wir sind auf sie angewiesen. Denn keiner kennt das Gebiet so gut wie sie und kein Israeli kann so gut PLO-Terroristen von gewöhnlichen Zivilisten unterscheiden. Und vor allem, das ist ihre Heimat. Sie verteidigen hier ihren Grund und Boden, ihre Frauen und ihre Kinder." (SAD)

17 233 Übersiedler seit Januar 1984

rtr, Wiesbaden

Insgesamt 17 233 Übersiedler aus der „DDR" sind seit Beginn des Jahres bis Anfang dieser Woche in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen. Wie der geschäftsführende hessische Sozialminister Armin Clauss dem Landtag in Wiesbaden mitteilte, ist seit dem 18. Februar die Zahl der Übersiedler sprunghaft angestiegen. Sie bewege sich täglich zwischen 60 und 600 Personen.

Der Landtag billigte einstimmig einen Antrag der CDU-Fraktion, mit dem die geschäftsführende Landesregierung aufgefordert wird, „alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Aufnahme von Deutschen aus der DDR in Hessen zu erleichtern". Clauss appellierte an die hessische Bevölkerung, „konkret vor Ort zu helfen".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Sieg für Luxemburg in Luxemburg

Urteil des Europäischen Gerichtshofes / Sitz des Generalsekretariats wird nicht verlegt

ULRICH LÜKE, Straßburg

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat eine weitere Entscheidung im Streit um den Sitz der europäischen Organe getroffen und dabei vordergründig Straßburg, in erster Linie jedoch Brüssel, eine Niederlage beigebracht.

In dem komplizierten Verfahren das vom Großherzogtum Luxemburg gegen das Europäische Parlament angestrengt worden war, ging es um eine Resolution der Europa-Parlamentarier vom Mai vergangenen Jahres.

Initiiert vom deutschen Christdemokraten Kai-Uwe von Hassel hatten die Abgeordneten gefordert, Beamte des Generalsekretariats, das seinen Sitz in Luxemburg hat, nach Brüssel oder Straßburg zu versetzen – je nachdem, ob sie mit Vorarbeiten für Ausschußsitzungen oder für Plenarwochen beschäftigt sind. Denn schon seit Jahren finden praktisch alle Plenarsitzungen des Europaparlaments in Straßburg, alle Ausschuß- und Fraktionssitzungen in Brüssel statt. Bisher arbeiten in Straßburg ständig jedoch nur sechs, in Brüssel rund 160 der knapp 3000 Beamten des Generalsekretariats.

Der Gerichtshof urteilte jetzt, mit diesem Beschluß habe das Parlament seine Kompetenzen überschritten. Es habe zwar das Recht, über seinen praktischen Arbeitsort und die Organisation seiner Beratungen zu beschließen, könne aber nicht die grundsätzliche Entscheidung der EG-Mitgliedsregierungen aushöhlen, nach der das Generalsekretariat seinen Sitz in Luxemburg hat.

Bereits in den Römischen Verträgen hatten die damals sechs Mitgliedsstaaten nur provisorische Arbeitsorte der EG-Institutionen festgelegt. 1965 und 1981 wurden diese Provisorien vom Ministerrat und den Regierungschefs noch einmal bestätigt. Ihre Vertragsverpflichtungen, endgültige Arbeitsorte festzulegen, haben die Mitgliedsregierungen bisher jedoch nicht erfüllt. Dies ist auch der eigentliche Grund, weshalb das Europäische Parlament in der Sitzfrage in den letzten Jahren selbst aktiv wurde.

Bereits vor drei Jahren hatte Luxemburg gegen eine andere Straßburger Entscheidung geklagt, nach der Plenarsitzungen in aller Regel in Straßburg, Ausschußsitzungen in Brüssel stattfinden und damit der bisherige periodische Tagungsort Luxemburg aufgegeben wurde. Damals unterlag Luxemburg vor dem Gerichtshof.

Die praktischen Konsequenzen aus dem jüngsten Urteil sind noch nicht abzusehen. Jedenfalls dürfte der immer stärker gewordene Beamtenzuzug in Brüssel (Parlamentspräsident Dankert gilt als „Brüssel-Anhänger") jetzt erst einmal gestoppt sein und es ansonsten beim „Status quo" bleiben.

Moskaus Rüstungsplaner greifen in den Weltraum aus

Abwehr ballistischer Raketen soll ausgebaut werden / Strategische Balance der Weltmächte in Gefahr / Eine Broschüre des Pentagon

Von RÜDIGER MONIAC

Die Sowjetunion schafft sich gegenwärtig die technischen Mittel, um in den nächsten Jahren landesweit eine Verteidigung gegen strategische ballistische Raketen aufbauen zu können. Darauf weist die neue Informationsschrift des US-Verteidigungsministeriums über die sowjetische Rüstung hin. Die sowjetischen Anstrengungen werden darin als mögliche Verletzung des ABM-Vertrages von 1972 gewertet, der den USA und der Sowjetunion die Unterhaltung von nicht mehr als hundert Abschußrampen zur Abwehr ballistischer Raketen erlaubt. In der Broschüre des Pentagon heißt es dazu wörtlich: „Die Sowjetunion verfügt über ein sich noch vergrößerndes Potential für die Stationierung einer Anti-Raketen-Verteidigung weit über die Hundert-Grenze des ABM-Vertrages hinaus."

Innerhalb der nächsten zehn Jahre könnte eine derartige Verteidigung zum Schutz wichtiger Zielregionen in der Sowjetunion errichtet werden, wird festgestellt. Dabei sind die sowjetischen Anstrengungen recht raffiniert und zeigen die Flexibilität der Rüstungsplaner. Denn die Amerikaner haben bei den Sowjets ein ABM-System entdeckt, das schnell verlegt und innerhalb von Monaten aufgebaut werden kann.

Die USA erwarten, daß diese Anlagen, die in der Nachbarschaft älterer Geräte gebaut werden, für den Fall, daß der Aufbau eines landesweiten ABM-Verteidigungssystems beschlossen würde, für eine koordinierte Zielerfassung und Feuerleitung sorgen sollen.

Fachleuten ist klar, daß derartige sowjetische Vorkehrungen dazu geeignet sind, die strategische Balance zwischen beiden Weltmächten empfindlich zu stören. Denn mit einem landesweit einsatzbereiten ABM-Verteidigungssystem würde sich die Sowjetunion gegen die ballistischen Raketen der USA weitgehend immun machen. Die USA verlören die Fähigkeit zum Gegenschlag, so daß sie als Folge dieser „indirekten Entwaffnung" ohne Gegenmittel der Erstschlagdrohung der Sowjetunion ausgesetzt wären.

In politische Kategorien übertragen hieße das: Die amerikanische Außenpolitik könnte nicht mehr souverän agieren. Sie geriete unter den Machteinfluß Moskaus.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die USA nun ihrerseits mit erheblichem finanziellen Aufwand solche Technologien erforschen, die ihnen selbst auch Schutz vor der inzwischen nicht mehr nur theoretisch denkbaren Erstschlagdrohung verspricht.

Die sowjetischen Anstrengungen richten sich freilich nicht nur auf ABM-Systeme, die zum Abschuß strategischer Angriffsraketen auch Raketen benutzen. Parallel dazu werden in der Sowjetunion Strahlenwaffen entwickelt, die der neuen amerikanischen Broschüre zufolge sowohl für ABM-Aufgaben als auch zum Einsatz gegen Satelliten und bei der Luftverteidigung geeignet sind. Es heißt, die Sowjetunion werde wahrscheinlich zum Ende dieses Jahrzehnts über eine Laser-Bodenstation für Versuchszwecke verfügen. Mit ihr sollen Tests zur Abwehr strategischer Angriffsraketen unternommen werden.

Im Pentagon glaubt man aber nicht daran, daß eine sowjetische Anlage, die mit Laserstrahlen ballistische Raketen zerstören kann, noch in diesem Jahrhundert einsatzbereit sein könnte. Dazu seien die Schwierigkeiten zu zahlreich.

Noch als weit schwieriger stuft die Schrift die Entwicklung anderer Abwehrsysteme ein, die mit Teilchenstrahlung arbeiten und entweder am Boden oder im Weltraum stationiert werden.

Die Schrift widmet schließlich auch den sowjetischen Aktivitäten zur Entwicklung von Anti-Satellitenwaffen einigen Raum. Dabei wird die Vermutung geäußert, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre mit dem Bau verschiedener Bodenstationen zum Abschuß von Satelliten mit Hilfe von Laserstrahlen gerechnet werden muß. In diesem Zeitraum könnte die Sowjetunion auch über Laser-Systeme verfügen, die ständig im Weltraum stationiert werden oder im Bedarfsfall zum Kampf gegen Satelliten auf eine Umlaufbahn geschossen würden.

Diese Darstellung des US-Verteidigungsministeriums verdeutlicht nachhaltig, daß die Sowjetunion in jeder nur denkbaren Weise bemüht ist, sowohl neue Technologien als auch den Weltraum für Rüstungszwecke zu nutzen. Damit geraten die Warnungen aus Europa an die amerikanische Adresse, die USA sollten auf diesen Sektoren den Rüstungswettlauf nicht anheizen, eher in die Kategorie mangelhafter Information. Letztlich werden sie damit beinahe schon gegenstandslos, denn die Sowjetunion scheint längst dabei zu sein, den Weltraum rüstungstechnisch auf breiter Front zu erobern.

SED bemüht sich weiter um Einfluß auf die SPD

Brief an Brandt: Für „freimütigen Meinungsaustausch"

hrk. Berlin

Die SED-Führung ist offenkundig entschlossen, die schon im Vorjahr im Zusammenhang mit der Anti-Nachrüstungskampagne gegenüber der SPD versuchte Einflußnahme in ihrem Sinne fortzusetzen. In einem Brief an Willy Brandt – in dessen Eigenschaft als Vorsitzender der „Sozialistischen Internationale" – bekräftigte Generalsekretär Erich Honecker jetzt seine Bereitschaft, den „freimütigen Meinungsaustausch" mit allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien über Friedensfragen „weiterzuführen". Honecker reagierte mit seinem Schreiben auf einen Brief von Repräsentanten der Sozialistischen Internationale an alle Staatsoberhäupter der Länder, die an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teilnehmen.

In einem Appell hatten diese Politiker ihre Besorgnis über die verschärfte internationale Situation ausgedrückt. In seinem demonstrativ auf den Titelseiten sämtlicher „DDR"-Zeitungen abgedruckten Antwortschreiben Honeckers fällt auf, daß auch er „angesichts der zugespitzten internationalen Situation eine Wende in den internationalen Beziehungen für dringend geboten" hält. Allerdings weist er ausschließlich den USA und den NATO-Staaten die Schuld an der eingetretenen Lage zu.

Honecker wiederholt in seinem Brief alte Vorschläge des Warschauer Paktes über Gewaltverzichtsvereinbarungen mit dem Westen.

Im Vergleich zum gemeinsamen Kommuniqué mit Frankreichs KP-Chef Georges Marchais, das vor einigen Wochen in Ost-Berlin beschlossen worden war, bleibt Honeckers Brief hinter den damaligen Formulierungen zurück: Während Honecker jetzt nur von den Prinzipien der „Gleichheit und der gleichen Sicherheit" spricht, hieß es damals, es sei die „gesamte Rüstung in West und Ost bei Wahrung der Gleichheit und der gleichen Sicherheit aller Seiten zu begrenzen und zu reduzieren".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ursprünge der Aggression

„Der Trieb, der sich tausendfach maskiert"; WELT vom 4. April

Sehr geehrte Redaktion,

Prof. Hacker hat zweifellos recht, wenn er vor allem die „Erziehung" für späteres destruktiv-aggressives Verhalten verantwortlich macht. Was bis heute in der Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt ist, ist die Tatsache, daß sich bereits lange vor bewußt einsetzenden Erziehungsmaßnahmen negative Umwelteinflüsse in prägender Form auf die sich entwikkelnde Persönlichkeit eines Menschen auswirken.

So weiß man heute, daß schon das Kind im Mutterleib in den letzten Monaten der Schwangerschaft seine Umwelt deutlich wahrnimmt, da bereits sämtliche Sinnesorgane funktionieren. Schon während dieser Zeit kann z. B. aggressives Verhalten einer beispielsweise streßgeplagten Mutter vom Kind wahrgenommen und auch verinnerlicht werden. Dies geschieht u. a. auch auf hormonalem Wege, da die Streß-Hormone der Mutter auch auf das Kind übergehen. Es ist zu vermuten, daß vor allem von den Eltern abgelehnte Kinder unter negativen Einflüssen leiden werden, die dann später wiederum feindseliges Verhalten des Betreffenden zur Folge haben können.

Auch die Geburt stellt in den üblichen Entbindungskliniken unserer technisierten Welt einen schwerwiegenden Streß-Faktor für die Neugeborenen dar, da die sofortigen Trennungen von der Mutter wegen der biologischen Unreife der Kinder von diesen als schwere Bedrohung ihrer Existenz erlebt und entsprechende emotionale Abwehrreaktionen induziert werden können. Dieses Gefühl der Bedrohung während der höchst „sensiblen" Phase nach der Geburt kann verinnerlicht und später auf alle möglichen „Feinde" übertragen werden.

Daß wir „umlernen müssen", ist das Fazit des Autors des WELT-Artikels. Sicherlich wird der „Brutalisierung der modernen Welt" (F. Hakker) nur dann wirkungsvoll entgegengetreten werden können, wenn die Ursachen dieser Brutalisierung angegangen und beseitigt werden. Die Forschungsergebnisse der pränatalen Psychologie lassen vermuten, daß diese Ursachen zumindest teilweise schon in den allerfrühesten Entwicklungsphasen des Menschen zu suchen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. H. Rausch, Mitglied der Internat. Studiengemeinschaft für Pränatale Psychologie, Andernach

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

wie das Umlernen zur Tat werden soll und was „tätlich vorzukehren" wäre, fragt Werner Helwig am Ende seines Artikels über sein Gespräch mit dem Aggressionsforscher Friedrich Hacker. Nun, da haben wir eigentlich schon ziemlich lange Material vorliegen. Der erste Aggressionsakt, der uns beschrieben wird, ist immerhin der Mord des Ackerbauern (Planwirtschaftlers?) Kain an seinem Bruder Abel, der nicht so viele menschliche Pläne machte, sondern mehr mit den natürlichen Gegebenheiten lebte und besser zurecht kam.

So ähnlich spielte sich das dann auch bei dem Mord an Jesus Christus ab. Das alte Glaubensgebäude, daß sich die Menschen zurechtgezimmert hatten, hielt nicht, was es halten sollte. Und dann kam dieser Mann daher, der im Grunde nur wiederholte, was schon dutzendmal in den prophetischen Schriften stand, was aber niemand gelesen und schon gar nicht befolgt („verinnerlicht") hatte. Weg mit ihm!

Die Reaktion ist die gleiche, als wenn sich jemand heute ein elektronisches Gerät kauft und die Gebrauchsanleitung nicht liest. Schließlich wirft er es voller Wut, weil es nicht funktioniert, gegen die Wand.

Was also ist Aggression? Der Ausbruch dumpfer Wut über eigene Unzulänglichkeit und Unwissenheit.

Mit freundlichen Grüßen
H.-W. Metzing
Lindlar

Schizophren

Vor einigen Tagen zeigte das Fernsehen einen Filmstreifen, auf dem Frauen eine meterlange Papierfahne entrollten, auf der über eine Million Unterschriften gegen Tierversuche gewesen sein sollen. Außerdem wurden auch einige stolze, prominente und demonstrierende Trägerinnen von Transparenten vorgeführt, die auf die Tierversuche zu medizinischen Zwecken hinwiesen. Darunter glaube ich auch eine Frau wiedererkannt zu haben, die sich vor längerer Zeit als Gegnerin des Paragraphen 218 darstellen ließ, und zwar in Wort und Bild.

Wie kann man so schizophren und neurotisch sein, wenn man einerseits Tierversuche, die dem Menschen dienen, ablehnt, andererseits den Paragraphen 218 außer Kraft setzen will und sogar glaubt, ein Recht darauf zu haben, indem man abtreibt?

Moral und Ethik kann man nicht mit zweierlei Maß messen. Wenn schon Protest wegen Lebewesen, dann aber auch mit der nötigen Konsequenz gegenüber jedem Leben!

R. Reich,
Aachen

Wort der Hirten

„Die Kirche als Heimat" und „Wir sind Pilger, keine Emigranten"; WELT vom 30. März

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Sie wissen, daß ich Sie sehr schätze, und darum erlaube ich mir einige kritische Anmerkungen zu den o. a. Artikeln. Vor 32 Jahren habe ich meine Heimatstadt Köthen in Anhalt verlassen, weil ich schon damals erkannt hatte, daß der Kommunismus Moskauer Prägung eine tödliche Gefahr für die Menschheit darstellt. Das Leben war für mich unerträglich in diesem als wahrhaft teuflisch verfahrenen System.

In der Zwischenzeit haben sich zwar einige materielle Fortschritte in der „DDR" abgezeichnet, aber in politischer Hinsicht sind erkennbare Verschlechterungen eingetreten: Zwangsmilitarisierung der gesamten Gesellschaft (Wehrkundeunterricht, Wehrpflicht in einer Armee, die der Stabilisierung eines verhaßten Systems dient, Betriebskampfgruppen, Jugendweihe als Zwangsbekenntnis zum Atheismus, Westkontaktverbote für „Geheimnisträger" etc.

Und nach alledem stellt sich Kardinal Meisner in Rom hin und sagt vor aller Welt zu den Unterdrückten: „Hier ist gut sein in Sachsen . . .", was die WELT zum Anlaß nimmt, ein „Zitat des Tages" daraus zu machen! Hinzu kommt, daß Sie die gesamte Rede als „Dokument" publizieren und im Rahmen eines Kommentars (Kirche als Heimat) ihr eine positive Bedeutung beizumessen versuchen!

Meisner hätte die Pflicht gehabt, das SED-Regime zur Aufgabe der Zwangsmilitarisierung und zur Abschaffung der Jugendweihe aufzufordern, damit die Leute dort einen Grund haben, zu Hause zu bleiben!

Mit freundlichen Grüßen
E. Hügel,
Grefrath

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„In den Regungen des Gewissens, in seinen Warnungen, Beratungen und Verurteilungen nimmt das geistige Auge des Glaubens von jeher die Umrißlinien eines unsichtbaren, unendlichen Richters wahr. Diese Regungen scheinen wie eine wortfreie, natürliche Sprache, die Gott mit der Seele redet, und deren Weisungen das Heil dieser Seele und der Welt betreffen."

Max Scheler; dt. Philosoph (1874–1928)

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Der Internationale Karlspreis der Stadt Aachen wird am 31. Mai Bundespräsident **Karl Carstens** verliehen. Die Laudatio auf Carstens wird der spanische König **Juan Carlos** – Karlspreis-Träger des Jahres 1982 – halten, den Königin **Sophia** nach Aachen begleitet. Zu den zahlreichen prominenten Gästen, die sich bisher bereits anmeldeten, zählen auch die ehemaligen Regierungschefs und Karlspreis-Träger **Emilio Colombo** aus Italien und **Edward Heath** aus Großbritannien. Der griechische Staatspräsident **Konstantin Karamanlis** wird ebenfalls an der Ehrung teilnehmen. Carstens wird der 26. Träger dieses Preises sein, der seit 1950 für besondere Verdienste um die europäische Einigung verliehen wird. Zu den Karlspreis-Trägern aus zwölf Nationen zählen auch **Robert Schumann** und **Konrad Adenauer.**

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat den Generalsekretär des deutschen Weinbau-Verbandes, Dr. **Werner Becker**, aus Linz am Rhein mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Becker ist seit 1955 der Generalsekretär des Deutschen Weinbau-Verbandes. Die Auszeichnung wurde ihm in Mainz vom Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, **Otto Meyer**, überreicht.

*

Ministerpräsident **Lothar Späth** hat dem Ministerialdirigenten im baden-württembergischen Staatsministerium und Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte, **Helmut Haun**, das von Bundespräsident **Karl Carstens** verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Im Rahmen einer Feierstunde im Haus der Donauschwaben in Sindelfingen würdigte Späth anläßlich des 65. Geburtstages von Haun die vorbildlichen Leistungen für die Eingliederung der Vertriebenen in das Land Baden-Württemberg. Haun, Sudetendeutscher, geboren in Eger, wuchs teils in der alten Stauffer-Stadt, teils an der Sprachgrenze im Kreis Bilin in Nordwestböhmen auf, wo er 1938 in Dux das Abitur ablegte und sich nach Heimkehr aus tschechischer Geiselhaft im Spätherbst 1938 freiwillig für die Offizierslaufbahn meldete. Die Einberufung nach Göppingen (Württemberg) machte ihn noch zu Kriegszeiten mit Land und Leuten eines Raumes vertraut, die ihm nach dem Krieg zur zweiten Heimat wurde.

*

Ministerialdirigent a. D. Dr. **Günter Sofsky** ist von Bischof Dr. **Karl Lehmann** in Mainz mit dem ihm von Papst **Johannes Paul II.** verliehenen Komturkreuz zum Gregorius-Orden ausgezeichnet worden. Während der Amtszeit von Sofsky wurden die Staatsverträge zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Rheinland-Pfalz über Fragen des Schulwesens und der Lehrerfort- und Weiterbildung und der Vertrag zwischen den rheinland-pfälzischen Bistümern und dem Land über Fragen der Rechtstellung und der Vermögensverwaltung der katholischen Kirche geschlossen. Am Zustandekommen dieser Verträge hatte Sofsky erheblichen Anteil.

ERNENNUNGEN

Der ehemalige Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär a.D. **Diether Stolze**, wird der niedersächsischen Landesregierung auf dem Gebiet der künftigen Entwicklung des Rundfunkwesens als Berater zur Verfügung stehen. Das Kabinett habe einem entsprechenden Vertrag für Stolze zugestimmt, wie Regierungssprecher **von Poser** erklärte. Man habe sich deshalb für Stolze entschieden, weil er „sowohl in führender Position im Journalismus als auch als ehemaliges Mitglied des ZDF-Fernsehrates über reiche Erfahrungen und gute Kontakte verfügt." Stolze wird seine Tätigkeit voraussichtlich im Mai aufnehmen.

*

Dieter Graf Landsberg-Velen, der seit 1956 den Malteser Hilfsdienst leitet, ist auf der Bundesdelegiertenversammlung in Trier zum Präsidenten der Rettungs- und Sozialdienstorganisation wiedergewählt worden. Graf Landsberg, gelernter Jurist und Landwirt, ist auch Vizepräsident des Deutschen Sportbundes und Präsident der Reiterlichen Vereinigung Deutschlands.

GEBURTSTAG

Der frühere Oberkirchenrat Dr. **Hanfried Krüger** aus Frankfurt feiert heute seinen 70. Geburtstag. Krüger ist einer der maßgeblichen Organisatoren der interkonfessionellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ökumenischen Kontakte zum Ausland gewesen. Von 1953 bis 1979 war er Ökumene-Referent des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland und von 1956 bis 1980 Leiter der ökumenischen Zentrale, der Frankfurter Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, in der alle Konfessionen – einschließlich der Katholiken und Orthodoxen – vertreten sind. Krüger stammt aus Schwerin.

KANZLERAMT

Der Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Königreiches Thailand, **Prem Tinsulanonda**, wird vom 24. bis 26. April die Bundesrepublik Deutschland besuchen. Mit Bundeskanzler **Helmut Kohl**, dessen Einladung er folgt, wird der thailändische Gast in Lindau zusammentreffen.

WEU-Wiederbelebung in Regierung umstritten

Staatsminister Mertes (CDU) meldet Zweifel an

BERNT CONRAD, **Bonn**

Innerhalb der Bundesregierung gibt es unterschiedliche Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Revitalisierung der Westeuropäischen Union (WEU). Zwar herrscht breiter Konsens darüber, daß die „europäische Säule" des NATO-Bündnisses gestärkt werden sollte, ohne die unentbehrliche Zusammenarbeit mit den USA zu schwächen. Als fraglich gilt jedoch bei manchen Regierungspolitikern, ob der jetzt noch einmal von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bekräftigte Wunsch nach einer Wiederbelebung der WEU diesem Ziel dient oder nicht vielmehr den Tendenzen zur Abkoppelung von Amerika entgegenkommt.

Zweifel dieser Art hat Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt vor einigen Tagen auf der deutsch-britischen Königswinter-Konferenz in Cambridge geäußert. Nach seiner Ansicht lautet die Hauptfrage: Was kann die WEU – der Frankreich, Großbritannien, die Beneluxstaaten, Italien und die Bundesrepublik Deutschland angehören – konkret zu den gegenwärtigen Sicherheitsvorkehrungen in Westeuropa hinzufügen? Mertes antwortete selbst einschränkend: „Wir haben keine französischen und britischen Sicherheitsgarantien, sondern nur eine amerikanische."

Durch eine Revitalisierung der WEU könnten nach Auffassung des Staatsministers jene Kräfte Auftrieb erhalten, die eine Art Abkopplung der europäischen NATO-Partner von den Vereinigten Staaten anstreben. In den USA wiederum gebe es Tendenzen, den Europäern die Wahrung ihrer Sicherheit selbst zu überlassen. Auch angesichts dieser Strömung könnte eine Aufwertung der WEU zu einem Abkoppelungseffekt führen.

Daß Genscher solche Gefahren ebenfalls sieht, bewies er am Dienstag in Bremen durch seine Bemerkung: „Bei den Befürwortern einer aktiveren und verstärkten europäischen Sicherheitspolitik ist sehr genau darauf zu achten, ob sie die Zusammenarbeit mit den USA und das Bündnis stärken wollen, oder ob sie darin eine Chance sehen, auf Distanz zu den USA zu gehen. Das letztere würde uns auf einen ebenso falschen wie gefährlichen Weg führen."

Dadurch will sich der Außenminister aber nicht von einer Stärkung der WEU abbringen lassen, für die Bonn gemeinsam mit Frankreich auch in den EG-Gremien plädiert. Allerdings könnte sich dadurch die Notwendigkeit ergeben, die im WEU-Vertrag in der Fassung von 1954 vorgesehenen Diskriminierungen der Bundesrepublik zu beseitigen. Dort ist bestimmt worden, daß die Bundesrepublik nicht nur auf die Herstellung von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen verzichtet, sondern auch keine weitreichenden Geschosse, gelenkte Geschosse, „Influenzminen", größere Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge für strategische Zwecke produzieren darf. Die Leiterin des Planungsstabes im britischen Foreign Office, Pauline Neville-Jones, hat sich dafür ausgesprochen, diese diskriminierenden Artikel sehr sorgfältig zu eliminieren.

Bundesaußenminister Genscher übernimmt Ende Mai den Vorsitz im WEU-Ministerrat.

Türke wird an Rom ausgeliefert

dpa, **München/Rom**

Der 39jährige Türke Omer Mersan, der dem Papstattentäter Mehmet Ali Agca nach den Ermittlungen der Justiz geholfen haben soll, wird heute von München zu Verhören nach Rom geflogen. Die Bundesregierung hat dem Auslieferungsantrag Italiens zugestimmt, bestätigte ein Sprecher der Münchner Justiz.

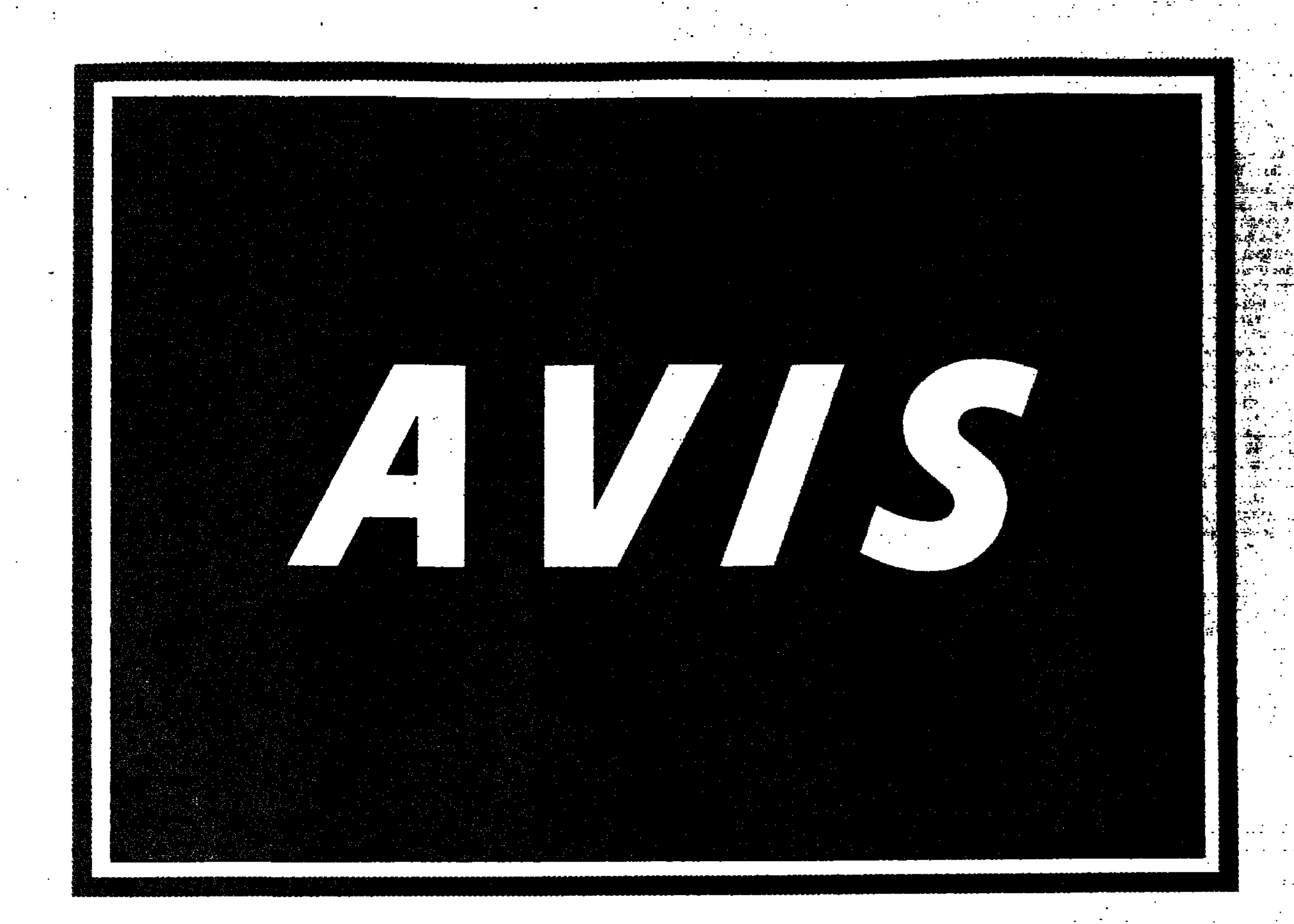
Der in München lebende türkische Kaufmann, der seit Dezember vergangenen Jahres im Untersuchungsgefängnis Stadelheim sitzt, soll nach Überzeugung der römischen Justiz bei seiner Vernehmung durch einen römischen Untersuchungsrichter falsche Angaben gemacht haben. Der Haftbefehl laute deshalb auch auf Verdacht der Falschaussage. Außerdem wirft die Justiz Mersan vor, er habe Agca einen gefälschten Paß besorgt.

„DDR" baut neue Grenzanlagen

AP, **Hannover**

Mit fünf verschiedenen Varianten von Grenzzäunen wird zur Zeit die rund 550 Kilometer lange Grenze der „DDR" am Ostrand Niedersachsens fluchtsicher ausgebaut. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzkommandos Nord in Hannover werden dazu täglich bis zu 230 uniformierte Arbeitskräfte unter Bewachung von etwa 60 schwerbewaffneten „DDR"-Grenzsoldaten eingesetzt.

Bei den neuen Grenzanlagen handelt es sich unter anderem um zwei Reihen von Metallgitterplatten, die an drei Meter hohen Betonposten hängend in die Erde eingelassen werden. Die Oberkanten sind mit Alarmdrähten und die Platten mit bis zu 25 Schwachstromdrähten versehen. Außerdem werden neue Fahrzeugsperren und Hundelaufanlagen eingerichtet.



„Auto Vermietung In Sekunden."

Ab sofort steht unser Name für dieses Versprechen.

Dafür sorgt unser Computer-Central-System, das weltweit alle Mietvorgänge vereinfacht und automatisch in Aktion umsetzt.

Für die Reservierung heißt das: Ein Anruf bei AVIS oder Ihrem Reisebüro mit AVIS-Agentur genügt, und sekundenschnell reserviert und bestätigt der Computer Wagen, Zeit, Ort und Tarif. Mit unserer neuen Reservierungs-Nummer.

Für die Abrechnung heißt das: Schneller und noch sicherer durch Computerausdruck. Automatisch zum jeweils günstigsten Tarif. Das ist AVIS – Auto Vermietung In Sekunden.

Darüber hinaus vereinfacht der Computer jetzt auch die Counter-Abfertigung auf den wichtigsten europäischen Flughäfen.

Dort brauchen Sie nur noch Ihre Reservierungs-Nummer zu nennen, die AVIS Express Card und den Führerschein vorzulegen.

Alles weitere wird automatisch eingelesen – und in Sekundenschnelle ausgedruckt. Unterschrift, fertig.

Wann nehmen Sie uns beim Wort?

AVIS

Auto Vermietung In Sekunden.



Opel Rekord

GM Avis bevorzugt Opel.

flyDRIVE
Lufthansa & AVIS

Sicherheit macht nachlässig: TV-Produzent Dreßler

Das Beste herauspicken

Holm Dreßler (34), Antityp des TV-Beamten und deshalb seit dem 1. Februar 1984 vom ZDF-Redakteur für „Wetten daß?", „Na sowas" und „Flashlights" zum freien Produzenten dieser Sendungen übergewechselt, hat sich von der öffentlich-rechtlichen Klammer befreit. Zwar genießt er bis Ende 1985 noch als Exclusiv-Producer Auftragsgarantien und finanzielle Absicherung durch seinen früheren Arbeitgeber. Denn für dieses Jahr wurden ihm 20 Sendungen („Wetten daß?", „Na sowas" und „Flashlight") und für 1985 sogar 30 Sendungen verbindlich zugesagt. Aber danach regeln Angebot und Nachfrage seinen Wohlstand. Horst Lietzberg sprach mit Holm Dreßler.

Frage: Glauben Sie, als freier Produzent mehr Kreativität entwickeln zu können, als wenn Sie ZDF-Redakteur geblieben wären?

Dreßler: Als festangestellter Redakteur einer öffentlich-rechtlichen Anstalt schwebt man immer in Gefahr, durch Arbeitsplatz-Sicherheit und das große soziale Netz früher oder später nachlässig zu werden. Der Konkurrenzkampf auf dem freien Markt stellt nun mal ganz andere Anforderungen. Und wenn man diesen Anforderungen immer wieder aufs neue ausgesetzt ist, wirkt sich das natürlich auf die Kreativität aus.

Frage: Es gibt Stimmen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die sich arrogant und geringschätzig über die Versuche des freien, privaten Fernsehens (wie „RTL plus" und die Kabelprojekte), auf dem Markt Fuß zu fassen, auslassen. Sind diese Startversuche wirklich so kläglich?

Dreßler: Nein. Es besteht absolut kein Grund, abfällige Bemerkungen zu machen. Die anfänglichen Bastelphasen sind völlig natürlich. Ich sehe das freie Fernsehen kommen. Man sollte nicht lachen, sondern sich auf die Konkurrenz einstellen. Der Run auf das RTL-Programm ist sicherlich nicht rein zufällig. Vielleicht wird einigen privaten Anbietern noch die Luft ausgehen. Aber das wird das freie Fernsehen nicht hindern, sich explosionsartig auszuweiten. Besonders dann, wenn erst ein Satelliten-Empfang möglich ist.

Frage: Wird das freie Fernsehen die Situation der freien Produktionsfirma verbessern?

Dreßler: Aber ja. Dennoch glaube ich, daß in Zukunft mehr Exclusiv-Verträge abgeschlossen werden. Man wird sich also entscheiden müssen, ob man fürs ZDF, die ARD, fürs Verleger-Fernsehen oder andere arbeitet. Ein härterer Konkurrenzkampf zieht härtere Bandagen nach sich. Mit der Exclusivität erkauft man sich dann allerdings auch Sicherheiten.

Frage: Wenn wir zehn oder 20 Kanäle haben: Wird das Publikum seinem Sender die Treue halten? Kann ARD oder ZDF mit der Anhänglichkeit der Zuschauer rechnen?



Stellt sich dem Konkurrenzkampf auf dem freien Markt: H. Dreßler FOTO: ZDF

Dreßler: Mit einem Treueverhalten rechne ich nicht. Die Zuschauer werden sich das Beste herauspicken. Den Leuten ist es egal, auf welchem Kanal sie es finden. Wir stehen am Anfang einer gigantischen Entwicklung. Es brauchen nur noch die Empfangsmöglichkeiten verbessert zu werden.

Frage: Haben Sie nach dem Erfolg der „Supernasen" mit Thomas Gottschalk auch Kinofilm-Pläne?

Dreßler: An der Fortsetzung der „Super-Nasen" arbeiten wir bereits. Im Juni wird im Großraum München und wahrscheinlich auch im Ruhrgebiet gedreht. Der Filmtitel steht noch nicht fest. Bei späteren Spielfilmprojekten werde ich mit Thomas Gottschalk noch enger zusammenarbeiten. Ähnliches könnte auf dem Gebiet des Hörfunks passieren.

STUDIO

Der mit 6000 Mark dotierte gemeinsame Fernsehpreis der Elternzeitschrift „Leben und Erziehen" und des Familienbundes der Deutschen Katholiken wurde je zur Hälfte an die Redaktionen der Reihen **Die Sendung mit der Maus** und **Pfiff** vergeben. Der Fernsehpreis für die beste Kindersendung wird am 17. Mai in Aachen erstmals verliehen. FK

*

Für Kinder ist Fernsehen nur Unterhaltung. Diese Ansicht vertrat der britische Experte Cedric Hullingford auf einer Fachtagung in Oxford. Ein großer Mythos umgebe den **erzieherischen Wert von Sendungen** wie „Sesamstraße"; Untersuchungen hätten jedoch gezeigt, daß Kinder in Wirklichkeit nichts dabei lernen. SAD

KRITIK

Porträt eines Abenteurers

Unglaublich, aber wahr: Die deutsche Regierung hat die beiden russischen Revolutionen von 1917 finanziert, die Deutschen haben die „lebende Bombe" Lenin im verplombten Eisenbahnwaggon quer durch das Reich geschmuggelt – und alles nur, um die zweite Front im Osten loszuwerden. Um den Drahtzieher dahinter, den man so gar nicht kennt, **Ein Mann namens Parvus**, der in Wirklichkeit Alexander Helphand hieß, ging es in dem dokumentarischen ZDF-Fernsehspiel.

Dabei setzte Autor Egon Eis nicht auf wilde Action und falsche Dramatik – im Gegenteil: Alle wichtigen Entscheidungen fallen hinter der Szene. Das behutsame Entziffern der abenteuerlichen Hauptfigur erschien ihm wichtiger. Und doch fragt man sich am Ende nach dem Sinn des Unternehmens. Ging es ums Geld, das die Politiker mit vollen Händen ausgaben und im Frieden von Brest-Litowsk mit Gewinn wieder hereinholten? Oder sollte ein Mann betrachtet werden, der bei seinem bedenkenlosen politischen Spiel zwischen alle Stühle geriet und alles verlor: Freunde, die Heimat, das Leben?

Diese Unklarheit hat indes im Hauptdarsteller nicht unwesentlich ihre Ursache. Den Wüterich, den Neureichen, den Weiberhelden nimmt man Günter Lamprecht mühelos ab. Intellektualität ist seine Sache weit weniger. Mit der Folge, daß der auf Politik versessene Agent, der diplomatisch taktierende Kaufmann oder gar, wie es beabsichtigt gewesen sein mag, „die graue Eminenz" hinter der Revolution gar nicht herauskamen. KATHRIN BERGMANN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF:
9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 Sport aktuell
10.45 Stachel im Fleisch
12.10 Kennzeichen D
Mit Joachim Jauer
13.00 heute

ARD

8.58 Aus dem Bundestag
Debatte um Frauenfragen
16.00 Tagesschau
16.10 Einmal Israel und zurück
Eine vergnügliche Reise
In den Tagen um Ostern besuchte Walter Sedlmayr Israel. Er wollte das Heilige Land als bayerischer Katholik durchqueren, die Stätten der Bibel suchen und besuchen. Sein oberster Leitsatz, den er sich für diese Reise mitnahm, war: „Keine Politik!" Das war in diesem Land sicherlich nicht leicht durchzuhalten. Doch dem Touristen Walter Sedlmayr gelang auch dies. Abseits der Touristen-Routen reiste er durch das Land.
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 SPD – wohin?
Ein Stimmungsbericht
21.00 Bei Bio
Gäste: Gitte, Flying Pickets, Nam June Paik, Osi Zimmermann, Teddy Kollek
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Salvadore Dali wird 80 / Porträt des neuen VS-Vorsitzenden, Hans-Peter Bleuel / Erich Loest, neuer Vizepräsident des Schriftstellerverbandes und sein jüngster Roman „Völkerschlachtdenkmal"
23.00 Der Gärtner von Toulouse
Schauspiel von Georg Kaiser
Regie: Günter Gräwert
Es ist die Geschichte von Janine und François, die geheiratet haben, weil für eine freie Gärtnerstelle nur ein Ehepaar gesucht wurde. Die reiche Frau Téophot kauft Haus und Garten. Die gemeinsame Vergangenheit mit Janine in einem Bordell wird zum Verhängnis, als François erfährt, mit wem er verheiratet ist. Eine kurze, stürmische Beziehung zu Frau Téophot hindert ihn nicht, diese zu ermorden, weil die Wirklichkeit für ihn unerträglich ist. Janine nimmt die Schuld für diesen Mord auf sich.
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Mütter, unsere Väter
1. Teil: Frauen ohne Vater, ohne Mann
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Mit dem Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Wolfgang Mettenberger
anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Der Herr Baron
19.00 heute
19.30 Buona Sera, Italia!
Ein italienischer Abend
Regie: Ekkehard Böhmer
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Spiel mit dem Feuer
21.45 heute-journal
22.05 Die Bonner Runde
Unter der Gesprächsleitung von Johannes Gross stellt sich Ministerpräsident Franz Josef Strauß den Fragen von Thomas Loeffelholz und Diether Stolze
23.05 Und ewig ruft St. Alpi
Satire von Otto Grünmandl
Eine Satire über eine Fernsehstation in dem fiktiven Urlaubsort St. Alpi: Frau Dr. h. c. Ingenborgentraud Schaedl, Tochter des einflußreichsten Mannes von St. Alpi, Präsident Emanuel Schaedl, dem alles in St. Alpi gehört, der Fremdenverkehrsreferent von St. Alpi, von seinen Freunden schlicht „Frent" genannt, und Eduard Franzeler, ein etwas zerstreuter Professor, der neben seiner Tätigkeit als „Vidiot" und Wetterobservateur auf der Hauptschönwetterstation von St. Alpi auch noch Professor für Turn- und Leibesübungen ist, veranstalten eine Fernsehpressekonferenz; Pressekonferenz deshalb, weil es den drei Moderatoren möglich ist, Menschen aus dem Publikum in die Sendung zu integrieren, d. h. das Publikum hat direkten Kontakt mit den Veranstaltern der Sendung, es kann Fragen stellen, selbst gefragt werden usw.
23.50 heute



Querchartre (Heinz Baumann) macht der wohlhabenden Frau Téophot (Hildegard Knef) den Hof. (Der Gärtner von Toulouse – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: U. RÖHNERT

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 In den Wind geschrieben
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Regie: Douglas Sirk
21.45 Corsa contra Kadett
Die Konkurrenz im Hause Opel
22.15 Wien tanzt
23.15 Die phantastischen Reisen des Isaac Asimov
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Den Wind in den Händen
18.45 Ikonen in Deutschland
Berlin
19.15 Die georgische Heerstraße
20.00 Tagesschau
20.15 Duell in der Sonne
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Regie: King Vidor
22.20 Gandhi – Entstehungsgeschichte eines Films
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sie kam aus dem All
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Ich sing mich in dein Herz hinein
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Regie: Richard Wallace
20.25 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
„Peinliches Verhör und Folter" von Alessandro Magnasco
21.30 Drei aktuell
21.45 Spiel mir das Lied vom Krieg
Kriminalfilm
23.25 Zum 80. Geburtstag von Paul Dahlke
Sehr ähnlich, wer soll's denn sein? Ferry Ahrlé porträtiert den Schauspieler

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Perle der Karibik
20.50 Bilderbogen:
Atelierbesuch
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Am Ende des Lebens: Pflege
Das Langzeitkrankenhaus in Hub
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Jugend musiziert
Nur für das Saarland:
21.45 Gästebuch

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
... ich freue mich schon auf die Schule
18.45 Nicht zuhören, meine Damen
Komödie von Sacha Guitry
20.20 Einladung zum Träumen
20.45 Wege des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Cabiria
Italienischer Stummfilm (1914)
23.55 Rundschau
0.00 Actualités

BOXEN / WELT-Interview mit René Weller vor seiner ersten Titelverteidigung als Europameister

„Garcia will mich in der achten Runde schlagen – ja, ja, so schnell ist die Jugend mit dem Wort . . ."

BERND WEBER, Hagen

Morgen abend wird Profi-Boxer René Weller in der Hagener Ischeland-Halle in den Ring steigen, um seinen am 9. März in Frankfurt gegen den Italiener Lucio Cusma gewonnenen Europameisterschaftitel im Leichtgewicht zum erstenmal zu verteidigen. Ursprünglich sollte der Österreicher Manfred Findenig Wellers Gegner sein. Doch er unterlag gegen den Italiener Giovanni Carrino. Danach war die Europäische Box-Union (EBU) nicht mehr bereit, den festvereinbarten Kampf als Titelverteidigung anzuerkennen. Der Spanier José Antonio Garcia wurde kurzfristig als Ersatz verpflichtet. DIE WELT sprach mit Weller.

WELT: Kann man den Kampf morgen eigentlich richtig ernst nehmen?

Weller: Ich tue es auf jeden Fall. Und ich weiß, daß dazu auch unbedingt Veranlassung besteht. Garcia ist weiß Gott kein Fallobst. Er hat von seinen bisher 43 Kämpfen nur sieben verloren. Aber 27 Mal hat er den Ring als K.o.-Sieger verlassen. Der ist also bärenstark und hat mit Sicherheit eine Menge drauf.

WELT: Vor allem wohl auch starke Sprüche. Der 25jährige hat angekündigt, daß er Sie in der achten Runde ins Reich der Träume schicken werde . . .

Weller: Ja, ja, schnell ist die Jugend mit dem Wort. Bei allem Respekt vor José Antonio, aber er wird die achte Runde erst gar nicht mehr erleben, weil ich mir fest vorgenommen habe, ihn bereits in der fünften in den Ringstaub zu schicken.

WELT: Sind Sie denn eigentlich körperlich wieder voll da? Der Kampf gegen Cusma hat Sie doch relativ viel Kraft gekostet.

Weller: Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß es der bisher härteste in meinem Leben war. Ich war eine Woche danach noch völlig kaputt. Aber durch Skilanglauf in Kitzbühel, durch einen kurzen Urlaub auf Gran Canaria, der mit einem kleinen Schaukampf verbunden war, habe ich mich wieder richtig in Schwung gebracht.

WELT: Das Publikum wird morgen abend demzufolge einen bärenstarken Weller erleben . . .

Weller: Daran sollte niemand zweifeln. Ich bin der Beste, der Stärkste in Europa in meiner Gewichtsklasse, und ich habe die beste Kondition. Das wird mit Sicherheit auch noch die nächsten zwei, drei Jahre so bleiben.

WELT: Wie hart haben Sie vor dem morgigen Kampf gearbeitet?

Weller: Knallhart. Um Ihnen ein Beispiel zu geben, ich bin gestern gegen drei hervorragende Sparringspartner insgesamt 15 Runden lang marschiert und ich hatte zu keiner Sekunde irgendwelche Probleme.

WELT: Apropos marschieren – Sie werden morgen abend einen sogenannten ‚Beto-Messer' in Ihren Boxstiefeln haben. Ein in die Sohle eingebauter Sensor wird an einen Computer im Stiefel weitergeben, wieviele Meter Sie während des Kampfes zurücklegen.

Weller: Wir haben das gestern bereits getestet. Ich habe während der 15 Runden genau 7757 Meter zurückgelegt. Alle Vorwärts-, Rückwärts- und Seitwärtssteps zusammengezählt.

WELT: Sprechen wir noch einmal von Ihrem Gegner Garcia. Was wissen Sie genau von ihm?

Weller: Das er ein technisch hervorragender Boxer ist. Er steht sehr aufrecht und hat eine hervorragende Führhand. Ich bin fest davon überzeugt, daß der morgige Kampf eine Klasse besser sein wird als der gegen Cusma. Der hatte sich nämlich nur auf seine Kraft verlassen und ist mich ständig angesprungen. Das war für die Zuschauer nicht immer attraktiv.

WELT: In jedem Kampf steckt ein erhebliches Risiko, und mit 100prozentiger Sicherheit kann man schließlich nicht ausschließen, daß Sie verlieren. Haben Sie vorgebaut und in Ihren Vertrag eine sofortige Titel-Rückkampfklausel einbauen lassen?

Weller: Die würde mir überhaupt nichts nutzen. Denn die EBU-Richtlinien schreiben vor, daß – wenn Garcia Sieger würde – er seinen Titel erst einmal gegen einen anderen Gegner als mich verteidigen müßte.

SPORT-NACHRICHTEN

Zwei Millionen Verlust

Mönchengladbach (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach hat das Geschäftsjahr 1982/83 mit einem Rekordverlust von 2,03 Millionen Mark abgeschlossen. Die rückläufige Einnahmeentwicklung will der Verein zum Anlaß nehmen, um mit der Stadt über die Senkung der Stadionmiete zu verhandeln.

Kohde wieder gesund

Düsseldorf (sid) – Die 20 Jahre alte Claudia Kohde (Saarbrücken) zeigte sich in der ersten Runde des mit 200 000 Dollar dotierten Damen-Tennis-Turniers in Hilton Head Island wieder in bester Form. Sie hat sich von ihrer Darmgrippe, die sie sich vor einer Woche in Boston zugezogen hatten, erholt. Sie schaffte mit einem 6:4, 6:2 gegen Candy Reynolds (USA) einen mühelosen Sieg.

Vertragsverlängerungen

Bonn (DW.) – Mittelfeld- und Abwehrspieler Wolfgang Grobe (25) unterschrieb einen neuen Vertrag beim FC Bayern München, gültig bis 1986. – Wolfgang Trapp bleibt bei den Offenbacher Kickers. Er hat seinen Vertrag um drei Jahre verlängert. – Peer Posipal und Waldemar Josef verlängern ihre Verträge bei Eintracht Braunschweig trotz der drastischen Gehaltskürzungen.

Vorerst kein Comeback

Bad Soden (sid) – Jürgen Mohr wird weiter auf sein Comeback beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt warten müssen. Beim Comebackversuch, vier Monate nach einer beidseitigen Leistenoperation, verspürte der Fußballspieler während eines Spiels erneut Beschwerden und verließ nach einem Treffer den Platz.

Gehring bezwang Spanier

Nizza (sid) – Rolf Gehring (Amberg), der als zweiter Einzelspieler der deutschen Mannschaft für den World-Team-Cup in Düsseldorf (21.–27. Mai) nominiert wurde, hat beim 80 000 Dollar Grand-Prix-Turnier in Nizza das Achtelfinale erreicht. Er besiegte den Spanier Fernando Luna mit 7:6, 6:4.

Enttäuschendes 0:0

Mannheim (dpa) – Mit einem 0:0 trennten sich Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim und der „DDR"-Oberligaklub Dynamo Dresden im Mannheimer Rhein-Neckar-Stadion vor 4000 Zuschauern. Das Spiel fand im Rahmen des deutsch-deutschen Sportkalenders statt.

Eintrittskarten gestohlen

München (dpa) – Aus einem Vereinsheim in München haben unbekannte Diebe 188 Stehplatzkarten für das Spitzenspiel der Fußball-Bundesliga zwischen dem Hamburger SV und Bayern München (5. Mai) sowie 88 Fahrkarten von München nach Hamburg gestohlen. Der Schaden wird auf 15 000 Mark geschätzt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Waldhof Mannheim – Dynamo Dresden 0:0. – **Europameisterschaft der Junioren** (unter 18 Jahren): In Kufstein: Österreich – Deutschland 0:1 (0:1), Tabelle: 1. Italien (5:1-Punkte), 2. Deutschland (4:4), 3. Österreich (2:6), damit Italien für die Endrunde vom 25. Mai bis 3. Juni in Moskau qualifiziert.

TENNIS

Damen-Turnier in Hilton Head Island, erste Runde: Kohde (Deutschland) – Reynolds (USA) 6:4, 6:2.

BADMINTON

Europameisterschaft in Preston (England), Mannschafts-Wettbewerb, Finale: England – Dänemark 3:2, Relegationsspiel um den Aufstieg in die A-Gruppe: Deutschland – Holland 3:2.

EISHOCKEY

Junioren-Europameisterschaft in Bayern, dritter Spieltag: Gruppe A: In Füssen: UdSSR – Schweden 7:4, in Bad Tölz: Deutschland – Holland 12:4. Gruppe B: In Rosenheim: Schweiz – Frankreich 5:2, in Garmisch: Finnland – CSSR 2:3.

VOLLEYBALL

Länderspiel der Männer in Osnabrück: Deutschland – Ungarn 1:3 (12:15, 5:15, 16:14, 10:15). – **Länderspiel der Damen in Göttingen:** Deutschland – Peru 0:3 (4:15, 13:15, 11:15).

GELESEN

„Ich wurde betrogen und manipuliert. Für die Promotor und Manager des World Boxing Council sind wir Boxer nur ein Stück Fleisch. Sie sind unsere Zuhälter, wir ihre Prostituierten."

Schwergewichts-Weltmeister Larry Holmes, der 1983 mit rund sechs Millionen Dollar das meiste Geld von allen amerikanischen Sportprofis verdiente.

STAND ● PUNKT / *Geschäfte*

Zola Budd und ihr möglicher Olympia-Start für England: Im Unterhaus fragen die Abgeordneten, warum die frühere Südafrikanerin so schnell einen britischen Paß bekommen habe, im englischen Team setzt es Boykott-Drohungen, falls die 17jährige an den britischen Qualifikations-Wettkämpfen für Los Angeles teilnehmen wird.

Wieviel kostet eine solche Olympia-Teilnahme? 20 000 Mark, 100 000 oder eine halbe Million? Der „Guardian" stellte gestern fest, die Familie Budd habe von der Londoner Zeitung „Daily Mail" bisher rund 800 000 Mark für ständige Exklusiv-Geschichten erhalten. Wieviel hat der britische Paß gekostet? Die „Daily Mail" dementiert weiterhin. Und sie dementiert auch die vermutete Verbindung zwischen Zola Budd, ihrer Redaktion und der amerikanischen Werbeagentur McCormack.

Doch mittlerweile steht fest, daß Mark McCormack sich mit der Familie Budd in Südafrika getroffen hat, daß anschließend dessen Stellvertreter dort war und schließlich zu abschließenden Gesprächen auch noch die persönliche Assistentin von Mark McCormack bei den Budds eintraf. Und wie es sich so fügt: Jene Dame ist ganz zufällig auch die Ehefrau des Sportchefs der „Daily Mail".

McCormack will nun der Barfuß-Läuferin Zola Budd das barfüßige Laufen abgewöhnen, weil Verträge mit Schuh-Herstellern nicht nur dem Athleten ein ordentliches Salär bescheren. Die Firma mit den drei Streifen müsse tief in die Tasche greifen, um eine Weltrekordlerin und künftige Olympiasiegerin zu entlohnen – und obendrein die Agentur McCormack als deren Vertragspartner.

Das kostet also eine Olympia-Teilnahme. K. Bl.

OLYMPIA

Peter Ueberroth: UdSSR kann ohne Visum einreisen

sid/dpa, Moskau

Die UdSSR hält ihre Darstellung aufrecht, daß die USA gegen die olympischen Regeln verstoßen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete jetzt über die Pressekonferenz des Präsidenten des Organisationskomitees von Los Angeles, Peter Ueberroth. Dieser habe zugegeben, daß die USA die Olympische Charta verletzt hätten, als die amerikanische Botschaft in Moskau das sowjetische Außenministerium gebeten habe, Visa für die sowjetischen Athleten zu beantragen.

Laut Ueberroth habe die amerikanische Botschaft in Moskau das sowjetische Außenministerium falsch unterrichtet. Richtig sei vielmehr, daß die olympischen Identitätsausweise in Verbindung mit einem Reisepaß für die Einreise ausreichen würden. Inzwischen hat auch die Regierung der USA eine ungehinderte Einreise in die USA zugesichert.

Nach Tass würden sich jedoch noch immer Regierungsvertreter in olympische Belange einmischen.

FUSSBALL

Jupp Derwall: Über Rücktritt nachgedacht

DW. Bonn

„Man will mich durch eine gezielte Kampagane fertigmachen." Das sagte Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte". Derwall gibt darin zu, daß er nach der Kritik nach dem schwachen 2:1 in Hannover über die UdSSR Gedanken an einen Rücktritt verschwendet habe. Derwall: „Ich gebe zu, daß ich zuletzt auch schon einmal über meinen Rücktritt nachgedacht habe."

Hart ging der Bundestrainer mit Hamburgs Manager Günter Netzer ins Gericht: „Der hat mich beim Rücktritt von Felix Magath gelinkt." Zum Ausstieg des Münchners Klaus Augenthaler sagt Derwall: „Früher hat man gesagt, die Nationalmannschaft erhöhe den Marktwert. Heute ist der Marktwert eines Herrn Augenthaler so hoch, daß er auch durch einen Einsatz in der Nationalmannschaft nicht mehr steigt. Denn wenn Augenthaler für Bayern München 400 000 Mark Jahresgehalt wert ist, braucht er das in der Nationalelf nicht mehr zu bestätigen."

MOTORSPORT / Ärger beim McLaren-Team: Heftige Kritik von Niki Lauda an Alain Prost

Kehrt der „Judas" nun zu Enzo Ferrari zurück?

KLAUS BLUME, Bonn

Ron Dennis, der englische Direktor des Formel-1-Teams McLaren-Porsche, ist eigentlich ein wohlerzogener Mensch mit ordentlichen Manieren. Am Montagabend aber reagierte er auf eine Anfrage der WELT nervös und unwirsch. Die Frage war, was er denn zum angekündigten Rückzug des Österreichers Niki Lauda aus seinem Team sage. „Stiehl' mir mit diesem Bullshit nicht die Zeit," raunzte Dennis. Und dann: „Ich weiß nichts von diesem Mist, und ich müßte es doch als Erster wissen." Doch der McLaren-Chef weiß schon seit vier Monaten, daß es seinen Superstar, den zweimaligen Ex-Weltmeister Niki Lauda, nach Italien zu Ferrari zieht. Und deshalb ist der sonst so umgängliche Ron Dennis auch so nervös. Aber alles der Reihe nach:

Seit rund eineinhalb Jahren stehen die Fahrer des Ferrari-Teams ebenso auf der Lohnliste des britischen Zigarettenkonzerns Marlboro wie die des Teams McLaren. In diesem Jahr fahren die Ferrari-Autos zum ersten Mal auch mit einem winzigen Marlboro-Aufkleber, künftig soll das anders werden. Sie sollen nicht mehr rotlakkiert sein, sondern in den weißroten Farben der englischen Zigarettendreher – so, wie man bisher die McLaren-Autos angepinselt hat.

Darüber unterhielten sich Ende vergangenen Jahres bereits Marlboro-Manager und Ferrari-Prokuristen. Und der Commendatore Enzo Ferrari äußerte dabei auch den Wunsch – man kann es auch eine Vertragsbedingung nennen – erneut den Marlboro-Superstar Niki Lauda zu verpflichten. Als sich Lauda einst von Ferrari trennte, hat ihm der Commendatore zwar öffentlich bescheinigt: „Lauda ist ein Judas, der für 30 Salamis seine eigene Großmutter verkauft" – doch, was macht das schon? Inzwischen haben Enzo Ferrari und Niki Lauda bereits wieder überaus nett miteinander geplaudert, und Lauda erzählt: „Der Alte und ich verstehen uns wieder blendend." Von Ron Dennis war zu hören: „Wenn das alles passiert, wenn mir Marlboro das Fell über die Ohren zieht, dann verkaufe ich den ganzen Laden."

Bei McLaren-Porsche hat Lauda inzwischen in dem Franzosen Alain Prost einen heftigen Konkurrenten bekommen. Zwar gewann der Österreicher am letzten Sonntag den Grand Prix von Südafrika, doch nur deshalb, weil Prost mit einem Ersatzwagen erst noch das gesamte Feld aufrollen mußte, um schließlich doch noch Zweiter zu werden. Lauda (Jahresverdienst: 13,3 Millionen Mark) versteht es aber wie kein anderer Formel-1-Pilot, dem Kreiselfahren auch in mißlichen Situationen Pointen abzugewinnen. So zog er vor dem österreichischen Fernsehen vom Leder. Über Teamkollege Alain Prost: „Ich war schon Weltmeister, da hat der gerade seinen Führerschein gemacht." Über das Verhältnis von Teamkollege zu Teamkollege: „Zu Beginn war ich über Prosts Offenheit erstaunt, doch er hat sich geändert. Es gibt Punkte, da sagt er nicht die Wahrheit und legt eine Reserviertheit an den Tag, wenn es um technische Information geht." Über die Möglichkeit, Weltmeister zu werden: „Bei dieser Konstellation kann keiner von uns beiden die Weltmeisterschaft gewinnen." Über das Arbeitsklima bei McLaren: „Ich halte den Druck nicht mehr länger aus."

Zur Wahl stehen also Flüchten oder Draufhalten, wenn es ums Gasgeben geht. Aber das ist es nicht allein, was Lauda mürbe macht. Der Mann hat das Auto mitentwickelt, er hat sich um den Turbo-Motor von Porsche gekümmert, er hat geracker, damit die Verbindung McLaren-Porsche wettbewerbsfähig wurde. Dann kam Prost „und legte sich einfach ins gemachte Bett", wie es Lauda im Freundeskreis einmal formulierte. In der Öffentlichkeit freilich hat sich Lauda nie so drastisch geäußert, da verhielt er sich stets äußerst diplomatisch. Doch es hat ihn von Anfang an gewurmt, daß McLaren den superschnellen Franzosen einen Zwei-Jahres-Vertrag gab. Lauda damals im kleinen Kreis: „Das wird ein ganz hartes Ding für mich."

Porsche-Sprecher Manfred Jantke: „Eines steht fest, wir werden noch erhebliche Probleme zwischen Lauda und Prost bekommen, denn beide wollen Weltmeister werden. Das haben sie ausdrücklich erklärt und daran werden beide festhalten."

Mondale siegte in Pennsylvania über Gary Hart

kie. Washington

Nach den Bundesstaaten Michigan, Illinois und New York fiel im amerikanischen Präsidentschaftsvorwahlkampf jetzt auch Pennsylvania an Walter Mondale. Er konnte die „primary" gegen seinen Hauptverfolger Gary Hart mit 45 zu 34 Prozent der Stimmen gewinnen. Der dritte Kandidat, der Farbige Jesse Jackson, kam wieder an fast 20 Prozent der Stimmen heran. In der Millionenstadt Philadelphia gewann Jackson vor Mondale und Hart.

Mondale konnte mit dem Sieg in Pennsylvania sein Delegiertenpolster auf die Hälfte der für die Nominierung benötigten Zahl aufbessern. Er steht jetzt bei 1070 Delegierten, braucht zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei insgesamt 1967.

Hart hofft auf eine Wende in seinem Geschick, wenn die Vorwahlen „sein" Gebiet – die West- und Südweststaaten – erreichen. Doch dürfte das nach Meinung der meisten Beobachter nicht mehr reichen, Walter Mondale die Nominierung auf dem Parteitag der Demokraten in San Francisco streitig zu machen. Im Vorwahlkampf tritt jetzt eine dreiwöchige Pause ein.

Umweltschutz: Bundesregierung will mehr Marktwirtschaft

Zimmermann: Wirtschaftliche Lasten mindern / Spielraum bei Luftreinhaltung

E.N./DW. Bonn

„Einen Handel mit Verschmutzungsrechten lehne ich ab", erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern in Bonn, als er dem Bundeskabinett den „Bericht über den Einsatz marktwirtschaftlich orientierter Instrumente in der Luftreinhaltung" vorlegte. Das Kabinett stimmte der von Zimmermann vorgeschlagenen „flexiblen Kompensationsregelung" zu, wonach Unternehmen mit günstigen Kostenstrukturen Umweltauflagen über Gebühr erfüllen können, während andere mit hohen Umweltschutzkosten innerhalb einer bestimmten Region ihre Anstrengungen entsprechend reduzieren können.

Mit diesen Regelungen sollen Unternehmen nach dem Willen der Bundesregierung bei Entscheidungen über Maßnahmen zum Umweltschutz einen größeren Spielraum erhalten. Mit dem gefaßten Beschluß will es das Kabinett finanzschwächeren Unternehmen ermöglichen, die geforderten Grenzwerte bei der Luftverschmutzung zu überschreiten, wenn diese von einem anderen Unternehmen zugleich deutlich unterschritten werden. Voraussetzung ist, daß damit die Gesamtbelastung der Luft über das vorgeschriebene Maß hinaus verringert wird. Die in diesem Zusammenhang diskutierte Zertifikatlösung, die den Handel mit Verschmutzungsrechten ermöglicht hätte, wird von Zimmermann abgelehnt.

Der Minister erklärte vor dem Kabinett, mit seinem Vorschlag erhalte die Wirtschaft den marktwirtschaftlichen Spielraum, um „innerhalb des gesetzlichen Rahmens selbst die kostengünstigste und wirkungsvollste Luftreinhaltestrategie" zu bestimmen. Er äußerte die Erwartung, daß die beschlossene Regelung vor allem in Ballungsgebieten den Kampf gegen die Verschmutzung fördern werde.

Der Kabinettsbeschluß sieht im wesentlichen vor, daß innerhalb einer bestimmten Region verschiedene Unternehmen die von ihnen verursachte Luftverschmutzung gegenseitig aufrechnen und damit ausgleichen können. Dabei bleibt es ihnen überlassen, wie sie die daraus resultierenden unterschiedlichen finanziellen Belastungen verrechnen. Ausgeglichen werden entsprechend dem Kabinettsbeschluß nur in ihrer Wirkung vergleichbare Schadstoffe. Insgesamt müssen die Absprachen zu einer stärkeren Verbesserung der Luftqualität führen, als sie die individuelle Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen erbracht hätte.

Die vom Kabinett beschlossene Kompensationsregelung soll für den gesamten Bereich der Technischen Anleitung Luft (TA) gelten, die alle Industrie- und Gewerbeanlagen einbezieht und für alle wichtigen Schadstoffe Begrenzungen vorschreibt. Ausgenommen werden sollen die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung enthaltenen Bestimmungen. Das Fazit des Bundesinnenministeriums zu dem Kabinettsbeschluß heißt, jetzt könne „mehr Umweltschutz zu günstigeren Kosten praktiziert werden". Zu der Frage, ob die Unternehmen von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen werden, erklärte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums: „Wir setzen auf die Kalkulation – nicht auf den guten Willen."

SPD für Programm „Arbeit und Umwelt"

Opposition will „Gemeinlastprinzip" durchsetzen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" ein; ein Gesetzentwurf soll demnächst im Bundestag eingebracht werden. Grundgedanke dieses gestern von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel vorgestellten Programms ist es, neben dem weiterhin geltenden „Verursacherprinzip" im Umweltbereich das „Gemeinlastprinzip" durchzusetzen und auf diese Weise sowohl eine „Trendwende in der Umweltzerstörung" als auch die Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze zu erreichen.

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten – federführend haben die Abgeordneten Apel, Hauff und Roth das Programm erarbeitet und in seinen Arbeitsplatzberechnungen von den Instituten DIW und Ifo gegenrechnen lassen – soll der Grundstock für dieses dem ERP-Sondervermögen nachempfundenen Umwelt-Rettungs-Kapital durch eine steuerlichen Zuschlag auf den Verbrauch von Energie finanziert werden: 0,5 Pfennige pro Kilowattstunde Strom, 2 Pfennige pro Liter Benzin, Diesel und leichtem Heizöl, 2 Pfennige pro Kilogramm schwerem Heizöl und 2 Pfennige pro Kubikmeter Erdgas. Die Mehrbelastungen beliefen sich nach den SPD-Berechnungen auf 4,50 bis 10,50 Mark „für typische private Haushalte". Unter dem Strich soll dies jährlich einen Betrag von 4,7 Milliarden Mark ergeben, der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau verwaltet würde. Mit diesem Geld könnten – über entsprechende Kredite – nach SPD-Meinung jährlich 18 Milliarden Mark aufgebracht werden, über die nach genau festgelegten Richtlinien Umweltschutz-Maßnahmen zu finanzieren wären. Vogel sprach gestern davon, daß dies in etwa die Schaffung von 200 000 neuen Arbeitsplätzen bedeute.

Der Oppositionsführer geht davon aus, daß dieser Vorschlag der SPD nicht unbedingt an der Regierungsmehrheit scheitern muß. Denn es bestehe „ein erheblicher gesellschaftlicher Handlungsbedarf", es sei ein „Friedensschluß mit der Natur notwendig". Es gebe auch „gewisse Signale" für eine Aufgeschlossenheit der unionsregierten Länder, insbesondere aus Bayern. Mit den SPD-regierten Ländern sei die Initiative „besonders sorgfältig abgestimmt" worden.

Premier Botha besucht Bonn Anfang Juni

Co. Bonn

Der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Willem Botha wird am 5. und 6. Juni auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn kommen. Die Bundesregierung legt Wert darauf, angesichts der jüngsten positiven Entwicklungen im südlichen Anfrika mit einem der Hauptbeteiligten zu sprechen. Seit einem Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Vorster im Juni 1976 war kein südafrikanischer Regierungschef mehr in Bonn. Südafrikas Außenminister Roelof Botha besuchte Bonn im Dezember 1983.

Die Initiative zu der bevorstehenden Visite war von Ministerpräsident Botha ausgegangen. Er plant im Frühsommer eine Reise in mehrere europäische Hauptstädte und hatte deshalb in Bonn angefragt, ob der Kanzler zu einem Gespräch mit ihm zur Verfügung stehe. Daraufhin hat ihn Kohl eingeladen. Darin kommt auch eine Bejahung der kürzlich abgeschlossenen Vereinbarung Südafrikas mit Angola und Moçambique zum Ausdruck. In Bonner Regierungskreisen hofft man, daß der Waffenstillstand Südafrikas mit Angola ein erster Schritt zur Lösung der Namibia-Frage gewesen ist.

Minen bringen Reagan in schwere Bedrängnis

● Fortsetzung von Seite 1

Wie können wir das tun, wenn wir nicht wissen, was zum Teufel er im Schilde führt?" Dann fährt der Politiker in seinem Brief an William Casey („Dear Bill") fort:

„Libanon, – ja, da wußten wir alle, er schickt Truppen dorthin. Aber Verminung der Häfen Nicaraguas? Das ist ein Akt, der internationales Recht verletzt. Ein kriegerischer Akt. Ich weiß für mein Leben nicht, wie wir das erklären wollen ... Ich mag das alles nicht. Nicht vom Präsidenten und nicht von Ihnen. Wir brauchen auch keine langen Erläuterungen. Das Kind liegt im Brunnen. Und wenn dergleichen in Zukunft wieder passiert, dann seien Sie gewiß, ich werde in aller Öffentlichkeit ein höllisches Spektakel loslassen."

Gegen den „kriegerischen Akt", von dem Goldwater schreibt, hat das Regime in Managua inzwischen Beschwerde beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingelegt. Die Reagan-Administration, die diesen Schritt kommen sah, suchte ihn zu unterlaufen durch eine einseitige Feststellung, daß man für die Dauer der nächsten zwei Jahre keinerlei Jurisdiktion des Haager Gerichtshofes für Streitfälle in Zentral- und Lateinamerika anerkennen werde. Mehr als alles andere, hat dieses Manöver in der amerikanischen Öffentlichkeit Empörung ausgelöst.

In seiner Bedrängnis hat das Weiße Haus am Dienstagnachmittag eine ungewöhnliche Erklärung abgegeben, in der behauptet wird, eine „schrille und oft verwirrende Debatte" habe die Ziele der Reaganschen Politik in der Region vernebelt. Die Erklärung hielt demgegenüber fest: Die Administration plant keinen Einsatz von US-Kampftruppen in Zentralamerika; sie plant keine Eskalation des Untergrundkampfes gegen Nicaragua, wenn Präsident Reagan wiedergewählt wird. Behauptungen dieser Art waren in den letzten Tagen von der „Washington Post", unter Berufung auf ungenannte Quellen, ausgestreut worden.

Der defensive Ton dieser Erklärung hat einen merkwürdigen Unterton. Vor allem der Hinweis auf die Wahl signalisiert, in welcher prekären Situation sich jeder Präsident befindet, der vor der erhofften Wiederwahl in den Ruch illegaler militärischer Unternehmungen kommt.

In die Defensive sah sich das Weiße Haus auch wegen der Rede gedrängt, in der Ronald Reagan am vergangenen Freitag den Kongreß für die Rückschläge der amerikanischen Politik in Libanon und Zentralamerika verantwortlich gemacht hatte. Seit dieser Rede ist die Stimmung auf dem Kapitol fast in Feindseligkeit gegenüber einem sonst hochrespektierten Weißen Haus umgeschlagen. Reagans Pressesprecher, eingedenk des möglichen großen Schadens, sagte in einer zweiten Erklärung, nach Ansicht des Präsidenten seien seine Bemerkungen „überzeichnet" wiedergegeben worden. Die Presse habe sich nur auf die Kongreß-kritischen Passagen gestürzt, und alles andere übergangen.

Diese Rückzugsgefechte geben dem Weißen Haus in dem gegenwärtigen Klima der Entrüstung nur wenig Erholung. Präsident Reagan sieht sich plötzlich mit einem Problem konfrontiert, an dessen Entstehung die Planungsfehler seiner Berater mitschuldig sind. Die erste Konsequenz aus der Kontroverse ist jetzt gezogen worden: Regierungskreise ließen am späten Dienstagabend wissen, das an der Minenlegung beteiligte amerikanische Schiff sei jetzt aus den pazifischen Gewässern abgezogen worden.

Ruf nach Urabstimmung

IG Metall skeptisch über zweites Spitzengespräch

DW. Stuttgart

Tarifkommissionen der IG Metall haben am Mittwoch in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen über ihren weiteren Kurs um die 35-Stunden-Woche beraten. Die drei baden-württembergischen Tarifgebiete sprachen sich für eine rasche Urabstimmung für den Fall aus, daß das für kommenden Dienstag vorgesehene zweite Spitzengespräch zwischen den Arbeitgebern und dem Vorstand der IG Metall scheitern sollte.

Vor dem Aufruf zu Urabstimmungen will die IG Metall im Südwesten mit Demonstrationen auf ihre Forderungen aufmerksam machen, erklärte die Stuttgarter Bezirksleitung. Die große Tarifkommission der bayerischen IG Metall fasste noch keine Beschlüsse, die Tarifkommission für Niedersachsen sollte gestern abend lediglich über den Stand der Spitzengespräche informiert werden.

Die Gewerkschaftsführung geht „ohne Illusionen" zu dem zweiten Spitzengespräch mit den Arbeitgebern. Der IG Metallvorsitzende Hans Mayr sagte in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung, man warte ab, was die Arbeitgeber zu bieten hätten. „Allein davon hängt ab, ob ein Streik noch zu vermeiden ist. Wir sind nicht streiksüchtig". Er habe keine Angst, nicht genügend Arbeitnehmer für Urabstimmung und Streik hinter sich zu bekommen, sagte Mayr weiter: „Die Metaller stehen zu ihrer Gewerkschaft".

Alliierten-Protest gegen Schüsse

dpa, Berlin

Der amerikanische Stadtkommandant Generalmajor James G. Boatner hat gegen den jüngsten Schußwaffengebrauch an der Berliner Mauer protestiert. In einer Erklärung heißt es, die Alliierten hätten bei Nachforschungen festgestellt, daß erwiesenermaßen „Bewaffnete aus dem sowjetischen Sektor" Schüsse abgegeben hätten, „in dem Bemühen, Menschen davon abzuhalten, in den amerikanischen Sektor zu fliehen".

Boatner protestiert „in Übereinstimmung mit den Kommandanten des britischen und französischen Sektors" gegen diese Anwendung von Gewalt, die eine „offenbare Mißachtung menschlichen Lebens" zeige. Er ruft „die Verantwortlichen auf, solche brutalen Praktiken zu unterlassen". In der Nacht zum Montag war ein 20jähriger auf der Flucht beschossen worden.

Gesetz ist angestaubt

cd. – In der deutschen Investmentbranche herrscht schon seit einiger Zeit muntere Bewegung. Neue Fonds, die ihre Anlagen auf bestimmte Branchen oder Regionen spezialisieren, finden einen guten Markt im Kreise risikofreudiger Anleger, die nicht mit Minibeträgen kleckern. Diese Spezialitätenfonds sind Alternativen zur Direktanlage in Spezialaktien geworden. Daß flexible Anleger häufig ein- und aussteigen, entspricht der Konzeption dieser Fonds.

Die klassischen Aktienfonds mit breit gestreuten Vermögen werden dagegen von immer mehr Sparern fallengelassen und das trotz respektabler Gewinne seit Mitte 1982. Waren es gerade diese Gewinne, die nach Jahren der Enttäuschung zum Verkauf reizten? Oder glauben die Anleger, mit dem direkten Kauf ausgewählter Aktien die Marktchancen besser nutzen zu können als die Fondsmanager mit ihren breit gestreuten Anlagen?

Einiges spricht für diese Vermutung der größten deutschen Investmentgesellschaft DWS. Die Großen der Investmentbranche haben Konsequenzen daraus gezogen. Doch das Investmentgesetz aus dem Jahre 1957 schränkt die Möglichkeiten ein, Fondsprodukte anzubieten, wie sie das Publikum heute verlangt.

Gerade in einer Zeit, in der dem Thema Vermögensbildung so viel politische Beachtung geschenkt wird, erscheint es geboten, die angestaubte Investmentgesetzgebung den veränderten Marktbedingungen anzupassen. Auch dem Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörde sollte es eigentlich nicht entgangen sein, daß Mentalität und Wünsche der Investmentsparer heute nicht mehr die gleichen sind wie vor 27 Jahren.

Damenhaft

Wb. – „Wenn es schon einen Lehrstuhl für Frauenfragen gibt", so mag sich der Fabrikant aus dem rheinischen Städtchen Hennef gesagt haben, „dann müssen wir auch mit den praktischen Dingen des Lebens den Damen entgegenkommen. Was her muß, ist ein Schraubendreher für die Frau!" Gesagt, getan, und bald schon war die weibliche Version des Schraubenziehers aus der Entwicklungsabteilung heraus. Mit „handfreundlichen" Griffen, die der „Ergonomie der weiblichen Hand" gerecht werden kommen sie der neu entdeckten Selbermacher-Gruppe ebenso entgegen wie mit der einschmeichelnden Farbkombination „Rot-Weiß-Chrom". In der Tat genau das, worauf praktisch veranlagte Frauen schon jahrzehntelang gewartet haben. Möglicherweise ist das Reiz-Produkt auch der Einstieg in ein ganzes Programm damenhafter Bohrhämmer, Kopffräsen oder Schwingschleifer, wer weiß? Ein Glück, daß die Entscheidung über so viel Däm-liches immer noch bei den Damen liegt!

HANNOVER-MESSE / Erwartungen übertroffen – Besucherrekord bringt Probleme

Für eine Erholung der Wirtschaft sind klare Zeichen gesetzt worden

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Hannover-Messe '84, die gestern nach achttägiger Dauer zu Ende ging, hat nicht nur hinsichtlich der meßbaren Daten alle früheren Rekorde gebrochen, sie hat zugleich klare Zeichen für eine wirtschaftliche Erholung gesetzt. Auf allen Ebenen wurden die Erwartungen übertroffen, hieß es auf der Abschlußpressekonferenz. Das erfreulichste Ergebnis: Das im Vorfeld der Messe erkennbar gewordene verbesserte Investitionsklima ist Realität geworden.

Der Innovationsschub, den die Rekordzahl von über 6400 Ausstellern aus nahezu 50 Nationen verdeutlichte, bescherte ein weiteres Spitzenergebnis: Mit rund 750 000 Besuchern aus über 120 Ländern wurden alle bisherigen Daten in den Schatten gestellt. Der Vorstand der Messe AG räumte allerdings ein, daß damit die Grenzen der Belastbarkeit erreicht sind. Vor allem in den Cebit-Hallen habe der Publikumsandrang das eigentliche Messegeschäft zum Teil in erheblichem Umfang beeinträchtigt.

Positiv bewerteten die Sprecher die in Hannover erkennbar gewordene Tendenz, daß die neuen Technologien offensiv angegangen werden. Das Pendel bei der Kalkulation von Chancen und Risiken neige sich eindeutig mehr zu den Chancen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der noch laufenden Tarifrunden und einer stärkeren Stabilität „an der außenwirtschaftlichen Flanke" könne mit einer weiteren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gerechnet werden.

Dies schlägt sich bei den Ausstellern nieder. Die Abschlußbefragung zeigt ein gegenüber dem Vorjahr deutlich günstigeres Bild bei den Erwartungen für das Nachmessegeschäft. Die jeweilige Branchensituation wird von 35 Prozent der befragten Unternehmen positiv beurteilt gegenüber 20 Prozent im vorigen Jahr. Ähnlich ist die Tendenz bei der Einschätzung der Absatzaussichten des eigenen Unternehmens.

Verbessert hat sich die Erwartungshaltung auch bei den Absatzchancen im Export – eine Folge der internationalen Besucher-Komponente. Auf der auf 63 (60) Prozent erhöhten Fachbesucherbasis kam wieder gut jeder fünfte Interessent aus dem Ausland. Insgesamt wurden rund 137 000 Ausländer gezählt, 26 000 mehr als 1983.

Anhaltende Aufhellungstendenzen am Wirtschaftshorizont erkennen nahezu alle in Hannover vertretenen Branchen und Ausstellergruppen. Die Elektroindustrie zum Beispiel geht von einer weiteren Steigerung der ohnehin aufgestockten Investitionen aus und sieht Chancen, noch in diesem Jahr rund 16 000 Arbeitsplätze neu zu besetzen. Klare Zeichen für einen dauerhaften konjunkturellen Aufschwung sieht die Büro- und Informationstechnik einschließlich der Nachrichtentechnik. Der Verlauf der Messe habe die für 1984 erwartete Zunahme des Auftragseingangs von rund 20 Prozent voll bestätigt.

Auch der Maschinenbau zeigt sich zuversichtlicher. Die vorhandene Innovationswelle begünstige das Investitionsklima. Die technischen Fortschritte auf nahezu allen Ausstellungsgebieten des Maschinenbaus hätten das Interesse im In- und Ausland kräftig angeregt. Von „zufriedenstellend" bis „erfolgreich" spannt sich der Bogen der Beurteilung anderer Branchen, etwa des Handwerks, der Zulieferindustrie und der Werkzeughersteller.

Zufrieden äußerten sich die Vertreter Indiens, dem diesjährigen Partnerland. Alles weise darauf hin, daß die „Investition von Zeit, Mühe und Geld" sich gelohnt habe. Das Partnerland der Hannover-Messe 1985 wird durch die Türkei repräsentiert.

Bereits jetzt, so der Messe-Vorstand, wirft die nächstjährige Hannover-Messe ihre Schatten voraus. Mit einem 60-Millionen-Mark Investitionsprogramm soll die Infrastruktur verbessert werden. Erneut sind zehn Fachmessen vorgesehen, die sich technologisch und branchenübergreifend ergänzen. Im Rahmen der alternierenden Beteiligung tritt die Fachmesse ASB Antreiben, Steuern, Bewegen an die Stelle der Fachmesse „Energie". Ein weiterer Schwerpunkt wird 1985 die alle drei Jahre stattfindende Fachmesse Cemat (Centrum für Materialflußtechnik) sein.

STEUERTARIFE

Lambsdorff: Reform soll schon 1986 in Kraft treten

HEINZ HECK, **Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sieht in einer baldigen und umfassenden Steuertarifreform ein zentrales Element der Bonner Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Der Minister plädiert daher für ein Inkrafttreten der Gesamtreform bereits 1986 und führt hierfür eine Reihe volkswirtschaftlicher Argumente ins Feld.

Die Steuerbelastung vor allem mittlerer Einkommen habe aufgrund des übermäßigen Progressionszugriffs stark zugenommen. Dadurch würden Leistungswille sowie Privatinitiative und Risikobereitschaft immer mehr gelähmt und die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche und technologische Entwicklungen eingeschränkt. Die Leistungsträger der Gesellschaft, die Fortschritt, technologische Entwicklung und Wirtschaftswachstum voranbringen, würden durch die steigenden Steuer- und Abgabenbelastung demotiviert.

Die stimulierenden Effekte der Steuerentlastung sieht Lambsdorff vor allem darin, daß

- Leistung wieder lohnender gemacht wird,
- Investitionen und Innovationen gefördert und den Unternehmen die strukturelle Anpassung an veränderte Märkte erleichtert werden,
- Eigeninitiative und Engagement von Arbeitnehmern und Unternehmern gestärkt werden und
- der Anteil des Staates am gesamtwirtschaftlichen Ergebnis zurückgedrängt wird.

Eine Steuerentlastung wirke auch der „Schattenwirtschaft" entgegen. Angesichts der hohen Steuerlast gingen viele Erwerbstätige immer stärker zur Schwarzarbeit über und produzierten damit - zumindest statistisch - an der Volkswirtschaft vorbei. Eine Milderung der Abgabenlast könnte diese Entwicklung zurückdrängen und damit auch zu einem besseren Steuerergebnis beitragen.

Lambsdorff sieht in einer Tarifreform auch einen Beitrag zur Entspannung des Klimas bei den Tarifverhandlungen. Ohne Tarifreform würde die Steuerlastquote bis 1988 um einen weiteren Prozentpunkt ansteigen (nach der Jahresprojektion der Bundesregierung liegt diese für 1984 bei 25,0 Prozent und damit auf der gleichen Höhe wie 1981). Daher sei die Durchführung der Tarifreform gesamtwirtschaftlich geboten, sobald dies ohne Gefährdung der Konsolidierungsziele möglich sei. Allerdings erinnert der Minister an den Beitrag zur Konsolidierung, der in der Sicherstellung des Wachstums liege.

Der zur Zeit zu beobachtende deutliche Konjunkturaufschwung könnte in den nächsten Jahren wieder abflachen. In der Vergangenheit dauerte die Aufschwungphase in der Regel nicht länger als drei Jahre. Schließlich sei nicht abzusehen, ob sich Welthandel und Exporte weiterhin so günstig entwickeln wie bisher.

Antiquiertes Handelsrecht

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Neulinge im Spaniengeschäft zeigen sich oft irritiert, wenn sie die Diskrepanz zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und der Gesetzeswirklichkeit in Spanien erfahren. Der unerfahrene oder bedrängte Geschäftsmann nimmt zum Beispiel einen Wechsel entgegen, erkundigt sich nach der Solvenz dessen, der quergeschrieben hat, erhält eine gute Auskunft und stellt eines Tages fest, daß er jahrelang prozessieren muß, um zu seinem Geld zu kommen.

Allein im vergangenen Jahr platzten 1 230 000 Bankwechsel im Werte von umgerechnet 21 Milliarden Mark. Insgesamt wurden fünf Millionen Schecks, Zahlungsanweisungen und Wechsel von den Geldinstituten zurückgegeben. Entweder weil sie nicht gedeckt waren oder weil sie nicht in allen Punkten den formellen Vorschriften entsprachen. Formfehler, die die Bank zu bemerken nicht verpflichtet ist, können einen Akzept und damit den Protest in Frage stellen.

Ein geplatzter Wechsel bedeutet in Spanien keineswegs, daß der Akzeptant seine Reputation verliert. Der Protest bedeutet auch nicht das Ende seiner Zahlungsfähigkeit. Selbst die Regierung schuldet ihren Angestellten, Diplomaten und Offizieren in vielen Fällen Geld. In Spanien gilt vielmehr das ganz persönliche Verhältnis zwischen dem, der Scheck oder Wechsel annimmt und dem, der unterzeichnet oder querschreibt. Das Handelsrecht, seit fünfzig Jahren nicht mehr novelliert, ist so kompliziert, daß es dem, der an die Regeln des übrigen Europa gewöhnt ist, keinen ausreichenden Schutz bietet.

Vor einem Jahr versprach die sozialistische Regierung die Modernisierung des Handelsrechts und setzte als Frist den Februar dieses Jahres. Aber erst heute, im April 1984, weiß man, wieviel intensive Arbeit dem gewiß reformfreudigen Sozialisten noch bevorsteht, wenn sie die von den verschiedenen Gruppen ausgearbeiteten Vorschläge auf den Nenner einer Gesetzesvorlage bringen wollen.

Wenn die Regierung jetzt eine größere Transparenz ihres Handelsrechtes anstrebt, dann vor allem im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beitritt zur EG, von dem sich das moderne Spanien so viele Impulse verspricht. So wird auch in der Notwendigkeit einer Reform des Handelsrechtes – wie sie Justizministerium vorbereitet – der tiefere Grund erkennbar, warum Spanien die Integration vor allem als ein politisch-geistiges Ziel betreibt. Die Reform bedeutet ganz allgemein die Verpflichtung zur Selbstüberwindung. Die notwendige Anpassung an die Gesetzgebung Europas liefert gewissermaßen das Schwert, mit dem die spanische Justiz die zum gordischen Knoten verfilzten Zöpfe einer unübersehbaren Rechtsvielfalt durchschlagen kann, die einer Modernisierung der Wirtschaft – aber nicht nur der Wirtschaft – im Wege steht.

In der Praxis bedeutet die neue Gesetzgebung unter anderem mehr Schutz für den Empfänger eines Schecks oder Wechsels und weniger Möglichkeiten für den Aussteller und Akzeptanten, die Gültigkeit dieses Papieres und seiner Unterschrift anzuzweifeln. Wenn das neue Gesetz zur Abstimmung vor de Cortes kommt, dann wird sich aber ein ganzer Berufsstand zur Wehr setzen. Das Gesetz sieht nämlich unter anderem vor, daß sich der Gläubiger in Zukunft direkt an das Handelsgericht wenden kann, wenn er einen Wechsel zum Protest vorlegt: Zwischen dem Rechtsuchenden und dem Gericht steht nämlich ein Notar. Seine Ausschaltung bei der Vorlage eines Wechselprotestes bedeutet für ihn zunächst einmal einen Einkommensverlust. Rund eine Milliarde Mark umgerechnet kosteten allein die Wechselproteste des vergangenen Jahres an Notar- und Gerichtskosten.

Bei aller Reformnotwendigkeit sei jedoch darauf hingewiesen, daß ein brüsker Wechsel der Usancen und Rechtsprechung gewiß nicht der richtige Weg sein kann, wenn man die Wirtschaft, die nun einmal an gewisse Rechtsnormen gewöhnt ist, vor überflüssigen Schäden bewahren will. Auch hier scheinen Anpassungszeiten und Übergangsfristen angezeigt. Wieviel mehr Aktiengesellschaften würden von einem Tag auf den anderen jede Überlebenschance verlieren, wenn man sie modernen Gesetzen unterwerfen würde. Die mediterrane Nichttransparenz hat in Krisenzeiten, in denen man sich irgendwie durchwursteln muß, eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

AUF EIN WORT

» Die europäische Stahlpolitik hat noch immer einen entscheidenden Konzeptionsfehler: Sie toleriert das öffentliche Geld in der Stahlwirtschaft und sucht den verheerenden Folgen der Subventionen durch ständig erhöhten Verwaltungsaufwand zu begegnen. «

Dr. Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie FOTO: DIE WELT

Hohe Verluste durch Streiks

fu, **London**

Die staatliche britische Kohlegesellschaft National Coal Board rutscht wegen ihrer vielen unrentablen Zechen und wegen der gegen Zechenschließungen gerichteten Arbeitskampf-Maßnahmen immer tiefer in die roten Zahlen. Im jetzt abgeschlossenen Finanzjahr erreichte das Defizit immerhin 800 Mill. Pfund oder drei Mrd. Mark, nachdem es im Jahr zuvor bei 1,7 Mrd. Mark gelegen hatte. Allein 200 Mill. Pfund davon gehen direkt auf die Streiks in gegenwärtig 122 der insgesamt 178 Gruben des Landes sowie auf den fast schon sechs Monate dauernden Überstunden-Boykott zurück. Dadurch fiel die Produktion von 6,1 Mill. Tonnen Kohle aus.

BAUGEWERBE

Der Optimismus in der Branche hat nachgelassen

hg. **Bonn**

„Der Frühling am Bau läßt auf sich warten." Das ist das Fazit einer Erhebung, die der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn, jetzt unter seinen Mitgliedern vorgenommen hat. Entsprechend habe auch der noch zum Jahresbeginn spürbare Optimismus in der Branche nachgelassen, teilt der Verband mit: „Viele Betriebe befürchten, daß die Bautätigkeit schon in der zweiten Hälfte dieses Jahres spürbar abnimmt."

Als „insgesamt unbefriedigend" bezeichnet der Zentralverband der Geschäftslage der Bauunternehmen. Ausgenommen sei lediglich der Wohnungsbau. Zwar habe es bei der Nachfrage „erste Hoffnungsschimmer" gegeben, doch die Zahl der Beschäftigten sei bisher nicht, wie in dieser Jahreszeit sonst üblich, angestiegen. Im Hochbau ergab sich im März eine leichte Verbesserung bei der Reichweite der Aufträge von 2,3 (Februar) auf 2,4 Monate, teilt der Verband weiter mit. Zugenommen habe die Auftragsreichweite der ZDB-Erhebung zufolge auch im Tiefbau, und zwar von 1,6 auf 1,9 Monate, „und beim Straßenbau kletterte sie mühsam von 1,2 auf immer noch kärgliche 1,5 Prozent".

Auch der Auslastungsgrad der Kapazitäten lasse lediglich „Vorboten" eines Bau-Frühlings erkennen: Im Hochbau sprang die Zahl von 45 Prozent im Februar auf 49 Prozent, im Tiefbau stieg sie von 31 auf 38 Prozent. Der Verband fürchtet, daß diese Daten die Bauunternehmer eher zur weiteren Rationalisierung des Bauablaufs und zur Anschaffung entsprechender Geräte veranlassen als zur Einstellung neuer Arbeitskräfte.

EG-ERWEITERUNG

Die Verhandlungen geraten zunehmend unter Zeitdruck

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien geraten zunehmend unter Zeitdruck. Zwar hat die jüngste Gesprächsrunde in Luxemburg – die 20. auf Ministerebene – wieder einige Fortschritte gebracht, doch stecken die Verhandlungen in den entscheidenden Bereichen noch immer in den ersten Anfängen oder haben noch nicht einmal begonnen.

Der spanische Außenminister Fernando Moran meinte nach der Sitzung, wenn die Gemeinschaft ihre internen Probleme gelöst habe, könnten die Verhandlungen in den nächsten Monaten schnell vorankommen. Trotzdem wird mehr und mehr zweifelhaft, ob der von den Regierungschefs anvisierte Schlußtermin von Ende September eingehalten werden kann.

Geklärt werden konnten in dieser Woche die komplizierten Probleme der Angleichung des spanischen Patentrechts an das der Gemeinschaft. Der Kompromiß sieht vor, daß Madrid seine nationalen Vorschriften für bestehende Patente bis 1992 beibehalten darf, den Erfinderschutz für neue Produkte jedoch schon zum Zeitpunkt des Beitritts angleichen muß.

Anhaltspunkte für die Schwierigkeiten, die die bevorstehenden Verhandlungen über die Aufteilung der Fischereirechte bieten werden, gab eine Aussprache des Ministerrates über ein entsprechendes Angebot an Portugal. Obwohl Lissabon keine bedeutende Flotte besitzt, gelang es, weder eine Einigung über die „sensiblen Zonen" mit ausschließlich nationalen Fangrechten, noch über den Zugang portugiesischer Fischer zu den Gemeinschaftsgewässern zu erzielen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wohnungsneubau hat die Talsohle durchschritten

Düsseldorf (AP) – Der Wohnungsneubau hat im vergangenen Jahr den niedrigsten Stand seit Kriegsende erreicht. Wie der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Düsseldorf mitteilte, wurden 1983 insgesamt 340 594 Wohneinheiten fertiggestellt. Dies waren 6408 Wohnungen oder 1,8 Prozent weniger als 1982. Einen besonders deutlichen Rückgang mit 13,3 Prozent verzeichnete der Eigenheimbereich. Demgegenüber verzeichneten die Mehrfamilienhäuser einen Zuwachs von rund zehn Prozent. Für 1984 rechnet der Verband jedoch mit einer deutlich ansteigenden Tendenz auf dem Wohnungsbaumarkt. Dies ergebe sich nicht zuletzt daraus, daß die Zahl der Baugenehmigungen um 25 Prozent gestiegen sei.

Exportlizenz entzogen

Washington (VWD) – Das US-Handelsministerium hat verfügt, daß die Carl Baasel Lasertechnik KG und ihr Inhaber für die Dauer von zehn Jahren vom Export US-amerikanischer Erzeugnisse in Länder des Warschauer Pakts, einschließlich Libyen, Kuba, Kampuchea, Nordkorea und Nordvietnam ausgeschlossen werden. Firmeneigner Baasel hat eingestanden, US-Computerausrüstung in die Bundesrepublik ohne ordnungsgemäße Importlizenz eingebracht zu haben und sich mit einer Geldstrafe von 40 000 Dollar einverstanden erklärt, die jedoch nicht eingefordert wird, wenn Baasel sich an die Verfügung des Ministeriums hält und künftig bestimmten US-Benachrichtigungsverpflichtungen gerecht wird.

Interesse an VW-Motoren

Wolfsburg (VWD) – Die Volkswagenwerk AG hat auf Anfrage bestätigt, daß die UdSSR Interesse an der Motorentechnologie des Automobilkonzerns bekundet hat. Vorausgegangen war ein Pressebericht, in dem auf voneinander unabhängige Verhandlungen zwischen VW, deren Tochtergesellschaft Audi und sowjetischen Außenhandelsgesellschaften über eine Kooperation in der Automobilproduktion hingewiesen wurde. Von Verhandlungen im eigentlichen Sinne könne jedoch keine Rede sein, war hierzu der Kommentar aus Wolfsburg.

„Grenzstreit" entschieden

Hannover (dos) – Der langanhaltende Streit zwischen den Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg um eine Neuordnung der Grenzen ist zugunsten Braunschweigs entschieden worden. Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt beschlossen, die Stadt Wolfsburg und den Landkreis Gifhorn ab Anfang 1985 der Kammer in Braunschweig zuzuordnen. Die Region Wolfsburg/Gifhorn, so die Landesregierung, sei wirtschaftlich auf den Braunschweiger Raum ausgerichtet.

Drei Prozent erwartet

Bonn (VWD) – Optimistisch hinsichtlich der Preisentwicklung ist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband. In seinem jüngsten Konjunkturbericht weist er darauf hin, daß sich die monatliche Zunahme des Preisanstiegs seit Jahresbeginn ständig verringert hat und inzwischen nur noch bei 0,1 Prozent liegt. Da sich auch die Einfuhr- und Erzeugerpreise günstig entwickelten, könne im Jahresdurchschnitt 1984 mit einer Preissteigerungsrate von etwa drei Prozent gerechnet werden.

Berlin-Flüge im Aufwind

Berlin (AP) – Der Flugverkehr von und nach Berlin befindet sich nach einer Statistik der Flughafengesellschaft in Tegel weiter im Aufwärtstrend. So wurden im ersten Vierteljahr 1984 mit 942 050 Fluggästen 3,5 Prozent mehr Passagiere befördert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Während im Linienverkehr ein Zuwachs von 3,7 Prozent erzielt worden sei, legte der Pauschalflugverkehr um ein Prozent zu.

Rekord-Handelsüberschuß

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im Fiskaljahr 1983/84, das im März zu Ende ging, einen Rekord-Handelsüberschuß von insgesamt 23,3 Mrd. Dollar erzielt. Die Exporte stiegen 1983/84 gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Prozent auf 152,67 Mrd. Dollar, während die Importe um 1,6 Prozent auf 129,33 Mrd. Dollar heraufgingen.

Kapitalexport durch Fonds

Frankfurt (cd.) – Fast jede dritte Mark privater deutscher Investitionen in ausländischen Aktien und Rentenwerten stammt von Wertpapier-Publikumsfonds. Das waren 1983 netto, also nach Abzug der Verkäufe, mehr als 1,4 Mrd. DM, die in Aktien angelegt wurden und 1,7 Mrd. DM in Renten. Diese Zahlen dokumentierten, meint Ernst Bracker, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen, die Bedeutung der deutschen Investmentfonds für das internationale Wertpapiergeschäft.

Bierpreis steigt

Essen (Bm.) – In Nordrhein-Westfalen dreht sich zum erstenmal seit 1982 wieder das Bierpreis-Karussel. Nach Veltins und Warsteiner wollen nun auch die anderen Brauereien die Preise für Flaschenbier um zwei Pfennig je Halbliterflasche erhöhen.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

IWF: US-Budgetdefizit ist Hauptquelle der Besorgnis

dpa/VWD, **Washington**

Vom Abbau der Haushaltsdefizite „insbesondere in den USA" wird es nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) entscheidend abhängen, ob die Konjunkturerholung in den Industriestaaten, ein stabiles Zinsniveau und die Lösung der Schuldenkrise der Dritten Welt gesichert werden können. Der IWF hat gestern, einen Tag vor den heute in Washington beginnenden Beratungen des Interimsausschusses und des gemeinsamen Entwicklungsausschusses mit der Weltbank, eine neue Einschätzung der weltwirtschaftlichen Lage vorgelegt.

Der IWF bezeichnet die US-Budgetdefizite von rund 200 Mrd. Dollar als „Hauptquelle der Besorgnis". Auch in Großbritannien, der Bundesrepublik und Japan sind beim Abbau der Haushaltsdefizite nach seiner Auffassung noch nicht die erwünschten Fortschritte gemacht worden. Der IWF weist auf die Gefahren hin, die bestehen, wenn bei weiterer Konjunkturerholung der Kapitalbedarf des Staates und der privaten Wirtschaft gleichzeitig steigen.

Als unbefriedigend hebt der IWF starke Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften, die teilweise hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, das noch zu hohe Zinsniveau, Verzerrungen bei den Wechselkursen und die Schuldenverpflichtungen vieler Entwicklungsländer hervor, deren wirtschaftliche Erholung vielfach noch stark hinterherhinke. Vor diesem Hintergrund wird die Dritte Welt versuchen, den Industriestaaten – über das Hilfsprogramm der Weltbank-Entwicklungstochter IDA von neun Mrd. Dollar hinaus – zusätzliche drei Mrd. Dollar abzuringen.

WERBUNG / Spitzenverband fordert freien Zugang zu allen Medien

Gefahr rechtlicher Kleinstaaterei

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Ein unglaubliches Durcheinander" fürchtet der Präsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft, Helmut Sihler, bei der Nutzung der neuen Kommunikationstechniken in der Bundesrepublik Deutschland. Eine jetzt vom ZAW vorgelegte Studie, in der die gesetzlichen Regelungen über Werbung in den einzelnen Bundesländern verglichen werden, mache so starke Unterschiede in den einzelnen Vorschriften sichtbar, „daß uns die Gefahr politischer und rechtlicher Kleinstaaterei droht".

Sihler erinnert daran, daß der ZAW in den letzten Jahren immer wieder vor regionaler Eigenbrötelei gewarnt habe, „doch jetzt sehen wir unsere Befürchtungen sogar noch übertroffen". Einerseits solle die Wirtschaft durch Werbeeinschaltungen die finanzielle Grundlage der neuen Medien gewährleisten, und andererseits werde ihr durch unterschiedliche gesetzliche Regelungen die Werbeplanung erschwert.

Mit Ausnahme des nordrhein-westfälischen Kabelversuchsgesetzes ist, wie aus der Studie hervorgeht, Werbung zwar überall zugelassen oder soll zugelassen werden. Zum Teil erhebliche Abweichungen gibt es aber beispielsweise bei den Bestimmungen über die Zulassung regionaler und lokaler Werbung – dies ist insbesondere für den Einzelhandel von großer Bedeutung – oder bei der Festlegung des Anteils der Werbung an der gesamten Sendezeit. Gleichermaßen unterschiedlich sind die Möglichkeiten für Werbung an Sonn- und Feiertagen: In Rheinland-Pfalz darf an solchen Tagen nicht über die Mattscheibe geworben werden, wohl aber im Hörfunk. Andere Bundesländer haben auf eine Regelung verzichtet, so daß beides zulässig ist.

Ein ziemliches Durcheinander herrscht auch in der Frage, ob Werbezeiten angekündigt werden müssen. Eine Anzeigepflicht in der Programmvorschau besteht in Baden-Württemberg und Hessen, in den anderen Bundesländern ist sie hingegen nicht vorgesehen. Ähnlich uneinheitlich ist das Problem „Blockwerbung" gelöst: Außer in Bayern und Rheinland-Pfalz ist Werbung nur innerhalb bestimmter Zeitzonen möglich.

Die Unterschiede in den einzelnen Vorschriften erschweren nach Ansichten des ZAW-Präsidenten den freien Fluß von Hörfunk- und Fernsehprogrammen innerhalb der Bundesrepublik, mache ihn teilweise sogar unmöglich; mithin „wird der Einsatz von Werbung für die Wirtschaft erheblich verteuert". Sihler reklamiert für die werbungstreibende Wirtschaft „grundsätzlich einen freien Zugang zu den vorhandenen Medien". Er verweist auf die Freiheit der Meinungsäußerung, „die auch die Werbung einschließt".

DRITTE WELT

Schuldendienst zurückgegangen

AFP, Paris

Erstmals seit Begin der Krise nahmen 1983 die von den Entwicklungsländern geleisteten Zins- und Rückzahlungen für die Außenschulden ab. Der Schuldendienst für die mittel- und langfristigen Verbindlic hkeiten, die nach den Schätzungen der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) Ende vergangenen Jahres bei 606 Mrd. Dollar lagen, betrug im vergangenen Jahr 96 Mrd. Dollar gegenüber 108 Mrd. Dollar 1982. Für die Entwicklung seien der Rückgang der Zinssätze auf dem internationalen Markt und die „massiven" Umschuldungsoperationen maßgebend. Für 48 Mrd. Dollar wurden Zinsen und Kapitalrückzahlungen beglichen. Die Schuldenverhandlungen würden ein wichtigerer und permanenterer Aspekt der internationalen Finanzkooperation bleiben.

ITALIEN / Großunternehmen haben Cash-flow durch Personalabbau, Innovationen und Marketing verbessert

Besondere Fortschritte bei Fiat und Olivetti

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die in den siebziger Jahren fast schon totgesagten italienischen Großunternehmen machen Fortschritte bei der Rationalisierung und der Umstrukturierung. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich zwischen 1980–1983 jährlich um drei Prozent (vier Prozent in der Bundesrepublik und neun Prozent in den USA). Über diesem Durchschnitt lagen der Fahrzeugbau (8,9 Prozent), die Stahl- und NE-Metallindustrie (6,2 Prozent) und die Chemie (3,5 Prozent); der Maschinenbau kam nur auf eine jährliche Steigerung von 1,6 Prozent.

Die Großunternehmen haben durch starken Personalabbau, Innovation der Produktionsverfahren und Produkte, aggressives Marketing und verbesserte Finanzierungsmethoden ihren Cash-flow durchweg erheblich verbessert und damit auch an der Börse wieder Boden gewonnen. Am weitesten mit dieser Sanierung fortgeschritten sind der überwiegend im Automobilbau engagierte Fiat-Konzern und der Informatik-Konzern Olivetti. Wendepunkte in der Entwicklung waren in beiden Fällen neben dem Abbau des Personalbestandes die technologische Innovation und der Vorstoß in neue Produktbereiche: Bei Fiat mit einem beschleunigten Modellwechsel und bei Olivetti durch das Eindringen in die Elektronik. Auf Konzentrationsbewegungen, die in diesen Produktionszweigen in den nächsten Jahren noch stattfinden dürften, werden beide nach Expertenansicht verzichten.

Noch in der Gefahrenzone, aber das Ziel der Umstrukturierung zum Greifen nahe, befinden sich Italiens größte Elektrokonzerne: Der private Hersteller von Haushaltsgeräten und Hifi-Geräten, Industrie Zanussi, und die Firma Italtel (IRI), der Branchengrößte in der Nachrichtentechnik. Zanussi gab vor wenigen Tagen bekannt, die von den Sanierungsbanken vor neun Monaten geforderte Entflechtung bis auf eine einzige Konzerntochter, den Hersteller elektronischer Bauelemente Ducati Electronica, mit dem Verkauf der Fotomec-Mehrheit an die schweizerische Ciba Geigy abgeschlossen zu haben. Während der größte Teil der bisher verlustbringenden Konzerngesellschaften an Dritte inzwischen verkauft und die größte Verlustquelle, der Fernsehgeräte- und Hifi-Bereich, einer zusammen mit der staatlichen Sanierungsgesellschaft REL ins Leben gerufenen Firma überlassen wurde, wird sich Zanussi künftig in erster Linie mit der Produktion weißer Elektrogeräte befassen. Ähnlich radikale Veränderungen sind bei Italtel eingetreten. In diesem Fall führten vor allem drastische Personalreduzierungen zwischen 1979 und 1983 zu einer Zunahme des Pro-Kopf-Umsatzes um 177 Prozent und nach zehnjähriger Verlustphase 1983 erstmals wieder zum Gewinnausweis.

Fortschritte macht ebenfalls die Chemie: Italiens größter Chemiekonzern, das Privatunternehmen Montedison, verminderte den Verlust von 800 auf knapp 400 Mrd. Lire (248 Mill. DM) – in einer Phase schwacher Konjunktur. Das läßt Experten hoffen. Mit neuem Gesicht präsentiert sich auch der zweitgrößte private Chemiekonzern, Snia BPD. Nach der Übernahme der Kapitalmehrheit durch Fiat, der Ausgliederung des passiven Faserbereichs und der Fusion mit der Tochter BPD, die im lukrativen Waffen- und Satellitengeschäft tätig ist, hat auch dieser Konzern wieder festen Boden unter sich.

PIEROTH / Export gleicht Inlandsverlust aus

Kalter Wind am Weinmarkt

INGE ADHAM, Frankfurt

Auch der deutsche Branchenerste, die Pieroth-Gruppe, Burg Layen, spürt den kalten Wind am Weinmarkt: Jahrelang von üppigen Zuwachsraten im Direktvertrieb verwöhnt, mußte das Unternehmen 1983 zum zweitenmal hintereinander einen leichten Rückgang im Inlandsabsatz und -umsatz hinnehmen. Geschäftsführender Gesellschafter Kuno Pieroth macht dafür vor allem den „ruinösen Preiswettbwerb" verantwortich, auf den man sich nicht einlassen wolle. „Auch wenn dies zu Lasten der Marktanteile im Inland gehen sollte."

Das gewünschte weitere Wachstum, das auch in diesem Jahr im Direktvertrieb in der Bundesrepublik nicht zu erreichen sein wird, will sich die Gruppe im Ausland und in Diversifikationen holen. Bereits 1983 hat der um 12 Prozent gesteigerte Export die Verluste im Inland mehr als ausgeglichen: Beim Gruppenumsatz legte Pieroth 3,6 Prozent auf 610 (588,6) Mill. DM zu, der Auslandsanteil stieg auf gut 42 (39) Prozent.

Besonders erfolgreich war dabei das USA-Geschäft (über Franchise-Nehmer) mit einer Steigerung auf 65 (53) Mill. DM, in Landeswährung bleibt eine Steigerung von 18 Prozent. Damit hat der US-Markt Großbritannien (64 Mill. DM, plus 3 Prozent) überrundet. Das Frankreich-Geschäft legte 23 Prozent auf 28 Mill. DM zu. Es soll in diesem Jahr mit der Einführung eines Weinversandes in Kooperation mit einem französischen Partner weiter forciert werden. Im wachstumsträchtigen japanischen Markt erzielte Pieroth 23 Mill. DM Umsatz (plus 18 Prozent). Rund 88 Prozent der im Ausland verkauften Weine sind deutscher Provenienz.

Gut entwickelt haben sich auch die Diversifikationsbereiche, die 55 (44) Mill. DM Umsatz beisteuerten. Nach der Übernahme von 50 Prozent der Wein-Krüger-Kette zu Beginn dieses Jahres – 18 Restaurants mit rund 20 Mill. DM Umsatz – soll der Umsatz in diesem Bereich um „wenigstens 25 Prozent" steigen.

„Im Inland wie im Ausland werden wir konsequent neue Aktivitäten beginnen und sinnvolle Beteiligungen anstreben", umreißt geschäftsführender Gesellschafter Adolf Huber die Zielrichtung angesichts stagnierender Inlandsumsätze. Die veränderte Marktsituation erzwingt freilich auch ein straffes Kostenmanagement. So hat die Gruppe die Zahl ihrer Mitarbeiter leicht auf 3525 Beschäftigte (davon 2325 im Inland und insgesamt 500 im Außendienst) reduziert.

Aber auch bei den Investitionen, die überwiegend in Auslands-Märkte flossen, wurde mit einer Reduzierung auf 6,5 (11) Mill. DM kürzergetreten. Immerhin konnte dieser Betrag fast ganz aus eigener Tasche gezahlt werden. Bei nach wie vor hervorragender Liquidität gilt die weitere Expansionsfinanzierung und die „völlige Unabhängigkeit des Familienunternehmens" trotz der leichten Ergebnisverschlechterung als gesichert.

DWS / Klage über Gewinnmitnahmen bei Aktienfonds

Chancen für deutsche Börse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach der augenblicklichen Konsolidierungsphase mit eher schwächeren Kursen müßte sich an der deutschen Aktienbörse wegen der günstigen gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen und einer Steigerung der Unternehmensgewinne um 20 bis 25 Prozent wieder eine freundliche Tendenz durchsetzen, glaubt die Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS).

Bei der Vorlage des Halbjahresberichts der größten Publikums-Investmentgesellschaft gab sich DWS-Geschäftsführer Bracker zuversichtlich für die Kurssteigerungschancen des DWS-Rohstoffonds. Auch die Aussichten für den Energiefonds seien für Geduldige günstig. Bei Technologiefonds sei nach einjähriger Hausse Vorsicht geboten.

Der Geschäftsverlauf der DWS, die 9,3 Mrd. DM Anlagemittel managt, war von Oktober '83 bis März '84 durch Gewinnrealisationen bei den Aktienfonds gekennzeichnet, die mit Ausnahme des erst im Oktober aufgelegten Technologiefonds per Saldo Spargelder zurückzahlen mußten. Praktisch sorgte nur die Plazierung von Anteilen des Technologiefonds und des international anlegenden Rentenfonds Interrenta für den Nettomittelzufluß von 645 Mill. DM. Das raschere Ein- und Aussteigen bei den Spezialitätenfonds entspräche zwar der Konzeption dieser Fonds; doch bedauert die DWS, daß sich Sparer auch von den Basisfonds trennen und damit 1983 Gewinne „verschenkten". Als neues Produkt möchte die DWS einen Rentenfonds mit fester Endlaufzeit offerieren.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wella: Wieder 8 Mark

Darmstadt (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 8 DM je 50 DM-Aktie wird der Hauptversammlung der Wella AG, Darmstadt, am 12. Juli vorgeschlagen. Auf die Stammaktien – mit knapp 85 Mill. DM drei Viertel des Grundkapitls – sollen 7 DM je 50 DM-Aktie gezahlt werden. Der Ausschüttungsbetrag steigt wegen derjüngsten Kapitalerhöhung auf 112 Mill. DM auf 14,6 (10,4) Mill. DM. Der Jahresüberschuß der AG stieg im Berichtsjahr auf 16,2 (14,4) Mill. DM. Davon sollen 1,6 Mill. DM in die freien Rücklagen eingestellt werden. Der Gruppenumsatz konnte weltweit um 7 Prozent auf 1,4 Mrd. DM ausgeweitet werden.

Breitere Basis

Frankfurt (adh) – Die Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, hat eine Beteiigung an der amerikanischen OMI International Corp. erworben. Die OMI-Gruppe befaßt sich weltweit mit Herstellung und Vertrieb von Produkten zur galvanischen Oberflächenbehandlung. Beide Seiten versprechen sich von der Kooperation Zugang zu neuen Technologien und eine Verbreiterung der Marktbasis.

Contigas: sechs Mark

Düsseldorf (VWD) – Die Contigas Deutsche Energie-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, schlägt der Hauptversammlung am 17. Mai für das drei Monate kürzere Rumpfgeschäftsjahr 1983 (30. 9.) eine Dividende von 6 DM je Aktie auf das Grundkapital von 140 Mill. DM vor. Aufs Jahr gerechnet entspricht das 16 Prozent, während im Vorjahr 15 Prozent ausgeschüttet worden waren. Mehrheitsaktionär bei der Contigas ist die Bayernwerk AG.

Unveränderte Dividende

Hamburg (VWD) – Eine *unveränderte Dividende von 3 DM je* 50 DM-Aktie will die Bavaria-St. Pauli-Brauerei AG, Hamburg, für das Geschäftsjahr 1983 ausschütten. Dieser Vorschlag wird der Hauptversammlung am 15. Juni vorgelegt.

Großauftrag aus Malaysia

Düsseldorf (J. G.) – Den Auftrag zum schlüsselfertigen Bau einer Zellstoff- und Papieranlage mit einer Gesamtinvestition von reichlich 500 Mill. US-Dollar erhielten die Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, nebst ihrer (federführenden) kanadischen Tochter und der Vöest Alpine AG, Linz/Österreich. Das dem Klöckner-Konsortium zugeteilte Auftragsvolumen beträgt 335 Mill. Dollar.

NAMEN

Dr. Gisbert Steinhardt (51) übernimmt die Geschäftsführung der Baumeister-Haus-Gruppe, Frankfurt. Er wird Nachfolger von **Günther Fliegert**, der aus dem Unternehmen ausgeschieden ist.

Heinrich M. Gehrckens Gesellschafter der Reederei Gehrckens, Hamburg, wurde als Nachfolger von **Willi Hörkens**, zum neuen Vizepräsidenten der Deutsch-Finnischen Handelskammer gewählt.

Dieter Pekrun, Vorsitzender der Geschäftsführung der Lindt & Sprüngli, Aachen, hat sich aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst zurückgezogen. **Dr. Jürgen Haag** zu seinem Nachfolger gewählt.

SANOL SCHWARZ / „Alt-Mittelständler" gekauft

Mit stabilem Wachstum

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bescheidenheit wird zur Methode. Ihren (verschwiegenen) Ertrag nennt die Sanol Schwarz GmbH, Monheim, auch für 1983 „nur zufriedenstellend, doch eine solide Basis zur Weiterentwicklung". Bei dieser seit 1946 existierenden Familienfirma in der Pharmaproduktion riecht solches Urteil nach Untertreibung. Denn mit jahresdurchschnittlich 995 (792) Beschäftigten wurde trotz der heimischen Marktbremsen durch das Krankheitskosten-Dämpfungs-Gesetz der Umsatz nochmals kräftig um 12,1 (14,6) Prozent auf 237 Mill. DM mit 7,6 (7) Prozent Exportanteil gesteigert, wozu noch 44 (36,7) Mill. DM Umsatz mit Sanol-Präparaten ausländischen Lizenzpartnern kommen.

Vor allem aber: Mit einer wiederum kaum hinter dem Umsatzwachstum zurückstehenden Steigerungsrate leistete sich die Firma 33,7 (30,9) Mill. DM Forschungs- und Entwicklungsaufwand. Und mit Schwerpunkt bei der Forschung auch 20,5 (7,3) Mill. DM Sachinvestitionen. Expansionslust zeigt obendrein der im Dezember 1983 vollzogene Erwerb des „Alt-Mittelständlers" Instituto Chemiotherapico Italiano, Lodi bei Mailand (151 Beschäftigte mit 16,7 Mill. DM Umsatz), der Pharma-Spezialitäten produziert und die Zahl der Sanol-Auslandsmitarbeiter im Berichtsjahr auf 222 (72) steigerte.

Weiterer Erfolg im Auslandsgeschäft: In der Vermarktung seiner wichtigsten Präparate (Herz/Kreislauf-Indikationen) schloß Sanol Schwarz 1983 mehrere Lizenzverträge mit Partnern in den USA, dem „größten und wichtigsten Pharmamarkt der Welt". Auch aus heimischer Produktion will die Firma ihren bislang noch „unbefriedigenden" Exportanteil möglichst schnell auf etwa 20 Prozent bringen.

*Dominierender Sanol-Umsatz*bringer blieben auch 1983 mit 56,9 (55,4) Prozent des Gesamtgeschäfts die Präparate gegen Herzerkrankungen. „Besonders erfolgreich" nennt die Firma hier die Neueinführung „transdermaler" Pharma-„Systeme", die Mitte 1983 begann und Arzneimitteldepots durch Hautpflaster besser als jede andere Depot-Methode in den Körper bringen.

NORDHYPO / Mit der Oldenburgischen Landesbank das zweite Bein stärken

„Wir sind an einer Fusion interessiert"

JAN BRECH, Hamburg

Der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, würde eine Fusion mit der Oldenburgischen Landesbank (OLB), Oldenburg, gut ins Konzept passen. Wie der Vorstandssprecher der Nordhypo, Ludolf von Krosigk, in Hamburg erklärte, mache eine Zusammenlegung betriebswirtschaftlich Sinn. Aus beiden Instituten, an denen die Dresdner Bank jeweils mit Mehrheit beteiligt ist, könnte, so von Krosigk, im norddeutschen Raum eine gemischte Hypothekenbank mit starken Beinen sowohl im Realkredit- als auch im allgemeinen Bankgeschäft entstehen.

Nach Angaben von Krosigk hat das Berliner Aufsichtsamt ein Exposé über *die mögliche Zusammenlegung* angefordert. Aufnehmende Bank müßte die Nordhypo sein, um das nur einer Handvoll deutscher Banken gewährte Privileg einer „gemischten Bank" zu erhalten. Bei der Hordhypo, so betont von Krosigk, müsse dieses Privileg, das sowohl den Geschäftsbetrieb einer allgemeinen Bank als auch einer Hypothekenbank erlaubt, noch mit Leben angefüllt werden. Das vor 13 Jahren wieder aufgenommene allgemeine Geschäft der Nordhypo ist zur Zeit mit nur 8,3 Prozent an der Bilanzsumme beteiligt und die Vorgabe, daß das allgemeine Geschäft der Bank nichts kosten dürfe, noch immer nicht erreicht.

Dieser Nachteil, so von Krosigk, ließe sich durch eine Fusion unmittelbar beseitigen. Zudem brächte die Zusammenlegung eine Stabilisierung der Ertragslage in beide Richtungen. Überschneidungen beider Institute seien nicht gegeben, wohl aber sinnvolle Ergänzungen.

Zum Geschäftsverlauf der Nordhypo im Berichtsjahr 1983 erklärte der Sprecher, daß der Bank mit einer Verbesserung des Betriebsergebnisses *um 34 Prozent ein Durchbruch* nach vorn gelungen sei. Die „Sünden" der Vergangenheit aus nicht kongruent refinanzierten Festzinskrediten der Jahre 1977/78 seien nahezu ausgestanden. Nach reichlicher Risikovorsorge im allgemeinen Geschäft weist die Bank einen um 35 Prozent höheren Jahresüberschuß von 4,6 Mill. DM aus. Davon werden 2 Mill. DM der Rücklage zugeführt und unverändert 3 DM Dividende auf 45 Mill. DM Aktienkapital vorgeschlagen. HV am 21. Mai.

Das Wachstum der Bank blieb mit 3,5 Prozent auf 4,2 Mrd. DM Bilanzsumme mäßig. Im Realkredit erhöhten sich die Zusagen um 13 Prozent auf 502 Mill. DM., wobei die Hypothekendarlehen allein um 19 Prozent auf 368 Mill. DM stiegen. Zwangsmaßnahmen und Zinsrückstände sind bei der Nordhypo im Gegensatz zur Branche 1983 nicht gestiegen. Im allgemeinen Geschäft erhöhten sich die Debitoren um 19 Prozent auf 185 Mill. DM, das Kreditvolumen wuchs um 14 Prozent auf 227 Mill. DM. Die Kundeneinlagen gingen um 6 Prozent auf 223 Mill. DM zurück.

Die Aussichten für dieses Jahr beurteilt von Krosigk noch vorsichtig. Der Bauüberhang lasse zwar ein lebhaftes Baufinanzierungsgeschäft erwarten, doch sei offen, in welchem Umfang Hypotheken bei den Kreditbanken akquiriert werden können. Die Geschäftsbanken neigten verstärkt dazu, Baufinanzierung im eigenen Hause zu behalten.

HACKER-PSCHORR / Bisher bestes Jahr

Realteilung steht bevor

DANKWARD SEITZ, München

Eine Betriebsaufspaltung in Grundbesitz und Brauerei steht bei der zur Schörghuber-Gruppe gehörenden Münchner Hacker-Pschorr Bräu AG bevor. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung (18. Mai) hervorgeht, ist vorgesehen, die gesamten Brauereiaktivitäten auf die neu zu gründende Hacker-Pschorr Bräu GmbH zu übertragen, die mit einem Gesellschaftskapital von 5 Mill. DM und 10 Mill. DM freien Rücklagen ausgestattet werden soll. Der Grundbesitz sowie Teile der Beteiligungen verbleiben bei der AG, die in Hacker-Pschorr Brauerei- und Verwaltungs-AG umfirmiert wird.

Diese Aufteilung kommt insofern *etwas* überraschend, als *Josef* Schörghuber den Kleinaktionären, die noch etwa 3 Prozent des Grundkapitals von 13,5 Mill. DM halten, auf entsprechende Fragen bei der letzten Hauptversammlung mitgeteilt hatte, daß entsprechende Absichten nicht bestünden. Damals war der Grundbesitz von Hacker-Pschorr mit über 500 000 qm beziffert worden, wovon die Hälfte bebaut sei.

Die geplante Realteilung ist, wie der Vorstand betont, nicht mit anderweitig bereits praktizierten Lösungen (Löwenbräu) vergleichbar, weil keine *Immobilien an Außenstehende* verkauft werden sollen. Grundvermögen und Brauerei würden künftig lediglich in getrennten Gesellschaften geführt, die aber im Mutter-Tochter-Verhältnis verbunden blieben. Im Vermögen des Gesamtunternehmens trete keine Veränderung ein.

Zufrieden zeigt sich der Vorstand mit dem Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.). Obwohl der Bierabsatz nicht den Vorjahreswert erreicht habe (genaue Zahlen werden nicht genannt), könne man auf das „bisher beste Jahr" des Unternehmens zurückblikken. *Gestiegen sei der Absatz an alkoholfreien Getränken.* Insgesamt habe man noch bei den Getränkeerlösen ein Plus von 2 Prozent verzeichnen können. Der Gesamtumsatz erhöhte sich um 2,5 Prozent auf 139,3 Mill. DM (Teilkonzern: minus 6,1 Prozent auf 173,2 Mill. DM). Abgeführt wurden an die Bayerische Braubeteiligungs GmbH & Co. Holding KG 9,3 (8,8) Mill. DM.

GEROLSTEINER / „Sprudel" und „Flora-Brunnen" ab sofort vereint am Markt

Aus Wettbewerbsgründen notwendig

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Anderthalb Jahrzehnte hindurch habe man's immer wieder erörtert und wegen der schönen Eigenentwicklung der Marken denn doch nicht geschafft. Mit dem expansiven Ziel einer gemeinsamen deutschen Marktdurchdringung über Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Saarland hinaus ist es nun geglückt: Die beiden Mineralwasser-Familienunternehmen aus Gerolstein/Vulkaneifel, die Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co, KG (96 Jahre alt) und Gerolsteiner Flora-Brunnen Rud. Buse GmbH & Co. KG (101 Jahre), haben *ab sofort* den Zusammenschluß ihrer Aktivitäten im erstgenannten Unternehmen beschlossen.

Dazu tritt „Flora-Brunnen" mit einem Anteil von 32 Prozent als Kommanditist in die „Gerolsteiner Sprudel" ein, an derem auch durch Rücklagenum*wandlung auf 24 (4) Mill. DM* erhöhten Gesellschaftskapital die Familie Simon über ihre Bitburger Brauerei nun noch 50,8 Prozent und direkt weitere 10,5 Prozent hält. Eberhard Buse wird neben Herbert Neusen zweiter „Hauptgeschäftsführer" *der Sprudel GmbH, die künftig allein* für Produktion, Vertrieb und Verwaltung der beiden Unternehmen zuständig ist.

Die Ehe bringt ein Gebilde zusammen, das (nach 1983er Stand) mit 412 Mill. Flaschenfüllungen pro Jahr, 2,65 Mill. hl Getränkeabsatz, 142 Mill. DM Umsatz und 558 Beschäftigten etwa gleichauf mit Apollinaris (DUB-Schultheiss/Oetker-Gruppe) unter den etwa 190 deutschen Brunnenbetrieben der größte Anbieter ist (nach Füllungszahl 6,2 Prozent Marktanteil).

Erleichtert wurde der Entschluß dadurch, daß „Flora" mit 20 Mill. DM Investitionen 1983 die erste Ausbaustufe eines gemeinsam nutzbaren großen neuen Abfüllbetriebes fertigstellte. Überlegungen bei „Sprudel", wegen Kapazitätsenge einen Zweigbetrieb im Nachbarort Pelm zu bauen, sind nun überflüssig. *Notwendig* wurde der Entschluß zur Ehe nach Ansicht der Partner vor allem aus zwei Gründen: Erstens werde der Wettbewerb im Mineralwasser-Markt immer schärfer. Zweitens sei es an der Zeit, das für die Kunden oft „ver*wirrende Nebeneinander" der beiden* mit Gerolstein-Herkunftbezeichnung angebotenen Hauptmarken „Stern" (Sprudel GmbH) und „Flora„ zugunsten einer einheitlichen und um so schlagkräftigeren Marketing-Strategie zu beenden. Eine Strategie notabene, die auf Wachstum zielt. Denn mit dem neuen „Flora"-Betrieb verfügt der Zweibund nun über eine Jahreskapazität von 524 Mill. Füllungen (davon ein Drittel bei „Flora"), die man mit weiterer Geschäftsexpansion nutzen will.

Ertragsschwäche stand bei der Ehe *ohnehin nicht Pate.* „*Flora*" nennt die Umsatzrendite (vor Steuern) mit 4,8 Prozent, „Sprudel" mit gut 4 Prozent. Auch für seine Familiengruppe, versichert Eberhard Buse, sei dieser Zusammenschluß ein Dauerengagement. Was die Buse-Familie unternehmerisch betreibt, umschreibt er *mit 80 Mill. DM Umsatz* (darin 25 Mill. DM mit „Flora"). Der Schwerpunkt liegt „traditionell" bei der Produktion von Kohlensäure sowie (in Partnerschaft mit Messer Griesheim/-Hoechst-Konzern) bei technischen Gasen.



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover

SMS – Robotron – Burroughs – Westinghouse – Cebit

Nun subventioniert auch Japan

Der Großanlagenbau in der Bundesrepublik, der ohnehin schon infolge des stark geschrumpften Weltmarktes mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sieht angesichts der Subventionspraktiken in wichtigen Konkurrenzländern kaum noch Chancen, Aufträge für Großanlagen hereinzunehmen. Kurt Hallmayer, Vorstandsmitglied der SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf, sieht *in der massiven staatlichen* Unterstützung bei der Finanzierung solcher Anlagen das eigentliche Übel für die deutschen Unternehmen. Nach seinen Worten wurde 1983 nicht ein einziger Großauftrag (über 250 Mill. DM) gebucht. Nachdem bereits 1982 der Auftragseingang um 20 Prozent *zurückging, ergab sich 1983 erneut* ein Minus um 30 Prozent auf rund 14 Mrd. DM. Dies sei auch das für 1984 erwartete Niveau.

Symptomatisch für die derzeitige Situation auf dem Weltmarkt für Großanlagen sei ein Auftrag über den Bau einer Stranggußanlage in Korea. Der 200-Mill.-DM-Auftrag ging an ein deutsch-japanisches Konsortium, bei dem auf die deutsche Firma 25 Prozent und auf den japanischen Partner 55 Prozent entfallen; die restlichen 20 Prozent müssen in Korea gefertigt werden. Entscheidend für die Auftragsvergabe, so Hallmayer, waren die Finanzierungsbedingungen: Das japanische Unternehmen finanziert *seinen Anteil auf* 22 Jahre, wobei *die* ersten sechs Jahre tilgungsfrei sind. Der Zins gegenüber dem jeweiligen Marktzins für den japanischen Anteil wurde gleichzeitig um 38 Prozent unterschritten. Damit sei Japan erstmals in den Kreis der subventionierenden Länder eingetreten. Bis*lang waren in dieser Hinsicht vor al*lem Frankreich, Großbritannien und Italien in Erscheinung getreten.

Inzwischen habe auch die USA die marktwirtschaftlichen Grundsätze bei der internationalen Finanzierung über Bord geworfen. Unter Hinweis auf die Verzerrungen wurden Kredite mit einer Laufzeit von 20 Jahren, einer tilgungsfreien Zeit von dreizehn Jahren sowie einem Zinssatz von 4 bis 5 Prozent gewährt.

Für den deutschen Anlagenbau gebe es nur die Alternative, „entweder ihre Bücher zu schließen oder zu versuchen, über das sogenannte financial-engineering an subventionierten Finanzierungen anderer Länder teilzuhaben", meinte Hallmayer. Dies sei über ausländische Töchter oder Kooperationspartner möglich. Allerdings reduziere sich dadurch der Fertigungsanteil in der Bundesrepublik drastisch. Die Folge sei, daß der deutsche Anlagenbau immer mehr zum „Blaupausen-Exporteur" degeneriere. Um nicht gänzlich aus dem Markt ausscheiden zu müssen, werden derzeit Überlegungen diskutiert, bei Aufträgen aus Entwicklungsländern Mittel aus der Entwicklungshilfe in die Finanzierung einzubringen.

DOMINIK SCHMIDT

Stark bei Schreibmaschinen

Auf 30 Mill. DM Umsatz in der Bundesrepublik will 1984 der einzige Büro-maschinen-Hersteller der „DDR", VEB Robotron, Dresden, kommen. Der 50prozentige Umsatzsprung gegenüber 1983 soll, wie der stellvertretende Leiter des Außenhandelsbetriebes, Dieter Berger, erläuterte, vor allem durch den Verkauf von rund 100 000 Schreibmaschinen *in der Bundesrepublik* erreicht werden. Die Maschinen, über Handelsketten und Kaufhäuser unter zahlreichen Eigennamen vertrieben, seien im Westen aufgrund des günstigen Preis/Leistungsverhältnisses gefragt. Im laufenden Jahr sollen bereits 40 Prozent der Absatzmenge auf die *elektronische Maschine entfallen.*

Auf anderen Seketoren tut sich der „DDR"-Betrieb im Westen wesentlich schwerer. Die seit einiger Zeit angebotene Software-Beratung über Branchenhäuser in der Bundesrepublik und Frankreich läuft noch nicht so richtig. Deshalb wird in Dresden *ab 1. Juli eine eigene Abteilung* dafür eingerichtet, die dann verstärkt Auftrags-Software branchenorientiert im Westen anbieten soll.

VEB Robotron besteht aus insgesamt 19 Einzelbetrieben. Das jüngste Werk für Roboter-Fertigung arbeitet aber hauptsächlich für andere Robotron-Werke. Von den 6 Mrd. Ost-Mark Warenwert, den Robotron 1983 produzierte, gehen nur 10 Prozent in westliche Staaten. „Daran wird sich in naher Zukunft auch nichts ändern", meinte Berger.

HENNER LAVALL

Finnen mit großem Selbstbewußtsein

Mit einem Gesamtumsatz von rund 3,4 Mrd. DM 1983 ist der finnische Nokia-Konzern das größte privatwirtschaftliche Unternehmen des Landes. Ursprünglich aus der Holzbearbeitung kommend, verfügt die Gruppe heute über eine breite Produktpalette. Der jüngste Bereich und der mit dem größten Wachstum ist die Elektronik; die Umsatzerwartung für 1984 liegt hier bei 1,6 Mrd. DM. Schwerpunkt ist neben der Unterhaltungselektronik vor allem die Datentechnik. Die deutsche Tochtergesellschaft Nokia Data in Starnberg erzielte 1983 einen Umsatz von 70 Mill. DM. „Wir stellen den vielleicht leistungsfähigsten Mikro*computer auf dem Weltmarkt her*", erklärte Heikki Kersänen, Vizepräsident des Elektronik-Bereichs. Dieses Selbstbewußtsein wird durch eine Reihe technischer Angaben untermauert. HEINZ HILDEBRANDT

Wieder auf Kurs gebracht

Dem neuen Management der Burroughs Corporation, Detroit/USA, ist es unter seinem Vorstandschef Michael Blumenthal 1983 offenbar gelungen, den Computer- und Belegverarbeitungs-Konzern wieder auf Kurs zu bringen. Immerhin stieg der Nettogewinn je Aktie wieder um 64 Prozent auf 4,60 (2,80) Dollar, wenn auch damit die 7,45 Dollar von 1979 nicht annähernd erreicht wurden.

„Bis dahin haben wir noch einiges an Strecke zurückzulegen", meint denn auch Europa-Chef Hans J. Schüttlöffel. Doch 1985 feiert das Unternehmen sein 100jähriges Jubiläum". Und bis dahin wollen wir noch ein bißchen hübscher aussehen", so die Ankündigung.

Der Weltumsatz des Konzerns stieg 1983 um knapp 5 Prozent auf 4,4 (4,2) Mrd. Dollar. Dabei nahm der Netto-Gewinn um 67 Prozent auf 197 (118) Mill. Dollar zu (1979: 308 Mill. Dollar). Mit 248 (221) Mill. Dollar floß die bisher größte Summe in die Forschung und Entwicklung, auch ein Indiz für die Wiederbelebung des bis 1982 leicht schlummernden Riesen.

Die Burroughs Deutschland GmbH, Eschborn, unter den Auslandsfilialen (die die Hälfte zum Konzernumsatz beisteuern) auf dem zweiten Platz nach Großbritannien, hat in diesem Jahr besonders ehrgeizige Pläne. Nachdem 1983 bei einem Umsatz von rund 100 Mill. DM erstmals seit Jahren wieder ein Gewinn – wenn auch nur von 1,5 Mill. DM – erwirtschaftet wurde, will Geschäftsführer Winfried Hoffmann in diesem Jahr auf eine Umsatzsteigerung von 30 Prozent kommen.

Zur Vorbereitung wurden schon 1983 die Schlüsselpositionen Service- und Marketingleitung neu besetzt. Seit Anfang dieses Jahres werden nun auch die zugehörigen Abteilungen personell verstärkt.

JOACHIM WEBER

Gestärkte Innovationskraft

Möglicherweise hat die Umgestaltung der Geschäftsbereiche, die der neue Chef des Elektrokonzerns Westinghouse, Pittsburgh, Douglas D. Danforth, im vergangenen Jahr gleich bei Amtsantritt vorgenommen hatte, sich schon auf die Innovationskraft des Unternehmens ausgewirkt. Jedenfalls präsentierte sich das Unternehmen auf der Messe mit zahlreichen neuen Produkten.

Die kreativen Schöpfungen betreffen die Bereiche automatisierte Versteuerung, Industrieroboter und vor allem auch Kompaktleistungsschalter. Westinghouse betont, daß die neue Schalter-Serie auch ohne platzverzehrende Strombegrenzer eine Schaltleistung von 100 000 Ampere bei 380/480 Volt Wechselspannung erbringen kann. Zudem ist die Neuentwicklung austauschbar mit bestehenden Produktlinien.

In den drei reorganisierten Bereichen Energie und zukunftsorientierte Technik, Industrie und International sowie „Commercial" hat das Westinghouse schon 1983 gegenüber dem Vorjahr mehr umgesetzt; dagegen ging der Umsatz im Sektor Industrie zurück. Insgesamt sank er von 9,74 Mrd. auf 9,53 Mrd. Dollar. Der Nettogewinn hingegen veränderte sich mit 449,0 Mrd. (449,3 Mrd.) Dollar nur geringfügig. Der Gewinn pro Aktie verringerte sich auf 5,08 (5,16) Dollar. (K. S.)

In ungebrochener Expansion

Nach den exzellenten Ergebnissen im Jahre 1983 rechnen die Unternehmen der Büro- und Informationstechnik für das laufende Jahr erneut mit einer Verbesserung des Geschäfts. Hermann W. Stähler, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, begründet diesen Optimismus mit dem erfolgreichen Verlauf der Hannover-Messe: „Ein neuer Schwung beflügelt die Branche."

Für die verschiedenen Aufgabenstellungen stehe ausgereifte Hardware und auf den jewiligen Anwender zugeschnittene Software zur Verfügung. Cebit habe sich als Messe der Superlative erwiesen; die Zahl der Messebesucher übertraf alle Erwartungen. Das Angebot der deutschen Hersteller sei gekennzeichnet gewesen von hoher Innovationskraft und Leistungsfähigkeit. Vor der Konkurrenz aus dem Ausland brauche man sich „nicht zu verstecken".

Nach den Worten Stählers erhöhte sich 1983 die inländische Produktion der Branche um 17 Prozent auf 12 *Mrd. DM. Der Export* erreichte *9,3* (7,9) Mrd. DM, die gesamten Importe 10,6 (8,4) Mrd. DM, daraus errechnet sich eine Inlandsmarktversorgung von 13,4 (10,7) Mrd. DM. Besonders expansiv zeigte sich der deutsche Markt für Software. Mit einem Volumen von 8,3 (6,8) Mrd. DM ergab sich ein Plus von 23 Prozent. Der Wert der Anwender-Software hat sich dabei innerhalb von zwei Jahren auf 1,8 Mrd. DM nahezu verdoppelt.

Der Industriezweig ist gegenüber fast allen westeuropäischen Ländern Netto-Exporteur. Im Berichtsjahr wurden Produkte im Wert von 7,3 Mrd. DM ins europäische Ausland geliefert; die Importe aus diesem Raum erreichten 4,8 Mrd. DM. Besonders kräftig, nämlich um 44 Prozent, nehmen die DV-Lieferungen nach den USA zu. Auch die Fernost-Ausfuhren erzielten Zuwachsraten. Allerdings konnte Japan seine Lieferungen in die Bundesrepublik im Gegenzug fast verdoppeln. *Stähler sieht die Ursache* dafür in der „gezielten Preispolitik" der Japaner. Vor allem im Bereich der traditionellen Büromaschinen – Beispiele dafür seien der Schreibmaschinen- und Kopiergerätemarkt – verstärke sich der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland, an dem Japan maßgeblich beteiligt ist.

Das partiell knapper gewordene Angebot bei Bauelementen hat nach den Worten Stählers nicht zu Versorgungsschwierigkeiten bei den Herstellern geführt. Immer schon habe es in der Branche je nach Konjunkturlage „Wellen-Linien" gegeben. Zur Preisentwicklung hieß es, daß nach dem leichten Rückgang im Vorjahr 1984 mit einem stabilen Niveau zu rechnen sei. DOMINIK SCHMIDT

Sinn übernimmt Weiser-Filialen

J. G. Düsseldorf

Um ein Fünftel vergrößert die Kölner Textil-Einzelhandelsfirma „Westdeutsche Handelsgesellschaft Gebr. Sinn AG" ihr Geschäftsvolumen auf 500 Mill. DM Umsatz in nun 20 Filialen mit 63 000 qm Verkaufsfläche und 2700 Beschäftigten. Wie die Familienfirma mitteilt, übernimmt sie mit Pachtvertrag per 1. Juli von der Familie Weiser deren drei Kaufhäuser mit zuletzt 80 Mill. DM Umsatz und 620 Mitarbeitern. Eine jahrzehntelange Einkaufspartnerschaft mit der Weiser-Familie bot den problemlosen Ansatz zur Eingliederung.

Auch abseits solcher Eingliederung demonstriert die Sinn AG ein weit über dem Branchendurchschnitt liegendes Wachstum. Ihr Einzelhandelsumsatz wuchs 1983 um 9,1 (15,9) Prozent auf 419 Mill. DM. Schon für 1982 brauchte die Firma zur stabilen Dividende von 5 DM je Aktie (23,6 Mill. DM AK) nur 57 Prozent vom Jahresüberschuß.

STUTTGARTER BANK / Kundenkredite nehmen zu

Risikovorsorge verstärkt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, eines der größten Kreditinstitute des Genossenschaftslagers, geht für 1984 von einer Ausweitung ihres Geschäftsvolumens von 8 bis 10 Prozent aus. Mit Wachstumsimpulsen rechnet Vorstandsvorsitzender Walter Schneider insbesondere von den Kundenkrediten sowie von der verstärkten Nachfrage nach Finanzierungsmitteln für Investitionen. Im ersten Quartal dieses Jahres nahm das Kreditvolumen um 5,2 Prozent zu, das Sparaufkommen erhöhte sich um 4 Prozent. Man peile eine Ergebnis an, das dem des Jahres 1983 „ziemlich ähnlich" sein werde.

Im Berichtsjahr 1983 hatte sich das Teilbetriebsergebnis der Bank um 31 Prozent auf 40,5 Mill. DM verbessert. Relativiert wird das glänzende Ergebnis freilich durch die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft. Hierfür wurden im Durchschnitt der letzten drei Jahre 17 Mill. DM pro Jahr eingesetzt.

Es wird ein auf 6,4 (5,6) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen. Die über 11 500 Aktionäre erhalten wiederum 9 Prozent Dividende zuzüglich eines Bonus von 2 Prozent. Darüberhinaus wird das 40 Mill. DM betragende Aktienkapital, an dem die DG Bank und die Genossenschaftliche Zentralbank AG Stuttgart mit jeweils 14,4 Prozent beteiligt sind, um 5 Mill. DM im Verhältnis 8:1 zum Kurs von 190 Prozent aufgestockt. Nach dieser Aufstockung beträgt die Eigenkapitalquote 4 Prozent.

In 1983 war die Bilanzsumme um 5,7 Prozent auf 2,46 Mrd. DM angewachsen. Das Kundenkreditvolumen nahm auf 1,65 Mrd. DM (plus 3,4 Prozent) zu, Kundeneinlagen erhöhten sich um 4,8 Prozent auf 1,71 Mrd. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Apparatebau Moll GmbH & Co. KG; Moll GmbH; **Bocholt:** Karl-Wilhelm Knut Lang; *Celle: Brand GmbH Fahrzeug*haus; Petra Adam, Lachendorf; **Detmold:** Montifix-Möbelbau GmbH, Lemgo; **Gießen:** Bund der Rassehundefreunde e. V.; **Hannover:** Dipl.-Ing. Pagel GmbH; EEI Engelbrecht Eilers Industrie GmbH; Nachl. d. Hans Hein; **Nürnberg:** LWB Lerchenbühl Wohnbau GmbH; SWB Strandwohnungsbau-GmbH; **Remscheid:** Friedrich & Ritter OHG; **Reutlingen:** Herter, Beetz & Co. Bauunternehmung GmbH, Zwiefalten; **Wiesbaden:** KWA – Automationsanlagen Wiesbaden GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Cuxhaven: Fisch-Union GmbH & Co. KG Verarbeitung v. Fisch sowie d. Herstellung u. d. Vertrieb von Genußmitteln aller Art; Fisch-Union Industrie GmbH; **Hannover:** „Eissport-Club-Hannover" e. V.; **Ravensburg:** Gebrüder Uhl GmbH & Co. KG, Vogt; Uhl, GmbH, Vogt; Uhl GmbH & Co. KG, Ravensburg-Eschach.

SCHENKER / *Im Ausland auf Wachstumskurs*

Kein Grund zur Euphorie

dpa/VWD, Frankfurt

In der Konzernzentrale des weltweit tätigen Speditionsunternehmens Schenker & Co. GmbH, Frankfurt, sieht man für das laufende Geschäftsjahr noch keinen Grund zur Euphorie. Zwar mehrten sich die Anzeichen einer konjunkturellen Erholung, sie könnten aber erst dann auf der Ertragsseite der 100prozentigen Bundesbahntochter zu Buche schlagen, wenn vom Investitionsbereich und vom Export kräftigere Nachfrageimpulse ausgingen, schreibt das Unternehmen in einem vorläufigen Bericht über das abgelaufene Jahr. Die Risiken, die sich aus der weltpolitischen Instabilität ergäben, seien ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor.

Während sich 1983 bei der deutschen Schenker-Organisation in einigen Bereichen Abschwächungen bemerkbar machten, bewegte sich die Auslandsorganisation auf Wachstumskurs: Im Weltkonzern zeichnet sich 1983 ein Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent auf 5,83 Mrd. DM ab. Daran war die Auslandsorganisation mit einer Steigerung um 9,2 Prozent beteiligt. Die Verkehrserträge stiegen weltweit auf 786 Mill. DM, davon 75 Prozent im grenzüberschreitenden Verkehr.

Im Inland brachte die langsame Konjunkturbesserung keine Steigerung des Transportaufkommens. Die Einbrüche im deutschen Export und die Auftragsflaute der Anlagenbauer wirkten als Bremsfaktoren. Der Verkehrsumsatz ging um 2,7 Prozent auf knapp 2,1 Mrd. DM zurück. Die Verkehrserträge waren um zwei Prozent auf 290 Mill. DM rückläufig. Dennoch rechnet die Geschäftsführung mit einem Bilanzergebnis in der Größenordnung des Vorjahres (9,3 Mill. DM).

Belebter Aktienhandel

Kursauftrieb nach Metall-Spitzengespräch

DW. – Nach dem Tarifabschluß im Bankgewerbe mit der DAG hat nun auch das Spitzengespräch in der Metallindustrie für Hoffnungen auf die Beibehaltung des Arbeitsfriedens gesorgt. Am Aktienmarkt lösten sie Meinungskäufe aus, die überall zu steigenden Notierungen führten. Untermauert wurde die freundliche Tendenz auch durch die am Rentenmarkt teilweise leicht anziehenden Notierungen. Ein Beweis dafür, daß die Zinsanhebung in den USA nicht auf den deutschen Markt durchzuschlagen scheint.

Daß die Kursanhebungen im Bereich der metallverarbeitenden Industrie (Auto und Maschinenbau) besonders deutlich ausfielen konnte nicht überraschen. Bei IWKA, bedeutender Hersteller für Roboter, sind die spekulativen Käufe aufgelebt und lösten hier eine neue Hausse-Bewegung aus. Bei den Papieren der Großchemie hielten sich zwar die Kurssteigerungen in engen Grenzen; die steigenden Umsätze machen indes deutlich, daß sich hier eine erhebliche Nachfrage aufgestaut hat.

Zu einer Sonderbewegung kam es bei Degussa offenbar angeregt durch die Beteiligung des Unternehmens an einer afrikanischen Goldmine. Im Bereich der Einzelhandelsaktien fielen Hussel mit einem überdurchschnittlichen Kursanstieg ins Blickfeld der Börsianer.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten sich um 5,40 DM auf 275,50 DM und Leffers befestigten sich um 5 DM auf 470 DM. DAT gaben um 5 DM auf 390 DM nach, Dyckerhoff St. sanken um 6 DM auf 242 DM und Kochs Adler mußten eine Einbuße von 7 DM auf 380 DM hinnehmen.

Frankfurt: Von Maschinen- und Stahlaktien stiegen Buderus um 10 DM auf 420 DM. Kochs Adler holten den Vortagsverlust mit 388 DM (plus 17 DM) auf. Dyckerhoff stiegen um 5 DM auf 245 DM. MAB um 15 DM auf 365 DM. Im Freiverkehr stiegen Tonwaren Wiesloch um 15 DM auf 800 DM. Ansonsten Concordia Chemie 209 DM (plus 24 DM). Huta Hegerfeldt wurden bei Minusankündigung auf 68 DM (minus 4,20 DM) zurückgenommen.

Hamburg: NWK-Vz. wurden mit 174 DM plus 2 DM gehandelt, während sich HEW bei 96,50 DM plus 0,10 DM kaum veränderten. Beiersdorf erholten sich auf 340 DM plus 1 DM und Phoenix Gummi wurden auf gestriger Basis mit 141 DM bezahlt. Bremer Vulkan lagen allerdins bei 66,50 DM schwächer. Vereins- u. Westbank gingen zu 308 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner erhöhten sich um 2 DM auf 297 DM, Agrob Vz. stiegen um 1 DM auf 254 DM und Deckel AG befestigten sich um 1 DM auf 129 DM. Dywidag fielen um 4,50 DM auf 183,50 DM und Zahnräder Renk ermäßigten sich um 1 DM auf 229 DM

Berlin: Concordia Chemie konnten 25 DM zulegen. Berthold verbesserten sich um 5 DM, Engelhardt um 4 DM und Schering um 2,50 DM. Detewe büßten 4 DM und DUB-Schultheiß 2 DM ein.

Nachbörse: freundlich
WELT-Aktienindex 11.4.: 149,8 (148,1)
WELT-Umsatzindex 11.4.: 1626 (1749)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

	11. 4.	10. 4.		11. 4.	10. 4.		11. 4.	10. 4.		11. 4.	10. 4.
H AachM Beteil. 9	947	940	H Breitenb.-C. *28	540G	540G	M En. Ostb. 5	290bB	281TG	H Holsten-Br. 6+1	266	267
H Aach. M. Vers. 6+1	310G	310bG	H Br. Straßb. *0	450T	433T	H Elikraft 0	50	51,5B	F Holzmann 10	437	425,5
D Aach. Rück. 9	1120	1110G	H Br. Vulkan 0	64,8	67	B Engelhardt 7	239	235G	D Horten 0	196	191,5
D Aseag *4	190,1G	190,1G	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	124bG	125G	D Enka 2,67	173	173	B Hw. Kayser *12	275G	275G
M Ack-Gögg 0	122bG	124	F BBC 6	216,5	214,5	M Erlus 10	480B	480	D Hussel 7	263,5	257
H Adca 0	126	126G	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	950G	950G	D Huta Heg. 0	67bG	70T
D Adler 9	300G	300G	D Buckau-W. 0	149	145	S esbi *0	17,7bG	17,7	M Hutschenr. 9	260G	260bG
F Adt. AG 4	110,1	110	D Buderus *12	432	435G	S Essl. Masch. *5	255	253	H Hypo Hbg. 10+2,5	458	458
F AEG-Telef. 0	96,5	93,8	M Bgl. Br. Ing. *11+1	800B	800B	M Esterer **10	500bB	500B			
D AEG-Kabel 7,5	261G	261G	S Bgl. Brh. Rav. *0	360G	360G	D Farb. Liqu. RM 0	11,2	11,3	D BKB 7	174	172,5
S Aesculap 8	318bG	320				F Flachglas 8	250	250	S IWKA 0	232,5	217
F AGAB 5	129G	129	S Calw D. **18	710bG	710	D Ford *0	1150T	1170G	M Isar-Amper 6	290G	290bG
D Agrippina *7	650B	650B	F Cassella *7	460	450	B Forst Ebn. *4	1700G	1700G	D Isenbeck *9,5	330bB	330bG
M Agrob *0	309bB	309G	F Ceag 0	113	113	M Fr. Übld.W. 5	321G	321G			
M dgl. Vz. *0	254	253	F Chem. Vw. *0	505	295	F Frf. Hypo 11	530	530G	H Jacobsen *8	615G	615G
M Aigner	297	295	D Colonia 5	300	305	F Frankona R. 5	348	352G	H Jute Bremen 3	179G	179G
M Akt. Kaufb. *18	1300TG	1300T	D Commerzb. 0	176	174,5	F dgl. NA 5	285	285			

Optionshandel

Frankfurt: 11. 4. 84: 823 Optionen = 41 650 (32 475) Aktien, davon 224 Verkaufsoptionen = 11 550 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-90/11, 7-100/4,5, 7-110/2,6, 10-120/3,6, 1-120/5, BASF 7-160/10, 10-170/10,6, 10-200/3, 1-180/9,9, Bayer 7-160/20, 7-170/10,1, 7-190/2,5, 10-170/14,8, 10-180/8,5, 1-17/18,6, Bay. Hypo 10-270/25, Beiula 1-100/6,1, BMW 7-420/7,5, 10-420/18, 10-430/12, Commerzbank 7-180/6,4, 7-190/3,9, 1-180/14, Conti 7-140/3,5, 10-140/7,4, 10-150/3, 1-130/16, 1-140/9, Daimler 10-550/40, Deutsche Bank 7-380/16, 10-390/20,2, 10-400/9, Dresdner Bank 7-190/3, 10-180/8, 10-190/5, 1-190/7, GHH St. 10-160/5,7, Harpener 7-290/21,2, Hoechst 7-180/6,9, 10-170/16,4, 10-190/7,5, 10-200/4, Hoesch 7-110/9,9, 7-120/5, 1-120/6,4, Kloeckner 7-60/8, 7-65/4,8, 10-65/6,5, 10-70/5, 1-65/10,4, Mercedes 10-530/12, Metallges. 10-240/12, Mannesmann 7-160/2,7, 10-140/14, 10-150/6,2, 10-160/4,9, Preussag 7-280/8, RWE St. 10-170/3,5, Schering 10-350/15,2, Kali + Salz 7-210/5, Siemens 7-400/15,6, 1-430/12, Thyssen 7-80/7, 7-85/4,5, 7-90/2,5, 10-85/6,9, 10-90/5,3, 10-100/2, Veba 7-180/3, 10-180/4,6, VW 7-210/10, 7-220/6, 7-240/2,5, 10-210/17,8, 10-220/12,5, 1-210/25, Alcan 1-85/86, Chrysler 7-60/7,4, 7-65/5, 7-70/2,9, Elf 10-70/12,6, 1-80/9,5, Litton 7-17/3, Norsk Hydro 7-200/19,5, Sperry 10-110/10. Verkaufsoptionen: AEG 7-90/2, 7-95/3,8, 7-100/7,2, 10-85/1,7, 10-90/3,6, 10-95/6,4, 10-100/9,5, 1-90/5, BASF 7-160/2,65, 1-160/6,6, Bayer 7-169,2/2,5, 7-170/4,5, 10-160/4,5, 10-170/9, BMW 7-400/7, Commerzbank 7-170/2, 10-170/4,6, Conti 7-130/3,6, 10-130/3,9, 1-130/5, Deutsche Bank 7-370/2,85, 10-370/5, 10-380/8,8, 1-370/10, Degussa 10-390/11, Dresdner Bank 10-170/3,5, 10-180/11, 1-170/4,9, Hoechst 7-170/2,5, 10-170/5,6, Hoesch 7-110/2, Kloeckner 7-65/3,7, 7-70/6, Lufthansa St. 7-160/5,6, 10-160/6,7, MAN 10-150/7, Mannesmann 7-140/2,9, 10-140/3,1, 1-140/5, Siemens 7-390/6,5, 7-400/10,2, 10-390/6,5, 1-370/5, Thyssen 7-85/4,3, 10-90/7, 1-90/4, Veba 7-170/3, 10-170/3,9, VW 7-200/3,8, 1-190/3,1, 1-220/15,9, Alcan 10-90/7, Chrysler 7-65/2,9, 10-60/4, 10-65/5, Philips 10-40/1,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¼–10⅜	5⅝–5¾	3¼–3⅜
3 Monate	10¾–10⅞	5½–5¾	3⅜–3⅝
6 Monate	11 –11⅛	5⅝–5⅞	3⅞–4
12 Monate	11⅜–11⅝	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,00	1955,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	176,00	220,26
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	1050,00	1236,90
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	254,00	316,92
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	936,00	1130,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6150	2,6230	2,5858	2,57	2,66
London¹)	3,751	3,765	3,729	3,69	3,84
Dublin¹)	3,055	3,060	3,009	2,96	3,11
Montreal³)	2,0450	2,0530	2,0242	2,02	2,11
Amsterd.	88,560	88,780	88,555	87,75	89,75
Zürich	120,640	120,840	120,74	119,50	122,25
Brüssel	4,880	4,900	4,820	4,64	4,84
Paris	32,440	32,600	31,895	31,75	33,50
Kopenh.	27,145	27,285	26,91	26,25	28,25
Oslo	34,650	34,770	34,06	33,75	35,50
Stockh.**)	33,520	33,680	33,19	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,612	1,622	1,575	1,57	1,67
Wien	14,189	14,229	147,186	14,11	14,33
Madrid**)	1,748	1,758	1,703	1,69	1,81
Lissabon**)	1,940	1,960	1,86	1,65	2,45
Tokio	1,1650	1,1690	–	1,12	1,16
Helsinki	46,570	46,770	45,39	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,4820	2,5360	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4055	2,4245	–	2,36	2,47
Johannesbg.*)	2,0995	2,1185	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Vor dem Hintergrund einer entspannteren Euro-Dollar Zinsentwicklung kam der Kurs des US-Dollars unter Abgabedruck. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6190 glich die Bundesbank am 11. 4. die Nachfrage mit einem Verkauf von 5,15 Mill. Dollar aus. Nach der Eröffnung mit 2,6200 und einem ruhigen Verlauf des Vormittaghandels belebte sich am Nachmittag das Handelsgeschehen und unter zum Teil hektischen Sprüngen gab der Kurs des US-Dollars tiefst bis 2,6080 nach. Da der Hauptteil der Dollarkursabschwächung nach Beendigung der Börsensitzung stattfand, veränderten sich die übrigen wichtigen Währungen gegenüber der D-Mark nur geringfügig. Mit 1,95 (./. 3,5 Pf) verzeichnete der Portuguisische Escudo einen neuen absoluten Tiefstkurs. US-Dollar in: Amsterdam 2,9525; Brüssel 53,555; Paris 8,0520; Mailand 1620,25; Wien 18,4320; Zürich 2,1691; Ir. Pfund/DM 3,062; Pfund/Dollar 1,4349; Pfund 3,758.

Ostmarkkurs am 11. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Geringfügig schwächere Euro-Dollar-Zinssätze ließen die Dollar-Deports am 11. April schrumpfen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,18/1,08	3,30/3,26	6,73/6,63
Pfund/Dollar	0,25/0,27	0,73/0,76	1,43/1,49
Pfund/DM	1,60/0,20	3,60/2,30	6,30/5,10
FF/DM	27/11	71/55	140/124

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 4.: Tagesgeld 5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,90, Rendite 7,80.

Bundesanleihen

		11. 4.	10. 4.
F 5 Bund 78	5/84	99,95G	99,55G
6 dgl. 78 III	9/84	99,95	99,95
8¼ dgl. 76	9/84	100,8G	100,8
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
8¼ dgl. 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	101,95	101,95
7 dgl. 79	4/85	100,7	100,7
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,95	100,9G
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,6	101,55
8 dgl. 78 IV	10/85	101,8	101,75
6½ dgl. 78 II	3/86	98,2	98,15
5¾ dgl. 78	5/86	97,45	97,15
7¼ dgl. 78 I	12/86	100,5	100,5
6½ dgl. 78	1/87	98,7	98,6
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,4	100,45
6¾ dgl. 77	4/87	99,1	99,05
6¼ dgl. 77	7/87	98,15	98,05
6 dgl. 77	10/87	96,4	96,3
6 dgl. 78 I	1/88	95,95	95,85
6½ dgl. 78 I	9/88	97,25	97,25
6¾ dgl. 78 II	12/88	98,9	98,9G
6¾ dgl. 79	1/89	97,4G	97,4
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,85	99,8
10 dgl. 81	4/89	108,55G	108,55
7½ dgl. 79 I	6/89	99,2	99,1G
8 dgl. 79 I	7/89	101,3	101,3
8 dgl. 79 II	8/89	101,2	101,2
7½ dgl. 79 II	9/89	99,2	99,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,1	100
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,2	100,05
10 dgl. 80	4/90	109,05	108,95
5¾ dgl. 78	5/90	92,35	92,25
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,5	101,4
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,45	101,4
7¾ dgl. 82	11/90	99,4	99,3
9 dgl. 81	2/91	104,55	104,5G
10¼ dgl. 81	7/91	110,9	110,8G
10¾ dgl. 81	9/91	113,6	113,6
10 dgl. 81 II	12/91	109,8	109,75
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,6	108,55G
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,75	108,7
6 dgl. 78 II	3/93	90,1	90
9,5 dgl. 82	4/92	107,45	107,4
9 dgl. 82	5/92	104,65	104,6bG
8½ dgl. 82	6/92	101,95bG	101,85
9 dgl. 82	8/92	104,75	104,7
8¾ dgl. 82	9/92	103,3bG	103,25bG
7¾ dgl 82	12/92	97,9	97,75
7½ dgl. 83	1/93	96,1	96,1
7½ dgl. 83 II	3/93	96,25	96,15bG
7¾ dgl. 83 III	5/93	97,45	97,4
8¼ dgl. 83	6/93	100,4	100,4
8 dgl. 83	7/93	99,4	99,4
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,4	100,4
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,4	100,4
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,4	100,4
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,4G	100,4G
8¼ dgl. 84	1/94	100,4	100,4
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,4	100,4
8 dgl. 84	3/94	99,5	99,5
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101	101
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,35G	101,3
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,5	101,5
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,45	102,45
9¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,25	102,2
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,9	101,85
8 dgl. 80 S.7	8/85	101,1	101,7
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,2bG	101,2
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,15	102,15
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,2	103,2G
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,5bG	103,45
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	105,2	105,2
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,45G	105,45
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,9	104,9
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,7	105,7
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107,1	107,1
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,5	108,5
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,8	107,85
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,75G	106,75G
9½ dgl 81 S.20	11/86	105,55G	105,55G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,3G	107,3
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,75	106,75G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,85bG	105,65bG
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,75	105,75
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,55	105,55
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105	105
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,4G	104,4
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,85	102,85
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,75	105,75
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,25	104,2bG
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,55	103,55
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,1	102,05
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,3bG	101,3
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,6	100,6
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,75bG	99,7
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,75bG	98,75bG
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	98,85	97,2
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,25	97,75G
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,75	98,8G
7¾ dgl. 83 S.40	6/88	98,8	99,8
8 dgl. 83 S.41	5/88	100,85	100,8
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,8	100,75
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,75	100,75
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,7	101,65
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,6bG	100,6
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,85bG	98,85

Bundesbahn

F 8 Bbahn 72	9/84	100,7	100,7
8¾ dgl. 76	9/84	100,8bG	100,8bG
6 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,95bG

		11. 4.	10. 4.
F 6½ dgl. 78	3/85	100,05	100,15
8½ dgl. 73	3/85	101,5	101,5
7 dgl. 77	2/87	99,55G	99,55
6 dgl. 77	9/87	96,2G	96,15
6 dgl. 78 II	7/88	94,7	94,7
5½ dgl. 77	5/89	95,7	95,65
8 dgl. 79 I	7/89	101,15	101,05
6 dgl. 78 I	2/90	92,3	92,3
8 dgl. 80 II	7/90	100,55	100,55bG
9 dgl. 81	3/91	104,4	104,4
10½ dgl. 81	9/91	112,3	112,25
10¼ dgl. 81	11/1	111,25	111,25G
8 dgl. 80 I	2/92	99,6	99,6
10 dgl. 82	2/92	110,2	110,15G
9½ dgl. 82	7/92	107,65	107,6
8 dgl. 82	11/92	99,45	99,45
7¾ dgl. 83	1/93	97,65	97,55bG
8¼ dgl. 83	10/93	100,4	100,4

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	9/88	98,8G	98,8G
8 dgl. 72 I	9/87	101,3	101,3
10 dgl. 81	3/89	108,4	108,4
10¼ dgl. 81	6/89	109,25	109,2G
8 dgl. 80	3/90	100,6	100,6
7¾ dgl. 80	9/90	99,5G	99,45
8¾ dgl. 80	12/90	104bG	104
10½ dgl. 81	10/91	112,3	112,25
9¾ dgl. 82	2/92	108,75	108,75G
8¾ dgl. 82	5/92	103,3	103,3
8½ dgl. 82	10/92	101,9	101,85
7¾ dgl. 83	2/93	97,6	97,5
8½ dgl. 83	9/93	101,9	101,85
8¼ dgl. 84	2/94	100,4	100,4

Länder – Städte

S 6½ Bd.-Wbg. 78	86	98,25G	98,15
8¼ dgl. 82	92	100,3G	100,3
M 7 Bayern 66	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	101,5G	101,5G
6 dgl. 68	85	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	88	94,65	94,6G
8¾ dgl. 80	90	103G	103
8¾ dgl. 82	90	103	103
7½ dgl. 83	93	95,85	95,8
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5
8 dgl. 72	85	101,8G	101,5G
7 dgl. 77	85	100,85	100,75
6½ dgl. 78	88	97G	97G
8¾ dgl. 80	88	104,35	104,35
Br 7¾ Bremen 71	87	101,2G	101,2G
8 dgl. 72	87	101,5	101,5
7½ dgl. 83	93	95,8G	95,8G
H 8½ Hamburg 70	85	101,25G	101,25G
6¾ dgl. 77	92	96,2G	96,25
8 dgl. 80	92	100,1G	100,1G
9¾ dgl. 82	92	108,35G	108,35G
7½ dgl. 83	92	95,8G	95,8G
8¼ dgl. 84	94	100,15	100,15
F 8 Hessen 71	86	100,75G	100,75
6¼ dgl. 78	88	94,6	94,4
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3G	101,5
7½ dgl. 72	87	100,8G	100,5
8 dgl. 72	87	101,8	101,6G
7½ dgl. 79	87	100	99,8
7¾ dgl. 82	92	97,3G	97
8 dgl. 83	93	99	99
8 dgl. 84	94	99,75bG	99,75bG
D 7½ NRW 83	93	95,25	95G
7¾ dgl. 83	93	97,05	96,7G
8½ dgl. 83	93	101,35	101,1
8¼ dgl. 83	93	99,9G	99,9
8¼ dgl. 84	92	100,4	100,1G
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,75G	100,75
7 dgl. 72	87	99,75G	99,75
6 dgl. 78	88	94,8	94,6
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8½ dgl. 73	85	101,5	101,75
8 dgl. 84	94	99,6	99,5G
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
M 6 München 64	84	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,8G	100,8G
7¾ dgl. 72	87	100,8G	100,8G
8 dgl. 83	93	99,25G	99

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103,4G	103,4G
10 dgl. Pf 108	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G

Hochverzinsliche gesucht

Auf dem Rentenmarkt hielt die Nachfrage in Teilbereichen weiter an. Gesucht waren vor allem hochverzinsliche öffentliche Titel mit längeren Laufzeiten. Das deutet auf Kaufaufträge aus dem Ausland hin. Die Rentenhändler äußern sich befriedigt darüber, daß ihre Theorie zu stimmen scheint, wonach die Auswirkungen der jüngsten Zinsanhebung in den USA in den deutschen Rentenkursen bereits vorweggenommen worden ist. Etwas schleppend blieb weiterhin der Absatz bei den DM-Auslandsanleihen. Nur wenig Bewegung bei den Pfandbriefen.

	11. 4.	10. 4.
M 5½ Bayer.Hebs Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 25	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
5½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75G
6 dgl. KS 1	99,4G	99,4G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	98,5G	98,5bG
6 dgl. IS 17	95,25G	95,25bG
8½ dgl. KO 49	102,25G	102,25G
8½ dgl. KO 48	102,25G	102,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9½ dgl. Pf 105	100,5bG	100,7G
10 dgl. KS 307	100,5G	100,5G
9½ dgl IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	120G	120G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	91bG	91G
6½ dgl. Pf 3	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103bG	103bG
7 dgl. Pf 31	99,8T	99,8T
6 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99bG	99bG
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	87,75G	87,75G
7½ dgl. Pf 87	93G	93G
6 dgl. KS 29	80,5G	80,5G
7 dgl. KS 30	99,1G	99,1G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116,5G	116,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5bG
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	101,75bG	101,75G
9¼ dgl KO 218	101,75	101,75
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
6 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 139	103,8G	103,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,4	101,4G
9 dgl. Pf 239	103,8G	104G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	100,1G	100,1G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,65T	92,65T
6 dgl. IS 71	99,8G	99,8G
6¼ dgl. IS 73	97,6G	97,6
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KOS5-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,35G	100,35G
7½ dgl. KO 185	97,5T	97,5T
9 dgl. KO 129	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,85G	99,85G
10 dgl. KS 134	102G	102G
8¾ dgl. KS 140	101,2G	101,2G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	74G	74G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 182	79	79G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brf. 482	104,5G	104,5G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,3G	100,3G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,65G	99,65G
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	98,35G	98,35G
8¼ dgl. Pf 76	98G	98G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,1G	94,1G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,6G	102,6G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	70,5T	70,5T
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
8 dgl. Pf 130	92,35G	92,35G
6½ dgl. Pf 133	86,75G	86,75G

	11. 4.	10. 4.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,6G	90,6G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4G	94,4
8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81,75G	81,75G
6½ dgl. Pf 80	90,15	90,15
8 dgl. Pf. 248	100,6	100,6
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	102G	102G
9 dgl. KO 258	103,1G	103,1G
9¾ dgl. KO 262	101,15G	101,15G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	95G	95G
10 dgl. Pf 40	101,7	101,5G
8 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	91,5G	91,5G
4½ dgl KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
6½ dgl. KO 81	100,7	100,5G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,75bG	101,75bG
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¼ dgl. KS 8	101,75G	101,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	90,75	90,75
10 dgl. Pf 33	102,5G	102,5G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo Pf 100	86G	86G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104,2	103G
6½ dgl. Pf 42	99G	99G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	95,2G	95,2G
7½ dgl Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,5bB	101,5G
9 dgl. KO 53	102,5G	102,5G
7½ dgl. IS 6	100,25G	100,25G
10 dgl. IS 37	100,9G	100,9G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	84,25G	84,25G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 58	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,5G	97,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	104,25G	104,25G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	84,75G	84,75G
5½ dgl. Pf 43	84,15G	84,15G
6 dgl. Pf 56	78,75G	78,75G
7 dgl. Pf 61	88G	88G
8 dgl. Pf 70	102,25G	102,25G
9 dgl. Pf 68	101,9G	101,9G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
6½ dgl. Pf 143	94,5bG	94,5bG
7 dgl. Pf 87	95G	95bG
7½ dgl. Pf 104	97,25G	97,25G
7 dgl. KS 48	94G	94G
7½ dgl. KS 81	101G	101G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	103,5G	103,5G
9½ dgl. KS 171	104,5G	104,5G

	11. 4.	10. 4.
M 5 Vertank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78bG	78G
7 dgl Pf 100	100,4G	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
7 dgl. KO 556	100,25G	100,45bG
6¼ dgl. KS 420	96,25bG	96,25bG
9¼ dgl. KO 1301	105,2G	105,2G
8½ dgl. KS 1278	101,85B	101,85B
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	102,5G	102,5G
6½ dgl. IS 679	94,45	94,45
7½ dgl. IS 1503	100,5G	100,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¾ Westf.Hypo. Pf 550	101,5G	101,5G
9¼ dgl. Pf 564	103,9G	103,9G
9¾ dgl. KS 294	102,9G	102,9G
9½ dgl. KS 324	108,1G	108,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77,5G	77,5G
7 dgl KS 58	100G	100G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15G

Sonderinstitute

D 6 DSLB Pf 28	85G	85G
6 dgl. Pf 47	81G	81G
7 dgl. Pf 63	90G	90bG
7½ dgl. Pf 99	90bG	90bG
8 dgl. Pf 104	100G	100G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	-Zhg.	-Zhg.
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	96,75bG	96,75bG
9½ dgl. RS 172	104,25bG	104,25bG
9 dgl. RS 185	105,5G	105,5G
10 dgl. RS 193	105,5G	105,5bG
11¼ dgl. RS 185	108,5G	108,5G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,9	100,9
8 dgl. 70	101,3G	101,3G
7¼ dgl 79	99,8	99,75
8 dgl. 84	–	–
F 10 Kredit 81	109,75	109,75
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,65	101,5bG
7½ dgl 83	96,65bG	96,6
8¼ dgl. 83	100,4	100,34G
F 6 Ldw.Rentbk. RS 14	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75
6 dgl RS 16	97,65	97,65
6 dgl. RS 19	96,65	96,65
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,7G	99,7G
6 dgl. RS 26	99,8G	99,8G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,5G	100,5
8 dgl. 101	99,8G	99,8G
7½ dgl. 102	98G	98G
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 8 LAG TS 76	101,6G	101,6
6½ dgl. TS 77	97,5G	97,5
5½ dgl. 78	94G	94
7 dgl. 79	99,2	99,2

Industrieanleihen

F 6 Badenwerk 64	99,65G	99,65G
6 dgl. 78	Zhg.	Zhg.
5 BASF 59	99,85G	99,75G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 6 Chem. Hüls 71	Zhg.	Zhg.
7¾ Cont. Gum. 71	99,25T	99,25T
8 Dt. Texaco 64	99,75G	99,75G
5¾ HEW 62	97G	97G
7½ dgl. 71	100,25G	100,25G
4½ Harpen 59	200G	198G
6 Hoechst 64	99,75G	99,75G
6 Hoesch 64	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98,5G	98,5G
7½ Karstadt 71	99,5G	99,5G
7½ Kaufhof 71	99,5G	99,5G
7¾ dgl. 71	99,6G	99,75G
7½ dgl. 76	99,7	99,7G
7½ Klöckner W. 71	98,7T	98,7G
8 dgl. 72	99,8G	99,8

	11. 4.	10. 4.
5 Mannesmann 59	99,25G	99G
6 NWK 61	99,3G	99,3G
6 dgl. 62	99G	99G
6 OsDon. Krwk. 64	95	95T
F 6 Rh.Braw. 63	95,75T	95,5T
6 dgl. 65	95,5G	95,5G
6 RWE 63	96G	96,25
6 dgl. 65	95G	95G
7¼ dgl. 71	99,75T	99,8
7 dgl. 72	98,75bG	98,75bG
6 Rh.-M.-Don. 62	97,25G	97,25G
6½ dgl. 58	99T	99T
8 Schleswag 71	99,4T	99T
5 STEAG 58	99G	99G
7½ Thyssen 71	99,5T	99,5T
8 dgl. 72	99,75G	99,75G
7¾ dgl. 77	98,5G	98,5
8 VEW 71	100	100
6¼ dgl. 77	95T	95T
7 VW 72	98,75	98,75

Optionsscheine

F 11 BASF Over Zee 82	63,9	62,1
7¼ Bayer Fin. 79	70	66,5
10¼ Bayer Fin. 82	79,1	76,7
7½ BHF Bk. Int. 83	111,8	107,5
6¾ Ciba-Geigy 75	980	980
3½ Commerzbk. 78	61	56,8
7 Combk. Int. Lux. 83	74	71,5bB
4½ Dt. Bk. Comp. 77	140,5	137,8
3½ Dt. Bk. Int. 83	140,8	136
8¼ Degussa 83	159bG	150
4 Dresdner Bk. Int. 83	61	59
4 dgl. 83 II	64,1	63
10 Hoechst 75	324	315
6¾ dgl. 79	75,2	73,2
8 Hoechst 83	88	85,2
7¼ Jap.Syn.Rubber 82	2395	2300bG
5¼ Jusco 83	3350bG	3400
Mitsui 82	264	251
7¾ Siemens 83	197,3	192,6
6,875 Schering 83	115	112,5
4 Veba 83	54,4	52,2
6½ Wells F. 73	332	335
F 8½ BASF 74	68	65,1
Stumpf 78	80,2B	80,2G

Optionsanleihen

F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	116G	115
7½ dgl. 83 oO	79,5	79
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	118G	118G
F 3½ dgl. 78 oO DM	89,5bB	89,75
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	130,25G	130G
4½ dgl. 77 oO $	84,5	84
3¾ Dt. Bk. 83 mO	125,5	125,25
3¾ dgl. 83 oO	84,75G	84,75
8¼ Dt. Bk. 83 mO	109G	108,75G
6¾ dgl. 83 oO	74	74G
4 Dresd. Bk. 83 mO	109	108,5G
4 dgl. oO	85,25	85,25
7½ Jap. Synth. 82	186G	185
7½ dgl. 82 oO	101,5	101,75
5¾ Jusco 83 mO	150G	150bG
5¾ dgl. 83 oO	94,75G	94,75
F 6½ Wells F. 73		
4 Veba 84 mO	120,5	120,2
4 Veba 84 oO	78,15	78
mO DM	129G	129G
6½ dgl. 73 oO DM	96,3	96,3
F 8½ BASF 74 m O	147	147
8½ BASF 74 oO	100,65	100,5
3¼ Bayer 84 mO	122	120,5
5 Conti 84	63	61,5
5 Conti 84 mO	142	141,5
5 Conti 84 oO	80,6G	80,65
M 3½ Stumpf 88 mO	124T	–
M 3½ Stumpf oO	85bG	–

Währungsanleihen

6¼ Kopenhagen 72	95,5G	95,5G
9¼ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

F 5 Bayer 69	102,05bG	101,95
H 8 Beiersdorf 82	166T	168T
D 9 Girmes 74	372	370
6½ KSB 83	128G	128

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	11. 4.	10. 4.
F 4¾ AKZO 69	96T	96T
F 5 Asics Corp. 83	109,25	109,5G
F 3½ All Nippon 78	98,5	98,5
F 3½ Asahi Opt. 78	121G	121G
F 4¾ Canon Inc. 77	403G	403G
F 3¾ Cas. Comp. 78	285G	285G
F 5¾ Daiei Inc. 80	135,25	135,25
F 4¾ Fujitsu Ltd. 78	730G	722G
F 5 dgl. 79	485	483
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	135	133
F 3½ Jusco Co. 78	107,5	107,5
F 6 Komatsu 76	160G	158G
F 6 Konishiroku Pho. 81	133,25bG	132,5G
F 6¾ dgl. 82	128G	127G
F 3½ [illegible] 78	102,5	102,5
F 7½ Kraft Inc. 70	114,75	115
F 3½ Marudai F 78	103,5	104,5
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¼ Minolta 77	215T	215T
F 4 dgl. 79	163G	163G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	228G	234
F 6,75 Mitsub. H 81	150,5G	150,5
F 6 dgl. 81	112,5G	113,5
F 6 Mitsui Co Ltd 80	126,5G	128G
F 3¼ Nippon Sh. 78	166	169
F 3½ Nissan Mot. 78	96,25	96,5
F 4 Nisshin Steel 78	215G	215G

F 6½ Oce v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	231G	231G
F 3¼ Omron Tat. 79	460G	455G
F 4¾ [illegible] 78	271G	270G
F 3½ Ricoh Comp. 78	232	225G
F 6¼ Rothm. Int. 72	100	100bG
F 3¾ Sanden Corp. 78	119T	119G
F 3½ Sanyo Elec. 78	205T	205T
F 6¼ Sekisui 76	143,5G	143,5G
F 3½ Stanley 78	154	149
F 6 Taiyo Yuden 82	137G	137G
F 5 Texaco Int. 66	96,7	96,7
F 3½ Tok. Elec. 78	490G	490G
F 4 Tokyo Land 79	114T	114G
F 3½ [illegible] 78	104G	104,75G
F 6½ Uny Ltd. 79	235T	235T

Ausländische Aktien in DM

	11. 4.	10. 4.
F L'Air Liquide	–	175G
D Akzo	86,9	87,5
F Alcan	86	86
F Alcoa	99	99,5
F Alg. Bk. Nedld.	350	353G
F All Nippon Air	4,3G	4,2G
M ALPS El	30,8	30,5
F Amax	69	68,5
F Am. Cyanamid	120G	119G
F Ameritech	166	168
D American Expr.	79	80,5G
D Am. Motors	12,5	12,6
F Am. T & T	41,9	41,6
F Amro Bank	62	64,5
F Anglo Am. Corp.	53	50
M Anglo Am. Gold	322	320,5
F Arbed	76,1	75,5
D Armco	57	53,6
F Asahi Chem.	5,65	5,6
M Atl. Richfield	121,4	123B
H Atlas Copco	43,5	43,5
M Avon	53,4	55,3
D Baker Int.	56	56
F Ball Canada	–	22
F Banco de Bilbao	24,7	24,5
F Banco Central	27,2	27,7
F Banco Hisp. Americ.	19,1	19,5
F Banco de Santander	20	19,9
F Banco de Vizcaya	32,2	32,2
F Barlow Rand	29G	29
M Baxter Trav. Lab.	44,7	44,2
D Beatrice Foods	81G	81G
F Bell Atlantic	174,5	175
D Bell Canada	50G	50G
F Bell South	234	239
D Bethlehem Steel	68	69
F Black & Decker	59G	59G
F Boeing	99,2	99
M Bougainville Copper	6,4	6,4
F Bowater	11,4	11
D BP	18	17,65
M Broken Hill	34,5	34,5G
F Bull	11,75	11,7bG
F Can. Pacific	85,5	87G
F Canon	16,3	16
F Casio Comp.	16,2	16
F Caterpillar	130	130
D Ch. Manhattan	121,1	121bG
F Chrysler	63,2	63,4
M Citicorp	87	86
F City Investing	93G	94G
F Coca-Cola	142	140,2
D Colgate	57,5G	57,5G
M Commodore Int.	96	93,3
M Comm. Satellite	63,3	63,6
F Cons. Gold F.	22,5	22,6
D Cont. Group	96,5G	96,5G
F Control Data	90	92
H Courtaulds	5,1G	5,1G
M CRA	14,68	14,5
M CSR	9,1G	9,15
F Daiei	8,1G	8,1G
F Dart & Kraft	187G	189G
M De Beers Cons.	20,9	21,2
F Deere Comp.	85	85
F Delta Air Lines	88,3	88
F [illegible]	56,2	54
M Digital Equipm.	235	237,5
M Disney Prod.	173,6	173,7
H Distillers	99	98
M Dome Petroleum	7,9	8
D Dow Chemical	82	81,5
D Dresser	56,7	55,5bG
M Driefontein Cons.	102,9	100,2
D DuPont	123	123,5G
H Dunlop	1,65G	1,6
D Eastern Air Lines	14,8	15bG
F Eastman Kodak	162,2	165,5
F Eaton	123G	125G
F Elf Aquitaine	78,5	77,7
F [illegible]	82G	82G
D Ericsson	113T	113T
D Esmark	107,5G	108G
D Exxon	102	100,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,45	6,45
D dgl. Vz.	4,85	4,7
F Finsider	0,078	0,08B
D Fisons	29G	28,5G
M Fluor	55G	56,2
D Ford	80,5	80
F Fujitsu	15,9	15,75

	11. 4.	10. 4.
F General Electric	136,6	134,2
F General Foods	126T	124T
F General Mining	58G	58,1
D General Motors	163	165G
D Gen. Shopping	331	331G
D Gevaert	148G	149G
F Goodyear	66,5	67,3
H Grace	105	103
F Greyhound	61	61G
D GKN	7,5bG	7,3bG
F Gulf	202,5	203
F Gulf Canada	37,2	36
D Halliburton	110	110
M Hewlett Packard	87,9	88,3
D Highveld Steel	12,3G	12,6G
D dgl. o D	12,3G	12,6G
F Hitachi	1081	1099
M Holiday Inns	109	110
F Homestake	–	67,8
M Hongk. & Shanghai Bank	2,5exB	3
D Hoogovens	41,8	42,2
D Hughes Tool	55G	54bB
F IBM	290	287,8
F ICI	22,5	22,5
M Impala Plat. Hold.	42,1	42,1
M Imperial Oil	76G	77,4
M Intern. Harvester	21,4	21
F Inco	37,9	36,7
F Int. T & T	104,5	104,1
D [illegible]	8,9G	9,5G
F [illegible]	77G	75
F Izumiya	121	121
F Japan Line	1,65G	1,7
D Jusco	9,6G	9,8G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	2,3	2,3
M Kloof Gold Min.	139B	139B
F Komatsu	5,75	5,7
D KLM	151,5	149,2
F Konishiroku Photo	7,6	8G
F Kubota	3,9G	3,8G
D Lafarge	1141	1101
D Litton Ind.	164	164G
F Lone Star	69G	68
D LTV	45,5G	44,9
M M.I.M. Hold.	17,7	17,5B
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4,3G	4,5G
F Marudai Food	7,3G	7,3G
D Matsushita El.	22,2bG	21,7bB
M McDonald's	173G	173B
M Merrill Lynch	62,9	61,9
F McDonnell D.	129,5	129
M Minerals & Res.	27,9	27,9
D Minnesota M.	188G	189G
D Minolta Camera	7G	[illegible]
F Mitsubishi Chem.	3,35bG	[illegible]
F Mitsubishi El.	4,8	[illegible]
F Mitsui Bk.	10,9G	[illegible]
F Mitsui & Co	4,25T	[illegible]
F Mitsui Engin.	1,75	[illegible]
F Mitsui O. S. K.	1,8G	[illegible]
F Mitsumi El.	14	[illegible]
H Mobil Corp.	78,5	[illegible]
F Monsanto	235G	[illegible]
F Montedison	0,32	[illegible]
F Murata	32,5T	[illegible]
M Nat. Semicond.	36,6	[illegible]
D Nat. Westminster	24,5G	[illegible]
F NEC Corp.	16,6	[illegible]
F Nestlé	6000	[illegible]
F Nestlé Tz.	597	[illegible]
D Nikko Sec.	6,3G	[illegible]
F Nippon Kokan	1,8	[illegible]
F Nippon Shinpan	7,6G	[illegible]
F Nippon Yusen	2,8G	[illegible]
F Nissan Motor	8,2	[illegible]
F Nisshin Steel	2,3	[illegible]
F Nissho-Iwai	3,2G	[illegible]
D NL Industries	43,5G	[illegible]
F Norsk Hydro	217,5	[illegible]
F Nynex	155,5	[illegible]
H Occ. Petroleum	83,5	[illegible]
F Oce v. d. Grint	211G	[illegible]
F Olivetti St.	6,95	[illegible]
F Olivetti Vz.	6,4	[illegible]
F Olympus Optical	10,6G	[illegible]
H v. Ommeren	26	[illegible]
F Omron Tateisi	25,5	[illegible]
F Pacific Telesis	145,5	[illegible]

	11. 4.	10. 4.
F Pakhoed	55	54,6
F Pakhoed Z	53G	54
M PanAm	17	17
D Parker Drilling	29	29bG
F Peko Wallsend	12	13,2
M Pepsi	102,6	99,5
F Pernod Ricard	220	220
F Peugeot	76	75,5
F Philip Morris	171G	175
H Philips	42,6	42,6
D Phoenix Ass.	18T	17,3G
M Pioneer El.	32,6	32,9
F Pirelli	2,45	2,45T
M Polaroid	58,8	58,1
M Prime Computer	53,9	39,5
F Procter & G.	126	124,9
D Ramada Inns	22,5G	22,2
M Ranger Oil	21,3	21,2
F Rank Org.	9G	9,9
F Ricoh	12,5G	12,5G
F Rio Tinto NA St.	25,5T	26
F Rio Tinto Aust.	24G	25G
H Robeco	286	288
F Rockwell	66G	66
H Rolinco	277	279
F Rorento	190	178G
F Rothmans Int.	5G	5G
D Rowan Cos.	25bG	25,9
H Royal Dutch	134	133,2
M Rustenburg Plat. Hold.	31,5	31,7G
F Sanko Steamship	2,37	2,37
F Sanden Corp.	6,9G	5,9G
M Santos	17	17,2
F Sanyo Elec.	6,4	6,4
F Sanwa Bk.	13G	12,5
M SASOL	10,65	12,6
F Schering Plough	91G	91G
F Schlumberger	136,1	135,1
F Schw. Alum.	1025	1025
F Schw. Bankverein PS	127,5bB	129
F Schw. Bankverein UR	7,55	7,6
M Sears, Roebuck	90,3G	91,5
F Seiyu Stores	7,3G	7,3G
F Sekisui House	6,3	6,6T
F [illegible]	45G	45G
F Shell Canada	52	52
H Shell T & T	72,8	72,9
D Singer	68,5	67
F Snia BPD	2,45	2,42
D Solvay	199T	195
D Sony Corp.	41,5	41,9
F Southwestern Bell	144	144
D Sperry Corp.	103G	103,5
F Squibb	113	116
F Standard Oil	127	124,5
F Stanley Elec.	9G	9,3G
F Steyr Daimler P.	30,67	30,3
F Sumitomo	5,3	5,47
F Sumitomo Heavy	2,6	2,6G
D Sumitomo Metal	1,9G	1,9G
D Sun	144bG	143G
M Sunshine Mining	36	36
F Swissair	1330	1300G
F Taisei Kens.	2,5G	2,5G
M Tandy	87,5B	87,5
F Taiyo Yuden	14,5G	14,5G
F Tenneco	108	108
D Texaco	101,7	100
F Texas Instruments	337	344
D Thomson-CSF	100T	101T
D Thorn Emi	24G	24G
F Tokyo El.	19G	18G
D Tokyo Pac.	381G	381
F Tokyo Sanyo El.	9,2	9,2
D Toray	5,15bG	5,05G
D Toshiba	5,05bG	4,95G
F TRIO Kenwood	6,5G	6,5G
F TRW	164G	166
D UAL	77,5	77,5
H Unilever	224,5	223
F Union Carbide	142G	142G
D Uniroyal	32	29,2
F United Techn.	163	164,5
F US Steel	75,2	75
F US West	149	149
M Vaal Reefs Expl.	345B	346,8
D Vmf-Stork	91	88
D Volvo A	161G	161G
D dgl. Nam. B	161G	161G
F Warner Commun.	60	61,5
F Warner Lambert	87,2	87,2
F Wells Fargo	95G	95G
M Western Deep L.	164B	162
M Western Mining	10,1	10,2
M Westinghouse El.	116,7	–
F Westf.-Utrecht H.	81	81
D Xerox Corp.	105G	105,5

Warenpreise – Termine

In gut behaupteter Verfassung zeigten sich die Gold- und Silbernotierungen am Mittwoch an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Kleine Abschläge zeigten Kaffee und Kakao. Etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 4.	10. 4.
Mai	364,25	367,00
Juli	348,75	352,25
Sept.	350,75	354,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	11. 4.	10. 4.
St. Lawrence 1 CW	243,07	242,17
Amber Durum	207,05	241,82

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	137,00	137,50
Juli	141,00	140,80
Okt.	143,00	143,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	131,90	133,20
Juli	128,00	128,10
Okt.	120,80	121,30

Hafer Chicago (c/bush)	11. 4.	10. 4.
Mai	182,00	185,00
Juli	179,75	182,50
Sept.	176,50	178,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	353,75	358,50
Juli	351,50	355,75
Sept.	320,00	323,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 4.	10. 4.
Mai	130,90	132,60
Juli	131,30	132,40
Okt.	125,00	126,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	11. 4.	10. 4.
Terminkontr. Mai	150,40	150,05
Juli	145,70	145,60
Sept.	141,50	141,50

Kakao New York ($/t)	11. 4.	10. 4.
Terminkontr. Mai	2395	2390
Juli	2434	2429
Sept.	2431	2425
Umsatz	–	5329

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,13	6,20
Juli	6,65	6,78
Sept.	7,09	7,22
Okt.	7,30	7,47
Jan.	8,05	8,15
Umsatz	10 555	14 540

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 4.	10. 4.
	6,02	6,12

Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 4.	10. 4.
Kontrakt Mai	2051–2052	2073–2075
Juli	2011–2012	2022–2023
Sept.	1980–1982	1980–1981
Umsatz	3017	3308

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1741–1742	1762–1764
Juli	1749–1750	1768–1769
Sept.	1750–1751	1762–1763
Umsatz	3736	3231

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	165,80–166,00	165,80–166,50
Aug.	180,60–180,80	181,40–181,60
Okt.	192,20–192,60	193,20–193,40
Umsatz	3630	2714

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 4.	10. 3.
schw. Sarawak spez.	335,50	325,50
weißer Sarawak	620,00	610,00
weißer Muntok	627,50	617,50

Orangensaft New York (c/lb)	11. 4.	10. 4.
Mai	177,25	177,85
Juli	176,00	175,50
Sept.	174,65	174,50
Nov.	171,30	171,15
Jan.	169,50	169,00
Umsatz	–	3000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	11. 4.	10. 4.
Südstaaten fob Werk	51,00	51,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	30,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,45	30,70
Juli	30,45	30,65
Aug.	29,55	29,65
Sept.	28,60	28,65
Okt.	27,20	27,20
Dez.	26,30	26,40
Jan.	25,80	26,15

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	30,25

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	22,00	19,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,35	49,25
Juni	56,15	55,15
Juli	59,05	58,90

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	73,10	72,50
Juli	72,15	71,60
Aug.	70,50	70,25

Häute Chicago (c/lb)	11. 4.	10. 4.
Ochsen assh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe assh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	772,00	795,00
Juli	788,00	804,50
Aug.	778,00	797,50
Sept.	750,00	758,50
Nov.	721,25	728,00
Jan.	732,00	738,50
März	744,50	751,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	193,00	201,80
Juli	199,00	207,00
Aug.	200,00	208,00
Sept.	199,00	205,00
Okt.	195,00	198,50
Dez.	197,50	199,80
Jan.	198,50	201,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 4.	10. 4.
Mai	352,10	357,00
Juli	358,00	362,60
Okt.	360,50	364,50

Kokosöl New York (c/lb)	11. 4.	10. 4.
Westküste fob Werk	48,00	48,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11. 4.	10. 4.
jegl. Herk. cif	1165,00	1155,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	505,00	505,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	880,00	820,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	227,00	227,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	1100,00	1090,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	296,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	11. 4.	10. 4.
Mai	81,33	80,75
Juli	80,31	80,20
Okt.	77,20	79,99
Dez.	75,10	77,40
März	–	75,35
Mai	–	76,55

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1	56,75	56,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	11. 4.	10. 4.
Mai	420–430	425–432
Aug.	450–454	450–452
Okt.	450–452	452–454
Umsatz	136	216

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	11. 4.	10. 4.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,20	49,20
Okt.	50,10	50,10
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 4.	10. 4.
Mai	580,10–581,00	580,50–582,00
Juli	589,00–589,50	589,00–590,00
Okt.	573,00–575,00	573,50–574,00
Umsatz	–	51

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 4.	10. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 4.	10. 4.
April	13 901	13 903
Mai	13 860	13 860

Kautschuk London (p/kg)	11. 4.	10. 4.
Nr. 1 RSS loco	78,00–80,00	78,00–80,00
Mai	77,00–80,50	77,00–80,50
Juni	77,50–81,00	78,00–81,00
Juli/Sept.	81,50–81,60	81,50–81,70
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	11. 4.	10. 4.
April	257,00–257,25	255,50–256,00
Mai	259,00–259,25	258,00–258,50
Nr. 2 RSS April	250,00–251,00	249,00–250,00
Nr. 3 RSS April	246,50–247,50	245,50–246,50
Nr. 4 RSS April	239,50–240,50	238,50–239,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	11. 4.	10. 3.
BWC	572,00	572,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 ft. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11. 4.	10. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,00–125,37	128,92–129,29
drittfolg. Monat	126,16–126,50	129,48–129,67
Zink: Basis London		
laufend. Monat	263,93–264,30	262,18–262,54
drittfolg. Monat	259,03–259,41	258,78–258,96
Produz.-Preis	285,91	287,25
Reinzinn 99,9%	3651–3687	3640–3676

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 4.	10. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	410,01–411,89	407,83–409,71
Blei in Kabeln	132,75–133,75	136,75–137,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–459,50	455,00–459,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeutzer.

Messingnotierungen

	11. 4.	10. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392–399	392–398
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	436–437	435–437
MS 63	431–436	430–435

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	11. 4.	10. 4.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 4.	10. 3.
Leg. 225	456–470	456–473
Leg. 226	458–472	459–475
Leg. 231	488–502	488–505
Leg. 233	498–512	498–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 4.	10. 3.
Platin (DM je g)	35,45	35,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 600	32 600
Rücknahmepr.	31 850	31 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 630	32 630
Rücknahmepr.	32 110	32 110
verarbeitet	34 240	34 240
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 365	32 395
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	795,40	787,50
Rücknahmepr.	779,30	772,00
verarbeitet	839,00	822,80

Internationale Edelmetalle

	11. 4.	10. 4.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	382,00	381,90
15.00	384,50	381,35
Zürich mittags	383,10–383,60	381,10–381,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 900	99 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	647,75	641,35
3 Monate	661,45	654,85
6 Monate	675,50	668,70
12 Monate	704,05	696,70
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	272,80	273,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr	111,05	111,05

New Yorker Preise	11. 4.	10. 4.
Gold H & H Ankauf	–	381,35
Silber H & H Ankauf	934,00	927,50
Platin fr. Händlerpr.	389,00–390,00	388,00–389,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	160,00–161,00	159,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
April	937,00	928,70
Mai	937,00	932,00
Juli	955,00	941,80
Sept.	972,00	949,30
Dez.	989,00	957,30
Jan.	–	994,00
März	–	1004,30
Umsatz	–	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 4.	10. 4.
April	69,10	69,30
Mai	69,40	69,60
Juni	70,20	70,40
Juli	70,80	71,00
Sept.	72,30	72,45
Dez.	74,40	74,50
Jan.	74,95	75,15
Umsatz	–	11 000

Londoner Metallbörse

	11. 4.	10. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	954,00–955,50	951,50–957,50
3 Monate	974,50–975,00	970,50–971,00
Blei (£/t) Kasse	327,50–328,50	343,00–343,50
3 Monate	332,50–333,00	344,00–344,50
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1076,5–1077,0	1071,0–1071,5
3 Monate	1090,5–1091,0	1088,0–1088,5
abends Kasse	1073,5–1074,0	1072,5–1073,0
3 Monate	1088,0–1088,5	1087,5–1088,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1072,0–1073,0	1069,0–1071,0
3 Monate	1081,0–1083,0	1080,0–1082,0
Zink (£/t) Kasse	606,00–607,00	608,00–609,00
3 Monate	597,00–598,00	597,50–598,50
Zinn (£/t) Kasse	8700–8705	8690–8697
3 Monate	8725–8726	8726–8727
Quecksilber ($/fl.)	310–320	310–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–87	84–87

In tiefer Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von unserem Mitarbeiter

Georg Winter

Er verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 1. April 1984 während einer Geschäftsreise in Santiago de Chile im Alter von 48 Jahren.

Herr Winter war seit dem Jahre 1963 in unserer Firmengruppe tätig. Mit unermüdlichem Einsatz und viel Energie hat er sich in diesen Jahren für die Geschicke der Firma engagiert. Mit seinem Fachwissen und Ideenreichtum hat er die von ihm geleiteten Sparten unseres Südamerikageschäftes wesentlich beeinflußt und ausgebaut.

Seine Kollegen und Mitarbeiter sowie unsere Geschäftsfreunde im In- und Ausland wußten die menschlichen Qualitäten dieses zuverlässigen und hilfsbereiten Menschen zu schätzen. Wir werden ihn sehr vermissen.

Sein Andenken wird in unserem Firmenverband lebendig bleiben.

Gesellschafter, Geschäftsführung
und Mitarbeiter von

MPC Münchmeyer, Petersen GmbH + Co. KG

sowie aller Beteiligungsfirmen
im In- und Ausland

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 13. April 1984, um 11 Uhr in der Elisabethkirche, Hamburg-Eidelstedt, Dorfstraße.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstatt zugedachter Blumen- oder Kranzspenden um Unterstützung der Kindernothilfe e. V., Postscheckkonto Essen 1920-432, BLZ 360 100 43.

Herr, dein Wille geschehe

Nach einem Leben im Dienst der Kirche verstarb im Alter von 72 Jahren am 8. April 1984

Pater

Dr. Hans-Werner Mende SJ

Im Namen der Jesuitenpatres
des „Hauses am Schlump"

P. Hans-Otto Husmann SJ

2000 Hamburg 13, Beim Schlump 57

Requiem und Trauerfeier am Montag, dem 16. April 1984, um 10.00 Uhr in der St.-Joseph-Kirche, Hamburg-Wandsbek, Witthöftstr. 1–3

Beisetzung anschließend von der Kapelle 13 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Lehrling ans Gewehr

mar – Es war zum Internationalen Frauentag, da erreichte uns eine Grußkarte des Imam Khomeini mit Grüßen an alle muslimischen Frauen der Welt. Auf ihr ist ein kleines Mädchen mit Schador abgebildet, das eine Maschinenpistole in der Hand hält. Das Erschrecken über diese Kombination blieb gering, denn Kinder als Soldaten gehören auf den mittelöstlichen Kriegsschauplätzen ja fast schon zum gewohnten Bild. Niemand regt sich im Grunde mehr darüber auf.

Trotzdem ist das keineswegs eine Sache, die sich damit abtun läßt, das sei schließlich „hinten, weit in der Türkei". Die Dressur von Kindern an der Waffe findet nämlich längst wieder auch auf deutschem Boden statt. Das verrät ein vervielfältigter Zettel, den jemand aus der „DDR" mitbrachte. „Für den Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht" steht darüber. Und darunter: „Hiermit bewerbe ich mich für die Heranbildung zum Berufsunteroffizier / Berufsoffizier ab 19."

Diese Bewerbungsunterlagen werden schon in der 4. Klasse, also an Zehnjährige, verteilt. Und in der 9. Klasse soll dann eine Quote von 50 Prozent der Jungen erreicht sein, die sich „freiwillig" als Berufssoldat gemeldet haben. Nur wer Westverwandtschaft hat, ist diesem Druck nicht ausgesetzt. Aber ihm ist gewöhnlich auch jede qualifizierte Ausbildung versperrt. So formiert sich die neue Klassengesellschaft schon im Klassenzimmer.

Wer eine Lehre beginnt, ist vom Druck der Armeewerber noch lange nicht frei. Nach dem Arbeitsgesetzbuch der „DDR" ist nämlich die vormilitärische Ausbildung mit der Waffe für den Lehrling Bestandteil der Berufsausbildung. Wer das nicht hinnimmt, kann nur Hilfsarbeiter werden. Und sein Betrieb darf ihm mindestens drei Jahre lang nicht die Chancen einer „Qualifizierung", also einer Weiterbildung im Beruf, einräumen. Da hilft auch keine noch so ausgefallene und auffallende Sonderbegabung.

Wie groß ist da eigentlich der Unterschied zu dem offenen Militarismus, wie er sich auf der Karte aus Teheran manifestiert? Wirklich, zu irgendwelcher pazifistischer Überheblichkeit gegenüber denen „weit hinten hinter der Türkei" gibt es nicht den geringsten Anlaß.

New Yorks Metropolitan Opera brilliert im Jubiläumsjahr mit Raritäten

Cello mit Regierungssorgen

In ihrer Jubiläumssaison zur Hundertjahrfeier offerierte die New Yorker Metropolitan Opera eine Premierenparade von drei so gut wie vergessenen Opern. „Rinaldo" war die erste Händel-Oper in der Geschichte der Met überhaupt. Verdis „Ernani" wurde hier lange nicht mehr gespielt. Zandonais „Francesca da Rimini" verschwand gar schon bald nach der Premiere im Jahre 1916.

Den drei Opern ist der entweder direkte oder literarische Rückgriff auf Mittelalter oder Renaissance gemeinsam. Der Text der Händel-Oper spinnt eine Episode aus Tassos „Gerusalemme Liberata" märchenhaft aus. „Ernani", verballhornter Victor Hugo, ist eine konfuse Räuber-und-Prinzessin-Geschichte, in die auch unnötigerweise Kaiser Karl V. hineingezogen wird. Zandonai benutzte eine Kurzfassung (im übrigen den originalen Text) eines Dramas von d'Annunzio. Francesca, verheiratet mit Giovanni dem Lahmen, liebt Paolo, den Bruder ihres Mannes. Beide werden von Giovanni umgebracht. Der Stoff war schon Weltliteratur, ehe er im fünften Gesang von Dantes „Inferno" auftauchte. Über 30 „Francesca"-Opern wurden im Laufe der Zeit komponiert.

Wie wichtig sind Inszenierungen? Für „Ernani" genügen zwei Stühle und ein Tisch, wenn schön gesungen und musiziert wird. Händel braucht Inszenierung, weil uns sein Opernstil fremd geworden ist. Und bei Zandonai muß visuelle Stimulierung musikalische Enttäuschung kompensieren. Man hatte das in der Met anscheinend begriffen: Die „Francesca"-Inszenierung war etwas Besonderes.

Der Reihe nach: „Ernani" ist junger Verdi, Weißglut-Musik der Anfangsjahre. Der Stil der Galeerenjahre setzt erst mit dem Schlußterzett ein, das einigermaßen leer und automatisch dahinklappert. Bis dahin aber ist alles Glanz und Pracht, Schwung und Feuer, eine Melodie jagt die andere, die Charaktere stehen eindeutig in Umrissen vor uns, an feineren psychologischen Nuancen fehlt es nicht – der ganze Verdi ist da, mit Ausnahme der großen Lyrik und der Reflektion, der gedanklichen Versenkung. Man kann das ermessen, wenn man die Arie des Ernani-Kaisers mit der Philipps im „Don Carlos" vergleicht – Regierungssorgen und Cellosolo hier wie dort, im übrigen aber ein weitgehender Niveau-Unterschied.

Die Sänger: Luciano Pavarotti (Ernani), Leona Mitchell (Elvira), Sherrill Milnes (Don Carlo) und Ruggero Raimondi (Silva) waren alle großartig. Zu spielen trauten sie sich nicht, was wahrscheinlich am Stück lag. Der Chor sang mit scharfer rhythmischer Präzision. James Levine dirigierte. Inszenierung und Kostüme waren prunkvoll und altmodisch. Man kann sich das gefallen lassen, da „Ernani" mit einem Blick auf Paris geschrieben wurde und Elemente von „Grand Opera" enthält.

„Rinaldo" wurde 1711 in London uraufgeführt. Die Oper ist schon als Pastiche zur Welt gekommen; Händel fügte viel Vorbenutztes ein, ganze Arien mit unverändertem Text. Viel wurde jetzt in New York umgestellt und arrangiert, aber Händel selbst hat 1731 auch schon einmal alles durchgeschüttelt. So können wir uns nicht beklagen, nicht das Original gesehen zu haben – es gibt keines. Die Version der Uraufführung enthielt 32 Arien. Das wäre für uns zu viel gewesen, so abwechslungsreich Händels Musik auch ist.

Rinaldo, ein Kreuzfahrer, steht mit der Armee Gottfried von Bouillons vor den Toren Jerusalems. Argante, der Kommandant der Heiden (er steht mit Furien und Skorpionen auf gutem Fuß) erwirkt einen dreitägigen Waffenstillstand. Während dieser drei Tage versucht Armida, Titelheldin vieler anderer Opern, Rinaldo zu verführen und der guten Sache abspenstig zu machen. Am Schluß entzaubert ein christlicher Magier alle Beteiligten. Ein Textbuch, das nicht ganz den Spielregeln folgt: In der epischen Literatur dürfen Christen nicht zaubern.

Händels schöne Musik ist in vielen Bereichen zu Hause – im Volkstümlichen, im Pastoralen, im Lyrisch-Getragenen, Triumphalen, Kriegerischen, Dämonischen. An Abwechslung fehlt es nicht. Aber seinen Ausdruckstypen haftet etwas Zeremonielles, Unpersönliches an. „Rinaldo" verwandelt uns in Aristokraten: Wir werden gezwungen, unsere Distanz zu wahren.

Weite Textbereiche – Magie, Verführung – werden in dieser Zeit als musikfremd erlebt. Sie bleiben ausgeklammert und gehen nur die Bühnenleute etwas an – die Maschinisten, Theatermaler, Kostümzeichner. Frank Corsaro war der Regisseur, und „Rinaldo" sein Meisterwerk. Die Kriegszelte vor Zion, der Meeresstrand mit Nixen, Armidas Zauberschloß mit einem Turm, an dem unheimliche Gestalten herumkletterten – das alles war mit hochentwickeltem Sinn für visuelle Effekte entworfen, humoristisch, Märchen, auch etwas „Cartoon".

Rinaldo war Marilyn Horne; sie leistete Unglaubliches. Vielleicht war Grimaldi, der berühmte Kastrat, der die Rolle kreierte, auch nicht besser. Benita Valente sang Almirena; ihr „Lascio ch'io pianga" ist der „Schlager" der Oper. Ihre „Vogel-Arie" wurde von zwei Flötisten auf der Bühne begleitet, die wie Händel aussahen. Edda Moser war Almira und Samuel Ramey ein sensationeller Argante. Die Schlacht am Ende der Oper wurde von einem Ensemble von Purzelbaum-Artisten ausgekämpft.

„Francesca" ist ein gut gebautes Drama, aber für den Musiker ist in dieser Oper nicht allzuviel zu holen. Zandonais Klänge sind vor allem Anklänge; seine Musik bewegt sich immer drei Stockwerke unterhalb der Wohnungen seiner Bekanntschaften, und das gibt ihr einen Kellergeruch. Weder die Melodien noch die Harmonien wissen, wo sie hinwollen, und mehr als einmal gleitet die Musik, die post-puccinischen Ehrgeiz hat, in fadeste Salonmusik hinein. Aber der italienische Instinkt für Stimme und Drama hilft dem Komponisten weiter; der zweite Akt insbesondere, indem sich Brunstschreie mit Kanonendonner vermengen („Kanonen" ist Metapher; es handelt sich um Armbruste und Feuerpfeile) entwickelt eine gewisse dramatische Kraft.

Renata Scotto war Francesca, Placido Domingo Paolo, Cornell MacNeil der Ehemann und William Lewis der schlimme Bruder. Man brauchte nichts Besseres an Besetzung. Das Gleiche gilt von der spektakulären Inszenierung, für die Ezio Frigerio verantwortlich zeichnete. Der erste Akt insbesondere: ein großer Saal oder Hof mit Tribüne im Hintergrund und einem Ausblick in einen Klimt-Garten; farbsymphonische Balustraden, augenbetörend dekorativ, Art Deco, Andeutungen von Konstruktivismus innerhalb eines Blumenmeers. Hier findet auch die Fehlbegegnung vonFrancesca und Paolo statt; langes, stummes, orchesterbegleitetes Spiel der Akteure, ein redseliges Solocello auf der Bühne. Man hat Zeit, sich mit Trauer in das Thema „Verblendung" zu versenken. Gutes Theater, sicherlich. Und „1914", das schicksalhafte, furchtbare Jahr – es steigt blumenbedeckt aus der Vergangenheit herauf. Das bringt diese Oper immerhin fertig.

KURT OPPENS



Lovis Corinth: Charlotte Corinth auf einem Sofa (1917), Bleistift und Farbstift, aus der Kieler Ausstellung FOTO. GERMANISCHES NATIONALMUSEUM

„Von Leibl bis Corinth": Sammlung Schäfer in Kiel

Kohle hat viele Farben

Unter den prägenden deutschen Kunstsammlern glänzt sein Name ganz hell, steht ganz oben an der Spitze: Georg Schäfer (1896–1975). Das Sammelgebiet dieses Schweinfurter Industriellen umfaßte vor allem die Malerei des 19. Jahrhunderts, eine Sammelleidenschaft, die geprägt war durch eine lange Familientradition. Georg Schäfer war einer der ersten deutschen Sammler, der die Werke deutscher Künstler vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in ihrer Bedeutung erkannt hatte.

Bisher hat das Publikum die gigantische Schäfer-Sammlung immer nur in kleinen Abschnitten kennengelernt. Jetzt präsentiert die Kieler Kunsthalle eine wirklich eindrucksvolle Auswahl, in der einige der besten und interessantesten Stücke zu sehen sind. Der Titel „Von Wilhelm Leibl bis Lovis Corinth" muß zunächst als zeitliche Eingrenzung verstanden werden: Die Ausstellung umfaßt 135 ausgewählte Zeichnungen, Aquarelle und Pastelle aus der Zeit zwischen 1865 bis 1925. Den historischen Rahmen bilden das deutsche Kaiserreich, seine Entstehung und sein Zusammenbruch.

Die Kieler Auswahl zeigt aber auch die besonderen Vorlieben des Sammlers Schäfer auf. Der Hauptakzent liegt auf der Münchner Malerei und dem Leibl-Kreis. Grandios Leibls Kohlezeichnungen, die hier zu sehen sind. Mit breiten Schraffuren werden Figuren umrissen, Schatten- und Lichtfelder markiert. Nicht Linien bestimmen Raum und Figur, sondern ganze Hell-Dunkel-Felder, die zusammen mit gewischten Grauwerten wie Farben wirken. So wird das folkloristische Genre, das im Leibl-Werk dominiert, monumental überhöht.

Faszinierend auch die Landschaftsstudien von Wopfner, Wenglein und Willroider. Kleinformatige Stimmungslandschaften Oberbayerns und Kärntens wechseln sich mit heroischen Dämmerungslandschaften ab. Schöne Beispiele aus der Tiermalerei bietet Zügel. Auch Grützner zeigt sich hier einmal nicht mit seinen typisch humorigen Mönchsbildern, sondern verblüfft mit präzisen Szenen-Zeichnungen wie die „Waffenschmiede in Polling", detailbesessenes Interieur ohne „Aussage", ohne Genre-Erzählerei, wie sie die damalige Zeit so liebte.

Der Münchner Schule gegenüber steht Berlin mit Menzel, Liebermann und Anton von Werner, Uhde und Meyenheim, Arthur Kampf und Lesser Ury. Beeindruckend in seiner Ausdrucksintensität vor allem das Selbstporträt von Liebermann. Daneben seine schnellen Situationsskizzen mit schwarzer Tusche, wie „die mit dem Pferd gestürzte Fürstin", herausragendes Beispiel für den reifen Illustrationsstil dieses Künstlers.

Die Sammlung Schäfer streift schließlich auch die „unzeitgemäßen" Strömungen, vertreten durch Feuerbach, Marées, Böcklin und Klinger. Alle diese Künstler bedienten sich mit Vorliebe des weichen Stifts – der Kreide, des Graphits, der Kohle – und erzielten damit Effekte, die mit denen der Malerei wetteiferten. Erst Jugendstilkünstler wie Hofmann und Klimt geben der Linie ihre künstlerische Bedeutung zurück. Bei ihnen dominiert die Reduktion auf Schwarz und Weiß, Grau ist nicht mehr gefragt. Die einzelne Figur wird scharf stilisiert. Die Ausstellung mündet schließlich bei Egon Schiele, bei dem sich eine nervöse Linienstruktur in zahllosen spitzen und eckigen Formen bricht (bis 3. Juni; 16. Juni bis 29. Juli Städtische Kunstsammlungen Augsburg; Katalog 30 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Ein Europarats-Kolloquium über Totalitarismus

Noch viele Lebensjahre

Der Totalitarismus hat viele Gesichter. Sie im Orwell-Jahr einmal alle zu beleuchten, hatte sich der Europarat mit einem Kolloquium vorgenommen, das jetzt in Straßburg zuende ging. Sein Generalsekretär, Franz Karasek, bewies eine glückliche Hand bei der Auswahl der „Orwellisten". Für geistige Unruhe sorgte gleich zu Beginn der in München lebende russische Schriftsteller Alexander Sinowjew, der dem Modellstaat des Totalitarismus, der Sowjetunion, noch viele Lebensjahre bescheinigte.

Die zwei klassischen Formen der Unterdrückung – von oben durch die Staatsgewalt, von unten durch das soziale Umfeld und den Druck des Milieus – seien dort, meinte Sinowjew, so tief in das Bewußtsein der Bevölkerung eingesickert, daß ein „Aufstand der Massen" nur noch im Geist von Intellektuellen denkbar sei. Der Sowjetmensch lebe nicht nur unter der Willkür der Apparate, sondern sei auch dem Kontroll-Terror durch den mißtrauischen Nachbarn und dem willensschwachen Freund ausgesetzt. Das sauge die geistige Energie des Individuums auf. Übrig bleibe nur noch die Kraft, neue Formen des Überlebens zu suchen und unbemerkt kleine und kleinste Freiräume zu schaffen. Träger überschüssiger Energien landeten in psychiatrischen Kliniken oder würden als Dissidenten abgeschoben.

Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeldt vom Max-Planck-Institut für Verhaltenspsychologie unterstützte Sinowjews Thesen mit einem chronologischen Abriß der Angst- und der Aggressionsentwicklung beim Menschen. Von der Geburt bis zum Tod begleite diesen ein existentielles Urteils-Mixtum, in dem Unsicherheit und Angst, Unruhe und Furcht eine wesentliche Rolle spielten. Prof. Shoham aus Tel Aviv wies auf den ethymologischen Zusammenhang zwischen Totalitarismus und Sprache hin. Die Worte Gewalt und Schweigen hätten z. B. im Hebräischen ein und dieselbe Sprachwurzel. Ohne Sprache würde der Mensch sich selbst entfremdet, aber Sprachregelungen unterwürfen ihn. Hier schloß sich der Kreis zu Sinowjew. Sprachregelungen beherrschen den Alltag und formen das Bewußtsein, in Diktaturen mehr als in Demokratien. In der totalitären Diktatur können sie die Persönlichkeit des Menschen entkernen und zerstören.

Gottlob erschöpfte sich die Straßburger Tagung nicht in trister Zustandsanalyse, im Gegenteil, es gab eine rege Diskussion darüber, wie man dem Totalitarismus begegnen könne. Und Prof. Stanley Hoffmann von der Harvard-Universität stellte fest, daß bisher noch kein Totalitarismus so total gewesen sei, daß er die Intimsphäre des Menschen auf Dauer hätte zerstören können. Selbst da, wo er sich äußerlich fest installierte, habe sich bald immer wieder eine Routine eingeschlichen, die es dem einzelnen oder den Familien erlaube, unbemerkt die Fensterläden zu schließen und ein Eigenleben nach innen zu entfalten. Diese „Kultur der Intimität" sei und bleibe der unausrottbare, machtvolle Gegner des Totalitarismus.

JÜRGEN LIMINSKI

JOURNAL

Offener Streit im hessischen VS

dpa, Frankfurt

Das Scheitern der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz bei der Wahl zur Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller hat beim hessischen Schriftstellerverband zum offenen Streit geführt. In einer gemeinsamen Erklärung haben 22 hessische Schriftsteller – darunter die Autoren Peter Härtling, Peter O. Chotjewitz und der Politologe Iring Fetscher – die Vorsitzende des hessischen Schriftstellerverbandes, Dagmar Scherf, zum Rücktritt aufgefordert. Die Autoren protestierten damit gegen das Verhalten der hessischen Funktionärin während der Bundesdelegierten-Konferenz am 1. April in Saarbrücken. Trotz einer anderslautenden Empfehlung der hessischen Mitgliederversammlung habe die hessische VS-Vorsitzende Hans-Peter Bleuel zur Wahl vorgeschlagen, kritisierte der Schriftsteller Klaus Hensel. Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung, deren Zahl nach Angaben Hensels ständig zunehme, werteten dieses Verhalten als „kaltblütiges Ignorieren" von Kollegen-Empfehlungen und sprachen von einem kalkulierten „Sich-darüber-Hinwegsetzen". Der Landesvorstand wird aufgefordert, Frau Scherf das Mißtrauen auszusprechen.

Peymanns Vertrag mit Wien perfekt

DW. Wien

Perfekt ist jetzt der Vertrag des Bochumer Schauspielchefs Claus Peymann als Direktor des Wiener Burgtheaters ab 1986. Er will das Haus zusammen mit einem Direktorium leiten, dem Alfred Kirchner, Hermann Beil und Uwe Jens Jensen angehören. Peymann selbst will zwei, Kirchner drei Inszenierungen pro Jahr in Wien erarbeiten. Auf einer Pressekonferenz erklärte Peymann, daß er die „Burg" als „Raum des Bewahrens von Tradition" verstehen wolle; auch freue er sich auf die Zusammenarbeit mit den großen Schauspielern des Ensembles.

Preise aus Kunst und Wissenschaft

DW. Bonn

Der polnische Komponist und Musikschriftsteller Krzysztof Meyer wurde von der Universität Wien mit dem Johann-Gottfried Herder-Preis ausgezeichnet. Er wird in Höhe von 20 000 Mark von der Hamburger Stiftung F. V. S. zur Verfügung gestellt. Den Joseph-Bech-Preis 1984 der Stiftung F. V. S. erhielt der Niederländer Dirk Spierenburg. Preisträger des Kompositionswettbewerbs des Ostdeutschen Kulturrats sind Hermann Große-Schware, Klaus Hochmann, Christian Ridli, Rudolf Halczinsky und Hans-Joachim Tiedemann. Der literarische Wettbewerb des Ostdeutschen Kulturrats (Kaiserstr. 113, 5300 Bonn 1) steht dieses Jahr unter dem Thema „Immer gibt es Hoffnung". Die Deutsche Welle will künftig alle zwei Jahre einen mit 10 000 Mark dotierten Literaturpreis für Autoren aus der Dritten Welt vergeben. Der diesjährige Carl-von-Ossietzky-Preis ist zu gleichen Teilen dem Kölner Historiker Matthias von Hellfeld und der Wuppertaler Germanistin Hannelore Oelke zugesprochen worden. Die Akademie der Künste in der „DDR" verlieh ihren Heinrich-Mann-Preis an den Autor Heinz Czechowski. Die Sängerin Elisabeth Scxhwarzkopf wurde in Paris mit dem „Diapason d'Or" ausgezeichnet, der Ludwigshafener Theaterchef Rainer Antoine mit der Szymanowsky-Plakette des polnischen Kulturministeriums. Der Bildhauer Wolfgang Bier erhält den Kunstpreis der Stadt Darmstadt (10 000 Mark). Die Braunschweiger Gauß-Medaille geht an den Mikroelektroniker Heinz Beneking.

Pjotr Kapiza tot

dpa, Moskau

Der sowjetische Atomphysiker und Nobelpreisträger Pjotr Kapiza ist im Alter von 89 Jahren gestorben. Das geht aus einem Nachruf hervor, der von Parteichef Konstantin Tschernenko und namhaften Physikern unterzeichnet ist. Der mit zwei Stalin-Preisen und fünf Lenin-Orden geehrte Wissenschaftler war Mitglied von mehr als 30 ausländischen Akademien der Wissenschaften gewesen. Kapiza war der „Grand old Man" der sowjetischen Physik. Der 1978 mit dem Nobelpreis für Physik geehrte Forscher, einer der Väter der Atomphysik, war 1921 nach Absolvierung des Petrograder Polytechnikums als Universitätsprofessor nach Cambridge (England) übersiedelt, wo dem russischen Forscher die ersten Entdeckungen auf dem Gebiet der Elektronenfliehkraft gelangen. 1934 war er zu einem Gelehrtenkongreß nach Leningrad eingeladen worden. Unerwartet annullierten dann die Sowjetbehörden sein Ausreisevisum und machten ihm als sowjetischem Staatsangehörigen zur Pflicht, im Lande zu bleiben und seine Forschungstätigkeit in Moskau fortzusetzen.

Politfilm ohne Politik: M. Apteds „Gorky-Park"

Aus Moskaus Unterwelt

So könnte es auch in New Yorks Central Park passieren. Unbekümmert gleiten ein hübsches Mädchen und zwei Jugen über den zugefrorenen Teich. Ein Winteridyll. Doch immer härter kratzen die Schlittschuhe über das Eis, immer schneller rast die Kamera in Kufenhöhe hinterher. Dann ein Schrei und – Schnitt. In der nächsten Szene findet ein Polizist drei verstümmelte Leichen.

In diesem vertrackten Thriller aber heißt der Polizist Arkady Renko, und am Tatort im Moskauer Gorkij-Park taucht prompt auch der sowjetische Geheimdienst KGB auf. Zumindest zeichnet der in Hollywood arbeitende Engländer Michael Apted („Agatha") in den fahlen Farben des Winters ein dichtes Stimmungsbild Moskaus. Obwohl er dessen Atmosphäre in Helsinki einfangen mußte.

Allerdings sucht man Folklore ebenso vergeblich wie kritische Analyse. Denn um sich die Mühe feiner Schattierungen zu ersparen, färbt Apted sein Werk mit finsterstem Pessimismus ein. Sind in Melvilles Gangsterfilmen Polizisten und Gangster durch gleichermaßen üble Methoden einander ähnlich, so baut hier das Geld goldene Brücken über ideologische Gräben. Ungeniert stößt der kommunistische Funktionär mit dem amerikanischen Pelzhändler auf schmutzige Geschäfte an.

Die einzig fühlende Seele in dieser korrupten Welt ist der Polizist Renko, der genau wie der Zuschauer durch ein Labyrinth tappt. Denn zunächst setzt Apted die Teile seines Puzzles geschickt zusammen, um sie dann mit einer überraschenden Volte wieder vom Tisch zu wischen. Zudem schaffen suggestive Schnitte ein Klima allgegenwärtiger Gewalt, die freilich nur in seltenen Stichflammen explodiert.

Niemand kämpft mit offenem Visier. Man spricht von waidgerecht erlegten Zobeln und meint doch seinen Gesprächspartner. So wäre „Gorky-Park", wenn schon kein Schlüsselfilm über das KGB, so doch fast ein kunstvoll unterkühler Reißer geworden. Aber um die raffiniert hochgeschraubten Erwartungen in einer besonders aparten Lösung zu erfüllen, überspannt Apted den Spannungsbogen. Wenn sich dann im nebulösen Kleinkrieg um Pelzmonopole und Menschenhandel gleich Dutzende doppelter Böden auftun, rückt der Film in fatale Nähe zur Selbstparodie.

Überhaupt scheint der Regisseur, der zuletzt mit „Coal Miners Daughter" viel Einfühlungsvermögen bewies, gegen Ende von allen guten Geistern der Stilsicherheit verlassen zu sein. Kroch anfangs der Frost auch in die privaten Beziehungen, so künden nun pathetisch aufgeplusterte Dialoge vom melodramatischen Finale.

Da hilft es denn wenig, daß Lee Marvin den Pelzhändler mit kultivierter Gemeinheit mimt, daß Brian Dennehy Amerikas Ehre als aufrechter Detektiv auf Moskaus (!) Straßen rettet und daß William Hurt als Eigenbrötler Renko der Kraft kleiner Gesten vertraut. Von ihm hätte Michael Apted die Kunst der Andeutung lernen können.

HARTMUT WILMES



Mörderische Zobeljagd: Joanna Pacula und Lee Marvin in dem amerikanischen Kriminalfilm „Gorky-Park" FOTO: ORION

Schiller-Theater Berlin: Filippos „Innere Stimmen"

Mord, der nie passiert

In Italien trägt der neapolitanische Dramatiker und pfiffige Komiker Eduardo de Filippo viele akademische und popularische Ehren. Er ist ein Volksklassiker. Er hat in seiner Frühzeit mit Pirandello am Schreibtisch gesessen und mit Pirandello-Stücken auf der Bühne gestanden.

Er hat eine ganze Flut von witzigen, derben, blitzgescheiten und oft platterdings tiefsinnigen Volksstücken geschrieben. Aus den brodelnden Bezirken seiner unvergleichlichen Mutterstadt hat er sich geistig nie entfernt. Er ist Neapel. Er spricht, als Komiker auf der Bühne und im Film, Neapels Dialekt. Er inkarniert Italien von unten. Er ist, so kunstvoll verwoben er oft seine Komödienerfindungen konstruiert, immer eine Art seligen Mundstücks des kleinen Mannes. Eigentlich ist er, so oft und gern er übersetzt wurde, in eine andere Sprache gar nicht transportierbar.

Der italienische Gestus, der Wortschwall, die Komik, die latente Tragik, die Lässigkeit und turbulente Lustigkeit seiner Landsleute, die er szenisch so unvergleichlich anzeigt – sie sind anderen Ortes und in einer fremden Sprache kaum imitierbar. Oder sie bleiben immer nur imitiert und aufgesetzt.

Die Werkstatt des Berliner Schiller-Theaters versucht's doch wieder. Es gelingt nicht. Es bleibt ein eher melancholischer Ansatz. Wo man popularisch und komödiantisch schwelgen müßte, bleibt der Eindruck stocktrocken.

Gespielt wird „Innere Stimmen". Natürlich spielt das wieder in Neapel und dort in einer lieben, miesen Etagenkaserne. Geschrieben wurde die Komödie kurz nach dem letzten Weltkrieg. Die Leute sind ausgehungert und sind alle aus der Bahn geworfen. Sie hungern noch. Sie treiben Schwarzhandel. Ihre armselige Welt ist zusätzlich zerrüttet. Man faulenzt, man geht emsig kaum sehr ehrsamen Berufen oder Ersatzberufen nach. Der Hausportier lungert neugierig und griesgrämig durch die überfüllten Etagen.

Ein armseliger Möbelvermieter ist ein ausgemachter Spinner. Er kann Wirklichkeit und Traum nicht auseinanderhalten. Er hat im Schlaf deutlich gesehen, wie in einer der oberen Etage ein Mord geschah, der sich nie zutrug. Er holt die Polizei. Die Fiktion fliegt auf. Der Mann ist bis auf die Knochen blamiert.

Aber nun der komisch-gespenstische Einfall von der genialen Art des Eduardo de Filippo: Die kribbelnden Hausbewohner alle halten, Mann wie Frau, den ungeschehenen Mord für durchaus möglich. Sie verdächtigen sich gegenseitig emsig und ernsthaft. Kein Mord ist passiert. Aber viele hätten geschehen können, schlimmerweise.

Das ist dramaturgisch immer so doppeldeutig wie komisch wie ständig gespenstisch. Wird es aber hier nicht. Wenigstens nicht auf deutsch. Klaus Engeroffs Regie bleibt fußgängerisch und sozusagen immer nur auf Berliner Boden (Bühne: Hans Schavernoch). Die Spieler (immerhin sind Rainer Pigulla und Eva Lissa und Uta Hallant, Friedrich W. Bauschulte, Jürgen Thormann und Holger Kepich darunter) agieren bestenfalls wie gutwillige, deutsche Staatstheaterbeamte. Mit der teutonischen Imitation wird jede heitere Derbheit oder jede Doppelbödigkeit dieses popularischen Genspensterspiels ganz verfehlt. De Filippos originale Lustigkeit verpufft. Der Abend ist erfreulich kurz. Kurzweilig oder gar gespenstisch beteiligend wird er gar nicht.

FRIEDRICH LUFT

KULTURNOTIZEN

„35 Jahre Exilliteratur 1933–1945 in der Deutschen Bibliothek" heißt eine Ausstellung, in der die Deutsche Bibliothek in Frankfurt die Geschichte einer ihrer Sondersammlungen dokumentiert (bis 15. Mai).

Klaus Stephan, früherer Chefredakteur der „Tagesthemen", wird neuer Verlagsleiter bei Hoffmann und Campe.

Das Wikinger-Museum im englischen York ist jetzt offiziell eröffnet worden.

Walter Kempowski hat Teile seines Archivs der Niedersächsischen Landesbibliotek als Leihgabe übergeben.

Eine österreichische Buchwoche findet bis zum 17. April im Frankfurter Rathaus statt.

600 000 Mark bewilligte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe für die Restaurierung technischer Baudenkmäler.

„Zitterfritz" von D. Seiffert wurde von der Deutschen Akademie zum Jugendbuch des Monats gewählt.

Sir Basil Blackwell, britischer Verleger, ist 94jährig in Oxford gestorben.

Viele Worte um „Jetzt red' i"

PETER SCHMALZ, München

Sagt die Ehefrau „jetzt red' i", dann läßt sich unschwer erkennen, daß sie erstens aus dem bayerischen Sprachraum stammt und zweitens der Ehemann gut daran tut, sie ausreden zu lassen. Ähnliches ist vorstellbar zwischen Lehrern und Schülern oder Richtern und Angeklagten.

Dem Bayerischen Rundfunk war nun vor geraumer Zeit der Gedanke gekommen, seinen Fernsehzuschauern auch einmal das Wort zu genehmigen, worauf die Sendung „Jetzt red' i" kreiert und seit 1971 mit beachtlichem Erfolg im Regionalprogramm gesendet wird: Ein politischer Wirtshausdiskurs, bei dem Bürger „denen da oben" die Leviten lesen dürfen. 98 der bisher 116 Folgen moderierte Franz Schönhuber und arbeitete sich mit dieser Bildschirmpräsenz zum populärsten bayerischen Fernsehmacher hoch, bis ihn die Strudel um sein Waffen-SS-Buch erfaßten. Vor zwei Jahren wurde Schönhuber fristlos gefeuert, in einem Arbeitsgerichtsprozeß fast uneingeschränkt rehabilitiert und vom Sender abgefunden.

Doch Geld allein macht nicht glücklich, schon gar nicht einen, der Publikum braucht wie andere das tägliche Brot. Da traf sich gut, daß Franz Handlos und Ekkehard Voigt im letzten Jahr der CSU den Rücken kehrten und die Gründung einer neuen Partei planten. Schönhuber, vom einstigen Strauß-Fan zum leidenschaftlichen Kritiker des CSU-Chefs mutiert, half flugs als Dritter im Bunde mit, die „Republikaner" aus der Taufe zu heben.

Auf der weißblauen Mattscheibe durfte Schönhuber, der einst gute Chancen hatte, Chefredakteur des



Soll schweigen: Franz Schönhuber FOTO: DPA

bayerischen Fernsehens zu werden, nun nicht mehr erscheinen. Aber der Titel „Jetzt red' i" klebte weiterhin an ihm, was ihm jedoch grad recht war. Kaum gegründet, luden die „Republikaner" nach Sonthofen zu einem „Jetzt red' i" ein und kündigten an, dies mindestens noch zehnmal zu wiederholen.

Konflikte mit dem Bayerischen Rundfunk schienen unwahrscheinlich. Schon früher, als die CSU den Titel eifrig für eigene Wahlversammlungen genutzt und Schönhuber den Intendanten gebeten hatte, dagegen vorzugehen, hatte CSU-Mitglied Reinhold Vöth abgewiegelt: Eine Lapalie.

Sollte aber Schönhuber gedacht haben, was der CSU recht ist, müsse den Republikanern billig sein, so sah er sich unversehens im Irrtum. Der Sender schickte ihm eine Einstweilige Verfügung und ließ über seinen Anwalt argumentieren: Würden alle politischen Parteien „Jetzt red' i"-Veranstaltungen abhalten, hätte der BR bald keine Hörer mehr.

Doch Titelrechte können nach Paragraph 16 des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb nur im sogenannten „geschäftlichen Verkehr" geltend gemacht werden, die Tätigkeit von Gewerkschaften und Parteien fällt nicht darunter. Nach Ostern will das Münchner Gericht verkünden, ob Parteien den Titel weiter nutzen dürfen. Die Republikaner künden inzwischen an: „Jetzt reden wir", und die schwäbische CSU meint im Dialekt: „Jetzt schwätz i."



„Ich glaube, mir schwant da was . . " FOTO: MANFRED GROHE

Handel mit Organen im rechtsfreien Raum?

Eppendorfer Klinikleitung zu Vorgängen in der Pathologie

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Antworten auf 24 Fragen sollen jetzt Licht in eine Affäre bringen, die für Unbehagen in der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf gesorgt hat. Anlaß waren Organteile von Leichen aus dem Institut für Rechtsmedizin, die an eine pharmazeutische Firma in Lich gingen. Die hessische Firma stellte aus dem Gewebe Seren her, die unter anderem für Verjüngungsmittel gebraucht wurden.

Der Ärztliche Direktor der Universitätsklinik, Professor Karl-Heinz Hölzer, hat die Vorgänge untersuchen lassen und legte jetzt das Ergebnis vor: Die Verbindung zwischen dem Institut für Rechtsmedizin und der hessischen Firma sei das Resultat wissenschaftlicher Zusammenarbeit seit 1952 zwischen Professor Jürgen Schröder (72) und dem damaligen wissenschaftlichen Leiter des Unternehmens, Professor Walter Menk, gleichzeitig Serologe am Hamburger Tropeninstitut. Schröder habe modellhaft die pharmakologische Wirkung von schädlichen Seren auf weiße Blutzellen erforscht. Die Seren habe die hessische Firma hergestellt. Dafür habe Schröder aus dem Institut Organteile von Leichen „geliefert". Diese Gewebeteile, erklärte Hölzer, stammten aus den sogenannten Asservaten des Institutes, Gewebeschnitte von Leichen, deren Todesursache in der Rechtsmedizin untersucht worden war, wobei man die entnommenen Gewebeschnitte jeweils drei Jahre aufbewahrt. Nach Ablauf dieser Frist würden die Asservaten normalerweise verbrannt.

Austausch ohne Geld

Die Untersuchung habe ergeben, daß solche Organteile maximal „ein paarmal jährlich" und höchstens im Umfang von „bis zu 50 Gramm" nach Hessen gesandt worden seien, und „dann auch wieder ein bis zwei Jahre gar nicht". Hölzer betonte, daß für diesen Austausch kein Geld gezahlt worden sei. Genaue „Buchungen" aber, wann welche Organteile zur Weiterverwendung verschickt wurden, gebe es weder in Eppendorf noch offenbar in Hessen.

Professor Hölzer erklärte, daß es für die Entnahme von Gewebe für wissenschaftiche Untersuchungen oder für die Organtransplantation noch immer einen rechtsfreien Raum gebe. Grundsätzlich fänden in Eppendorf Organentnahmen für Transplantationen oder Sektionen in der Pathologie der Klinik nur mit Zustimmung der Patienten oder Angehörigen statt. Während im Pathologischen Institut die Todesfälle aus dem Krankenhaus untersucht werden (die Einwilligungen gingen in Hamburg unterdessen von 70 auf beunruhigende 65 Prozent zurück) erforschen die Rechtsmediziner als Institut der Universität die unklaren Todesursachen aus der ganzen Stadt im Auftrag der Staatsanwaltschaft. Wenn der Staatsanwalt die Leiche freigegeben habe, werde trotzdem seziert, „wenn besondere Umstände vorliegen" oder wenn es das Forschungsprogramm des Instituts erfordere, „es sei denn, die Angehörigen legen Widerspruch ein".

Neue Anordnung

Als Konsequenz der Affäre Lich / Eppendorf hat Hölzer eine Anordnung erlassen, die nach dem Motto, daß nicht alles erlaubt ist, was die Gesetze zulassen, die Weitergabe von Organteilen für kommerzielle Zwecke ohne Billigung der Klinikleitung verbietet.

Die Staatsanwaltschaft in Hessen und Hamburg bleiben unterdessen an der Sache dran. Dabei ist der „Gewebe-Handel" nicht der einzige Fall aus dem Institut für Rechtsmedizin, der die Hamburger Staatsanwälte beschäftigt. Denn wie es aussieht, wurden in dem Institut die Grenzen für Sektionen so eng nicht gezogen. Der Rechtsanwalt Klaus Hüser jedenfalls hat einen Pathologen des Hauses wegen unrechtmäßiger Sektion einer Leiche angezeigt und spricht von „illegalen Praktiken". Hintergrund der Anzeige ist der Tod einer Frau nach einem Verkehrsunfall. Am 9. 3. 1982 hatte der Staatsanwalt die Leiche freigegeben. „Der Ehemann legte gegen die Sektion Widerspruch ein", sagt Hüser. Dennoch hätten die Pathologen am Tag darauf, ohne Obduktionsanweisung die Leiche seziert – angeblich, weil der Name der Frau zehn Jahre zurvor auf einer schwarzen Liste der Polizei über Drogenkonsumenten gestanden hatte.

Hüser zeigte den Pathologen an. Der Vorgang sei offenbar kein Einzelfall, meint der Anwalt. Im Januar 1984 wurden die Ermittlungen zwar eingestellt, inzwischen läuft dagegen jedoch eine Beschwerde. Die juristische Situation sei zwar kompliziert, doch wenn in diesem Fall keine strafbare Handlung festgestellt würde, müsse dringend eine Gesetzeslücke geschlossen werden. Sonst, so fürchtet Hüser, würden die Menschen bald Freiwild der Gerichtsmediziner.

LEUTE HEUTE

Leichtes Mädchen

Farrah Fawcett, blonder Ex-„Engel für Charlie", tritt für ihren nächsten Film als leichtes Mädchen in Regierungsdienste. In dem Thriller „The Red Light Sting" spielt sie eine Prostituierte in einem Bordell, das ein FBI-Agent zur Bespitzelung eines Gangster-Bosses aufgezogen hat. Darsteller des Freudenhauschefs ist **Beau Bridges**. Die Rolle war Farrah schon im vergangenen Jahr angeboten worden. Damals mußte sie jedoch absagen, weil sie sich bei einer Vergewaltigungszene auf der Bühne das Handgelenk gebrochen hatte.

Dichtung und Wahrheit

Rock-Star **Elvis Costello** und **Kenny Dalglish**, schottischer Torschütze beim FC Liverpool, geben ihr Schauspieldebüt in einer Fernsehserie. Sie spielen zwei Brüder in einer Serie um einen 16jährigen Straßenjungen, der davon träumt, Profi-Fußballer zu werden. Die Serie läuft im Frühsommer im britischen Fernsehen an.

Zehn-Jahres-Idee

Diana Ross, Amerikas farbiger Showstar, will in Frankreich einen Fernsehfilm über das Leben von Josephine Baker drehen. „Seit zehn Jahren lebe ich mit dieser Idee, jetzt werde ich sie realisieren." Diana kam



für ein Wochenende aus Los Angeles in die Seine-Metropole, um sich mit **Jean-Claude Brialy**, einst enger Freund der Baker, zu treffen. Der Film soll auf Martinique, in den USA und in Paris gedreht werden. Ko-Produzent ist eine amerikanische Fernsehgesellschaft.

Dünne gemacht

Judy Mazel, amerikanische Entdeckerin der Ananas als Schlankheitsmittel („Die Beverly-Hills-Diät"), muß mit einer Verhaftung durch Bobbys rechnen, wenn sie das nächste Mal englischen Boden betritt. Wegen eines geplatzten 28 000-Mark-Schecks hat Scotland Yard Haftbefehl gegen sie erwirkt, weil sie einer Gerichtsvorladung keine Folge leistete.

Schlechte Nachrichten aus dem Mittelmeer

Anrainer-Konferenz bemüht sich um bessere Zusammenarbeit

E. ANTONAROS, Athen

Das Mittelmeer ist, zumindest was die Bademöglichkeiten betrifft, besser als sein Ruf: 75 bis 80 Prozent aller Badeorte in den 18 Anrainer-Staaten haben „relativ einwandfreies" Wasser und können von den knapp 100 Millionen Menschen, die dort jährlich ihren Urlaub verbringen, ohne Angst vor Gesundheitsgefährdung benutzt werden. Das ist das Ergebnis von Analysen aus 700 Meßstationen rund um das Mittelmeer, die einer jetzt in Athen stattfindenden UN-Konferenz vorliegen. Freilich: Unter den erheblich strengeren Sauberkeitskriterien der Europäischen Gemeinschaft wären nur 37 Prozent der gesamten Mittelmeerküste für Badende freigegeben worden. „Aber Touristen brauchen grundsätzlich keine Angst zu haben", versicherte ein UN-Exprte.

Das Athener Treffen, an dem 17 Anrainer-Staaten (nur Albanien ist wie üblich ferngeblieben) und die Europäische Gemeinschaft teilnehmen, wird von der Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranstaltet und hat eine besondere Bedeutung: Es geht nämlich um eine wirksame Koordinierung der im Jahre 1975 aufgenommenen Bemühungen um eine Bekämpfung der immer schlimmer werdenden Verseuchung des Mittelmeeres.

Gemeinsamer Aktionsplan

Seit der ersten Konferenz im Jahre 1975 in Barcelona haben zwar alle Regierungen ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, am Aktionsplan „sauberes Mittelmeer" aktiv mitzuwirken. Sehr viel geschehen ist allerdings bisher nicht: Eine 1976 ebenfalls in Barcelona verabschiedete Konvention zur Bekämpfung der Wasserverschmutzung ist bisher nur von sechs Anrainern – Algerien, Ägypten, Frankreich, Monaco, Tunesien und Türkei – ratifiziert und als Gesetz übernommen worden.

Es hapert wohlgemerkt auch auf anderen Gebieten: Der Direktor des Umweltprogramms Mostapha Tolba hat den in Athen versammelten Experten die Leviten gelesen. Die Jahresbeiträge, die den Etat in Höhe von 3,5 Millionen Dollar zur Finanzierung der Forschungs- und Überwachungsanlagen tragen sollen, bleiben oft aus oder kommen mit großer Verspätung.

Aus zwei umfangreichen Studien von insgesmt 100 Seiten, die jetzt in Athen den Experten und der Presse vorliegen, geht eindeutig hervor, daß 85 Prozent der Meerverschmutzung vom Land kommt: 90 Prozent aller Abwässer im Mittelmeergebiet, sei es von Industrieanlagen, Kanalisationssystemen oder Düngemittelresten, gehen ungereinigt in die See. Kläranlagen gibt es kaum, die bereits vorhandenen sind oft außer Betrieb.

Besonders dramatisch scheint die Vergiftung der im Mittelmeer beheimateten Schalentiere zu sein: Nur drei bis vier Prozent aller Hummer, Langusten oder Muscheln, die in 50 Kontrollstationen gefangen wurden, hätten unbedenklich gegessen werden können. Vorsicht ist beim Genuß dieser gefährlichen „Leckerbissen" vor allem in Algerien, Frankreich, Griechenland und Marokko geboten.

Gefährliche Fische

Eine andere Hiobsbotschaft betrifft den Gehalt des Mittelmeerwassers an Quecksilber: In einem Bericht des UN-Programms heißt es zwar, daß der Grad der Quecksilberverschmutzung nicht besorgniserregend sei. Gleichzeitig wird allerdings vor allem schwangeren Frauen empfohlen, auf den Genuß von Thunfisch und anderen Fischsorten zu verzichten.

In den jetzt vorliegenden Berichten werden die Länder, die am stärksten zur Verschmutzung des Mittelmeeres beitragen, nicht beim Namen genannt. Doch neben Algerien, Marokko, Frankreich und Griechenland – das geht aus einem Vergleich der Statistiken hervor – scheinen vor allem die spanische und die norditalienische Mittelmeerküste (insbesondere die nördliche Adria) sowie das Meergebiet östlich von Athen für Badende nicht gerade empfehlenswert zu sein.

Bei der Athener Konferenz, die morgen zu Ende geht, wollen die UN-Organisatoren vor allem eine Koordinierung der gesetzlichen Maßnahmen aller Länder zur Bekämpfung der Wasserverseuchung durchsetzen. Kein Grund zur Panik, lautet noch die von allen Seiten ausgegebene Parole. Dennoch: „Zahlreiche Fischsorten, die verschiedene Giftstoffe nicht vertragen können, sind dem Aussterben nahe", berichtete ein französischer Experte. Und ein griechischer Meeresforscher ergänzte, daß die seit zwei Jahren im Mittelmeergebiet registrierte Quallenplage ebenfalls der fortschreitenden Wasservergiftung zuzuschreiben ist.

(SAD)

Bahn rüstet IC-Züge für Behinderte um

zy, Hamburg

Rollstuhlfahrer sollen künftig auch bei der Bahn bequem reisen. Wie die Bundesbahn gestern bekanntgab, will sie bis Ende dieses Jahres die ersten 38 behindertengerechten Wagen der 2. Klasse auf den Intercity-Strecken einsetzen. Eine Serie von 30 Wagen, deren Konzeption in Zusammenarbeit mit Behinderten-Organisationen erarbeitet wurde, ist bereits in Auftrag gegeben. Weitere 98 Wagen sollen demnächst geordert werden, so daß bis Ende '86 alle Intercity-Züge mit Spezialwagen ausgerüstet sind. Hinter der Schiebetür am Ende der Großraumwagen sind drei komfortable, klappbare Sitze mit ebenfalls beweglichen Armlehnen vorgesehen. Durch die Verringerung der Sitze bleibt genügend Platz zum Abstellen für zwei Rollstühle. Der anschließende Doppelsitz ist drehbar, so daß sich Rollstuhl-Fahrer und Begleiter gegenübersitzen und unterhalten können. Weil es am Platz fehlte, blieb Rollstuhlfahrern bislang oft nichts anderes übrig, als im Gepäckwagen zu reisen.

Sojus T-10 sicher gelandet

rtr, Moskau

Die sowjetisch-indische Kosmonauten-Mannschaft ist gestern nach einer Woche in der Raumstation Saljut 7 sicher zur Erde zurückgekehrt. Sojus T-10 landete unweit der Stadt Arkalik in der Sowjetrepublik Kasachstan.

Stadt evakuiert

dpa, New York

Fast 2000 Menschen mußten gestern aus dem Städtchen Marshville (US-Bundesstaat North Carolina) evakuiert werden, nachdem bei einem Zugunglück zwei mit insgesamt einer Million Liter Methanol vollbeladene Tankwagen in Brand geraten waren und eine Explosion drohte.

Rückgabe verweigert

rtr, London

Großbritannien hat die Forderung der griechischen Regierung abgelehnt, die berühmten Marmor-Skulpturen des Athener Parthenon-Tempels zurückzugeben. Griechenland will sich nun an die UN-Kulturorganisation Unesco wenden.

Tod nach Zellenbrand

dpa, Hameln

Ein 17jähriger Häftling aus Hannover, der am 25. März seine Zelle in der Jugendvollzugsanstalt Hameln-Tündern in Brand gesetzt hatte und dabei lebensgefährlich verletzt wurde, erlag seinen Verbrennungen. Der Jugendliche saß wegen Handtaschenraubes in U-Haft.

Katastrophe auf Borneo

dpa, Paris

Ein mehr als fünf Monate dauernder Brand hat einen großen Teil der tropischen Wälder auf der indonesischen Insel Borneo vernichtet. Mindestens 3,5 Millionen Hektar dichter Wald sind verbrannt, erklärte gestern die internationale Umweltschutzgesellschaft IUCN.

Kreditschwindel in Bremen

AP, Bremen

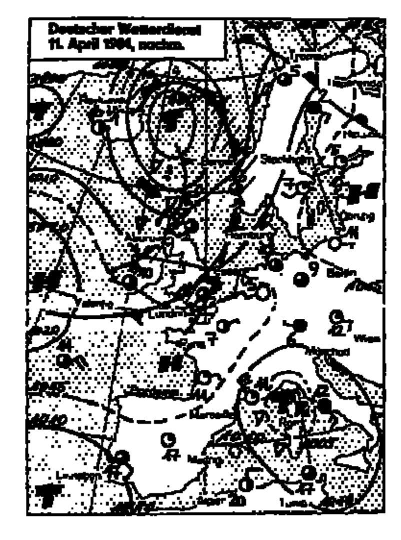
Kreditschwindler haben nach ersten Ermittlungen der Bremer Polizei Geldinstitute in der Hansestadt um mindestens sechs Millionen Mark geprellt. Rund 60 Personen sollen in die Affäre verwickelt sein, in der der Kundenberater eines Geldinstituts Kredite an Stadtstreicher, Drogenabhängige und Arbeitslose vermittelt haben soll.

ZU GUTER LETZT

„Frauen wollen mehr Gewicht" Überschrift der „Münsterschen Zeitung" zu einer Meldung über die Listenaufstellungen für die kommenden NRW-Wahlen.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Die Ausläufer eines Nordmeertiefs überqueren Deutschland von Westen her, sind im Süden aber kaum noch wetterwirksam



Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnde, im Süden auch aufgelockerte Bewölkung und vor allem im Norden gelegentlich schauerartiger Regen. Höchste Temperaturen bei 10, Tiefstwerte nachts 6 bis 3 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten

Auch im Norden Wetterberuhigung und ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	20°
Bonn	4°	Kopenh.	8°
Dresden	7°	Las Palmas	21°
Essen	5°	London	11°
Frankfurt	7°	Madrid	17°
Hamburg	9°	Mailand	6°
List/Sylt	9°	Mallorca	18°
München	6°	Moskau	14°
Stuttgart	4°	Nizza	11°
Algier	20°	Oslo	4°
Amsterdam	8°	Paris	7°
Athen	14°	Prag	7°
Barcelona	16°	Rom	12°
Brüssel	6°	Stockholm	7°
Budapest	11°	Tel Aviv	19°
Bukarest	10°	Tunis	17°
Helsinki	5°	Wien	12°
Istanbul	1°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.31 Uhr, **Untergang:** 20.15 Uhr, **Mondaufgang:** 17.03 Uhr, **Untergang:** 6.04 Uhr.

* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Schwerstarbeit in der Schwerelosigkeit

A. BÄRWOLF, Hamburg

In sechsstündiger Schwerstarbeit in der Schwerelosigkeit, 500 Kilometer über der Erde, ist es den Astronauten des Unternehmens Shuttle-11 in der Nacht zum Donnerstag gelungen, den am Vortag eingefangenen defekten Sonnen-Satelliten „Solar Max" zu reparieren. Nach elektronischer Ferndiagnose durch das Bodenkontrollzentrum wird das Sonnenobservatorium vor dem Rückflug von „Challenger" zur Erde wieder eingesetzt werden.

Die teuerste Reparatur in der Geschichte der Technik begann am Mittwoch rund vier Tage und 20 Stunden nach dem Start des US-Raumflugzeugs, das den defekten Satelliten nach der gelungenen Bergung Runde für Runde in der offenen Ladenluke um die Erde trug. Dabei war „Max" durch zwei Kabel elektronisch mit „Challenger" verbunden. Der Satellit, der im Heck des Raumflugzeugs auf einem Spezialpodest verankert worden war, wurde von dem bemannten Raumflugzeug unterdessen auch mit Strom und Wärme versorgt. Für die hochkomplizierte Reparatur, die die Astronautenspezialisten George (Pinky) Nelson und James von Hoften dutzende Male in Simulatoren geübt hatten, war „Max" vor der Befestigung auf der Arbeitsplattform durch den von Terry Hart geführten Roboterarm so gedreht worden, daß die eine Seite des beschädigten Satelliten mit der fehlerhaften Elektronik zur Lagensteuerung zur Mitte der 18 Meter langen Ladeluke von „Challenger" zeigte.

Dann stiegen Nelson und van Hoften wieder in ihre Raumanzüge und begannen nach längerem Voratmen von reinem Sauerstoff ihre anstrengende Arbeit, die nach einem ausgeklügelten Plan Handgriff für Handgriff ablief. Van Hoften bestieg zuerst das Ende des Greifarms, an dem auch die Elektrowerkzeuge für die Arbeit befestigt waren. Seine Füße waren genau wie die von Nelson, der am Boden der Ladeluke arbeitete, unter Halteschlaufen befestigt. Zuerst löste Nelson mit einem batteriebetriebenen Elektrowerkzeug zwei starke Bolzen, mit denen die schadhafte Kammer mit der Elektronik für die Lagenssteuerung von „Max" an dem Satellitenkörper befestigt war. Nelson, der genau wie van Hoften einen Doktorgrad der Ingenieurswissenschaften besitzt, reichte van Hoften die neue Einheit, die wie eine elektrische Gebläseheizung für Wohnstuben aussieht. Derweil verstaute Nelson das defekte Stück so, daß es sich im gewichtslosen Zustand nicht selbständig machen konnte. Der Austausch der Anlage mit einer Masse von rund 200 Kilogramm war von allergrößter Bedeutung, da „Max" jetzt wieder über die Fähigkeit verfügt, seine Sensoren genau auf die Sonne zur Messung von Eruptionen auf dem Muttergestirn unserer Planeten zu richten.

Dann begann das schwierigste an dem kosmischen Reparaturunternehmen: Der „Kranführer" Hart brachte van Hoften mit dem Arm in eine Position, damit der astronautische Monteur mit Scheren die Außenhaut und die darunter liegende Isolierung von „Max" aufschneiden konnte und so Zugriff zu einer ebenfalls schadhaften Hauptelektronik-Box hatte. Mit elektrischen Schraubenziehern mußten 20 Schrauben gelöst und einzelne Drahtbündel der sensiblen Elektronik fein säuerlich getrennt werden. Während dieser Arbeit, die einem chirurgischen Eingriff in die Elektronik glich, wechselten sich Nelson und van Hoften ab. Sie hatten große Mühe, die feinen Drahtpakete mit ihren klobigen Raumhandschuhen zu fassen, aber schließich gelang es ihnen doch, die neue Hauptelektronikbox zu installieren.

Die zweite Freiheit

SAD, London

Der Posträuber Charles Wilson (52), einer der führenden Köpfe des legendären Überfalls auf den Postzug von Glasgow nach London, hat sich mit 1,52 Millionen Mark von der weiteren Strafverfolgung wegen eines riesigen Steuerbetrugs freigekauft. Nun braut sich ein politischer Sturm um den Fall zusammen. Eric Heffer (62), Abgeordneter der Labour-Partei sprach von einem unerhörten Skandal.

Der mit Zustimmung des Richters geschlossene Vergleich wurde erst am Mittwoch bekannt, obwohl Wilson Old Bailey, das weltberühmte Schwurgericht in London, schon am Freitag vergangener Woche als freier Mann verlassen durfte.

Der nach dem Zugüberfall von 1963 zu 30 Jahren verurteilte Wilson war ursprünglich mit Roy James (47),einem Komplizen von damals, angeklagt. Zusammen mit anderen sollen sie sich durch einen raffinierten Trick mit Goldmünzen zehn Millionen Mark an Mehrwertsteuer-Rückerstattungen erschlichen haben.

In einem Mammutprozeß, der sich über fast zwei Jahre hinzog, wurde James („Das Wiesel") im Januar freigesprochen. Ein Mitangeklagter erhielt dreieinhalb Jahre Gefängnis. Doch über Wilsons Rolle konnten sich die Geschworenen nicht einigen. Immerhin wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen.

Vergangenen Freitag sollte die Verhandlung gegen ihn neu aufgerollt werden. In einer außergerichtlichen Einigung erklärte sich die Steuerfahndung jedoch überraschend mit der von Wilson gebotenen „Abfindung" von 400 000 Pfund zufrieden. Der Richter gab dem Handel seinen Segen und legte die Anklage zu den Akten.

„Ich bin sehr erleichtert", strahlte Wilson. Er betonte, die Zahlung bedeute kein Schuldeingeständnis. Woher der „Gebrauchtwagenhändler" so viel Geld hat, ist nicht bekannt. Sein Anteil beim Postraub betrug nur 150 000 Pfund, nach heutigem Kurs knapp 600 000 Mark, nach damaligem freilich rund 1,7 Millionen Mark. Von seiner langjährigen Postraubstrafe brauchte er nur zwölf Jahre abzusitzen. Seit 1978 ist Wilson wieder frei. Er war der letzte aus seiner Bande, der aus dem Gefängnis entlassen wurde. Wilson war kurz nach seiner Verurteilung eine spektakuläre Flucht gelungen. Erst 1967 konnte er in Kanada wieder gefaßt werden.

„Bitte einen Sittich und keine Schulden"

Wie ist die Jugend heute wirklich? – Die zweite Shell-Studie gibt Antwort an Hand von 15 000 Selbstdarstellungen

Jugendforschung, so spottete kürzlich auf einem Kongreß über politische Bildung in Berlin der Nürnberger Kulturdezernent Hermann Glaser, Jugendforschung befinde sich „stets auf dem neuesten Stande des Irrtums". Er meinte damit jene Flut mehr oder weniger wissenschaftlicher Untersuchungen und Umfragen, mit denen sich die Erwachsenen in den letzten Jahren fragend und forschend auf die Jugend stürzten, um hinterher meist ratlos über den repräsentativ-widersprüchlichen Antworten zu grübeln oder – Glaser durchaus nicht

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend – vom Umtausch ausgeschlossen. Eine Generation stellt sich vor. Rowohlt Verlag, Reinbek, 248 S., 9,80 Mark.

ausgenommen – ihre Ratlosigkeit selber, in schöne progressive Formeln gewandet, für des Rätsels Lösung zu erklären.

Es liegt nahe, die Fragerei einmal zu lassen, nicht mehr mühsam vorgestanzte Antworten auszuzählen und zu gewichten, sondern einfach nur zuzuhören, was Jugendliche sagen und schreiben. Ein Produkt solchen Zuhörens (wenn der Widersinn dieser Kombination erlaubt ist) liegt nun vor. Aus 15 000 Einsendungen wählte eine Wissenschaftlergruppe (die auch die Shell-Jugendstudie 1983 durchführte) im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell AG das Material für eine Art Anthologie jugendlicher Selbstdarstellung von heute. Der Titel klingt etwas schwülstig. Natürlich ist das Ganze nicht repräsentativ. Und es wäre absurd, hieraus jene inhaltlichen oder programmatischen Antworten zu erhoffen, die die Repräsentativuntersuchungen nicht geliefert haben.

Aber man kann hier etwas genauer hineinhören, in die Tiefe schauen. Gibt es vielleicht so etwas wie einen „Jugendstil" quer durch die Gruppen, Cliquen, sozialen Schichten und politischen Ansichten? Eine jugendspezifische Art, sich auszudrücken, sich mitzuteilen?

Ein Kontrast soll die Frage verdeutlichen. Soziologen ziehen (aus Gewohnheit oder ideologischer Neigung) gern Verbindungslinien zwischen der heutigen „Jugendbewegung" und der Studentenbewegung von 1968. Zwei Texte zur Illustration. Der eine aus der neuen rororo-Anthologie, Autor: Gabi W., 24 Jahre:

„Eines Morgens beschloß ich
ich selbst zu sein
aber als ich in meine Haut
schlüpfen wollte
verklemmte sich der Reißverschluß."

Zum gleichen Thema Identität ein Rudi-Dutschke-Zitat aus dem Jahre 1968:

„Die temporäre Subversivstellung der Studenten bringt eine dialektische Identität der unmittelbaren und historischen Interessen der Studenten überhaupt hervor."

Darüber, welche Welten zwischen diesen beiden Aussagen liegen, braucht man kein Wort zu verlieren. Der Text von Gabi W. ist aber in mehrfacher Hinsicht sehr typisch für viele der in der Anthologie gebotenen Selbstdarstellungsversuche.

Da ist einmal die poetisierende Sprache (1968 hätte sie wohl höhnisches Gelächter ausgelöst), eine Art gehobener Prosavers, am Schluß ironisch durchbrochen. Die Neigung zu einer so gehobenen, pathetischen, fast einherstolzierenden Sprache scheint um so stärker zu sein, sobald es sich um die ganz großen Probleme oder das Innerste der Seele handelt. Einflüsse kommen aus der modernen Lyrik, aber auch aus Rockmusik-Texten, Liedermacherversen, selbst aus der Sprüche-Subkultur, die in den Großstädten an Mauern und Wänden blüht. Längst nicht alle lassen in diesen gehobenen Deklamationsstil selbstironisch auch ganz andere Sprachelemente, Trivialismen oder gar Obszönitäten einfließen. In vielen Fällen liefern die jugendlichen Selbstdarsteller sich ganz arglos einem regelrechten Gefühlskitsch aus:

„Komm, wir gehen dorthin
wo Himmel und Erde sich küssen
wo die Blumen den Tau lieben
und niemals sterben müssen ..."
(Stefan N., 21 J.)

Die ausgeprägte Ich-Bezogenheit der meisten Texte ist ein weiteres Kontrastmerkmal. Nun mag man einwenden: Wer zur Selbstdarstellung aufgerufen wird wie in diesem Fall, kommt an Ich-Bezogenheit gar nicht vorbei. Dennoch unterscheidet die extreme Hinwendung vieler Texte auf das ureigene, unverwechselbare Ich sich grundsätzlich von Stil und Ausdruck der sogenannten 68er Generation.

Da sind dann selbst die politischen und gesellschaftlichen Großprobleme wie Atomkrieg, Umwelttod, Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst nicht mehr konkrete, diskutierbare oder sogar beeinflußbare objektive Faktoren, sondern sie werden nur noch assoziativ als Stichworte verwendet, an denen Einsamkeit, Verzweiflung oder auch trotziger Optimismus des eigentlichen Ich deutlich werden sollen. „Jung sein heißt: Du kaufst dir die neuesten Platten, lernst Diskussion, Aggression, Frustration, Kreml und Pentagon und gehst damit hausieren. Du zeigst den anderen, was in dir steckt. Und verbirgst doch dein Innerstes" (Markus, 18).

Hinter der schockierenden Verkleidung oft ganz bürgerliche Wünsche: Punkertreff in Hannover FOTO: MANFRED VOLLMER

Da bleibt selbst die politische Standortbestimmung vage, wenn zum Beispiel einer schreibt, er wähle die Grünen, halte sich für einen Liberalen und hoffe insgeheim auf das Prinzip Sozialdemokratie. Widersprüchlich? Nicht für diese Generation offenbar.

Selbst die Beziehung zum anderen wird bei vielen dem Ich und seinen Bedürfnissen und Gefühlen einfach untergeordnet. Einer entwirft den Angsttraum vom Atomblitz, aber rettet sich sozusagen in das starke, große Gefühl des letzten Augenblicks: „Innerlich aktiv zu sein, bietet noch die Möglichkeit einer Glückserfahrung. Es ist schön, die Liebesfähigkeit in mir zu wecken, Menschen gerne habend mich zu spüren ..." Schrankenloser Hedonismus von der feinsten Art?

Nur noch: ich und die anderen – oder allenfalls die anderen und ich?

Doch auch der Eindruck eines ganz ungehemmten Individualismus dieser Generation ist möglicherweise trügerisch. Analysiert man den Sprachstil, dann kommt man rasch darauf, daß das allermeiste bestimmten klischierten Vorbildern entlehnt ist. Diese Generation ist mit Eindrücken überfüttert, sie ist von Musik, von Sprüchen, von Zitaten, von Filmen, Comics, Nachrichten, Behauptungen, Gegenbehauptungen, Angstbildern, Wunschbildern und nicht zuletzt von den Bildern der sogenannten Prominenz beinahe umzingelt. Selbst dort, wo sich gegen die gängigen Allerweltsmeinungen der scheinbar so einhellig friedensbewegten, pessimistischen und gesellschaftskritischen oder „linken" Jugend Trotzpositionen gegensätzlicher Überzeugung zu artikulieren versuchen, spiegeln sie Medienvorbilder wider, mitunter bis zu unfreiwilliger Komik. Sabine, 15, etwa schreibt: „Ein schönes, großes Haus würde meinen Wünschen entsprechen. Das Haus sollte einen großen Garten haben, in dem sich zwei Schäferhunde tummeln. Mein erstes Kind hätte ich gerne mit dreiundzwanzig. Im Laufe meiner Ehe wären mir mehrere Kinder sehr willkommen."

Margit, 16, wünscht sich „eine große Wohnung, einen großen Garten und einen Wellensittich, keine Schulden und ein großes Auto, um damit überall hinzufahren". Sie möchte „mindestens 85 Jahre alt werden und immer gesund bleiben". Sie weiß aber, daß nicht alle ihre Wünsche in Erfüllung gehen können – „denn ich muß mich der Wirtschaftslage anpassen".

Raija, 17, schließlich teilt mit: „Wir haben vor, im nächsten Jahr zu heiraten und mit meinen 12 Kindern zu beginnen. Wenn ich Glück habe, bin ich sogar schon im ersten Monat."

Auch die Schuldgefühle, die viele empfinden, drücken sich merkwürdig klischeehaft aus. Susanne, 15: „Ich liebe mein Leben! Ich will nicht, daß es jemand zerstört. Ich möchte Kinder haben, die einmal genauso glücklich sind wie ich. Ich bin optimistisch, aber ich weiß nicht, ob das richtig ist."

Ein 16jähriger stellt sich vor, was er täte, wenn er eine Million Mark im Lotto gewänne: „... würde ich mir als erstes eine 'Fender 250 Watt' (eine bestimmte Elektrogitarre – d. Red.)-Anlage mit vier Marshall-Boxen à 300-Watt-Leistung kaufen. Als nächstes würde ich mir eine 'Dynamix 1682' PA-Anlage mit Mischpult und 24 Kanälen kaufen. Mein großer Traum wäre dann noch, eine „Fender Percussion" zu kaufen. Dann bräuchte ich nicht mehr auf meiner 'Casuga Baß' herumzuhauen. Auch würde ich meine 'Heavy Metal'-Plattensammlung vervollständigen. Nachdem ich mir dann ein Super-Tonstudio zugelegt habe und damit meinem Weg als Berufsmusiker nichts mehr im Wege stände ..., würde ich das restliche Geld den Leuten schicken, die es wirklich brauchen. Diese Überlegungen sind eigentlich sehr egoistisch, denn den anderen gibt man doch immer dann erst etwas ab, wenn man selbst schon genug hat. Deshalb würde ich auch nicht hoffen, daß ich eine Million gewinne, um nicht in Versuchung zu kommen, Geld für Dinge auszugeben, die nicht lebensnotwendig sind."

So scheinen selbst die geheimsten Wünsche von Vorbildern aus den Medien reglementiert. Und so ist es, wenn man genau hinsieht, im Grunde meist auch mit den Protestäußerungen, den Hilferufen, ja sogar den nur noch als Provokation gemeinten Wutschreien gegen die Erwachsenen, die Politiker, die Lehrer oder alle die, die sich da ein Bild von der sogenannten Jugend von heute zu machen unterstehen. Ein manchmal fast marktschreierischer Subjektivismus ohne wirkliche Individualität – ist das der „Jugendstil" der 80er Jahre?

Es gibt Ausnahmen. Zu ihnen gehören bemerkenswerterweise einige Zeugnisse türkischer Jugendlicher. Sie erzählen. Es ist eine weniger pathetische Art der Selbstdarstellung. Auch sie ist stellenweise nicht ganz frei von gängigen Formeln. Vielleicht spielt dabei die größere Distanz zur deutschen Sprache eine in diesem Fall hilfreiche Rolle. Aber hier ist plötzlich Realität spürbar. Man sieht, man hört, man riecht die Dinge.

Ähnliches gilt übrigens auch für einige Zeugnisse aus sozialen Problemsituationen: „Als ich ungefähr sechs oder sieben Jahre alt war, habe ich meinen Vater immer von der Arbeit abgeholt. Jeden Nachmittag um halb fünf stand ich vor der Firma. Ich habe das immer sehr gerne getan, weil Papa sich dann immer freute und seinen Arbeitskollegen sagen konnte, was für eine tolle Tochter er habe. Ich war damals sein ganzer Stolz." So beginnt die 19jährige Corina ihren Lebensbericht: eine schmerzhafte Spur aus Wurt, Haß, Prügel, Alkoholismus, Trennung, Fortlaufen, Gericht."

Mittendrin das Aufblitzen des ganz anderen: „Komischerweise war ich das Lieblingskind von ihm, denn ich war die einzige, die immer irgendwie alles bekam, denn ich wußte, wie ich es anstellen mußte, und ich glaube auch, daß Papa meine Frechheit imponierte, denn ich ließ mich nicht von ihm abwimmeln, egal, um was es ging. Ich wurde auch schneller selbständig als die anderen; auch das mochte Papa."

Da ist das Unglück, weil es eben viel realer ist als das nur ausgemalte, angstgeträumte, heraufbeschworene des allgemeinen Zukunftsschreckens, gleich auch sehr viel eindrucksvoller.

Und noch eine Ausnahme ist zu registrieren. In der Schilderung ihrer Träume – der ganz normalen, nicht etwa der vorprogrammiert „politischen" – gewinnen mehrere Jugendliche plötzlich die Kraft, sich von den Klischees freizumachen, einen ganz individuellen Stil zu erreichen. Fast will es scheinen, als führe die Auseinandersetzung mit der eigenen Wirklichkeit viele junge Menschen in eine eigenartige Verkrampfung, die sich im Ausdruck wiederfindet. „Jungsein macht riesig Spaß – auch wenn der von mir eingesandte Text dies nicht gerade aussagt!", schrieb Sibylle Knabe als Anmerkung an das Wissenschaftlerteam.

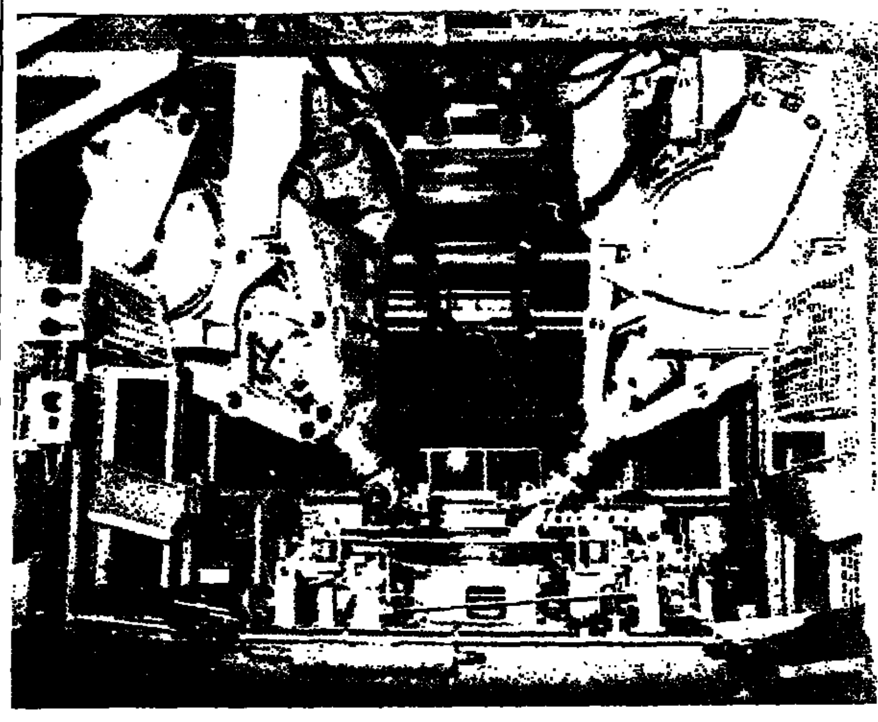
Ein Fazit aus alledem zu ziehen, fällt nicht leicht. Daß Jugend etwas in sich sehr Widersprüchliches, rasch Vergängliches und Wechselndes ist, weiß man schon vorher. Selbst aus den trockensten oder vordergründigsten Umfragen geht das hervor. Die Auswahl der Selbstzeugnisse – sogar wenn sie mit bestimmten, nicht ganz richtungsneutralen Absichten vorgenommen worden sein sollte – bestätigt dies auf eindrucksvolle Weise. Aber gibt es nun einen spezifischen „Jugendstil"?

Er wäre, wenn überhaupt, eine Kombination aus Ich-Bezogenheit, Pathos, Subjektivismus und auf der anderen Seite einer Klischeehaftigkeit, die sich sämtlicher erreichbaren Vorbilder bis hin zu Satire, Trivialsprache oder gar simpler Beschimpfung bedient. Dieser Stil ist meilenweit entfernt von der unterkühlten, betont objektivierenden, die Sache, das Problem, die Hintergründe, die logischen Verknüpfungen betonenden Ausdrucksweise der 60er und 70er Jahre.

Man wird sich außerdem fragen, welche Lehren daraus diejenigen ziehen könnten, deren Absicht es ist, junge Menschen anzusprechen – sei es als Politiker, als Erzieher, als Psychologen oder auch als Autoren. Bestimmte sensationelle Bucherfolge bei Jugendlichen (etwa Michael Ende oder früher Tolkien) scheinen ganz bestimmte Stilrezepte nahezulegen. In Diskussionen mit Jugendlichen zeigt sich gelegentlich auch, daß einfache, fast kitschig wirkende Gefühlsäußerungen aus dem Munde von Erwachsenen selbst die größten sachlichen Meinungsdifferenzen zu überspringen vermögen.

Dennoch seien vor allem die Politiker dringend davor gewarnt, im Gespräch mit der Jugend den vermeintlichen „Jugendstil" einfach zu kopieren oder für sich selbst zu verwerten. Wer sich sprachlich anzubiedern versucht, erntet in der Regel Hohn und Verachtung. Wichtiger ist wohl, diskret zu zeigen, daß man sich nicht nur bemüht, sondern auch in der Lage ist, den Ausdrucks- und Generationsstil der Diskussionspartner zu verstehen, ihn nachzuempfinden. Vielleicht sollten Politiker einfach ein wenig mehr lesen, nicht nur die Zeitung.

JOACHIM NEANDER



Aus dem „Neuen Universum Nr. 100": Industrieroboter

Schon hundert Jahre lang Freude am Neuen Universum

Seit hundert Jahren liegen sie nun unterm Weihnachtsbaum als passendes Präsent für aufgeweckte, technisch interessierte Jungen: die Bände des „Neuen Universums". Zur Feier des Jubiläums hat sich der Südwest Verlag etwas Besonderes einfallen lassen: Gleichzeitig mit Band hundert (448 S., 32,80 Mark) brachte er als Reprint den Band eins (320 S., 29,80 Mark) der berühmten Reihe heraus, der seinerzeit bei W. Spemann in Stuttgart erschien. Die beiden Bände miteinander zu vergleichen, bereitet höchstes kulturhistorisches Vergnügen.

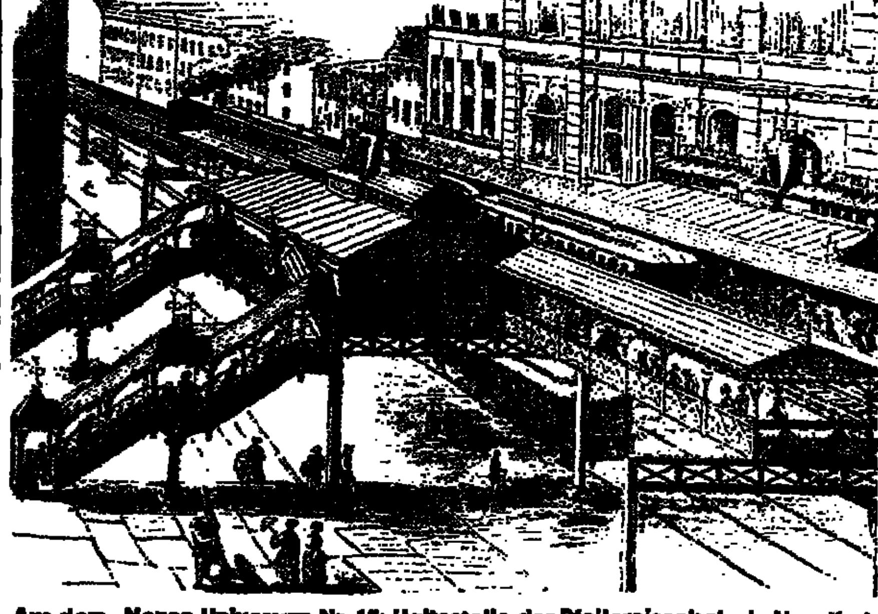
Schon der Einband kann verschiedener nicht sein. Band eins zeigt einen roten Kunstlederdeckel, in den der Titel golden eingeprägt ist; allegorische Putten schwenken geisterhellende Fackeln oder Fahnen mit dem Aufdruck „Reichspatent". Band hundert dagegen prangt mit einem grellbunten Farbfoto (über Ballonfahrer), und auch im Inneren tritt das Farbfoto mindestens gleichberechtigt neben die Texte, während sich Band eins mit bescheidenen Schwarz-Weiß-Zeichnungen begnügt (begnügen muß).

Unverändert ist das „Anliegen" des „Neuen Universums": die „reifere Jugend" mit den „interessantesten Erfindungen und Entdeckungen" bekannt zu machen, technisches Verständnis zu wecken, spannend und populär über Neues aus der Welt von Physik und Chemie, Industrie und Verkehrswesen, Naturgeschichte und „Gesundheitslehre" zu berichten. Typische Themen in Band eins sind etwa „Gebirgseisenbahnen in Europa und Amerika", „Das Celluloid", „Ein selbsttätiger Feuer-Meldeapparat", „Die Kunstbutter", „Vanille", „Die Eisfabrikation". Typische Themen in Band hundert: „Grenzen des Großbrückenbaus", „Das Windkraftwerk kommt", „Radiosignale aus dem Atomkern", „Energiesparen mit Mikroelektronik", „Bakterien als Bergleute".

Als Autoren fungieren in Band hundert bekannte Wissenschaftsjournalisten; die Schreiber für Band eins blieben anonym. Das bedeutet aber keinesfalls, daß sie schlechter gewesen wären als ihre heutigen Kollegen. Man vergleiche den anonymen Aufsatz über „Heuschrecken in Indien" aus Band eins mit „Heuschrecken – die 'Zähne des Windes'" von Theo Löbsack aus Band hundert! Der ruhige Mitteilungsstil von 1884 ist dem atemlosen Reporterstil von 1984 deutlich überlegen.

Auch sonst enthüllt das erste „Neue Universum" so manchen Vorzug, den das hundertste nicht mehr hat. Es bietet eine Fülle von sogenannten „Kleinen Mitteilungen" und Denksportaufgaben, die den jugendlichen Leser zum Mitmachen und Sich-Engagieren einladen. Das Hochglanzprodukt von 1984 präsentiert sich dagegen eher abweisend. Ein Großartikel löst den anderen ab, der Jugendliche wird mit Superwissen geradezu eingeschüchtert.

Wie sympatisch berührt da eine nachgeschobene Notiz in Band eins zu einem Aufsatz über einen Tunnel unter dem Hudson! „Nach Schluß der Redaktion", heißt es da, „geht uns die Nachricht zu, daß eingetretene technische Schwierigkeiten die Arbeiten im Tunnel aufhalten. Nähere Details fehlen noch." ANDREAS WILD



Aus dem „Neuen Universum Nr. 1": Haltestelle der Pfeilereisenbahn in New York


John Howe: Der Fischer mit dem Butt


Georges Lemoine: Der Zinnsoldat


R. Innocenti: Aschenputtel modern

Marshall Arisman: In der Folterkammer

Aschenputtels Schwestern tragen Bubikopf

Von „Fitchers Vogel" bis zur „Grünen Warzenbraut" – Eine neue Reihe mit illustrierten Märchen bei Middelhauve

Kinder brauchen Märchen" – Bruno Bettelheims *kategorischer Buchtitel* macht langsam Schule. Märchen werden wieder zum Lesefutter der frühen Kinderjahre – ohne Wenn und Aber. Und auch die Erwachsenen finden erneut an den alten Geschichten Vergnügen, an den Ausgaben, mit denen sie seinerzeit aufgewachsen sind, und an neuen. Da kann man zur wer-weiß-wievielten Auflage von Grimm, Musäus, Bechstein mit den Holzschnitten nach Ludwig Richter und Moritz von Schwind greifen, nach dem Hauff mit Hosemanns Zeichnungen oder dem Andersen mit V. Pedersens romantischen Holzschnitten, wenngleich sie uns heute zu betulich scheinen,

„Fitchers Vogel" *von Jakob und Wilhelm* Grimm, ill. v. Marshall Arisman.
„Von dem Fischer und seiner Frau" von Philipp Otto Runge, ill. v. John Howe.
„Der standhafte Zinnsoldat" nach Hans Christian Andersen, ill. v. Georges Lemoi*ne*.
„Der Tannenbaum" nach Hans Christian Andersen, mit Photos v. M. Imsand u. Rita Marshall.
„Aschenputtel" nach Charles Perrault, ill. v. Roberto Innocenti (letztere drei nach*erzählt v. Ludwik Askenazy*).
„Jakob auf der Bohnenleiter", ill. v. André François.
„Die grüne Warzenbraut", ill. v. Seymor Chwast.
„Prinz Ring", ill. v. Heinz Edelmann, (letz*tere drei nacherzählt von Christine* Nöstlinger).
Alle: Middelhauve Verlag, Köln. je 32 S., 16,80 Mark.

weil sie nur abbilden, was wir zu kennen glauben, uns aber nicht in die Geschichte locken. Inzwischen sind die Märchenbücher Legion, doch die guten Illustratoren bleiben dünn gesät. Maurice Sendak gehört zu ihnen und Lisbeth Zwerger. Edward Gorey hat *sich an „Rotkäppchen" und „Rumpelstilzchen"* auf sehr eigenwillige Weise vesucht, und Errol Le Cain mit seinen Anleihen bei Arcimboldi und dem – so paradox das klingt – unwirklichen Realismus, wie er besonders bei den britischen Kinderbuchmalern beliebt ist, schuf ein paar schöne Märchenbilderbücher. Dazu kommt jetzt eine Reihe mit dem etwas großspurigen Titel „Gelebte Phantasie", die Märchen aus den verschiedensten Weltgegenden in Einzelausgaben vorlegt. Der welschschweizer Kinderbuchmaler Etienne Delessert und Gertraud Middelhauve, in deren Kölner Verlag die deutschen Versionen erscheinen, haben dafür als Illustratoren Maler und Zeichner gewonnen, die – obwohl sie sich auch gelegentlich schon auf das gefährliche Pflaster des Kinderbuches wagten – vor allem als Werbegra*phiker bekannt* wurden.

Jede Zeit muß wohl die alten Märchen neu gewinnen. Auf ihre Weise. In der Erzählung und in der Bebilderung. Ludwig Tieck, Zeitgenosse der Brüder Grimm, hat bereits 1797 die Geschichte vom „Gestiefelten Kater" mit „romantischer Ironie" verfremdet. Und für unsere Zeit hat sie Hans Fischer neu erzählt. Er hat sie nicht verändert, sondern nur ab und zu hinzugefügt, „was nicht in der Geschichte steht", nämlich daß der Kater erst mühsam lernen mußte, in den Stiefeln zu gehen, oder daß er sich, weil er sich vor dem Zauberer fürchtete, vorher ordentlich putzte. Das wurde dann jeweils in vielen witzigen Bildern wortlos ausgesponnen. Aber es gibt auch noch eine andere Art, sich die alten Märchen anzueignen. Janosch hat das getan und Tomi Ungerer, indem er u. a. Rotkäppchen mit dem Wolf anbandeln, die böse Großmutter aber vor Hunger auf Mausegröße schrumpfen läßt – natürlich durch deftig bunte Bilder ausgemalt.

So weit geht die neue Middelhauve-Reihe nicht. Sie hält sich an die Texte der Brüder Grimm und Philipp Otto Runges oder läßt Fremdsprachiges von Ludwik Askenazy *und Christine Nöstlinger nacherzählen*. Da geht dann allerdings manchmal die Behäbigkeit, die Freude an der Wiederholung, am Ritual, die für das Märchenerzählen charakteristisch ist, verloren. So fährt „Aschenputtel" nur noch zweimal zum Tanze. Auch gibt es kein „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen", kein „Bäumchen, schüttel dich" oder „Rucke di guck, Blut ist im Schuck". Die ganze Geschichte wurde vielmehr in die zwanziger Jahre verlegt, die Töchter tragen Charleston-Kleider und Bubikopf, fahren mit dem Auto aufs Schloß, und nur Aschenputtel wird eine Kutsche zugebilligt. Trotzdem ist das ein amüsantes Buch, denn Roberto Innocenti hat dazu Bilder gemalt, die an Inserate der Art-Deco-Zeit erinnern. Sie haben Witz und sind in sich bündig – wenngleich wohl nur für Erwachsene.

Am konventionellsten ist „Der standhafte Zinnsoldat" von Georges Lemoine ausgefallen. Zu diesem Andersen-Märchen bevorzuge ich noch immer die Zeichnungen von Monika Laimgruber (wie mir auch andere Bücher von Lemoine, z. B. aus der Reihe „Enfantimages" bei Gallimard besser gefallen). Und richtig mißglückt ist „Der Tannenbaum", mit Fotografien von Marcel Imsand und Rita Marshall (die zugleich für die gute Typographie und das bemerkenswerte Layout der Reihe verantwortlich ist). Da mimt ein kleines Mädchen im Wald und im Haus den Tannenbaum, der immer höher hinaus will und deswegen die Gegenwart nicht zu *schätzen und zu genießen weiß. Es ist das* alte Dilemma mit Fotos in Kinderbüchern, das hier besonders krass hervortritt: Die inszenierte Situation gewinnt nie die Klarheit einer Zeichnung, weil unwichtige Nebensächlichkeiten von der Hauptsache ablenken. Selbst die einst hochgerühmten Fotobilderbücher von Ylla über den kleinen Löwen oder den kleinen Elefanten (zu denen immerhin Jacques Prévert den Text schrieb) waren von diesem Manko nicht frei. Und noch verwirrender fällt die Irritation durch die Ungenauigkeit des Fotos, die keinen Gewinn an Phantasie bringt, bei „Le Petit Chaperon rouge" aus, das Sarah Moon *für die* Delessert-Reihe aufnahm (das jedoch nicht in deutsch erschien). Es sind schöne Bilder, die effektvoll mit Tag- und Nachtlicht spielen, nur erzählen sie nicht die Geschichte vom „Rotkäppchen". Ähnlich ist es beim „Tannenbaum", auch da bereitet es erhebliche Schwierigkeiten, in dem niedlichen Mädchen den griesgrämigen „Hauptdarsteller" zu erkennen.

Eine lustige Bebilderung ist André François bei dem englischen Märchen von „Jakob auf der Bohnenleiter" und Seymor Chwast bei der norwegischen Geschichte von der „Grünen Warzenbraut" gelungen, die beide mit der Freude am Naiven die handelnden Personen in farbigen Kreiden so ins Bild setzen, daß Kinder mit ihnen mitleben können. An der Grenze zwischen Kinder- und Erwachsenenbilderbuch steht das Märchen „Von dem Fischer und seiner Frau", *das John Howe mit einem Realismus* illustrierte, der die Ängste des Mannes und die Gier der Frau subtil sichtbar macht. Das Buch steht gleichwertig neben den bislang unerreichten Radierungen von Marcus Behmer.

Das isländische Märchen vom „Prinz Ring" und seinem hilfreichen Hund wird von Heinz Edelmann mit dem Raffinement und Schwung eines ungewöhnlichen Comics erzählt: Nichts mehr von der Geruhsamkeit, die sonst solchen Geschichten eigen ist, obwohl Christine Nöstlinger das Märchen nicht unzulässig verkürzt. Die Bilder als Kürzel der die Handlung vorantreibenden Aktionen reißen mit ihrem Stakkato einfach mit. Ganz anders, aber nicht weniger überzeugend, gestaltete Marshall Arisman Grimms „Fitchers Vogel". Während Maurice Sendak zu dieser Geschichte ein Blatt entwarf, das die Ambivalenz zwischen Grausamkeit und grotesker Komik emblematisch bündelte, läßt Arisman, der bei Francis Bacon in die Schule gegangen zu sein scheint, in düsteren, geradezu bösen Farben eine Welt voller Schrecken entstehen. Das wird nicht ausgemalt, sondern nur angedeutet. Man ahnt das Unheil, ohne es zu sehen. Das Märchen wird lebendig.

Summa summarum: Es ist angesichts dieser Reihe schwer, der Versuchung zu widerstehen, wieder einmal Märchen zu lesen.

PETER DITTMAR

Heinz Edelmann: Der große Hund springt aus der Kammer (Illustration zu dem isländischen Märchen „Prinz Ring")

Dreie auf einen Streich

Barbara Bartos-Höppners Bücher in diesem Frühjahr

Sie gehört zu den unermüdlichsten Kinderbuchschreiberinnen und Herausgeberinnen in Deutschland. Kein Jahr, *ohne daß mindestens zwei Bücher von ihr* auf den Markt kommen. In diesem Frühling taucht der Name Barbara Bartos-Höppner gleich dreifach auf, bei drei verschiedenen Verlagen.

Mit dem Buch für die Allerjüngsten wollen wir beginnen. 700 Jahre sind vergangen, seit der berühmte Rattenfänger von Hameln die Kinder der Weserstadt durch die Klänge seiner Zauberflöte fortgelockt hat. Die Stadt Hameln feiert jetzt „ihren" Rattenfänger, der *sie einst von den gierigen Tieren befreite* und dann aus Zorn über die dürftige Entlohnung die Kinder raubte, mit einer großen Ausstellung und fröhlichen Festen. Da kommt das Gemeinschaftsprodukt von Barbara Bartos-Höppner und Annegret Fuchsgruber, einer unserer talentiertesten Illustratorinnen, gerade termingerecht auf den Markt.

Das Bilderbuch fällt gleich durch sein Titelbild auf: In dunklen, satten Farben wird *ein spitznasiger Rattenfänger gezeigt*, dermunter flöteblasend über ein Aquädukt schreitet, acht dicke Ratten auf den Fersen. Die großflächigen Bilder der Fuchsgruber variieren zwischen Hell und Dunkel, mal dämonisch, mal verspielt, je nach Lust und Laune und Rhythmus der Geschichte. Die wird von Frau Bartos-Höppner gradlinig und möglichst nah an der alten Legende erzählt. Das mag manchen geplagten Eltern, die sich abends mit den lieben Kleinen noch dransetzen wollen, ein bißchen viel des Textes sein. Aber wer will, überspringt auch gelegentlich ein paar Zeilen. Das schadet überhaupt nicht; als eines der ersten Lese- oder Vorlesebücher eignet sich dieser „Rattenfänger von Hameln" allemal.

Barbara Bartos-Höppner:
Der Rattenfänger von Hameln
Annette Betz Verlag, Wien. 32 S., 19,80 Mark.
Schnüpperle
Vierundzwanzig Ostergeschichten. Bertelsmann Verlag, München. 128 S., 13,50 Mark.
Kindergedichte unserer Zeit
Arena Verlag, Würzburg. 152 S., 24,80 Mark.

Als Erzählerin von Geschichten für Kinder ab sechs Jahren fungiert Barbara Bartos-Höppner in dem bei Bertelsmann erschienenen Büchlein „Schnüpperle". Schnüpperle ist vielen Kinder schon aus früheren Büchern der Autorin wohl vertraut. Er ist ein kleiner aufgeweckter Frechdachs, der im Alltag all das erlebt, was Kinder eben so erleben. Vor allem aber läuft Schnüpperle mit weit offenen Augen durch die Welt und sieht viele Dinge, die vielen anderen Kindern seines Alters entgehen – dicke Fliegen zum Beispiel und die ersten Blumen, Igel und anderes Getier.


Barbara Bartos-Höppner FOTO: DPA

In diesen Ostergeschichten kombiniert Barbara Bartos-Höppner geschickt den Wechsel der Jahreszeiten und die damit verbundenen Naturereignisse mit Schnüpperles eigenen Erfahrungen in der Vorfrühlingszeit. Er hat einen Schnupfen, er geht trotzdem zum Kostümfest, er wird Opfer von Aprilscherzen und erfährt in der Kirche vom Sinn der Fastenzeit. Zwischen Februar und dem Tag, an dem endlich der Osterhase kommt, passiert sehr *viel in Schnüpperles* Leben – Harmloses, Lustiges, Bedenkenswertes.

Daß lesende Kinder den Jungen mögen – auch wenn dieser weder als Pirat über die *Meere* segelt *noch* gefährliche Verbrecher stellt – liegt daran, daß er wie die meisten von ihnen kein Musterknabe ist, sondern ein netter Strolch, mit dem sie sich identifizieren können. Und er hat eine Familie, von der man nur träumen kann, wenn man in weniger angenehmen Verhältnissen aufwächst.

Im Arena-Verlag ist das dritte Frühlings-Buch der Autorin herausgekommen, eine Sammlung moderner (und ein paar älterer) Kindergedichte und Sprüche. Diese „Kindergedichte unserer Zeit", geeignet für Kinder ab sieben Jahren, stammen unter anderem von Wilhelm Busch, James Krüss und Jürgen Spohn. Sie sind heiter, besinnlich, verrückt, lehrhaft, ernst – je nachdem. Die älteren Verse entstammen dem Volksgut, Liedchen aus dem Elsaß, aus Hessen, aus der Altmark. Das sind Lieder, die schon unsere Vorfahren als Kinder sangen und die an die berühmten englischen Nursery-Rhymes erinnern.

Es gibt hier Verse und Liedchen für jede Lebenslage, bunt gemischt und gerüttelt, alt neben jung, Storm neben Josef Guggenmoos, Busch neben Hans Baumann. – Hinzuweisen ist dabei unbedingt auf die hübschen, text- und kindgerechten Zeichnungen von Christine Wilhelm. Sie verleihen dem Sammelband zusätzliche Würze.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Ratschläge für alle Krisen

Dem einen mag manches zu dick aufgetragen, dem anderen zu stark vereinfacht vorkommen an Othmar Franz Langs Erzählung **„Ein Baum hat viele Blätter"** (Benziger Verlag, Zürich/Köln. 163 S., 18,80 Mark). Auf jeden Fall stößt man sich an dem Geschwindmarsch durch tagesaktuelle Problemkreise von der Krise der Familienbeziehungen über die *Zerstörung* der *Umwelt* und die Angst vor dem Atomkrieg, über Repression in der Schule zur Flucht in die Jugendsekte. Die flachen Schablonen genügen nicht, die hier als Charaktere agieren, und man vermag sich auch nicht fesseln zu lassen von der leitmotivischen Frage, ob die Mitschülerin Tanja nun einen Busen hat oder nicht. Man fragt nach Kunst, wenn das Buch an der erzählerisch ergiebigsten Stelle abbricht und die Befreiung des Helden Martin aus den Klauen der Mun-Jünger nur noch summarisch abspult.

Aber vielleicht hat die Geschichte für 14- bis 18jährige Leser mit Kunst nichts im Sinn, sondern will nur Warnung, Verständnishilfe und Ratgeber sein. So gesehen, hat das Buch seine Funktion.

Sympathisch ist der lockere Stil, der *ohne Anbiederungen auskommt*, sympathisch ist vor allem die Offenheit, die alle Beziehungen, Entschlüsse und Entwicklungen so vorläufig läßt, wie es paßt für das Alter der Helden, des etwa sechzehnjährigen Martin und seiner Klassenkameraden. Und vorbehaltlos anzuerkennen sind die Positionen, aus denen argumentiert wird: für Toleranz, soziales Engagement und Verantwortung.

ULRIKE GONDORF

Kinder- und Jugendbücher

Wie man den findet, der zu einem paßt

Das Partnerbuch des Psychologen Hans J. Eysenck

Der bekannte, 1916 in Berlin geborene englische Psychologe ist aus eigener Erfahrung mit den Problemen vertraut: er hat „eine mäßig unglückliche Ehe" hinter sich und lebt jetzt „in einer sehr glücklichen Ehe". Er weiß außerdem, daß die Ehe dem Menschen gut tut: Verheiratete sind im Schnitt glücklicher, gesünder und selbstbewußter als Unverheiratete: Das ist wissenschaftlich belegbar, nur: „Wenn die Ehe uns so gut tut, warum läßt sich von drei Paaren eines wieder scheiden?"

Im Prinzip gibt es dafür zwei Erklärungen, die einander nicht ausschließen: Es kann an einer falschen Partnerwahl liegen,

Hans J. Eysenck:
Das Partnerbuch
Anleitung zum Glücklichsein. Verlag Molden-Seewald, München, 222 S., 29,80 Mark.

wenn eine Ehe sich unglücklich entwickelt, oder an der Art des Umgangs der Partner miteinander, die früher oder später eine für beide unerträgliche Situation entstehen läßt. Die Psychologie soll uns helfen, Fehler der einen und der anderen Art zu erkennen und vielleicht auch zu vermeiden; trotzdem verspricht sie – wie ich glaube – mit einer „Anleitung zum Glücklichsein" zu viel.

Die empirischen Befunde, auf die der Autor sich stützt, stammen aus einer Erhebung an 560 Ehepaaren, die sich bereiterklärt hatten, unabhängig voneinander einen ziemlich umfangreichen Fragebogen auszufüllen, der über Persönlichkeitseigenschaften, sexuelle Tendenzen und die Zufriedenheit mit der Ehe Auskunft gibt. Außerdem standen von anderen Autoren mit den Eysenckschen Tests erhobene Daten von etwa 1000 geschiedenen und verheirateten Männern und Frauen zur Verfügung, sowie die umfangreichen Befragungsergebnisse, über die Eysenck schon in seinem Buch über „Sexualität und Persönlichkeit" (1977) berichtet hat.

Inwieweit sich die festgestellten Zusammenhänge von Engländern auf Deutsche übertragen lassen, ist ungewiß. Eysenck selbst sieht hier offenbar keine besonderen Schwierigkeiten, denn er rechnet mit allgemein-menschlichen, hauptsächlich anlagebedingten Gegebenheiten. Dabei orientiert er sich an den „Soziobiologen" um E. O. Wilson, von denen er auch die These übernimmt, „daß der Mann (von Natur aus) polygam und die Frau monogam ist". Es gebe nämlich „einen biologischen Instinkt, der den Mann dazu treibt, sein genetisches Material, seine Samenzellen so breitgefächert wie möglich zu verteilen... Dieser Drang... erklärt auch die männliche Promiskuität... Der weibliche Instinkt wiederum geht dahin, wählerisch zu sein". Energische Proteste sind hier gewiß nicht nur von ausgesprochenen Feministinnen zu erwarten.

Eysenck zielt zwar mit seinem Maskulinitäts-Fragebogen auf das Extrem des rücksichtslosen und tyrannischen Wüstlings, jedoch würde er diesen nur einer überdurchschnittlich femininen Partnerin empfehlen. Am besten fahren beide Teile, wenn jeder der beiden Partner auch gegengeschlechtliche Charakterzüge besitzt, d. h. zur Androgynie tendiert, oder wenn beide Persönlichkeiten der vorherrschenden gesellschaftlichen Norm entsprechen. In der Tat scheinen so beschaffene Paare auch häufig zusammenzufinden. Sie liefern damit einen Beweis dafür, daß bei der Partnerwahl die Tendenz zur „Homoganie" vorherrscht. Das ist auch gut so, denn „je ähnlicher sich zwei Menschen sind, desto... größer sind die Chancen, ein Glück zu finden, das nicht bloß ein Strohfeuer ist".

Leider gibt es in dem Buch nicht viele Ratschläge dieser Art, denn im Grunde meint der Autor, „wer wen heiratet, hat nichts damit zu tun, wer in der Ehe glücklich ist oder nicht. Das Glück ist eine Frage der Persönlichkeit – nicht der Übereinstimmung zweier Persönlichkeiten in der Ehe". Ich gestehe, daß ich aus dieser Sicht Eysencks eigene Ehe-Erfahrungen nicht verstehe, aber der Autor versichert uns auf Grund von Zwillingsuntersuchungen, es komme vor allem auf die „Glücksfähigkeit" an, auf die „genetische Faktoren einen starken Einfluß... ausüben".

Das Buch enthält eine Anzahl von Fragebogen mit den Anweisungen für deren Auswertung. Sie gestatten, sowohl die eigene Persönlichkeit als auch die des Partners zu erfassen. Wahrscheinlich versteht man danach einander besser, und auf diese Weise ließe sich vielleicht auch der Weg zu einem für beide Teile befriedigenden Zusammenleben leichter finden. Daneben wird in dem Kapitel über Ehe-Therapie ein lerntheoretischer Ansatz zur gegenseitigen positiven Verstärkung skizziert. Patentrezepte zu geben, lehnt der Autor freilich ab, denn „es gibt keine allgemeinverbindlichen Lösungen!"

PETER R. HOFSTÄTTER



Wo sich die „klassischen" Vorläufer der Mafia und der Roten Brigaden tummelten: Blick auf die Kulissen von Pompei

FOTO: KLAUS LEHNARTZ

Große Angst vor Spartakus

Mord in Campanien: Ein antiker Krimi von H. D. Stöver

Gleich Stövers vorherigen vier populärwissenschaftlichen Romanen aus der Römerzeit besteht auch dieser aus einer harmonischen Mischung von Geschichte und dichterischer Phantasie, mit kräftigen Anleihen bei modernen Geschehnissen, mit viel eingeschobenen Zwiegesprächen, oftmals mit einer Prise von 1980-Politjargon. Gaius Volcatius Tullus, den Helden der Erzählung, hat es wirklich gegeben. Er war ein trefflicher Mann, der 51 v. Chr. von Caesar zum Legionslegaten befördert wurde – entsprechend ungefähr einem Zwei-Sterne-General. Einem Befehl Caesars folgend, soll er in der Provinz Germania Inferior einen Sonderauftrag übernehmen.

Aber kurz vor der Abreise überrascht ihn sein Vater, ein vornehmer alter Herr, mit der Nachricht, der Verwalter der großen Familiengüter in Campanien rings um Pompei sei auf gräßliche Weise ermordet worden: Man habe seine geköpfte Leiche eben aufgefunden. Der Bericht stammt von einem anderen Verwalter, namens Diodorus, der seit zwanzig Jahren im Dienste der Familie steht. Der junge Gaius muß also statt nach Germanien sofort auf dem Landweg nach Süden eilen, um die Morduntersuchung zu leiten.

Hans Dieter Stöver:
Attentat in Pompei
Verlag Droemer Knaur, München. 192 S., zahlr. Abb., 7,80 Mark.

Von da ab wird Stövers Buch ein „antiker Krimi". Schnell stellt sich heraus, daß es nicht der einzige geheimnisvolle Mord war. Grundbesitzer, Beamte, Verwalter – die Opfer mehren sich. Sind die Schuldigen vielleicht Bauern, die vor einigen Jahren durch den Diktator Sulla ihr Land verloren haben?

Volcatius Tullus trifft Diodorus, einen 70jährigen schlanken Herrn mit schönnervigen Händen und von bester Gesundheit; er scheint der Inbegriff eines ehrlichen zuverlässigen Verwalters zu sein. Aber der junge Mann wird ein leichtes Mißbehagen nicht los. Er mahnt seine Begleiter zur Vorsicht bei all den Mordgeschichten: „Es könnte Euch ein Ziegelstein auf den Kopf fallen." Überall lauert die Gewalt.

Die Parallelen zu unserer Zeit werden immer offensichtlicher: Eine der neapolitanischen „Camorra" oder der sizilianischen Mafia ähnliche Geheimorganisation tritt auf den Plan. Nicht nur die mysteriösen Mordfälle häufen sich, Kinder und Frauen werden entführt, Männer um ungeheure Summen erpreßt. In ganz Campanien wüten bewaffnete Terrorbanden – sind unter ihnen vielleicht auch scheinbar brave Bürger, die unter falschem Namen seit langem dazugehören?

Denn hier haben kaum zwanzig Jahre zuvor blutige Kämpfe gegen die Heere des Sklavenführers Spartacus stattgefunden. Zu Füßen des Vesuvs hat der Rebell ganze konsularische Heere geschlagen. Schon drohte er, wie seinerzeit Hannibal, gegen Rom selbst zu marschieren. Ein Teil seiner glänzend geführten Turppen wollte dann via Norditalien abziehen – wobei sie Gnaeus Pompeius in die Arme liefen.

Spartacus und seine Mannen wurden schließlich von Crassus in Lucanien geschlagen und getötet. Jedoch, wieviele der „Spartakisten" sind im Süden zurückgeblieben und haben sich mit der „Camorra" vereinigt, so wie es heute die Terroristen der „Roten Brigaden" tun?

Das Gute an diesem Buche ist, daß diese so offensichtlichen Parallelen, die Stöver selbstverständlich vorschwebten, nicht zu dick aufgetragen werden. Es bleibt ein durchaus „römischer", keineswegs nur für die „reifere Jugend" empfehlenswerter Roman, flüssig geschrieben, fesselnde Handlung, zuverlässig im historischen Bezug. Darüber hinaus kann die Lehre gezogen werden, daß es bestimmte Erscheinungsformen des Terrors und des organisierten Verbrechens auch schon vor zweitausend Jahren gegeben hat – ohne daß die Welt darob unterging.

HUBERTUS PRINZ zu LÖWENSTEIN

„Es ist mir mein Leben zu schwer geworden . . ."

Viele Selbstgespräche: Karin Lindemanns erster Roman

Alle Personen des Erstlingsromans von Karin Lindemann „**Sie verschwanden im erleuchteten Torbogen**" (Walter Verlag, Olten. 415 S., 34 Mark) – ob die alte Dame, der Student Till, Jens und Ruth, Bettina und Martin – heißen im Grunde alle Karin Lindemann und haben nur diesen einen Namen. Gewiß, jeder Schriftsteller ist bei der Konzeption seiner Figuren immer auch auf der Suche nach sich selbst, aber nicht jeder ist es so ausgeprägt wie diese Fürther Autorin.

Sie folgt nur scheinbar einem Handlungsfaden. Zu Beginn des Romans sitzt die Ich-Erzählerin im Zug. Es entwickelt sich ein Gespräch mit ihrem Gegenüber, das gleich zum Selbstgespräch wird. Ein Kind singt: „Diesseitig bin ich gar nicht faßbar", und der Fremde, der aus dem Zugfenster unerwartet das Roman-Ich anredet, erklärt fast übergangslos der ihm eben noch Unbekannten: „Die Wahrheit findest Du nie." Und: „Äußerste Erschöpfung sieht aus wie unsere stoische Ruhe."

Es entsteht eine Umwelt aus philosophierenden Grüblern, und die Eisenbahnreise entlarvt sich als Fahrt ins eigene Herz. Gleichgültig, wer spricht und unabhängig davon, daß der Fremde aus dem Zug innerhalb einer Buchseite zum Studienfreund im gleichen Hörsaal in der gleichen Stadt mit den gleichen Fächern wie die Erzählerin avanciert oder daß Ruth mit ihrem Vater diskutiert oder Bettinas mittelalterliche Vorstellungen kritisiert: In diesem Buch geht es nur um die Antwort auf eine einzige Frage, ob nämlich „der Freitod ein menschliches Grundrecht ist oder das Recht zu scheitern".

Dabei wird Lyrik in Prosa aufgelöst: „Im Eisgestöber sprängen die Buchstaben einzeln auf die geborstene Glocke, die hängt um den Hals dir, wie du wehst in der Luft im zerrissenen Geweb ..." Sprichwörter werden umgekehrt: „Wer anderen eine Grube gräbt, baumelt bei Zeiten darüber." Personen werden der Prosa entrissen, rezitieren theatralisch in Monologen.

Für Karin Lindemann ist die deutsche Sprache sehr alt. Sie schreibt nicht: „Mein Leben ist schwer geworden", sondern: „Es ist mir mein Leben zu schwer geworden."

Auch fehlt es nicht an mittelhochdeutschen Zitaten; Würgeengel gibt es und Galgenvögel. Und wenn etwas Handfestes geschieht, wie bei Jens' Ausflug zu Jost in die „DDR", werden Umgebung und Atmosphäre stets von der abstrakten Gedankenwelt besiegt. Klar in dieser Diffusität sind nur die Zweifel der Autorin, ob „Ungewißheiten die einzige Quelle der Hoffnung sind".

„Es grämte Gott und es leidete ihn, daß es ihm fehlschlug mit den Menschen", heißt es an einer Stelle. Es grämt den Leser, daß es Karin Lindemann fehlschlug mit ihrem ersten Roman. Volle 415 Seiten Personen- und Gedankensplitter zum Hin- und Herwenden, ein langer Brief, den sie sich selbst geschrieben hat – das reicht nicht, um irgendjemanden zu begeistern.

HEIKE DOUTINÉ

Die kleine Närrin Jujube

Waren es jene vornehm-blaßhäutigen Damen, die sich, den kleinen Finger abspreizend, an den Mokkatäßchen der Großmutter festhielten, oder war es die so oft beschriebene Art des liebend-herrischen Großvaters? Es könnte aber genausogut die in den ersten Jahren nur verschleierte Erinnerung an die zu vielseitig interessierte Mutter oder einfach die ungeordnet sprudelnde Phantasie gewesen sein: Man streichelte Jujube jedenfalls mitleidig über das Haar und seufzte voller Mitleid. Das Kind wehrte sich. Wie Oskar beschloß, nicht mehr zu wachsen, entschied sich Jujube, nicht mehr zu reden. Als „kleine Idiotin" galt die junge Juliette Gréco, wie sie in ihren Memoieren „**Ich bin die, die ich bin**" (Scherz Verlag, München. 271 S., 29,80 Mark) mitteilt.

Kurioserweise findet sie im Rückblick ausgerechnet für diese, die sprachlose Zeit die schönsten Worte. Freuden, Leiden, Ängste, Ideen einer gewiß nicht dramatisch traurigen Kindheit werden zu plastischen Eindrücken – zu Farben, Gerüchen und Stimmungen. In der dritten Person wird von Jujube erzählt, die sich später Gréco nennt, aber immer Jujube bleibt.

Nur ein einziges Mal, bei der Beschreibung von Gestapo-Verfolgung und -Haft, verlangen wohl die schrecklichen Erinnerungen das „Ich". Aus ihrer tief sitzenden Verbitterung macht sie auch bei ihren Auftritten in Deutschland keinen Hehl.

Doch dies sind schon Stationen, wie nur noch selten Jujube, sondern meistens Gréco sie sammelt. In die Kulissen gedrängt tauchen Gefühle nun lediglich nach Stichwort auf, Namen fallen, Auftritte, Reisen, Rollen – atemlos. Sympathisch dabei die immerfort bewundernde Distanz zu jenen Großen, die sie in ihre Mitte nahmen. – Zu tief ins Herz läßt sie sich gottlob nicht blicken – und trotzdem fehlt nichts, um nachvollziehen zu können, wie Jujube zu einer bemerkenswerten Frau mit lesenswerten Memoiren wurde.

ULRICH BIEGER

Was den Neuen Bund mit Abraham verbindet

Laurenz Volken über das Jüdische im Christentum

Auf den Höhen des Berges Zion über Jerusalem wohnt in seinem kleinen Bungalow, wie ein moderner Eremit, Laurenz Volken. Dieser gebürtige Schweizer gehört einer Sozietät in seiner Heimat an, ist aber seit vielen Jahren Dauergast der Benediktiner-Abtei Dormitio Mariae, an deren Theologischer Fakultät er als Professor für Systematische Theologie wirkt. Liest man das Verzeichnis der letzten Studienjahre dieser Jerusalemer Theologischen Fakultät, die dem Athenäum St. Anselmo in Rom affiliert ist, so findet man, daß Professor Volken regelmäßig Vorlesungen über Themen wie diese hielt: „Jesus der Jude und das Jüdische in der Kirche", „Jesus von Nazareth und der Christus von Chalkedon", „Christologie und Jesus als Jude". Im laufenden Studienjahr lautet sein Thema „Christologie im Blick auf das Judentum".

Nunmehr hat Laurenz Volken seine langjährigen Studien in einem Buche zusammengefaßt. Dieses Werk eines echten Freundes Israels und des Judentums reiht sich

Laurenz Volken:
Jesus der Jude und das Jüdische im Christentum
Patmos Verlag, Düsseldorf. 203 S., 19,80 Mark.

würdig an zwei Bücher der jüngeren Vergangenheit an: Franz Mussners, „Traktat über die Juden", (München 1979), und Clemens Thomas, „Christliche Theologie des Judentums" (Aschaffenburg 1978). Daneben ist vor allem noch Peter von der Osten-Sackens Arbeit „Grundzüge einer Theologie im christlich-jüdischen Gespräch" (München 1982) zu nennen.

Was unterscheidet das Buch von Volken von diesen Arbeiten? Der Standort des Verfassers. Er lebt in Jerusalem in ständiger Fühlung mit seiner jüdischen Umwelt, *kennt das Judentum nicht nur aus der Literatur*, sondern aus dem gelebten Alltag und Feiertag der dreimal heiligen Stadt der Juden, Christen und Muslims. Volken geht streng ins Gericht nit einer Fehlentwicklung des Christentums durch die Jahrhunderte. *Die Kirche* hat auf weite *Strecken* ihrer *Geschichte* hin jene Wurzeln vergessen, von der Paulus im Römerbrief (11, 18) sagt: „... daß nicht du die Wurzeln trägst, sondern die Wurzel trägt dich".

Wer ist diese Wurzel, wenn nicht das Judentum Israels? Die Kirche aber hat diese Wurzel verleugnet, den jüdischen Mutterboden vergessen. In der sogenannten Substitutionslehre, der Volken ein klärendes Kapitel widmet, hat die Kirche ganz unbiblisch sich selbst als das neue und ausschließliche Bundesvolk Gottes proklamiert und die Juden im Schatten des Kreuzes heilsgeschichtlich abgeschrieben.

Erst in unserer Zeit, durch das Zweite *Vatikanische Konzil, wurde hier Remedur* geschaffen. In der Erklärung über das Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra aetate" lesen wir in Paragraph 4: „Bei ihrer Besinnung auf das Geheimnis der Kirche gedenkt die Heilige Synode des Bandes, *wodurch das Volk des* Neuen Bundes mit dem Stamme Abrahams geistlich verbunden ist. So anerkennt die Kirche Christi, daß nach dem Heilsgeheimnis Gottes die Anfänge ihres Glaubens und ihrer Erwählung sich schon bei den Patriarchen, bei *Moses und den Propheten finden.*"

Ganz im Geiste des nachkonziliarischen Katholizismus, aber in vielem noch darüber *hinausgehend*, legt Volken die unlösbare Verbundenheit der Kirche mit dem Judentum dar. So stellt sein Buch gleichsam ein katholisches Gegenstück zu dem klassischen Aufsatz von Rabbiner Dr. Leo Baeck „Judentum in der Kirche" dar, der leider in Volkens Buch nicht erwähnt wird, da sich der Autor mehr auf die neuere jüdische Literatur beschränkt.

Die Mitte des Christentums ist und bleibt die Gestalt Jesu. Daher wird Volken nicht müde, Jesus als Juden zu schildern. Jesu Judesein wird unter dem Gesichtspunkt der Halacha (Religionsgesetz), der religiösen *Einstellung und* seiner nationalen Zugehörigkeit zum jüdischen Volke dargelegt. Dem gegenüber aber steht der Christus von Chalkedon, jener normativen Synode von 451 aus der Zeit des Kaisers Konstantin, unter welchem das Christentum zur Staatsreligion im *Römischen Reiche* wurde. *Damit setzt* jene Verfremdung ein, die – jüdisch gesehen – Jesus zum verlorenen Sohn seines Volkes machte. Volken indes geht so weit, das Wort aus dem johanneischen Prolog „Das Wort ist Fleisch geworden" umzumünzen in „Gott ist Jude geworden", und er fragt, warum dies eine heilsgeschichtliche Notwendigkeit darstellt.



Laurenz Volken FOTO: DIE WELT

Auch gegenüber dem Judentum hält Volken nicht mit Kritik zurück. Er warnt vor allem davor, ein normatives Judentum anzunehmen, das der Bewußtseinslage der heutigen Orthodoxie im Judentum entspricht. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Quellen des Judentums nicht nur den Rabbinismus kennen, sondern auch die heute weithin vergessene Apokalyptik des hellenistischen Judentums, das viele Querverbindungen zum Christentum ergibt, die in der Halacha *nicht gegeben* sind.

Und schließlich deutet er auf die vor allem von Gershom Scholem erschlossenen Quellen der jüdischen Mystik hin, die sogar Parallelen zu christlichen Dogmen wie der Trinität aufweisen. Er ist sich dessen bewußt, daß Judentum und Christentum auf verschiedenen Wegen dem selben Ziel, dem Reich Gottes, zustreben.

Der Alttestamentler der Universität Münster, Mitglied des Gesprächskreises „Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Erich Zenger, gab dem Buch ein Vorwort mit auf den Weg, in welchem es heißt: „Wir alle werden wieder lernen müssen, daß die Zusage Gottes Christen *und* Juden gilt – und daß wir beide auf *diesen neuen Bund hin leben müssen* und dürfen."

SCHALOM BEN-CHORIN

Wenn die Tänzer revoltieren

Der Titel sagt alles. Er heißt „Tanz in Deutschland" und fügt beinahe schamhaft hinzu, „Ballett seit 1945" würde in dieser von Hartmut Regitz betreuten Zusammenschau abgehandelt (Quadriga Verlag J. Severin, Berlin, 192 S., 39,80 Mark). Aber Regitz wie Koegler, die Ballett „als Prinzip und Verpflichtung" im Blick auf seine Vielseitigkeit wie auf seine Zentren kundig beschreiben, haben sich längst ins Abseits manövrieren lassen. Sie referieren noch einmal Vergangenheit. Auf die Gegenwart, leider wohl aber auch auf die nächste Zukunft des Tanzes in Deutschland, weisen dagegen andere Beiträge.

Vor allem der Hedwig Müllers. Ihre umfangreiche Abhandlung nennt sich „Offenheit aus Überzeugung", und an ihrer Überzeugung zweifelt auch keiner: Es ist die blinde Überzeugung, die jeden ideologischen Bock zum choreographischen Gärtner zu machen versucht.

Die Idee allein, die wirrköpfige, talentferne Berliner Tänzerrevolte von 1968 um Mitbestimmung an der Deutschen Oper zum Ausgangspunkt einer ernstgemeinten Untersuchung zu machen, ist ebenso widersinnig wie der Versuch, den „Blind-Gänger" Gerhard Bohner, den sogar die freie deutsche Tanzszene nicht annahm, zum am Publikum gescheiterten Messias aufzubauen.

Bohner, nie ein Tänzer oder Choreograph von der einzelgängerischen Kraft einer Dore Hoyer, treibt – liebenswürdigerweise unterstützt von der Berliner Akademie der Künste – sein respektiertes Sonderleben. Er steht aber für nichts als für die eigene Talentschwäche, aus der sich wirklich keine Tanzzukunft ableiten läßt.

Kaum anders darf man sich der Einschätzung Johann Kresniks nähern oder der zementierten Langeweile des Kölner Tanzforums. Das Mitspiel des Goethe-Instituts an der internationalen Aufwertung choreographischer Magerkeit aus Gesinnungsgründen wird naturgemäß von Frau Müller ebenfalls kaum dokumentiert.

KLAUS GEITEL

Absoluter Spitzenreiter auf dem geschenkten Gaul

Verleger Fritz Molden schildert seinen Aufstieg und Fall

Vor acht Jahren verfaßte Fritz Molden unter dem lustigen Titel „Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern" eine Beschreibung seiner ersten 22 Lebensjahre als Sohn hochansehnlicher österreichischer Eltern, als Widerstandskämpfer, Geheimagent und Jungdiplomat. Vier Jahre später setzte er sie fort („Besetzer, Toren, Biedermänner"), wenngleich er seine Leser warnen zu müssen glaubte, daß es sich nicht so sehr um einen persönlichen Bericht als um ein Stück Zeitgeschichte mit dem Brennpunkt Wien handle. Wenn man will, kann man jedoch sein drittes autobiographisches Buch als eine weitere Fortschreibung der Story betrachten. Es heißt „Der Konkurs", denn überraschenderweise hat das – vorläufig – letzte Abenteuer des unternehmungslustigen Zeitungskönigs, Druckhausbesitzers und Buchverlegers in einer Katastrophe geendet, die den erfolggewohnten Mann nicht nur ohne sein Verlagsimperium, sondern auch ohne einen Heller seines Privatvermögens zurückließ.

Er erzählt diese Geschichte so flott und munter herunter, daß Mitleid kaum aufkommt, schon weil er in verführerischer Weise bei den Glanzpunkten seiner verlegerischen Karriere verweilt. Er hatte, nachdem er in den Besitz fast aller Wiener Zeitungen gekommen war und diese dann zugunsten eines gewaltigen, neu errichteten Druckhauses verscherbelt hatte, erst ziemlich spät sein Herz für die Produktion von Büchern entdeckt; die deutschen, ja auch die österreichischen Autoren waren längst in erfolgversprechenden Ställen untergekommen, und auf dem internationalen Lizenzen-Markt (sprich New York) war zwar die Zahl der Mitbewerber aus Frankfurt, Hamburg oder München nicht groß, dafür aber die Höhe der geforderten Vorschüsse. Ein Tatsachenroman über Kommando-Einheiten in Vietnam war 1965 bei 2000 Dollar Garantiesumme Moldens erstes Buch auf der Bestseller-Liste. Für den nächsten „Knüller" zwei Jahre später, die „20 Briefe an einen Freund" der Stalin-Tochter Svetlana erhielt er den Zuschlag erst für 205 000 Dollar. Bei allem Jubel darüber, als Neuling in die Klasse der Höchstbietenden eingedrungen zu sein, verschweigt er, ob auch dieser Bestseller seinen Vorschuß eingespielt hat.

Konkurrenzlos gelangte Molden an Mario Puzos „Paten" und gleich darauf an Charrières „Papillon", beides große Erfolge. Dann folgte Hilde Knefs „Geschenkter Gaul", der ihm schon als zartes Fohlen von knappen hundert Manuskriptseiten vorgetrabt wurde, den er aber dennoch erst dem Scherz Verlag abtrotzen mußte. Allmählich hatte sich ein ganz einzigartiger Molden-Stil der festlichen Buchpräsentation und umfänglichen Signier-Tourneen entwickelt, mit dessen Hilfe die Knef-Erinnerungen zum größten deutschsprachigen Bucherfolg nach dem Zweiten Weltkrieg wurden.

Weshalb steuerte er dann doch sein Unternehmen in den Abgrund? Lag es an der bedenkenlosen Jagd nach Sensationen aus

Fritz Molden:
Der Konkurs
Aufstieg und Fall eines Verlegers. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 256 S., 29,80 Mark.

der flachsten Sorte amerikanischer Belletristik? An dem verfehlten Experiment einer eigenen Taschenbuchabteilung, die man nicht wieder loswerden konnte? An dem Einbau der sich zu langsam amortisierenden „blauen" Reiseführer in das Programm? Wie dem auch sei, der Verlag bot plötzlich das Bild eines Patienten in der Intensivstation, durch Schläuche und Röhren am Leben erhalten und von Ärzten umringt, die mehr von seiner Hinfälligkeit überzeugt zu sein schienen als von der Aussicht auf Gesundung. Es ist wie ein Lehrstück: Rohe Finanzgewalten gegen tapferen Einzelkämpfer, wobei man sich unwillkürlich mit diesem und seiner sympathischen Familie identifiziert.

Fritz Molden hat hoch gepokert, aber man muß sich wohl fragen, ob bei dieser großen Pokerpartie nicht einigen anderen übel mitgespielt worden ist, wie zum Beispiel Milovan Djilas, der dem Molden Verlag die Weltrechte seiner Bücher anvertraut hatte.

HELLMUT JAESRICH

Feingeist als Politiker

Coudenhove-Kalergis „Pan-Europa" wiederaufgelegt

„Nur ein geeintes Europa kann seinen Aufgaben in der Welt gerecht werden. Nur ein geeintes Europa kann auf Dauer unsere freiheitliche demokratische Ordnung gewährleisten." Diese Sätze aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 regen heute niemanden auf; sie klingen wie eine Selbstverständlichkeit. Und dennoch, vor 60 Jahren waren solche Sätze eine Sensation, und derjenige, der damit international Aufsehen erregte, war Richard von Coudenhove-Kalergi, geboren 1894, gestorben 1972.

Heute fast vergessen, vielfach nicht einmal den hektisch betriebsamen „Europapolitikern" bekannt, gehört Coudenhove-Kalergi zu den merkwürdigsten Gestalten der europäischen Geistesgeschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Schon seine Abstammung ist abenteuerlich genug. Der Mann, der die Idee einer Vereinigung der Völker Europas sich zum Lebensziel gesetzt hatte, wurde in Tokio geboren und war Halbjapaner. Seine kosmopolitische Herkunft hat ihn naturgemäß schon früh dazu bewogen, sich über enge nationale Vorurteile hinwegzusetzen.

Väterlicherseits dem altösterreichischen Hochadel entstammend, hat er bereits als junger Mensch mit den Konventionen dieses Standes gebrochen. Er interessierte sich weit mehr für Platon, Goethe und das Schachspiel als für Pferderennen, Gutsverwaltung und eine militärische Karriere. Von Natur aus ein Ästhet und Idealist, wurde er dennoch Agitator, Propagandist und Politiker. Freilich, auch als Politiker blieb er dennoch stets ein Philosoph, vor allem aber ein Gentleman, der die besten Traditionen altjapanischer Höflichkeit und alteuropäischer Noblesse zu verbinden wußte. Viele nannten ihn einen Träumer, einen Visionär, einen Utopisten; gleichwohl war er mit fast allen politischen Größen seiner Zeit bekannt, mit vielen sogar befreundet.

Vor 60 Jahren veröffentlichte Coudenhove-Kalergi sein Manifest „Pan-Europa", das ein Bestseller wurde und im Laufe der Jahre auch in vielen Fremdsprachen erschien. Es beginnt mit den Worten: „Dieses

Richard Coudenhove-Kalergi:
Pan-Europa
Paneuropa-Verlag, Olching b. München. 177 S., Ln. 24,80 Mark, kart. 15,60 Mark.

Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert ... Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt."

Soeben ist ein Reprint dieses Buches erschienen, zu dessen begeisterten Lesern seinerzeit so bedeutende Männer und Frauen wie Gerhart Hauptmann, Selma Lagerlöf, Rainer Maria Rilke, Karin Michaelis, Arthur Schnitzler und Benedetto Croce gehörten. Die Grundgedanken sind genauso aktuell wie beim Erscheinen des Buches, das in elf Kapiteln alles sagt, was zum Thema europäische Einheit zu sagen ist.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER